HEFT 8 AUGUST 1983 5,- DM C 4143 E

Konkret

Versicherungen:
LEGALE BETRÜGER

Die miesen Tricks der Konzerne und Tips, wie man sich wehren kann

Zimmermanns Tanz in den heißen Herbst
DER STRAMME FRIEDRICH

in konkret August 1983

Vorwort von Manfred Bissinger

an Konkret

Keine Steine auf die Schweine von Hermann L. Gremliza

Zurück in die 50er Jahre von Günter Gaus

Günter Gaus war fast sieben Jahre lang als Staatssekretär im Bundeskanzleramt der Erste ständige Vertreter der Bundesrepublik in der DDR. Demnächst erscheint im Hoffmann und Campe Verlag sein neues Buch "Wo Deutschland liegt". KONKRET hat Günter Gaus nach dem neuen Milliardenkredit für die DDR und dem angekündigten deutsch-deutschen Giftmüllgeschäft gefragt.

Nachrichten

Neue Obrigkeit von Karl-Heinz Hansen

Obwohl es schon eine Unzahl von Gesetzen zur Verhinderung und Beschneidung des Demonstrationsrechts gibt, dreht die Rechts-Koalition weiter an der Law-and-Order-Schraube

Kein normaler Bürger unserer Republik von Otto Köhler

Otto Köhler über das Vorleben von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann

Die Hintergedanken des General Rogers von Ulf Engberg

Neue, elektronisch gesteuerte, sogenannte intelligente Waffensysteme ermöglichen es den USA und der von ihnen beherrschten NATO, die Kriegsschwelle in Europa herabzusenken. Im Brüssler NATO-Hauptquartier hat US-General Rogers die Pläne fertig, wie der Westen die Staaten des Warschauer Paktes besiegen kann, ohne selbst als erster Kernwaffen einsetzen zu müssen. US-Präsident Reagen und General Rogers spielen mit dem Leben der Europäer

Der häßliche Deutsche: Ein ordentlicher Rechts-Professor von Otto Köhler

Innenminister ist er, den Bürgerkrieg betreibt er, und morgen sitzt er in Karlsruhe und rationiert das Grundgesetz

Äthiopien – Fortschritt trotz Hunger von Wilhelm Schlosser

Zehn Jahre nach der letzten Dürrekatastrophe leidet der Norden Äthiopiens erneut unter der ökologischen Fehlern der überwundenen Kaiser-Zeit: Überweidung und Kahlschlag der Wälder. Wieder herrscht Dürre, verhungern Menschen, braucht das Land fremde Hilfe.

Der »Dialog« ist tot von Tom Schimmeck

Wieder einmal konnten sich Industrie- und Entwicklungsländer nicht auf einen gemeinsamen Kurs zur Überwindung der weltweiten Wirtschaftskrise einigen. Die Belgrader UNCTAD-Konferenz war ein Fehlschlag

Das Märchen von den guten HirtenKonkret-Essay von Uta Ranke-Heinemann

Im Kölner Verlag Kiepenheuer & Witsch erscheint Ende August ein Sammelband mit den Hirtenworten katholischer Bischöfe aus West und Ost zum Thema Krieg und Frieden. Für diesen Band sollte die Theologin Uta Ranke-Heinemann auf Wunsch des Verlegers ein Vorwort schreiben. Der Text fiel Reinhold Neven-Du Mont zu kritisch aus. Wie immer in solchen Fällen wurde am Schluß "Platzgründe" vorgeschoben. Konkret veröffentlicht den von Kiepenheuer & Witsch abgelehnten

Text:

Strahlend in der Grube von Werner Heine

Seit 15 Jahren wandert bundesdeutscher Atommüll in die Gruben des Salzbergwerks Asse II bei Wolfenbüttel. Obwohl des Salzstock juristisch nicht als Endlager gilt, ist ein Teil des radioaktiven Mülls heute nicht mehr rückholbar

Konkret-ExtraDie miesen Methoden der Versicherungskonzerne von Kurt Blauhorn

Die Versicherungsunternehmen der Bundesrepublik haben ein Vermögen von 275 Milliarden Mark angehäuft. Am meisten verdienen sie an den Kapital-Lebensversicherungen, weil sie die Beiträge ihrer Kunden nur lausig verzinsen und Versicherungsabbrecher ausplündern. Doch ein Heer von Vertretern ist dabei, den Bundesdeutschen zu ihren sechs Versicherungspolicen weitere aufzuschwatzen. KONKRET beleuchtet das Geschäft mit den Lebensversicherungen und sagt, welche Versicherungen wirklich wichtig sind

Konkret-ExtraAbgesichert von Kurt Blauhorn

Von der Kfz-Haftpflicht bis zur Feuerversicherung: KONKRET-Autor Kurt Blauhorn nennt die lebensnotwendigen Versicherungen und sagt ihnen, wo's am günstigsten ist

Konkret-ExtraFettaugen in der Wirtschaftskrise von Winfried Wolf

Ein Kommentar zur Lage der Versicherungswirtschaft

Deutsche Gespräche von Horst Tomayer

Horst Tomayer telefonierte als Buchhändler Dr. Wurm mit dem Buchautor Franz Schönhuber.

Das ist ja zum peepen!

Peepshow einmal andersrum: In einem New Yorker Sex-Center hat die deutsche Peeperin Elisabeth B. ihre Kundschaft heimlich fotografiert

Lecker Früchtchen von Ralf-Thomas Hillebrand

Was in europäischen Nachbarländern und in Übersee schon zugelassen ist, steht nun auch uns ins Haus: Lebensmittel sollen zur Konservierung mit Atom bestrahlt werden dürfen, obwohl Wirkung und Folgeschäden umstritten sind

Öko-Tips

Häuser dürfen grün wählen von Susanne Mersmann

Begrünte Fassaden und Dächer sind eine ideale Wärmedämmung. Sie bieten Nistplätze für Vögel und schützen Putz und Mauerwerk vor ultravioletter Strahlung und Schlagregen. Und vor allem: Sie sorgen für bessere Luft in unseren Städten.

Kulturnotizen

Plattentips von Sabine Bredy

Mit Ölfarbe gegen die Bombe

"Künstler für den Frieden« haben mehr zu zeigen als Picassos Taube und Ihre mehr oder weniger dilettantischen Variationen. Fünfzehn International bekannte Maler aus acht westlichen Ländern liefern Arbeiten für eine Mappe mit neuen Friedensplakaten, die im September erscheint

Noch ein Hirnriss von Hartmut Schulze

Ende Juni fand zum siebten Mal im österreichischen Klagenfurt der jährliche Vorlesewettbewerb des deutschsprachigen Literaturbetriebs statt. Kaum jemand hat diesen Literaturbetrieb in letzter Zeit so genau beschrieben wie der Münchner Autor Rainald Goetz (Jahrgang 1954), zum Beispiel in seinem »Trans-Atlantik«-Aufsatz

»Reise durch das deutsche Feuilleton«, einer Vivisektion der literarischen Großkritik. Aus der Beobachtung ist schnell eine teilnehmende Beobachtung geworden; denn spätestens wenn einer Buchkritiken für den »Spiegel« schreibt, gehört er selbst zum Kulturbetrieb, und wer bei Suhrkamp veröffentlicht, wird auch bald nach Klagenfurt eingeladen. Goetz ist mit dem Vorsatz nach Kärnten gefahren, das wohlfeile Gesülze dieser Veranstaltung zu stören. Und weil er deren Mechanismen besser begriffen hat als seine Kollegen vorher, von denen viele sehr ernsthaft ähnliches versucht hatten, ist ihm das gründlich gelungen. So gründlich, daß ihm in Klagenfurt niemand mehr zuhörte, alle über ihn redeten, aber keiner wußte, wovon er selbst denn redete. Er hat sich, der Wirkung wohl bewußt, eine Wunde verpaßt, und damit war sein Text mit dem Titel »Subito« der weiteren Auseinandersetzung nicht mehr würdig. Fragt die »FAZ«: »Wie glaubwürdig ist ein medienkritischer Autor, der dieses Wissen schamlos nutzt?« Fragt KONKRET: Wie glaubwürdig ist einer, der dieses Wissen nicht nutzt?

KONKRET dokumentiert die Schluß-Passage aus dem "Subito"-Text von Rainald Goetz von Rainald Goetz

Botschafter des guten Geschmacks von Diedrich Diederichsen

Die neue Kulturpolitik des Innenministers Zimmermann: Was eigentlich ist daran so verwunderlich? Die Aufgabe des Reaktionärs ist es, reaktionäre Politik zu machen. Fragwürdiger dagegen ist die Art und weise, wie die Betroffenen, die Filmemacher und das liberale Feuilleton, auf Zimmermanns Rundschlag reagieren

Bücher: Zwei neunzehnjährige von James Krüss

Der erfolgreich Kinder- und Jugendbuchautor James Krüss ("Timm Thaler") vergleicht sein eigenes Erstlingsbuch von 1945 mit einem Erstlingswerk von heute

Bücher: Ein Krüppel rechnet ab von Otto Köhler

Nicht gerade eine Werbeschrift für die »Aktion Sorgenkind« wurde das Buch von Franz Christoph, dem Wortführer einer neuen Behinderten-Militanz

Bücher: Henri und Leni von Erich Kuby

Unter den unabhängigen deutschen Journalisten gibt es nur wenige, die die Geschichte des "Stern" so gut kennen wie Erich Kuby , und er hat ein Buch darüber geschrieben. KONKRET veröffentlicht daraus vorab einen Passage über Leni Riefenstahl, die nur scheinbar nebensächlich ist

Bücher: Die Grinser von Michael Müller

Seit Mai findet sich auf der "Spiegel"-Bestsellerliste Paul Watzlawiks »Anleitung zum Unglücklichsein". Warum?

Bücher: Für das Leben danach von Jürgen Holtkamp

In Frankreich sind zur Zeit drei Bücher auf dem Markt, die das Überleben nach der Bombe verschönern wollen

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 08/83, S. 4

Manfred Bissinger

Vorwort

Laßt uns aufhören, von der Wende zu reden. Sie ist vollzogen. Anders als in den ersten Monaten nach dem Machtwechsel hat die Union keinen Grund mehr, Rücksicht zu nehmen. Seit dem 6. März gehört der Staat wieder CDU und CSU. Und das Überraschende ist, daß das alle eigentlich in Ordnung finden. Statt opponiert wird pariert. Die Gewerkschaften sind mit sich selbst beschäftigt, die SPD noch nicht einmal das, und die Medien hecheln der neuen Herrschaft hinterher. Selbst für den Zank muß die Union selber sorgen. Irgendwie gehört das ja zur Demokratie. Was SPD, Grünen oder Rudolf Augstein nie gelungen ist, hat Franz Josef Strauß nun selbst geschafft mit seinem Schaukelspiel zwischen Mörderbande und Milliardenkredit. Der kalte Krieger hat sich ausgerechnet an der DDR verhoben. Seine Macht wird das nicht schmälern. Dies wäre erst der Fall, wenn die Hintermänner aus der Industrie ihn fallen ließen. Denen aber nützt er noch. Ebenso wie Zimmermann oder Kohl. Der darf sich - im Gegensatz zu seinen Vorgängern - sowieso alles leisten - bis zur staatlich finanzierten Geliebten im Kanzleramt. (KONKRET 1/83). Solange das dem Abbau der Sozialleistungen, dem Aufbau der Pershings und dem Ausbau staatlicher Gewalt nicht hinderlich ist, darf Kohl seine Liebhaberei pflegen.

Diese Erfahrung mußte jetzt auch einer machen, der als Beamter und Staatssekretär noch an das Recht glaubte. Heinz Reichwaldt, 1975 in den Ruhestand versetzt und seither als Rechtsanwalt und Notar in Hannover tätig, wandte sich am 11. Februar an den Leiter des Büros des Bundespräsidenten. Sein (leicht gekürzter) Brief:

»Betreff: Moral des Bundeskanzlers Dr. Kohl

Sehr geehrter Herr Dr. Rückriegel...

Ich bin nach längerer Überlegung zu der Überzeugung gekommen, daß nur der Herr Bundespräsident von seinem Amt her und auch als Persönlichkeit hier Klarheit schaffen kann.

a) Der »Spiegel« brachte in Heft 47 vom 22.11.1982 in einem Beitrag über die Wende im Kanzleramt (S. 21 bis S. 23) in den letzten beiden Absätzen folgende Mitteilung:

»Auch der von einem christdemokratischen Beamten angeführte Personalrot des Amtes mußte hinnehmen, daß Kohl seine Sekretärin Juliane Weber, die ihm seit 18 Jahren dient, zur persönlichen Referentin mit Regierungsdirektoren-Gehalt beförderte.

Frau Weber, so der Einwand der Personalvertretung, fehle, wie einst dem Brandt-Referenten Günter Guillaume, die für diese Steile nötige Schul- und Universitätsbildung. Doch wegen des, so Kohl, 'einzigartigen' Vertrauensverhältnisses zwischen Kanzler und Sekretärin stimmte der Personalrat dem Aufstieg von Frau Weber zur Regierungsdirektorin schließlich zu. «

Beim Lesen reagierte ich zunächst verärgert, weil ich aus meiner jahrzehntelangen Ministerialbeamten-Erfahrung weiß, daß eine Regierungsdirektorenstelle bzw. auch nur das entsprechende Gehalt für eine noch so tüchtige Sekretärin weit überhöht ist. Ich habe dann jedoch Herrn Kohl innerlich zugute gehalten, daß diese ganz außergewöhnliche Beförderung der seines Erachtens besonders tüchtigen Mitarbeiterin vielleicht dazu beiträgt, ihm auch in seinem jetzigen Amt möglichst viel Freizeit für Ehe und Familie zu erhalten. Ich habe nämlich damals noch Herrn Kohl in seiner privaten Lebensführung für einen Politiker gehalten, der den Artikel 6 Abs. 1 unseres Grundgesetzes »Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.« überzeugend vertritt und darstellt.

, Die Zeitschrift KONKRET brachte in Heft 1 (Januar 1983) - von mir am 21.12.1982 gekauft - mit der Titelseite »Die Moral des Helmut Kohl« auf Seite 10 und Seite 11 einen Beitrag des Chefredakteurs Manfred Bissinger, in dem »die doppelte Moral des Helmut Kohl« klar gegeißelt wird. Ich bitte Sie sehr nachdrücklich, falls nicht bereits geschehen, diesen Artikel insbesondere mit den Bemerkungen über das Verhältnis von Herrn Kohl zu seiner Sekretärin Juliane Weber zu lesen...

Nach diesem Artikel war ich ... erschüttert, weil die Angaben so deutlich sind, daß ich als Jurist schon damals nicht annehmen konnte, Herr Bissinger würde sich als erfahrener Journalist ein Verfahren wegen Verleumdung usw. aufladen.

Gleichwohl habe ich über die Feiertage bis Anfang Januar abgewartet, ob der Bundeskanzler gegen diese Veröffentlichung vorgehen würde. Nichts geschah. Stattdessen wurden am 11.1.1983 Durchsuchungsmaßnahmen gegen KONKRET und Herrn Bissinger vorgenommen - und sie werden weitergeführt -, die nur mit der sogenannten Langemann-Affaire begründet werden, obwohl diese Affaire fast ein Jahr zurückliegt. Auf den von mir vorstehend zitierten Artikel gegen Herrn Kohl wird offiziell nichts gesagt, es wird im Gegenteil offensichtlich versucht, diesen Artikel totzuschweigen...

Seitdem habe ich in Gesprächen mit Freunden und Bekannten, die zum Teil CDU-Mitglieder oder zumindest feste Wähler sind ... feststellen müssen, daß über das angeprangerte Verhalten des Bundeskanzlers entsetzte Empörung herrscht ... Besonders betroffen sind mit mir Angehörige des Öffentlichen Dienstes, die wissen, welch Traumziel für den gesamten öffentlichen Dienst bis einschließlich zum gehobenen Dienst die Besoldungsgruppe A 15 ist...

Abschließend bemerke ich, daß es mir hier nicht in erster Linie um die Frage geht, ob ein verheirateter Chef ein Verhältnis mit seiner Sekretärin hat. Hierzu sind im Laufe der letzten Jahrzehnte die Auffassungen leider auch im Bereich des öffentlichen Dienstes nachlässiger geworden. Wichtiger ist schon der eklatante Widerspruch zwischen den laufenden Äußerungen des derzeitigen Bundeskanzlers zu den Fragen Ehe, Familie und Moral und seinem oben geschilderten Verhalten. Entscheidend ist für mich jedoch, daß Dr. Kohl bei Zutreffen der oben genannten Verhältnisse Frau Weber in einer Weise gefördert hat, wie es z.B. im absolutistischen Frankreich des 18. Jahrhunderts durch Ludwig den XIV. oder den XV. üblich gewesen sein dürfte, in unserer Bundesrepublik aber für jeden Inhaber eines öffentlichen Amtes und damit ganz bestimmt auch den Bundeskanzler unmöglich und verboten sein müßte.«

Die Antwort kam prompt. Am 17. Februar schrieb der Leiter des persönlichen Büros des Bundespräsidenten, Dr. Helmut Rückriegel:

»Sehr geehrter Herr Reichwaldt,

... ich möchte Ihnen antworten, daß es der Bundespräsident nicht als seine Aufgabe ansieht, zu Meldungen und Behauptungen über Politiker in Presseveröffentlichungen dieser Art Stellung zu nehmen. Das Bundeskanzleramt hat den Bericht in der Zeitschrift KONKRET im übrigen als unzutreffend zurückgewiesen.«

Staatssekretär a. D. Reichwaldt gab dennoch nicht auf. Er rief im Bundeskanzleramt an und wurde mit Kohls engstem Berater, Ministerialdirektor Dr. Eduard Ackermann, verbunden. Der wiederum redete zwanzig Minuten, versicherte »bei seiner Ehre« und stritt alles ab. Reichwaldt hakte am 10. März brieflich nach:

»Sehr geehrter Herr Dr. Ackermann!

... Es ist m.E. unmöglich, diese Dinge für die Öffentlichkeit ungeklärt zu lassen, zumal die Durchsuchungsaktion gegen KONKRET nun einmal 3 Wochen nach diesem Bericht, aber über 9 Monate nach dem angegebenen Durchsuchungsgrund begann. Jetzt frage ich als alter Beamter, Jurist, als Bürger der Bundesrepublik, die ein freiheitlicher demokratischer Rechtsstaat sein und bleiben soll: Was wird der Bundeskanzler veranlassen? Ihrer Antwort sehe ich mit größtem Interesse entgegen.«

Ackermann läßt sich darauf bis zum 20. Mai Zeit und schreibt dann wider besseres Wissen:

»Sehr geehrter Herr Reichwaldt,

ich bedauere außerordentlich, daß Sie trotz meiner eindeutigen Erklärungen noch einmal auf die Veröffentlichung in KONKRET, die das Privatleben des Bundeskanzlers betrifft, zurückkommen. Ich habe Sie so eindeutig darüber informiert, daß dieser Bericht nicht stimmt, daß ich keine weitere Veranlassung sehe, zusätzliche Erklärungen dazu abzugeben. Gegenüber der Öffentlichkeit ist von uns wiederholt klargestellt worden, daß die in dem Bericht enthaltenen Angaben unzutreffend sind. Mehr als in dieser Sache geschehen ist, konnte überhaupt nicht geschehen ... «

Weil er dem Wort eines Regierungsvertreters nicht von vornherein mißtraut, macht sich Reichwaldt bei KONKRET noch einmal sachkundig. Wir bestätigen ihm, daß die Veröffentlichung zutreffend ist. Daraufhin wendet er sich wieder an Ackermann, diesmal per Einschreiben:

»Sehr geehrter Herr Dr. Ackermann...

... In Ihrem Brief behaupten Sie zwar, es sei wiederholt klargestellt worden, daß die Angaben usw. unzutreffend seien, sagen aber nichts darüber, wie und wo das geschehen ist und insbesondere nichts dazu, in welcher rechtlichen Weise sich der Bundeskanzler gegen diese Behauptungen wehren will, die beispielsweise ich - und ich nehme an jeder andere unbescholtene Staatsbürger - niemals auf sich sitzenlassen würde, wenn sie nicht etwa erweislich wahr sein sollten...

Unter dem 30.5.d.J. hat mir Herr Bissinger ... den in Fotokopie beigefügten Brief übersandt. Sie können daraus ersehen, daß Herr Bissinger nach wie vor voll und ganz hinter seinen Behauptungen steht, daß aber auch insbesondere ihm bisher offenbar keinerlei Richtigstellung zugegangen ist, geschweige daß der Bundeskanzler etwas gegen ihn rechtlich unternommen hat...

Ich wiederhole meine Bedenken, wie ich Sie gegenüber dem Bundespräsidialamt geäußert hatte und fasse die für mich schwerstwiegenden Gründe wie folgt nochmals zusammen:

1. Nach den mir vorliegenden Veröffentlichungen ab »Spiegel« November vergangenen Jahres über KONKRET bis zu den anderen Zeitungen ... hat Herr Dr. Kohl seine langjährige Sekretärin, zu der er in den in KONKRET genannten Beziehungen stehen bzw. gestanden haben soll, unbedingt in ein Amt der Besoldungsgruppe A 15 gebracht...

2. Es besteht ein bedauerlicher zeitlicher Zusammenhang zwischen dein Erscheinungsdatum des Heftes 1/1983 der Zeitschrift KONKRET und den Ermittlungen gegen KONKRET bzw. Herrn Bissinger wegen des Falles Langemann, der etwa ein Jahr zurückliegt und aus dem gleichwohl vor dem Heft 1/ 1983 gegen Herrn Bissinger nichts unternommen worden war...

Mitteilen möchte ich Ihnen nur bereits hier, daß ich nicht gedenke, diese Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen. Sollte ich bis zum 20.7.d. J - dabei berücksichtige ich die derzeitige Moskau-Reise des Herrn Bundeskanzlers zeitlich - keine wirkliche Antwort zur Sache von Ihnen bzw. dem Herrn Bundeskanzler oder einem von ihm Beauftragten erhalten, werde ich alle mir geeignet erscheinenden Stellen auf diese Sache ansprechen ... «

Bis zum gesetzten Termin war keine Antwort da. Gehört haben wir nur, daß inzwischen der Personalratsvorsitzende des Kanzleramts, der CDU-Ministerialrat Dr. Hermann Schnütz-Wentzel, wegen Kohls Familienpolitik zurückgetreten sei. Auch bei KONKRET ist bis heute weder ein Dementi noch sonst eine Stellungnahme eingegangen.

Merke: Besser kein Eid als ein Meineid.

Konkret 08/83, S. 6

an Konkret

Das Maul aufkriegen

KONKRET 7/83: »Ich tu was« - Titelgeschichte

In diesen beschissenen Zeiten, die Deutschland um 50 Jahre zurückversetzen, in denen die Menschheit vom Atomtod bedroht wird und einem das Leben manchmal nicht mehr lebenswert erscheint, tut es mir immer gut zu wissen, daß es Leutchen gibt, die genauso denken, wie ich selbst und nicht aus Feigheit und Sicherheitsdenken heraus das Maul nicht aufkriegen.

THOMAS VOLLMERKE

KÖLN

Ich bin auch bereit, mich an gewaltfreien Aktionen gegen die Stationierung neuer Atomraketen in der BRD zu beteiligen.

FRITZ RAU

FRANKFURT

Hoffentlich bin ich nicht der einzige, der sich noch über ein, Titelblatt wie das Ihres Juli-Heftes empört. Sicher, man ist heutzutage, was Anstand und Glaubwürdigkeit im politischen Kampf angeht, nicht mehr besonders sensibel. Aber das Aufgebot an windigen Gestalten, das Sie da als Speerspitze des Raketenwiderstands dar- und auf die Beine gestellt haben, ist schlichtweg unerträglich.

Traurig die verdrossenen Wort-zum-Sonntag-Prediger (Ranke-Heinemann, Sölle, Zink), ärgerlich die Renommier-Progressiven aus der SPD (Gaus, Klose, Lafontaine), schlimm endlich die Reihe der Kulturtreibenden, die, mit reichlich Subventionen ausgehalten und sensibel gemacht, nun auch die Politik als Selbstverwirklichungsfeld entdeckt haben: Schygulla, Peymann, Beuys etc. Und vollends unverzeihlich, daß KONKRET sogar einen Schmierfink wie Udo Lindenberg zum Verbündeten genommen hat: denn der debütierte ja unlängst, wie Sie bestimmt gewußt haben, als »Bild«Autor.

Ich bin maßlos enttäuscht.

FRIEDRICH JEGLINSKI

FRANKFURT

Gut gebrüllt, oder nur Gottesgift?

KONKRET Nr. 7/83: » Wie gefährlich ist Luther?« - Eine Predigt von Hubert Fichte

Einer muß auch mal was Nettes über diesen unseren Reformator schreiben. Immerhin hat er mit seiner Bibelübersetzung den Geist des Klassenkampfes geschürt, obwohl es ihm hinterher gar nicht recht war. Seine kompromißlose Haltung gegenüber dem Papsttum als Träger der feudalen Ideologie verdient Anerkennung. Daß er als Kind des 15. Jhs. im ökonomisch zurückgebliebenen Deutschland noch keine Theorie von einem Rätesystem zu entwickeln imstande oder gewillt war, sollte man ihm vielleicht nachsehen. Seine Haßausbrüche (nicht nur gegen Juden) sind in der Tat schwer mit der von ihm propagierten inneren Freiheit eines Christen zu vereinbaren. Wenn Hubert Fichte ihn aber zum eigentlich Verantwortlichen für die Judenpogrome der NS-Zeit macht, ist dies eine grobe Vereinfachung nach dem Motto: »Personen machen Geschichte«.

PETER STRAUSS

MARBURG

Eine Behandlung des deutschen Luthertums in einer linken Zeitung ist eine dringend überfällige Sache. Aber außer Allgemeinplätzen, sachlichen Fehlern und der längst bekannten vorurteilsbeladenen Luther-Hasserei ist nichts zustande gekommen, - nicht mal eine »Predigt«. Hubert Fichte mag Luther hassen, wegen der eigenen Erfahrungen mit der »lutherischen« Kirche, er mag Luther hassen, wegen all der bösen Worte des Reformators, aber dann soll er hassen und hetzen und nicht theologisch argumentieren. Wenn er Luther-Zitate auslegt, über Luther und die Deutschen Christen

schreibt oder Luthers (zugegeben) sehr zweifelhafte Stellung zu Juden, um nicht zu sagen höchst »unmenschliche«, behandelt, hätte das differenzierter geschehen müssen.

BERND LOHSE

GEESTHACHT

ich finde es verdienstvoll, daß Hubert Fichte einmal die finsteren Schattenseiten der jüdisch-christlichen Überlieferungen und die Brutalität Luthers herausgearbeitet hat. Die Theo Lügner freilich, die dafür bezahlt werden, Widersprüche innerhalb ihres Systems zu verschleiern, werden der Fichteschen Collage-Technik eine einseitige Zitaten-Lese vorwerfen, um die Auseinandersetzung abzublocken.

REIMAR LENZ

BERLIN

KONKRET beweist einmal mehr, wie unerläßlich kritischer Journalismus in der Bundesrepublik ist. Von den vielen Beiträgen möchte ich drei hervorheben: »Ein Agent im Fummel« »Wie gefährlich ist Luther?« und »Schlechte Zeiten für Seiltänzer«. Ich werde wohl alle drei Beiträge im Religionsunterricht verwenden.

HANS-PETER TERNO

LANDESPFARRER

MAINZ

Der Beitrag von Fichte ist so unter allem Niveau, daß er mich um Ihrer Zeitschrift willen traurig macht. Vielleicht hätte der Herr einmal für ein paar Stunden nach Hannover zum Kirchentag kommen sollen. Aber dazu ist er wahrscheinlich zu fein. Schade.

HEINRICH ALBERTZ

BERLIN

Wer sein Leben lang mit Bibel/Kirche/Luther beschäftigt ist, der weiß das alles, was Fichte hier aufzählt. Ein anständiger Marxist grämt sich über die Geschichte des Marxismus, und ein anständiger Christ grämt sich über die Geschichte des Christentums. Aber ein anständiger Marxist hat gute Gründe genug, weiterhin Marxist zu bleiben, und ein anständiger Christ hat gute Gründe genug, weiterhin Christ zu bleiben. Hubert Fichte nimmt solche Gründe nicht zur Kenntnis, er nennt Namen wie Ernesto Cardenal, aber er spuckt auf sie; er hat nur das Bedürfnis, sich auszuschleimen; ihm ist das alles nur Brutalität und Schwindel, und die, die daran festhalten, sind ihm nur Toren, denen erst noch klargemacht werden muß, was das für ein Schwindel ist. Auf diesem Niveau kann man doch nicht miteinander sprechen.

Ich meine, daß mit der Aufnahme dieses Beitrages in »KONKRET« nichts Nützliches geschehen ist, erst recht nicht in einer Zeit, in der es so darauf ankommt, daß Christen und Nichtchristen für den Frieden und gegen die Weltzerstörung zusammenarbeiten, und in der den meisten Nichtchristen, außer Hubert Fichte, längst aufgegangen ist, daß Christen höchst wertvolle und nützliche Bundesgenossen sind, aber keineswegs nützliche Idioten.

PROF. D. HELMUT GOLLWITZER, D.D.

BERLIN

Lieber Bruder Prediger Fichte!

Daß Sie die Bibel und Martin Luther beurteilen, wie Sie es tun, hat seinen Grund weniger darin, daß Sie durch die Auswahl die Zitate hämisch und tendenziös verfälschen; den entscheidenden Grund sehe ich vielmehr darin, daß Sie den Wahrheitsanspruch der Bibel und Jesu Christi - auch im Verständnis D. Martin Luthers - verkennen und daß Sie in der Geschichte der Wirkung ihrer »Lehre« übersehen, was sie von den Religionen und Philosophien der Antike und der Umwelt charakteristisch unterscheidet: deren Kultur der Freiheit einer schmalen Oberschicht existiert aus, erhebt sich auf der Ausbeutung einer Massensklaverei der Heloten, der Parias..! Sie verwenden die biblischen Schilderungen, Aussagen, Redebeiträge wie die Paragraphen eines Gesetzwerkes, unter die der je vorkommende Fall zu subsumieren ist. Die Wahrheit der »Heiligen Schrift« ist aber eine sich entwickelnde, geschichtlich gewordene und ständig sich klärende »lebendige Wahrheit«. Für die Landnahme Israels in den Büchern Moses und Josuas ist der Krieg ein Mittel Gottes, seinen heiligen Willen in der Völkerwelt durchzusetzen. Von der Zeit der Propheten, vor allem der Propheten seit dem Exil in Babylon ab werden Kriege, auch Verteidigungs- und Befreiungskriege, als Sünde gegen Gottes Heilsabsicht mit allen

Menschen verworfen. Er verbietet, Leben zu vernichten. Jesus will den Frieden auf Erden den Menschen bringen, weil Gott es gut mit ihnen meint. Er lehrt die Liebe zum Fremden, zum Feind! ‚Seine Drohreden über Kriege und Kriegsgeschrei sind Warnungen, die durch die Völkergeschichte hin wirksam waren: über den Abt von Cluny bis zu der Erklärung der Menschenrechte der United Nations. Es ließe sich noch manches andere nennen. Die Schatten drohender Totalvernichtung alles Seienden sind tiefer geworden; aber das Licht der Wahrheit des sich in Jesus Christus mitteilenden Gottes bricht sich klarer Bahn durch menschlichen Irrtum und Verwirrungen. Auch die grauenvollsten Epochen der eigenen Nationalgeschichte empfangen in solchem Licht einen warnend-heilsamen Sinn.

D. KURT SCHARFF D.D.

BERLIN

Gut gebrüllt Fichte! Sie, dessen Physiognomie mich an den zögerlichen Melanchthon, den besten Freund Luthers, erinnert (oder darfs auch ein wenig Thomas Müntzer sein?), nicht aber an den gewaltig-gewalttätigen Luther selbst (es gibt da doch wohl auch eine Verwandtschaft des Empfindens), haben einer moribunden Gesellschaft wieder eine Dosis Gottesgift verabreicht. Das halte ich für heilsam, zumal mich meine eigene Biographie davor bewahrt, die Kirche nicht zum Kotzen zu finden.

Im Vergleich mit dem Gegenstand Ihrer Predigt finde ich aber die Zeugenschaft des Predigers weniger überzeugend: Die bibelfromme Oma, der vom Pubeszenten genossene Religionsunterricht, das staatliche Inkasso der Kirchensteuer, das Sie - ohne Gründe anzugeben - nicht beendet haben, zeugen mir nicht genug von jener Betroffenheit, die Luthers Jahrzehnte voll verzweifelter Hoffnung, seine Wanderung vom Mönch zum Menschen und seine Alterssuche nach den Sicherheiten dieses und jenes Lebens begleitet hat.

Gäbe es nicht auch andere, ungleich schwächere Böcke? Ein Exempel genügt: Vor zwei Wochen wurde ich vom Rektor meiner Uni aufgefordert, meine Ankündigung für das Vorlesungsverzeichnis »Schwulen- und Lesbenprojekte in der BRD« umgehend »wissenschaftlicher und seriöser« zu formulieren. Ist an solchen Dummheiten etwa auch Luther schuld? Oder die Ratio der Wissenschaft? Und geben Sie der Religion die Chance, dagegen anzupredigen?

PROF. HORST HERMANN

NORDWALDE

Der Mensch biegt sich immer Gott nach seinem Bilde zurecht. Er macht mit ihm seine Geschäfte, was noch das harmloseste ist. Er hat ihn mißbraucht und zu einem Komplizen nahezu jeder menschlichen Gemeinheit erniedrigt. Hubert Fichte hält uns einen bitteren Spiegel vor. Dieser mag in manchem ungerecht sein, aber manche unchristliche Ungerechtigkeit ist menschlicher als manche christliche Gerechtigkeit.

UTA RANKE-HEINEMANN

PROF. FÜR NEUES TESTAMENT U. ALTE KIRCHENGESCHICHTE

ESSEN

Warum ist der den Nagel so auf den Kopf treffende Fichte noch Christ? Noch Protestant? Noch Kirchensteuerzahler? Ich zahle keine - und resümierte schon längst: Die Heiligenlegenden entlarvte Luther als Märchen. An den Bibellegenden hielt er fest; am Teufelsglauben auch; am Hexenwahn auch; an der Ketzervertilgung auch; am Antisemitismus auch; am Kriegsdienst auch; an den Fürsten auch. Man nennt es Reformation.

KARLHEINZ DESCHNER

HASSFURT

Die Luther-»Predigt« mit einem lachenden und einem weinenden Auge gelesen. Lachendes Auge: Wenn zu Silvester 83 in der einen Waagschale gebündelt die Hochstapeleien und Entgleisungen liegen, die bis dahin von den Staats- und Kirchenspitzen der BRD in Sachen Luther begangen worden sein werden, liegt in der anderen, nicht allein, Fichtes Text, sein ehrliches Lamento. Bringen bekannte Bonner Größen ihre »Wende«-Politik bei guter Gelegenheit in historischer Gewandung, in Lutherfolie verpackt an den kleinen Mann - ein Ja zur Freiheitlichkeit, ein Nein zu derjenigen Freiheit, wofür die Befreiungsbewegungen unserer Zeit kämpfen -, so bezieht Fichte seinen Standpunkt genau dort: bei den Befreiungsbewegungen unserer Zeit. Die erste Voraussetzung, meine ich, um Ergebnisse zu erzielen, die vielleicht den breiten Massen zugute kommen. Weinendes Auge: Jemand will los von Luther, weil er von seinem protestantischen Umkreis los sein will samt evangelisch-lutherischer Verwandt- und Bekanntschaft sowie entsprechenden Unterrichts- und Lektüredrücken. Doch wie fängt er es an? - Bleibt in der Kirche, läßt drucken, die Kirchensteuer werde »automatisch«

einbehalten. Falsch: nur wenn sich einer die »freiwillige Knechtschaft« gefallen läßt! Zwar das nächstgelegene Ortsamt lockt nicht wie die ev.luth. Kirche zu Hamburg-Othmarschen vermittels Glockenklang, hat aber ein Zimmer, worin Fichte ohne Verzug seinen Kirchenaustritt erklären könnte. 2. Belege findet er wo? Frei stützt er sich auf eine andere Art »schwarzer Magie«, die Trivialproduktion der Startheologen á la Zahrnt. Wie wärs, wenn er den Reformator einmal mit den Augen unbefangener Zeugen betrachtete, mit denen von Freigeistern? (z.B.: Feuerbach, Heine, Mehring ...)

DR. WOLFGANG BEUTIN

KÖTHEL/STORMARN

Pleitegeier

KONKRET Nr. 7/83: »Der W-Faktor« - Diedrich Diederichsen über »Bruttosozialprodukt«

Ihr habt zur Charakterisierung von »Geier Sturzflug« etwas vergessen. So mißverstanden können sich die Herrschaften gar nicht fühlen, so wahr kann es auch gar nicht sein, daß sie den Aufschwung nur verulken wollten. Warum haben sie denn, mit Rücksicht auf die schwarzen Sendeleitungen, ihre absurd-verrückte Zeile geändert: »Sie amputierten grad' sein letztes Bein und schon kniet er sich wieder mächtig rein«? Die Version heißt in der entschärften (amputierten singt man nicht!) Fassung: »Sie operierten grad' erst sein Bein ... « .

Ganz schön peinlich!

HANNA CHIAULEN

SCHWARZENBEK

Höchste Zeit, daß mal einer gezeigt hat, was diese Geier für ein musikalisch-politisches Salto mortale auf ihrem Sturzflug vollführen, der wohl leider nicht so schnell als Bauchlandung enden wird. Diedrich Diederichsen hat in seinem Artikel deutlich gemacht, daß es für eine »linke« Gruppe einfacher ist, im rechten Augenblick ein altes Lied aus der Schublade zu holen, es musikalisch dem Zeitgeschmack anzupassen, um damit einen Hit zu landen, als eben solch ein Stück so zu bearbeiten, daß es trotz ironischen Inhalts in seiner Aussage und Verwendung eindeutig bleibt. Die jetzige Version des » Bruttosozialprodukt-Liedes« - die erste der Gruppe »Dicke Lippe« auf der damaligen TAZ-Unterstützungsplatte hatte diese beißende Ironie! - ist dagegen zur Beliebigkeit verdammt- sie ist sowohl in der ZDF-Hitparade und in Bierzelten zu hören.

Der Gruppe »Geier Sturzflug« kann man nur einen Rat mit auf ihren Holzweg geben: wenn sie schon Wendelin Kohl ihren Hit verdankt, dann sollte sie sich wenigstens erkenntlich zeigen und sich flugs umbenennen in »Pleitegeiers Aufschwung«

HERBERT CARL

ROTZBLECH TÜBINGEN

ORIGINAL ERREGERLÄNDER MUSIKANTEN

TÜBINGEN

Bitte sorgsam stempeln!

KONKRET 7/83: »Der häßliche Deutsche« - von Otto Köhler

Endlich! Otto Köhlers Kolumne ist wieder lesbar. Der Text war es ja schon immer, nur das unterlegte Foto hat es oft sehr schwer gemacht.

Die neue Aufmachung finden wir prima. Vor allem die schönen Sondermarken. Alle Briefe, die wir damit verschickt haben, sind auch angekommen. Hat Schwarz-Schilling soviel mit der Verkabelung zu tun, daß er sich um die Postkontrolle nicht mehr kümmern kann?*)

FRITZ HEILMEIER

OSNABRÜCK

Anmerkung der Redaktion: Auch bei KONKRET sind Briefe, die mit dem »Häßlichen Deutschen frankiert waren, eingetroffen. Wir haben die Post gefragt und erfahren, daß es keine Extrastelle gibt, die klärt, ob ein Brief richtig frankiert ist. Jeder Beamte, so wurde uns erklärt, der mit Briefen zu tun hat, ist angehalten zu prüfen, ob die Frankierung, das Gewicht und die Versendungsart richtig sind. Das gilt auch für den Postboten.

Weltraumzombie

KONKRET 7/83: Vorwort von Manfred Bissinger

Was soll'n wir eig'ntlich noch alles verkraften?
Im eigenen Saft nukle-arisch versaften?
Die »nicht zu vermeidende« »Nach«rüstungswelle?
Noch mehr SS als in Hersfeld und celle?
Herrn Nazidolf Carstens als Präsidenten?
Höh're Diäten statt höhere Renten?
Auslandsaufführverbot für die »Weiße Rose«?
Noch eine - Herr Kohl! - Million Arbeitslose?
Herrn Zimmermann als Bundessittenrichter?
Als Kunst- und Filmfreiheit-Totalvernichter?
Mit »Chemischer Keule« und Hartgummistöcken
gegen alle, die wider den Staatsterror löcken?
Nein, Freunde - uns reicht der bisherige Schaden,
Wie Geißlers Auschwitz-Pazifismus-Tiraden!
Das Maß ist nun voll im Flickskandalland;
drum, Jugend, steh auf - leiste Widerstand!!

GÜNTHER TRIEDWINDT
HAMBURG

Lieber Bissinger, Fälschungen gibt es in der deutschen Presse nun wirklich genug. Richtig, der

»Stern« marschiert gemeinsam mit »Bild« gerne vorne weg, aber auch der »Spiegel« ist ganz schön mit von der Partie. Wer die Auslandsberichterstattung dieses Blattes liest, hat das dringende Gefühl, die Redakteure hätten Auftrag, ein bestimmtes antikommunistisches Soll zu erfüllen. Und wenn's die Realität nicht hergibt, wird eben erfunden. Beispiel aus dem »Spiegel« 23/83. Dort stand eine Geschichte über die »berüchtigte polnische Prügelpolizei Zomo« - Zitat: »Gegen Demonstranten in Lubin und Grünberg im August vorigen Jahres stellte sie (die Zomo) eine besonders heimtückische Waffe vor: Auf Panzerwagen montierte Linsenreflektoren, deren Strahlen in wenigen Sekunden die Kleider von Menschen in Brand setzen. Die Lichtkanone stammt aus der DDR.«

Eh! Produkt sozialistischer Schöpferkraft? Oder eben nur das Hirngespinst eines antikommunistischen Weltraumzombies vom »Spiegel«?

KURT KLAHRE
PFORZHEIM

Sie schreiben über den »Stern«Journalisten, den sein heftiger Protest gegen die Hitler-Tagebücher nur noch weiter nach oben hat fallen lassen. Dabei behaupten Sie einfach, er würde jetzt auch noch mehr ' Geld verdienen. Sie sind doch sonst so konkret. Warum diesmal keine genaueren Zahlen!*

HEINER KAHL
HERDECKE

*Nach KONKRET-Informationen wurde der besagte Kollege bislang mit DM 16.000 monatlich gelöhnt. Jetzt sind es DM 25.000,-- (Extras, wie 13. Monatsgehalt nicht inbegriffen).

Einfach dreist

KONKRET Nr. 7/83 »Ein Agent im Fummel«-Kommentar von Hermann L. Gremliza

Ermöglicht wird die hysterische Verehrung des »Heiligen Vaters« anstelle Gottes (Papolatrie) durch den Glauben des einfachen Volks. Dieser Glaube ist die Frömmigkeitsform der Gedemütigten, Verängstigten und Dummgemachten. Seine aufklärungsfeindlichen Nutznießer loben ihn darum sehr. Wo er, wie an katholischen Passions- und Wallfahrtsorten, massenhaft auftritt, zeigt er schaudererregend, was die seliggepriesenen »Armen im Geiste« sind: Unmündige. Würden die mündig, zerfiele die katholische Kirche. Das weiß sie. Deshalb fürchtet sie nichts mehr, als daß die «Kinder Gottes« erwachsen werden könnten. Leider sieht's nicht danach aus. In Polen schon gar nicht. Darüber waltet Wojtyla.

HANS WITTEK

LEUTKIRCH

Was sich im Augenblick dieser Papst erdreistet, nicht nur allein damit, daß er uns andere Sittenanschauungen erneut wieder aufzwingen will, ist ein starkes Stück! Deshalb ist stärkster Kampf für uns geboten, soweit sich die Kirche in die Politik einmischt. Vergessen wir nicht: Man braucht das Christentum nur ein Jahrtausend in seiner Geschichte zurückzublättern: im Anfang war es wohl die Güte, die diese Religion hat gebären helfen - zur Macht gebracht hat sie die Gewalt.

Der Papst und seine katholische Kirche wird deshalb nie etwas anderes tun, was seiner Kirche und ihren politischen Parteien nützt.

KARL KIRCHNER

WÜRZBURG

Geld stinkt nicht

KONKRET 7/83: »Psychologie im kalten Krieg« - Ein Essay von Günter Amendt

Die Verlogenheit geht ja noch weiter als Günter Amendt beschreibt. Die gleiche westliche Gesellschaft, die jeden sowjetischen Dissidenten feiert, liefert in die Sowjetunion Psychopharmaka. Geld stinkt eben nicht. Und wer erfährt es schon.

RENE ZUHR

ZÜRICH

Die meisten der Psycho-Pillen ' mit denen die sowjetischen Therapeuten arbeiten, stammen aus der Produktion westlicher Pharma-Konzerne. Aber der allergrößte Teil dieser Produktion landet in den Körpern von Patienten in den USA und Westeuropa. Sind das alles Opfer psychotherapeutischer Foltermänner?

CLAUS-PETER JUNGE

MÜNCHEN

Auf's Wohl

KONKRET Nr. 7/83.»Deutschland, wie es sich wäscht« - Horst Janssen zur Lage der Nation '

Verehrter Horst Janssen! Nach der Lektüre Deines Textes mußte (!) ich Dir unbedingt mitteilen, daß Du das, was mir schon geraume Zeit im Hirn rumrumorte, trefflich in Worte gefaßt hast, genauso sieht's aus und nich anders! Basta! Ich hoffe, Du hast nichts dagegen, wenn ich nun ein Fläschchen Vino auf Dein Wohl leere!

KARL PLOEGER

RINTELN

Als Zeichner ist er uns schon lange bekannt, als Schriftsteller fangen wir an, ihn zu begreifen, als Politiker ist er die Entdeckung des Jahres 1983.

HARTMUT WENDEL

SAARBRÜCKEN

Konkret 08/83, S. 10

Hermann L. Gremliza

Keine Steine auf die Schweine

Einen voraus an die Friedenstunten: Wenn es denn hülfe, den USA die Lust am Atomkrieg zu nehmen, daß einer ihrem reisenden Vizepräsidenten die Birne verbeult - wer würfe nicht gerne den ersten Stein? Wessen Mitleidensfähigkeit ist durch die von Bushmännern täglich Ermordeten und Gefolterten nicht so verbraucht, daß sie sich bis über einen demolierten Bush ausbreiten könnte? Mein seelisches Gleichgewicht jedenfalls ist eher gestört, wenn ein Schwein wie dieses das Land, in dem ich lebe, unversehrt passieren kann.

Das ist keine Antwort auf die Frage, ob und wann Gewalt ausgeübt werden darf, soll oder muß. Eine unterdrückte Nation oder Klasse, die sich gegen ihre Ausbeuter erhebt, pflegt darüber nicht zu diskutieren. Sie weiß sich in der Legitimität historischer Konsequenz. Das bunte Bündnis, das wir Friedensbewegung nennen, muß sich mit der Frage quälen. Die sogenannten »Krefelder Krawalle«, von denen in acht Zeitungstagen mehr die Rede war als von vier Millionen Unterschriften unter dem Krefelder Appell in zwei Jahren, werden sich im Herbst andernorts wiederholen. Und sie verlangen andere Antworten als die der Oma Jungk, die da sagte: »Wer 'Nie wieder Krieg' sagt, muß auch 'Nie wieder Bürgerkrieg' sagen.« Als sollten Atomraketen gegen Sozialpartnerschaft getauscht, der Imperialismus totgestreichelt und der Klassenkampf von einer ökopazifistischen Volksgemeinschaft zu Grabe gesungen werden.

Was da in und nach Krefeld zusammengequatscht wurde, zeigt an, daß die Verelendung der politischen Intelligenz mit dem Fall der Profitrate Schritt hält. Einfachste Erkenntnisse über das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft und ihres Staates, die zu Zeiten der Hochkonjunktur vor 15 Jahren jedermann geläufig schienen, müssen unter der Schmidt-/Genscher/Kohl-Kultur verschütt gegangen sein. Die Depression drückt auf die Gehirne. Die Militanten von der »Autonomie« stottern was von »Gleichzeitigkeit des trikontinentalen und des metropolitanen Angriffs« der »Supermächte« (Andreas Baader dreht sich im Grabe um) und Jo Leinen, der muntere Juso vom Bundesverband der Bürgerinitiativen für Umweltschutz, unterstellt dem Innenminister »die durchschaubare Absicht, den Obrigkeitsstaat des 19. Jahrhunderts zu installieren«. Auch die IG Metall schwafelt von »Rechtsvorstellungen des wilhelminischen Obrigkeitsstaates«.

Heillose Verwirrung. Die kapitalistische Welt rüstet zum letzten Gefecht - mit Atomraketen, deren je zehn Sprengköpfe, durch Microprozessoren gesteuert, den globalen Feind enthaupten sollen, und mit dem Ausbau eines schwarzbraunen Staats, der jede Regung des inneren Feinds erkennt, registriert und liquidiert - und die Opfer wappnen sich gegen Kartätschenprinzen und die Säbel wilhelminischer Wachmänner. Fünfzehntausend Kilometer westlich und fünf bis zehn Jahre voraus, in Kalifornien, läßt die Bourgeoisie ihre Häuser rund um die Uhr von schwerbewaffneten Doppelstreifen bewachen. Das ist es, was vor uns liegt, und nicht der preußische Verfassungskonflikt.

So weit hinterm Mond wie seine Kritiker wohnt der Friedrich Zimmermann nicht. Er weiß, daß mit Hühneraugenpflaster kein Krebs zu heilen ist, er hat die sozialdemokratische Illusion, Kapital und Arbeit ließen sich versöhnen, nie geteilt. Man schimpfe es Mangel an Anstand oder ein Zeichen krimineller Energie - die Erkenntnis des Innenministers, daß die Opfer der Kapitalherrschaft- nicht *resozialisierbar* und ihr Widerstand nicht auf Dauer *integrierbar* sind, hat mehr Zukunft als der endlose Versuch, Leuten, die nichts mehr von einem »normalen« Leben zu erwarten haben, das Gegenteil einzureden. Die Konsequenz freilich ist: Abschieben, zusammenschlagen, einsperren, aufhängen. Aber mit Gewalt hat Zimmermann keine Probleme.

Die Friedensbewegung und die Angst vorm heißen Herbst kommen ihm nicht ungelegen. Daran kann er sein Prinzip demonstrieren und seine Instrumente feilen. Die jämmerlichen Liberalen hat er schon im Schwitzkasten. Die jammernden Sozis, die ihm dieses BKA, diesen Staatsschutz und diese zur Bürgerkriegsarmee gerüstete Polizei hinterlassen haben, sind doppelt wehrlos: sie haben nichts zu sagen und sie hätten nichts zu sagen. Was denn auch, bitte: daß die Bourgeoisie nun direkt regiere (statt, wie zuvor, indirekt), daß der Staat nun eindeutig der politische Ausschuß des Kapitals sei (statt, wie zuvor, zweideutig)? Wer von den vormals Regierenden sollte das sagen können, wo doch kaum einer dabei ist, der es denken kann?

Zimmermann (nicht als Eigentümer eines meineidigen Blutzuckers, sondern als Synonym für die Gewalttätigkeit dieses Regimes) muß die Friedensbewegung kleinkriegen. Den Anfang hat er gemacht. Im Bundestag haben ihm die freidemokratischen Abgeordneten geholfen, in Krefeld die sozialdemokratischen Polizeiführer. Das neue Demonstrationsrecht, das die Festnahme und Bestrafung jeder »Teilmenge« von Demonstranten erlaubt, die sich vom Polizeisprecher nicht nach Hause schicken lassen, gibt freie Bahn dem tüchtigen Staatsschützer. Fünf maskierte Mitarbeiter des Landesamts mit je einem Täschchen voll Steinen über die Kundgebung verstreut und dann: Knüppel aus dem Sack! Ich fresse einen Besen samt dem daran hängenden arbeitslosen Sozialpädagogen, wenn das BKA nicht einen Sonderkurs in Provokation eingerichtet hat, wo die beamteten Veteranen vom Bremer Rekrutengelöbnis und der Startbahn West referieren. Thema: Was ist zu tun, wenn. ein Molly einen Jeep der US-Army trifft, und wie stellt man einen Molly her?

Aber, liebe »UZ - Organ der DKP«, die du die Beweise für den Einsatz von beamteten »Chaoten« so verdienst- wie liebevoll sammelst, ist das wirklich die Antwort auf alle Fragen? Wo bleibt die Souveränität eines Friedrich Engels, der »eine reißende Zunahme von Verbrechen, Räubereien und Morden« (»Die Straßen sind bei Abend sehr unsicher, die Bourgeoisie wird geprügelt, mit Messern gestochen und beraubt«) eben nicht denunziert, sondern analysiert: die Täter »protestieren als Individuen und gewaltsam gegen die soziale Ordnung« (Brief an Marx, 1844)?

Die Friedensbewegung ist nicht die Arbeiterklasse, sondern ein Bündnis von bürgerlicher Intelligenz, Kleinbürgern, Arbeitern und Randgruppen aller Art. Sie verbindet mehr das Gefühl als die Erkenntnis, daß die Stationierung der neuen Atomraketen auf einen Krieg abzielt, den kein Europäer überleben wird. Überraschend sind nicht die individuellen und gewaltsamen Ausbrüche von Protest, überraschend ist das große Maß an Besonnenheit und Disziplin. Das wird sich, je näher die Raketen kommen, noch ändern. Nicht nur deshalb, weil Zimmermann auch den gewaltlosen Widerstand zur Gewalttätigkeit erklärt hat und jeden straßenbesetzenden Friedenschristen zum Kriminellen. Wer sich seine Angst, es gehe um Leben und Atomtod, selber glaubt, wird an den Grenzen gewaltlosen Protests, wenn der ohne Wirkung bleibt, nicht haltmachen. Die Friedensbewegung muß jetzt Aktionsformen diskutieren und einüben, die dem dann nötigen Widerstand eine politische Kraft geben und nicht Tausende in den individuellen Terror treiben.

In Stammheim sind noch Zellen frei. Es gibt keinen Anlaß, sie füllen zu helfen. Weder so noch so - weder durch Propaganda für Steinewerfer, noch durch eilfertige Distanzierung und Denunziation. Gerade wer Gewalt verabscheut, dürfte nicht bei den staatlichen Gewalttätern um den Stern eines Hilfssheriffs anstehen.

Konkret 08/83, S. 12

Günter Gaus

Zurück in die 50er Jahre

Günter Gaus war fast sieben Jahre lang als Staatssekretär im Bundeskanzleramt der Erste ständige Vertreter der Bundesrepublik in der DDR. Demnächst erscheint im Hoffmann und Campe Verlag sein neues Buch "Wo Deutschland liegt". KONKRET hat Günter Gaus nach dem neuen Milliardenkredit für die DDR und dem angekündigten deutsch-deutschen Giftmüllgeschäft gefragt.

KONKRET: Herr Gaus, was sagt ein Mann, der als Unterhändler mit der DDR von der CDU/CSU unverantwortlicher Vorleistungen an die andere Seite beschuldigt wurde, zum Milliardenkredit an die DDR?

Gaus: Also, es ist schwer, nicht sarkastisch oder ironisch zu werden. Von uns sind zu meiner Zeit niemals finanzielle Vorleistungen erbracht worden - abgesehen vom Swing, dem Überziehungskredit im deutsch-deutschen Handel, von dem, wie das im Geschäftsleben so üblich ist, auch westdeutsche Leute profitieren. Alles wurde auf Punkt und Komma genau und zu Festpreisen vorher ausgehandelt, und die DDR hatte dafür konkret etwas zu leisten. Die Deutschland-Politiker der Union machen das alles ganz anders. Die Deutschland-Politik von Helmut Kohl und seinem Freund Franz-Josef Strauß basiert auf der Annahme, man könne in der Tagespolitik die deutsch-deutschen Beziehungen auf Kreditkommissionen reduzieren und gleichzeitig Positionen der 50er Jahre wiederbeleben.

KONKRET: Da gehören ja immer zwei dazu.

Gaus: Weshalb dieses nicht funktionieren wird. Man kann einiges - nicht sehr viel - von der SED durch finanzielles Entgegenkommen erreichen. Was man erreichen kann, hängt ab von dem politischen Umfeld. Und dieses politische Umfeld wird verheert durch die Reden, die die Bundesregierung gleichzeitig mit der Vermittlung von Krediten hält. Das Geld, das glücklicherweise nach drüben geht - ich habe nie die moralische Akrobatik der Union verstehen können, gleichzeitig das Los der Brüder und Schwestern zu beweinen und ihnen den Brotkorb höher hängen zu wollen -, das Geld also wird durch die Reden der Bonner Regierungspolitiker wieder entwertet. Nicht für die DDR. Aber für alles, was es an langfristigen deutsch-deutschen Dialogmöglichkeiten gibt. Und wenn sich das erst herausstellt, dann wird die Bundesregierung die Enttäuschung, die sie zum Teil selbst verursacht hat, durch noch mehr Kraftsprüche auffangen müssen.

KONKRET: Strauß wird ja nun Honecker treffen, den er erst vor wenigen Wochen als Mörder beschimpft hat.

Gaus: Herr Strauß wird sicherlich, wenn er mit Herrn Honekker gesprochen hat, uns später erzählen, wie mannhaft und entschieden er ihm Bescheid gestoßen hat. Das System der DDR läßt nicht erwarten, daß Honekker auch eine Pressekonferenz gibt, auf der er sagt, was er Herrn Strauß alles gesagt hat. Ich erwähne dies nur, weil wir, durch unsere Klischees einigermaßen blind gemacht, uns gar nicht vorstellen können, daß auch die andere Seite vielleicht ein paar Bemerkungen fallenläßt über das, was unsere Seite, in diesem Falle Herr Strauß, zu einigen Vorgängen der letzten Monate öffentlich gesagt hat.

KONKRET: Die DDR gerät aber durch diese Art Diplomatie gerade bei Gegnern der Bonner Regierung in ein ganz schiefes Licht. Und wenn man dann noch lesen muß, daß die DDR bereit ist, für Geld den Giftmüll der BRD-Industrie zu übernehmen - ein bißchen pervers ist das schon.

Gaus: Ich denke, daß die DDR ihre Prioritäten aus begreiflichen Gründen anders setzt als wir. Ohne Zweifel bedeutet dies, daß die DDR umweltpolitisch nachhinkt. Aber wenn das Bedauern darüber die Ursachen für diese Phasenverschiebung in der Umweltpolitik zwischen hüben und drüben aus dem Auge verlieren läßt, dann sind die Umweltschützer bei uns nicht weniger illusionär als es die Deutschlandpolitiker der 50er Jahre gewesen sind, die gemeint haben, mit genügend Druck auf die DDR werde man die deutsche Frage im Sinne einer Eingemeindung der DDR schon lösen können. Dies ist keine Entschuldigung für mangelnde Umweltschutzpolitik der DDR. Die DDR wird, wenn die Zeit es zuläßt und nicht Katastrophen eintreten, zwangsläufig mit einiger Verspätung auch Umweltbewußtsein entwickeln. Die letzten Jahre haben das schon gezeigt.

KONKRET: Zur Zeit stellt sich das Bild der DDR so dar: Die kriegen 'ne Milliarde und lächeln an der Grenze. Und für ein paar Millionen schlucken sie auch unseren Giftmüll.

Gaus: Das gehört zu den Vorstellungen von deutsch-deutscher Politik, die mir immer Unbehagen verursachen, weil sie sich in Schlagworten ausdrücken. In den 70er Jahren ist in mühseligen Verhandlungen auf Wunsch unserer Seite mit der DDR ein Vertrag über eine Mülldeponie gleich hinter Lübeck ausgehandelt worden. Zu der Zeit gab es weder bei uns noch in der DDR ein Giftmüllbewußtsein. Auf keiner Seite gab es das. Bei uns ist dieses seither in einem höheren Maße entstanden. Dies heißt doch noch nicht, daß an Lübeck vorbei in die DDR hinein Giftmüll deponiert wird. Wo ist der Beweis dafür, daß in der DDR, wenn man genug zahlt, Giftmüll aus Seveso abgelagert werden kann? Ich erinnere mich nur daran, daß - als diese Fässer von Seveso verschwunden waren - viele Zeitungen in der Bundesrepublik angedeutet haben, es werde wohl in

der DDR lagern, weil die ja bekanntlich für Geld alles nimmt. Nicht eine dieser Zeitungen habe ich bereitgefunden, nachdem das Gift in Frankreich aufgetaucht war, zu sagen: Was die DDR angeht, haben wir uns geirrt. Ich finde also unverändert richtig, wenn man ein Nachhinken der DDR im Umweltbewußtsein konstatiert. Ich halte es aber auch für notwendig, um nicht in Ressentiments und Illusionen zu verfallen, die Gründe für dieses Nachhinken nüchtern zu sehen.

Konkret 08/83, S. 12

Nachrichten

Abwägung

Schwule haben es immer noch schwer. 50 Jahre nach der Machtergreifung wollte die »Alternative Schwulen- und Lesbengruppe (AKS) Koblenz« an die über zehntausend Homosexuellen Männer und Frauen erinnern, die als »sogenannte 'Rosa-Winkel'-Häftlinge in Konzentrationslager verschleppt und zum großen Teil umgebracht wurden«. Mit dieser Begründung bat die AKS die Koblenzer Stadtverwaltung um Erlaubnis, einen Informationsstand in der Fußgängerzone der Stadt aufzustellen.

Vierzehn Tage später bekamen die Schwulen einen Ablehnungsbrief von einem Herrn Schmitt, Stadtverwaltung Koblenz, Abteilung Kongreß und Marktamt. Vom Rathaus am Jesuitenplatz schrieb der Beamte an die AKS: »Nach eingehender Abwägung, selbst unter Beachtung der Artikel 2,3 und 5 des Grundgesetzes, waren die Interessen der Allgemeinheit höher zu bewerten, da wegen der Besonderheit des Themas und unter Würdigung geltenden Rechts (§ 175 StGB) die vorgesehene Sondernutzung zu einer Gefährdung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs führen würde.«

Im Interesse der Koblenzer »Allgemeinheit und der Leichtigkeit des Verkehrs« war es dagegen, daß Firmen wie »BRAVO«-Video-Truck, SABA-Video Mobil, der Berliner Senat mit zwei Omnibussen und die Marine mit drei LKW-Anhängem von der Stadtverwaltung eine Standgenehmigung erhielten, und ihre Meinung »in Wort, Schrift und Bild frei äußern und verbreiten« (Artikel 5 des Grundgesetzes) durften.

Große Koalition

Die Sozialdemokraten verspüren Aufwind. Fünf Monate nach der katastrophalen Wahlniederlage hat sich die Partei im öffentlichen Ansehen wieder auf 42 Prozentpunkte hochgearbeitet, die CDU sackte demgegenüber auf 46 ab. Die rechte Stimmung will in der Baracke, dem Bonner SPD-Hauptquartier, dennoch nicht aufkommen. Denn für die nächste Landtagswahl Ende September in Hessen sieht es immer noch düster aus. Die CDU führt in den Meinungsumfragen mit dreieinhalb Prozent vor der Börner-Truppe. Und auch die Grünen stabilisieren sich nach kräftigem Zwischentief wieder zwischen fünf und sechs Prozent. Nur die FDP hat immer noch keine Chance, in das Wiesbadener Parlament einzuziehen. Damit aber wird es zur gleichen Konstellation kommen wie bisher: Die SPD muß, will sie an der Regierung bleiben, mit den Grünen koalieren. Dagegen aber sträubt sich der amtierende Ministerpräsident Holger Börner. Fazit in der Baracke: »Es wird wohl zu einer Großen Koalition kommen, denn der Börner hat nicht die Nerven zu einer neuen Minderheitsregierung. Das wird den Grünen in Bund und Ländern auf Dauer erhebliche Prozentpunkte bringen. Denn da muß man nicht sehr links sein, um mit Zimmermann auch nicht von Hessen aus regieren zu wollen! «

Hofjournalismus

Schon der alte Friedrich Flick gestaltete sein Verhältnis zur Presse wie geschmiert. Er kaufte sich Nachrichtenagenturen und Journalisten, und wer nicht mehr im Sinne des Hauses funktionierte, wurde bei Hermann Göring zur weiteren Veranlassung denunziert (KONKRET 11 /8 1). Als jetzt, Mitte Juli, der Flick-Konzern seine Bilanz-Presse-Konferenz veranstaltete, wollte KONKRET teilnehmen. Flick-Pressesprecher Manfred Kiesewetter: »Ich bedaure, daß das nicht möglich ist.« KONKRET: »Es dürfen also nur ausgewählte Journalisten teilnehmen?« Kiesewetter: »Es ist ein Kreis von Wirtschaftsjournalisten, der eingeladen ist, ich bedaure, keine anderen einladen zu können.«

In den führenden Zeitungen unserer Republik erschienen dann Hofberichte der ausgewählten Flick-Journalisten aus dem Kreis der Düsseldorfer »Wirtschaftspublizistischen Vereinigung e.V.«, die - wie praktisch - Manfred Kiesewetter zum Kassenwart hat. In der »Welt« nannte Joachim Gehlhoff den Spendenkonzern »grundsolide finanziert« und »gut gerüstet für alle Risiken«. In der »Frankfurter Allgemeinen« freute sich Hugo Müller-Vogg über das »deutlich bessere Betriebsergebnis«. Und in der »Süddeutschen Zeitung«, die als »unabhängig« gilt, holte Ernst Berens zum Rundumschlag gegen alle Flick-Kritiker aus. »Trotz aller Kampagnen gewisser Magazine«, so bejubelte er Flick, »sind die Unternehmen in Ordnung und geben keinen Anlaß zu negativen Schlagzeilen.«

Hammer in der Zunge

Günter Hammer, Chefredakteur der teilweise SPD-eigenen »Westfälischen Rundschau« in Dortmund, fühlt sich von SPD-Genossen in die Zange genommen. In der Redaktionskonferenz des Blattes klagte Hammer, der zugleich Mitglied im Verwaltungsrat des Westdeutschen Rundfunks (WDR) ist, nach dem unfreiwilligen Abgang von WDR-Fernseh-Chefredakteur Theo M. Loch wegen dessen verheimlichter Mitgliedschaft in der Leibstandarte »Adolf Hitler« der Waffen-SS hätten ihn Parteifreunde angegangen: »Ja seid ihr denn verrückt geworden? Wenn schon der Loch wegen so was gehen muß, dann können wir ja auch bald dran sein!« Die Fragesteller waren zwei Dortmunder Parteigrößen: Günter Samtlebe, Oberbürgermeister und Präsident des Deutschen Städtetages sowie Werner Zeitler, Bundestagsabgeordneter seit 1972. Der erste bekannte Hammer, so erzählte dieser seiner Redaktion, er sei ein hoher HJ-Führer und in der Waffen-SS gewesen, der andere, daß er ebenfalls in der Waffen-SS gedient habe. Im Bundestagshandbuch liest sich die Zeitler-Angabe freilich unverfänglich: »1943 bis 1946 Kriegsteilnehmer, Gefangenschaft«.

Gestolpert wäre über die Affäre Loch auch beinahe Erwin Berens, Studioleiter Rundfunk des WDR in Bonn. Per Fernschreiber tickerte er nach Köln: »Lieber Theo, ich höre in diesem Augenblick über den direkten Draht aus Köln das widerwärtige Tribunal...

Ich distanziere mich von dieser kommunistisch inspirierten Schmutzkampagne. Ich solidarisiere mich mit dem Opfer...

Ich lege Wert darauf, daß Sie diesen Brief mit meiner Namensnennung öffentlich zitieren. In Freundschaft Erwin Berens.«

Als Loch den Brief an die Deutsche Presse-Agentur gab, hat diese ihn nicht verbreitet. Das war weitsichtig. Denn als der Redakteursausschuß des WDR Berens aufforderte, den verleumderischen Brief zurückzuziehen, tat Berens das umgehend. Den Umfaller-Brief wollte er nicht veröffentlicht wissen.

Zitat

»Sozialwissenschaftlichen Studien zufolge handelt es sich bei der 'Friedensbewegung' um eine 'kleinbürgerliche Protestbewegung', die überwiegend aus jungen Menschen mit hoher Formal-Bildung (Abitur) besteht. Die große Mehrheit ihrer Anhänger ordnet sich politisch 'links' ein; sie hält die 'etablierten' demokratischen Parteien (CDU/CSU, FDP, SPD) für unfähig, die anstehenden Probleme zu lösen; sie billigt die Beschäftigung von Extremisten im öffentlichen Dienst und die Beteiligung von Kommunisten an der Regierung; sie glaubt - trotz einer kritischen Distanz zur Sowjetunion -, daß es Moskau mit der Entspannung ernst meine und daß die USA ein militärisches Übergewicht anstrebten; sie bejaht Hausbesetzungen und lehnt nicht nur die militärische, sondern auch die friedliche Nutzung der Kernkraft ab. Die 'Friedensbewegung' stellt also keine 'Ein-Punkt-Bewegung' dar, sondern eine Bündelung der , neuen sozialen Bewegungen'.«

Aus einem Bericht des Bundesinnenministeriums über die Friedensbewegung. -

Wir danken dem Parlamentarischen Staatssekretär im Innenministerium Carl Dieter Spranger für diese exakte Analyse der KONKRET-Leserschaft

Konkret 08/83, S. 14

Karl-Hein Hansen

Neue Obrigkeit

Obwohl es schon eine Un ahl von Geset en ur Verhinderung und Beschneidung des Demonstrationsrechts gibt, dreht die Rechts-Koalition weiter an der Law-and-Order-Schraube

Wieder hat der organisierte Opportunismus seine Zuverlässigkeit bewiesen. Die »Liberalen« bleiben sich treu, egal mit wem sie gerade koalieren: Vom »hysterischen Kompromiß« bei den sogenannten Anti-Terror-Gesetzen im Jahre 1974 bis zum faulen Kompromiß der Liquidierung der Versammlungsfreiheit im Jahre 1983. Jetzt fehlt nur noch die Reform der Reform des § 218, dann ist die Sanierung der sozial-liberalen Reformruinen durch das Abbruchunternehmen Genscher & Co. komplett. Für sie übersetzt sich »Ordnung und Sicherheit« noch stets mit »Law and order«, weil »radikale Gruppen und subversive Kräfte in extensiver Weise und mit Anwendung sich steigernder Gewalt das Demonstrationsrecht im Kampf gegen verfassungsmäßige Ordnung und Rechtsstaat mißbrauchen« (so die Begründung für die Anti-Terror-Gesetze damals und heute).

Die Kontinuität ist gewahrt. Konnte man sich damals noch einreden, es ginge nur gegen eine Handvoll Terroristen, die aus der »politischen Situation« eine »militärische« machen wollten (der große Krisenstab Helmut Schmidts hat sie ihnen dann wochenlang beschert), so geht es heute offen gegen die aktive Minderheit einer Mehrheit, die unser Schmunzelkanzler seit dem 6. März zu einer bedeutungslosen Minderheit heruntergedeutelt hat. Heute geht es dem Rechts-Staat darum, den inneren Belagerungszustand herbeizuführen, ohne ihn öffentlich auszurufen, was verfassungsrechtlich (noch) nicht geht.

Als 1970 der noch aus dem dynastischen Obrigkeisstaat Kaiser Wilhelms stammende Paragraph 125 (Landfriedensbruch) der jeden Demonstranten mit Strafe bedrohte, wenn Gewalttätigkeiten vorkamen, reformiert werden sollte, hatten sich Rechts- und Innenausschuß des Bundestages noch tagelang Fernsehdokumentationen über die Prügeleien der »Jubelperser« anläßlich des Schah-Besuches angesehen, um dann endlich einen der Überreste aus vordemokratischer Zeit dem Verfassungsanspruch des Grundgesetzes recht und schlecht anzupassen.

Im Jahre 1983 genügte den professionellen Wahrern von Recht und Ordnung der »Krefelder Krawall« als willkommener Anlaß für längst beschlossene Entschlossenheit. Weil die eine Hand (Polizei) nicht wissen darf, was die andere (Verfassungsschutz) tut, wird wohl im Dunkeln bleiben, ob die Steinewerfer am Seidenweberhaus in Krefeld (während sich drinnen »Linke« und »Grüne« von Herrn Bush vorlegen ließen, frei nach der Devise »am Alex provozieren, in Krefeld dinieren«) noch von anderem bewegt worden sind, als nur von ihrem Dauerfrust. Kamen doch diese Steine Herrn Zimmermann und seinem »Hause« sehr gelegen. Kein Zufall ist, daß der am Anschlag auf das Demonstrationsrecht maßgeblich beteiligte Herr Staatssekretär Fröhlich (CDU/ CSU) alle Innenminister der sozial-liberalen Koalition überdauert und dafür gesorgt hat, daß die Abteilung »Linksextremismus« des Verfassungsschutzes auch nach 1969 stets fest in den bewährten Händen der CDU/CSU geblieben ist.

Der Artikel 8 des Grundgesetzes lautet: »Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes beschränkt werden.«

Die Verfassungswirklichkeit sieht so aus: Im Prinzip hat jeder das Recht, sich friedlich zu versammeln, aber ob überhaupt und wann und wie und zu welchem Anlaß und in welcher Kleidung und auf welchen Wegen und Plätzen, bestimmt die Polizeivorschrift.

Ausländern steht die Versammlungsfreiheit ohnehin nicht zu (Bonn ist schließlich nicht Washington, wo Bonns grüne Abgeordnete am Zaun vom Weißen Haus Transparente ausrollen durften). Im Versammlungsgesetz von 1953 sind Anmeldepflicht, Auflagen und polizeiliche Verbote im einzelnen und aufs Feinste geregelt. Und neben dem wilhelminischen Paragraphen 125 des Strafgesetzbuches gibt es ein reiches Instrumentarium anderer Strafparagraphen, an denen entlang sich die Benutzer des Artikels 8 des Grundgesetzes bewegen müssen: Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten (Paragraph 103), Verletzung von Flaggen und Hoheitszeichen ausländischer Staaten (Paragraph 105), Nötigung des Bundespräsidenten und von Mitgliedern eines Verfassungsorgans (Paragraph 106), Bannkreisverletzung (Paragraph 106a), Störung der Tätigkeit eines Gesetzgebungsorgans (Paragraph 106b), Hausfriedensbruch (Paragraph 123) usw. Zwar ist in den meisten Strafbestimmungen »Gewalttätigkeit« vorausgesetzt; aber was Gewalt ist, bestimmen im Zweifelsfall die Richter, von denen wir aus jüngerer Geschichte und jüngster Gegenwart einiges gewohnt sind. Auf sie ist Verlaß, wenn sie im Namen des Volkes über das Volk Gericht halten. Im Jahre 1983 lautet ihre Empfehlung an schießwütige Polizisten: »Die Entscheidung darf nicht etwa dazu führen, daß sich Polizeibeamte bei vergleichbaren Einsätzen künftig übertrieben zurückhalten.« So die Begründung für den praktischen Freispruch des Todesschützen von Gauting. Schon nach dem 1970 reformierten und noch gültigen Paragraphen 125, Absatz 1, reicht ein Sitzstreik auf einer Fahrbahn aus, um wegen Gewalttätigkeit bestraft zu werden.

Was »friedliche« Versammlungen sind, wird im Zweifelsfalle durch die »polizeiliche Gewaltklausel« entschieden, nach der schon »vorbeugend« verboten werden kann. Also in dubio pro republico, frei übersetzt: Im Zweifel für den Büttel.

Für welche Schäden man tunlichst zu haften hat, ist dem Bürgerlichen Gesetzbuch zu entnehmen (Paragraph 830), ganz abgesehen von den in einigen CDU/CSU-regierten Ländern neu eingeführten »Demonstrationsgebühren« für Polizeieinsatz. Wahrlich: Das »geltende« Recht reicht aus, um mit jeder Demo und mit jedem Demonstranten fertig zu werden.

Über allem schwebt dazu noch der fast vergessene, im Herbst 1983 bald wieder aktuelle »Notstands«-Artikel 91 des Grundgesetzes. Danach können nicht nur die Polizeikräfte anderer Bundesländer, sondern auch der Bundesgrenzschutz an Brennpunkten eingesetzt werden, wenn »Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes« droht. Damit die Regierung mit dieser drohenden Gefahr all denen, die gegen die drohende Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen sind, besser drohen kann, müssen die Strafbestimmungen für Landfriedensbruch (Paragraph 125) wieder verschärft werden. Nach dem FDP-CSU-»Kompromiß« muß jeder, der sich nach polizeilicher Aufforderung nicht aus einer Demonstration entfernt, aus der »Gewalttätigkeiten« (siehe oben) begangen werden, mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr rechnen. Frage: Wie entfernt man sich aus einer Menge von 200.000 Menschen?

Straffrei bleiben soll, wer »erweislich« (nicht »nachweislich«, das ist der Kompromiß) auf »einzelne Personen einwirkt, um sie davon abzuhalten, Gewalttätigkeiten oder Drohungen (!) ... zu begehen«. Frage: Wie finde ich den Richter, der meinem Tonband oder meinen mitgeführten Zeugen Glauben schenkt, auch wenn ich nicht mit ihnen verwandt oder verschwägert bin?

Straflos sollen alle bleiben, die sich in Ausübung ihres Dienstes in einer Demo aufhalten, also Sanitäter, Ärzte, Polizisten, Journalisten. Frage: Soll das heißen, daß der Artikel 8 des Grundgesetzes nur noch auf Anweisung von Vorgesetzten und Chefredakteuren dienstlich in Anspruch genommen werden darf?

Die Absicht ist klar: Wenn die Friedensbewegung schon nicht gespalten oder zu »integrieren« ist, muß der Boden des Grundgesetzes so eingeengt werden, daß niemand mehr darauf stehen kann, muß das Prinzip Freiheit so eingeschränkt werden, daß die Verstrickung in den ausgelegten Netzen konkreter Unfreiheiten »sicher«gestellt ist. Nur so haben die Regierenden Aussicht, die Friedensbewegung zwischen Kriminalisierung und Resignation zerbröseln zu können. Sie sagen »Krefelder Krawall« und meinen den »Krefelder Appell«.

Neben den drei bis vier Großdemonstrationen hat die Friedensbewegung während der Aktionswoche im Herbst auch die »symbolische Umzingelung der Bannmeile im politischen Stationierungsort Bonn« am 22. Oktober 1983 auf ihrem Programm. In der Tat ist diese »Bannmeile« um den Bundestag wohl das perverseste Denkmal vordemokratischen Denkens auf »freiheitlich-demokratischem« Grund, das sich die Vertreter des Volkes gesetzt haben. Ob die »Bannmeile« das richtig gewählte Objekt, ob der Bundestag der richtige Adressat für die Demonstrationen gegen Atomraketen im Herbst ist, bleibt fraglich. Geeigneter Gegenstand für gezielte Denunziation ist sie allemal.

Als das »Bannmeilengesetz« (vom 6. Mai 1955, geändert durch Gesetz vom 28. Mai 1969) vor 28 Jahren im Bundestag beraten wurde, hatte nur ein Mitglied der damals im erleuchteten Zustand der Opposition befindlichen SPD einen Anflug von Problembewußtsein, als es sich zu dem Zwischenruf hinreißen ließ: »Muß man sich so vor der Liebe des Volkes schützen?«

Sonst ging es allein um die geographische Ausdehnung des »befriedeten Bannkreises«, nicht etwa um das Ob. Eine Verletzung der Bannmeile durch eine nicht genehmigte Versammlung von drei und mehr Personen kann sechs Monate Gefängnis einbringen und die Aufforderung dazu bis zu zwei Jahren Freiheitsstrafe kosten.

Begründet wurde die bannmeilenweite Trennung der Volksvertreter vom Volk mit der Notwendigkeit des Verfassungsorgans Bundestag, seine Entscheidungen frei »vom Druck der Straße« treffen zu können. Die »Straße« war der Pöbel, auf den die Monarchen von Gottes Gnaden zuweilen schießen ließen (»Gegen Demokraten helfen nur Soldaten«). Die Demokratie-Legende vom Volk als neuem Souverän hätte zynischer nicht entlarvt werden können.

Die Praxis ist entsprechend. Als die IG-Bergbau 1959 gegen Feierschichten und Entlassungen als Folge von Rationalisierungsmaßnahmen in Bonn demonstrierte, forderte sie die Aufhebung der Bannmeile, was theoretisch im Einvernehmen zwischen Innenminister und den Präsidenten von Bundestag und Bundesrat möglich ist. Das wurde abgelehnt. Demonstrierenden Kriegsopfern und Notstandsgegnern ging es ebenso. Jedenfalls ist kein Fall bekannt, in dem der »Druck der Straße« die Gesetzgeber veranlaßt hätte, einmal Gesetze zugunsten der Straße zu ändern; dagegen blieben sie stets immun.

Das ist auch konsequent. Denn diejenigen, die gewerbsmäßig unzüchtigen Druck ausüben auf Bundestag und Bundesregierung, sind schon immer drin und dran gewesen. Dem Gewerbe der Rüstungsproduzenten, der Waffenschieber und anderer Sachwalter des Kapitals sind keine Grenzen gesetzt. Sie haben Parlament und Regierung systemkonform längst beschlagnahmt und zu ihren Notariaten gemacht. Inzwischen halten viele von ihnen es nicht mehr für nötig, den beschönigenden Weg über die Lobby zu gehen (Flick hat seine Messingschilder längst abgeschraubt). Mitglieder des vor dem Volk geschützten Verfassungsorgans Parlament sind freiwillige oder unfreiwillige Gehilfen der Handlungsbevollmächtigten des Kapitals geworden, jener Herrschaften, die nie zur Wahl stehen, weil sie walten und wählen lassen. Sie in Acht und Bann tun, hieße das System verändern.

Das . »eingeschränkte« Demonstrationsrecht und die Bannmeile sind nur ein Teil davon, aber es reicht, einzelne zu kriminalisieren und den Widerstand zu schwächen. Wäre es nicht besser, den Hintermännern der Militarisierung der Politik und ihrer dialektischen Entsprechung des inneren Belagerungszustandes einzuheizen? Das Kapital hat Namen und Adresse: Auf den Messing- und Emailleschildern, auch in Bonn.

Merke:

Wer auf der Straße räsoniert,
Wird unverzüglich füsiliert;
Das Räsonieren durch Gebärden
Soll gleichfalls hart bestrafet werden.
Vertrauet Eurem Magistrat,
Der fromm und liebend schützt den Staat
Durch huldreich hochwohlweises Walten;
Euch ziemt es, stets das Maul zu halten.

(Heinrich Heine, aus »Erinnerung aus Krähwinkels Schreckenstagen«)

Konkret 08/83, S. 22

Otto Köhler

Kein normaler Bürger unserer Republik

Otto Köhler über das Vorleben von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann

» Wenn der örtliche Polizeieinsatzleiter sagt: Bitte entfernen Sie sich, und er entfernt sich nicht, dann ist er schon kein normaler Bürger. « Friedrich Zimmermann zum

»Spiegel«

Unser Innenminister war schon als junger Mann kein normaler Bürger. Er gehörte einer Horde von Landfriedensbrechern an, deren gewalttätige Energie gerichtsbekannt ist. Ordnungskräfte aus aller Welt hatten ihn und seine Mittäter aufgerufen, sie sollten sich von den Orten ihrer Gewalttaten entfernen. Zimmermann reagierte nicht. Er kann auch nicht für sich in Anspruch nehmen, abwiegelnd auf seine Mittäter eingewirkt zu haben. Im Gegenteil: seine hervorgehobene Funktion in der Horde läßt eine Verurteilung als Rädelsführer unabweisbar erscheinen. Da seine Tätigkeit mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit unmittelbar, bewiesenermaßen jedenfalls mittelbar den Tod einer Vielzahl von Menschen herbeigeführt hat, ist er auch mit seinem Vermögen zu einer Wiedergutmachung des von ihm angerihteten Schadens heranzuziehen.

So sieht Friedrich Zimmermann aus, wenn man an ihn die Elle des Demonstrationsstrafrechts legt, das er heute für junge Menschen bereithält, die für weitaus bessere Ziele demonstrieren als er damals. Er arbeitete für den Krieg. Der HJ-Bannführer Friedrich Zimmermann eilte 1943 als Achtzehnjähriger zur Wehrmacht und stieg dort in kürzester Zeit bis zum Leutnant auf. Er nahm an dem - wie er zu formulieren beliebt - »Feldzug in Rußland und Polen« teil. Erkenntnisse über seinen individuellen Tatanteil liegen bisher nicht vor - mit Ausnahme seines Geständnisses, daß er »die Abwehrkämpfe am Baranow-Brückenkopf bei der 17. Panzerdivision« erlebte.

Aus einer Lagebeurteilung des bekannten Generals Reinard Gehlen (Abteilung Fremde Heere Ost) vom 5. Januar 1945 geht hervor, daß der Baranow-Brückenkopf den Vorstoß der Roten Armee zur »Gewinnung des Raumes Kattowitz-Tschenstochau« aufhielt. In diesem Raum lag das Vernichtungslager Auschwitz.

Zimmermann leistete zusammen mit seinen Mittätern so zäh und fanatisch Widerstand, daß Auschwitz von der Roten Armee später als geplant befreit wurde - Tausende von Häftlingen kamen inzwischen um. Nach den Prinzipien seines Demonstrationsstrafrechts müßte Zimmermann deshalb wegen Beihilfe zum Massenmord vor Gericht - da aber für NS-Gewalttäter alle Wohltaten unseres Rechtsstaates gelten, denkt keiner an so etwas.

Auch nach dem Krieg wurde Zimmermann kein normaler Bürger. Er trat gleich 1945 als Volontär einer das ganze Land überziehenden Organisation bei, die von den damaligen Behörden als kriminell angesehen wurde, der »niederträchtigen Deutschen Bank, -die eine ungewöhnliche Konzentration wirtschaftlicher Macht mit aktiver Teilnahme an der verbrecherischen Politik des Naziregimes verband« (Bericht der US-Militärregierung vom November '46).

Damit nicht genug. Erkenntnisse über seinen weiteren Lebenswandel belegen, daß Zimmermann sich nie von seiner bisher gezeigten Gesinnung abgekehrt hat. Nachdrücklich setzte er sich für die Verjährung von NS-Gewalttaten ein, 1958 befürwortete er die Landtags-Kandidatur des ehemaligen KZ-Wächters Peter Prücklmayer für die CSU, und 1962 trat er als Sozius in die Kanzlei des Terroristenanwalts Dr. Eduard Oehl ein. Der war zuvor als Rechtswahrer des »Stürmer« für den terroristischen Gewalttäter Julius Streicher tätig und ist seit dem Nürnberger Prozeß gerichtsbekannt. 1947 lernte er bei einem Treff in einer Schwabinger Brauerei den damals noch nicht einschlägig in der Öffentlichkeit hervorgetretenen Franz Josef Strauß kennen: »Er war 32 und ich 22. Er faszinierte mich durch sein Wissen. Er und die Sache haben mich überflutet.«

Zimmermann wurde Generalsekretär der CSU. Dieses Amt füllte er so aus, daß nur noch seine Schilddrüse ihn vor einer bereits ausgesprochenen Gefängnisstrafe zu bewahren vermochte. Zimmermann hatte in der Absicht, unseren freiheitlich-demokratischen Staat zu zersetzen, die konkurrierende Bayernpartei zerschlagen ' indem er durch einen Falscheid und mit Hilfe des ehemaligen Gestapo-Agenten Ewald Zweig ihre Führer ins Zuchthaus brachte. Er kam wegen Meineids vor Gericht, wurde verurteilt, in zweiter Instanz aber kam er frei. Parteifreund und Sanatoriumbesitzer Schlemmer hatte ihm als Gutachter verminderte Zurechnungsfähigkeit bestätigt. Infolge einer »Überfunktion der Schilddrüse«, die zu einer »Unterzuckerung des Blutes« führte, habe er beim Schwören unter »verminderter geistiger Leistungsfähigkeit« gelitten. Das Gericht: »Es kann keine Rede davon sein, daß die Unschuld des Angeklagten erwiesen ist.« Trotzdem wurde er freigesprochen, weil damals noch nicht der Grundsatz des Zimmermannschen Demonstrationsrechts galt, daß der Angeklagte seine Unschuld nachzuweisen habe. Doch seither haben es sich bundesdeutsche Richter angewöhnt, Zimmermann vor dem Schwören zu fragen, ob er sich auch wirklich im Vollbesitz seiner körperlichen und geistigen Kräfte fühle. Doch als er seinen Ministerschwur auf unser aller Wohl ablegte, da lehnte Parlamentspräsident Stücklen den Antrag

von SPD-Abgeordneten ab, man möge ihm zuvor ein ärztliches Attest abverlangen. Stücklen ließ den Parteifreund seinen Eid leisten, als wäre Zimmermann ein normaler Bürger unserer Republik, über den Erkenntnisse nicht vorliegen.

Wir alle müssen heute dafür büßen.

Konkret 08/83, S. 24

Ulf Engberg

Die Hintergedanken des General Rogers

Neue, elektronisch gesteuerte, sogenannte intelligente Waffensysteme ermöglichen es den USA und der von ihnen beherrschten NATO, die Kriegsschwelle in Europa herabzusenken. Im Brüssler NATO-Hauptquartier hat US-General Rogers die Pläne fertig, wie der Westen die Staaten des Warschauer Paktes besiegen kann, ohne selbst als erster Kernwaffen einsetzen zu müssen. US-Präsident Reagen und General Rogers spielen mit dem Leben der Europäer

Nichts ist in der NATO geheimer als Pläne für den sogenannten Verteidigungsfall. Wenn daher solche Pläne plötzlich öffentlich erörtert werden, kann man sicher sein, daß diese Debatte ein politisches Ziel hat. Das Ziel der Debatte über den »Nachrüstungsbeschluß« war eine rapide Zunahme der Angst vor einem Atomkrieg in Europa. Das Ziel wurde erreicht.

Vor diesem psychologischen Hintergrund mußte die Forderung des NATO-Oberbefehlshabers Bernard William Rogers, nach neuen konventionellen Waffensystemen, mit denen der Warschauer Pakt unterhalb der atomaren Schwelle in Schach gehalten werden kann, geradezu wie eine Erlösung erscheinen. Der »Spiegel« tappte in die Psycho-Falle des US-Generals und überschrieb seinen Bericht über den Rogers-Plan: »Unterstützt der NATO-Oberbefehlshaber insgeheim die Friedensbewegung?« - Mit Sicherheit nein!

Der Irrtum, die Motive eines Großmacht-Strategen als »friedensbewegt« anzusehen, weil er im Zeitalter atomarer Massenvernichtungswaffen für eine Begrenzung des Krieges eintritt, ist nicht neu. Ihn beging schon 1973 das Nobelpreis-Komitee, als es einem anderen Großmacht-Strategen den Friedenspreis überreichte: Henry Kissinger. Der hatte den ersten Schritt zu seiner Karriere getan, als er bereits 1957 eine Arbeit über »Nuclear Weapons and Foreign Policy« - zu deutsch: 'Kernwaffen und Auswärtige Politik' - veröffentlichte. Sie trug wesentlich dazu bei, den Studiendirektor Kissinger in das Amt des obersten »Sicherheitsberaters« für den US-Präsidenten zu befördern: eine ideale Position, um seine Theorie in die Praxis umzusetzen. Seine neue Strategie eines begrenzten Krieges gegen die Sowjetunion erforderte nach Kissingers Worten »ein wahrhaft fortgeschrittenes militärisches Können«, das den in traditionellen Kategorien denkenden Armee-Generalen offensichtlich abging. Für das Amt seines militärischen Stellvertreters brauchte Kissinger deshalb einen jungen General mit Universitäts-Abschluß, der fähig war, die Strategie des begrenzten Krieges in die Praxis umzusetzen. Die Wahl fiel auf den Oxford-Absolventen Rogers.

Profiliert hatte sich Rogers im amerikanischen Vietnam-Krieg, wo er 1966 und 1967 als stellvertretender Kommandeur der 1. US-Infanterie-Division an zwei der brutalsten Operationen der Amerikaner gegen die vietnamesische Bevölkerung teilnahm: »Cedar Falls« und »Junction City«. Rogers in Vietnam aufgefundenes Kriegstagebuch vermerkt über »Junction City«, einer Aktion, bei der die Amerikaner Tausende von Bauern mit ihren Familien mit Bomben, Granaten und Flammenwerfern unter Einsatz von Chemikalien aus ihren Dörfern vertreiben, angeblich auf der Jagd nach Vietkong: »Die statistischen Ergebnisse von Junction City sind eindrucksvoll... Insgesamt 2728 Feinde wurden getötet und 34 Gefangene gemacht... Mehr als 810 Tonnen Reis und weitere 40 Tonnen Lebensmittel, wie Salz und Trockenfisch, wurden entdeckt.«

Diesen Mann machte Kissinger zu seinem Stellvertreter als oberster Sicherheitsberater des US-Präsidenten. Das militärische Problem, dem sich der neue Vier-Sterne-General widmen sollte, war in dreijähriger Forschungsarbeit von Kissinger theoretisch aufbereitet worden. Es lautete: Wie kann im Zeitalter der Abschreckung durch die Möglichkeit gegenseitiger atomarer Vernichtung der *Krieg* wieder zum *Mittel der Politik* gemacht werden?

Für Kissinger ist ein Staat, der zur Durchsetzung seiner staatlichen Interessen nicht auf das Mittel des Krieges zurückgreifen kann, »ohnmächtig«. Kissingers Ziel: Entwicklung einer Strategie, die 'seinen Staat' aus dieser Ohnmacht befreien sollte. Ausgangspunkt seiner Überlegungen war die menschliche *Todesangst.* Da auch die sowjetische Staatsführung aus Menschen besteht, erblickte er in deren natürlicher Angst vor dem eigenen Tod sowie der seelischen Belastung, den Untergang 'ihres Volkes' zu riskieren, ein Mittel zu ihrer *Erpressung.* In der akademischen Sprache von »Kernwaffen und Auswärtige Politik« liest sich das so: »Wir müssen imstande sein, den Gegner in eine Lage zu bringen, aus der er sich *nur* durch den totalen Krieg herausziehen kann, während wir ihn gleichzeitig durch die Überlegenheit unserer Verwaltungskräfte davon abhalten, diesen Schritt zu tun.«

Die Strategie, mit der Kissinger die sowjetische Staatsführung in die gewünschte »Lage« zu bringen hoffte, lief auf einen begrenzten Atomkrieg in Europa hinaus. »Der begrenzte Krieg«, schrieb er, »spiegelt den Versuch wider, den gegnerischen Willen zu *beeinflussen,* nicht ihn zu *brechen,* die Bedingungen, die man auferlegen will, so zu gestalten, daß ihre Annahme dem fortgesetzten Widerstand vorzuziehen ist und bestimmte Ziele, nicht aber die vollständige Vernichtung des Feindes, zu erreichen.« Die Vorteile, die ein *begrenzter Atomkrieg* gegenüber einer Begrenzung auf konventionelle Kriegführung Ende der Fünfziger Jahre noch hatte, waren folgende.

Der damalige Stand der konventionellen Waffentechnologie erforderte für die Kriegführung eine Taktik der *Konzentration* (von Panzern, Artillerie und Infanterie) *auf einen Punkt,* um das »Feuer« so stark machen zu können, daß ein »Durchbruch« durch die Verteidigungs-Linien des Gegners erzwungen werden konnte. Mit der Erfindung der Atomwaffen

wurde diese Konzentration von Menschen und Material, die ein erhebliches Staatskapital repräsentierte, ein lohnendes Ziel für einen Atomschlag. Das Risiko, *auf einen Schlag* eine ganze Angriffs-Armee zu verlieren, wollte kein militärischer Planer eingehen. Um dem Gegner kein lohnendes Ziel für einen atomaren Vernichtungsschlag zu bieten, mußten die Waffen großflächig verteilt und die geschlossen operierenden Verbände verkleinert werden. Die Heeresstruktur-Reformen der Bundeswehr und der US-Armee sind das Resultat dieser Entwicklung. Die Taktik der weiträumig gegliederten Verbände litt jedoch unter zwei Folgeproblemen. Zum einen konnten die kleineren, selbständig operierenden Einheiten nicht mehr genügend »Feuer« konzentrieren, um einen »Durchbruch« zu erzwingen. Zum anderen stellte ihre weiträumige Auffächerung erhöhte Ansprüche an das Kommunikations- und Führungssystem. Die Bewegungen der allesamt motorisierten Einheiten mußten koordiniert werden, wenn es nicht über kurz oder lang zu einem totalen Durcheinander von Einzelaktionen kommen sollte.

Kissingers Überlegungen waren deshalb, kleine, hochbewegliche Einheiten mit taktischen Atomwaffen auszurüsten. Das überlegene »atomare Feuer« hätte diesen Einheiten nicht nur einen jederzeitigen »Durchbruch« selbst durch stark gesicherte Verteidigungs-Linien erlaubt, sondern sie hätten - einmal auf dem Gebiet des Gegners - selbst von größeren Verbänden nicht gestellt werden können. Im Gegenteil, sie wären eine Gefahr für jeden gegnerischen Großverband auf dem eigenen Territorium gewesen. Um diese taktischen Vorteile erreichen zu können, die sich bald zu einem strategischen Vorteil ausgewirkt hätten, mußten allerdings drei Bedingungen erfüllt werden, die Kissinger wie folgt formulierte:

1. »Wir können eine Strategie des begrenzten Krieges nur dann zum Erfolge führen, wenn wir keinen Zweifel an unserer Bereitschaft und unserer Fähigkeit lassen, einer endgültigen Auseinandersetzung ins Angesicht zu sehen.«

2. »Wenn Atomwaffen nicht mit verfeinerten Nachschubmitteln, äußerst komplizierten Verkehrssystemen und einer geeigneteren Taktik Hand in Hand gehen, wird ihre wirksame Verwendung schwierig sein. (...)

Hiervon ausgehend, ist Westeuropa das einzige Gebiet, wo Atomwaffen einen Zuwachs an wirklicher Stärke bedeuten würden, weil dort die Verbindung von technischer Geschicklichkeit und industriellen Hilfsquellen mit Unterstützung der Vereinigten Staaten zugunsten vielfältiger Möglichkeiten wirkt.«

3. »Unter der Voraussetzung, daß unsere Militärpolitik uns mit einer Vielfalt von Möglichkeiten ausrüstet, wird es die Aufgabe unserer Diplomatie sein, dem Sowjetblock - wenigstens bis zu einem gewissen Grade - verständlich zu machen, was wir unter einem begrenzten Krieg verstehen.«

Ein so umfassendes Programm braucht Zeit zu seiner praktischen Umsetzung. Sowohl das Militär als auch die Rüstungsindustrie müssen sich darauf einstellen. Hinzu kommt, daß der Gegner mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Pläne für den begrenzten Krieg zu durchkreuzen versucht. Das kostet nochmal Zeit.

In dieser Zeit ist Kissinger, der später US-Außenminister wurde, längst aus der US-Regierung ausgeschieden. Rogers übernahm nach dem Job im Weißen Haus das Amt des Stabschefs des US-Heeres. Dort stellte Rogers, ein gläubiger Baptist, innerhalb des US-Heeres die Weichen für seine heute vertretene Militärstrategie: Stärkung der konventionellen Waffensysteme. Er begann eine Heeresstreitmacht aufzubauen, die mehr sein sollte, als »nur« das aktive Heer. Er wollte die »Total Army«, eine Heerestruppe, die alle Reserveverbände umfaßt.

innenpolitische Diskussionen in den USA und energische Proteste aus den blockfreien Ländern gab es, als Rogers vehement für die Schaffung einer US-Notfalltruppe eintrat - 110 000 Mann, die für Einsätze in der Dritten Welt, im Nahen Osten, in Mittelamerika und in der Karibik vorgesehen waren. Sonst unterschied sich Rogers in nichts von den typischen US-Berufsoffizieren: Stramm antikommunistisch und voller Vertrauen in die Technologie der Waffensysteme. So nannte er die Neutronen-Bombe »militärisch vorteilhaft« und forderte ihre Produktion.

Der damalige US-Präsident Jimmy Carter bestellte ihn schließlich 1979 zum atlantischen Oberbefehlshaber nach Brüssel. Damit war für die Amerikaner der richtige Mann zur richtigen Zeit am richtigen Ort. Denn alsbald war mit dem neuen US-Präsidenten Ronald Reagan die »Zeit der friedlichen Koexistenz« vorbei.

Die erste Bedingung Kissingers wurde im Sommer 1980 durch die Veröffentlichung eines programmatischen Aufsatzes im außenpolitischen Publikations-Organ »Foreign Policy« erfüllt. Schon im Titel »Victory is possible« (deutsch: Sieg ist möglich versuchten die Autoren Keith Payne und Colin S. Gray den Eindruck zu erwecken, daß »an unserer Bereitschaft« (Kissinger), »einer endgültigen Auseinandersetzung ins Angesicht zu sehen«, kein Zweifel angebracht ist.

Was nun die zweite Bedingung angeht, so haben die jüngsten Fortschritte auf dem Gebiet der Elektronik zu »Durchbrüchen« geführt, die den US-Strategen Hoffnung machen. Im Frühjahr 1981 konnte die US-Rüstungsindustrie die »Planungsphase« eines Forschungsprogramms zur Verkleinerung integrierter Schaltkreise (Mikro-Prozessoren) abschließen. Etwa 1984 hoffen die US-Waffentechniker, die ersten >>VHSIC-Chips<((VHSIC = very high scale integration circuit) in die Prototypen ilirer neuen, »revolutionären« Sensoren-, Lenk- und Kommunikations-Systeme einbauen zu können. »Für eine Nation mit einem überlegenen Industriepotential und einer breiteren technischen Basis«, schrieb Kissinger 1957, »ist die strategisch produktivste Form des Krieges diejenige, bei der Waffen von mittlerer

Zerstörungskraft zur Anwendung kommen, die so kompliziert sind, daß ihre Produktion einen erheblichen Aufwand notwendig macht, so viel Zerstörungskraft besitzen, daß die Technik nicht durch Menschenmaterial ersetzt werden kann und dennoch eine abgestufte Verwendung mit Aussicht auf Erfolg zulassen.«

Nur mit der letzten Bedingung Kissingers, der *Aufgabe der Diplomatie, haperte* es bislang noch. Obwohl die sowjetischen Staatsführer durchaus verstanden haben dürften, was Kissinger und seine Förderer unter einem begrenzten Atomkrieg verstanden haben wollten, waren sie verständlicherweise nicht bereit, sich dieser Rationalität anzuschließen. Ihr Argument, dem durch die Stationierung und Modernisierung einer großen Anzahl atomar bestückter Mittelstrecken-Raketen die notwendige »Glaubwürdigkeit« verliehen wurde, und das deshalb von vielen europäischen NATO-Militärs respektiert wird, lautet: Sobald die Atomwaffen auf dem Gefechtsfeld eingesetzt würden, käme es *zwangsläufig zu* einer Eskalation bis hin zu den Interkontinental-Raketen.

Die diplomatische Absage der Sowjets hat die amerikanischen »Warfighter« jedoch nicht entmutigt. Im Gegenteil, Kissingers Uberlegungen zur Führung eines begrenzten Krieges in Europa haben eine waffentechnische Entwicklung in den USA ausgelöst, die zu einer weiteren, »konventionellen Option« geführt hat. Die Beschaffung der neuen konventionellen Flächenfeuerwaffen, für die General Rogers jetzt plädiert, sind, was die *Wirkung* ihres »Feuers« angeht, den taktischen Atomwaffen, die Kissinger damals vorschwebten, *quantitativ* ebenbürtig.

In einem von der »Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik« veranstalteten deutsch-amerikanischen Symposium unter dem Titel »Nutzung moderner Technologie zur Stärkung der konventionellen Verteidigung« vom Oktober 1982 sah der amerikanische Industrieberater Donald R. Cotter das Neue in der »konventionellen Option« darin, »daß moderne präzisionsgelenkte Flächenfeuerwaffen gegen bestimmte militärische Ziele in ihrer Wirkung praktisch Kernwaffen mit niedrigem KT-Wert (KT = Kilotonne = 1000 Tonnen des herkömmlich konventionellen Sprengstoffs TNT, d. Red.) gleichkommen«. Die neue, konventionelle Option des begrenzten Krieges hat, bei gleicher Wirkung, gegenüber der atomaren Option den Vorteil des geringeren Risikos, da sie *qualitativ* unterhalb der psychologisch so wichtigen »atomaren Schwelle« bleibt. Für ihre *diplomatische Anerkennung* sprechen alle seit dem Zweiten Weltkrieg geführten Kriege.

Konsequenterweise veröffentlichte Rogers seine Doktrin, deren Kernstück die These ist, daß Europa ohne Atomwaffen verteidigt werden könne, wenn die NATO-Länder einer Verstärkung der konventionellen Truppen zustimmen würden. Entsprechende Pläne liegen im NATO-Hauptquartier bereits vor. Der britische »Guardian« zitierte Rogers mit der Bemerkung, man könne dann sogar 6000 taktische Atomwaffen in Europa abbauen.

Der Rogers-Plan, zu dessen Ermöglichung der NATO-Oberkommandierende sogar bereit wäre, US-Technologie der neuen Waffen an die europäischen Verbündeten zu transferieren, sieht eine Kriegsführung tief in der Sowjetunion vor. Rogers wörtlich: »Operativ gesehen brauchen wir die Fähigkeit, die Divisionen *(der UdSSR, d. Red.)* der ersten Staffel eines großen konventionellen Angriffs des Warschauer Paktes zum Stehen zu bringen und zugleich eine wirksame Störungs- und Vernichtungsoperation mit konventionellen Mitteln gegen seine nachfolgenden Kräfte zu führen ... « Aber auch dieses Konzept, so Rogers, erfordert »weiterhin die plausible Androhung der nuklearen Eskalation durch die NATO.«

Es muß für Rogers befremdend gewesen sein, daß an seinen Plänen ausgerechnet die *Methode ihrer Veröffentlichung* kritisiert wurde. Die Diplomaten der europäischen Verbündeten hatten sich einmal mehr darüber beklagt, daß sie nicht vorher konsultiert worden waren, obwohl Veröffentlichungen in den halbamtlichen Publikations-Organen »Foreign Policy« und »Europa Archiv« unter Politikern üblich sind. Während sich die bundesdeutsche Presse in Spekulationen darüber erging, ob mit den Vorschlägen des neuen NATO-Oberbefehlshabers eine *neue Strategie* eingeschlagen werden sollte, erklärte dieser, daß er einen *begrenzten Atomkrieg* für »undenkbar« halte. Niemand schien zu begreifen, worauf der General hinauswollte. Um den anhaltenden Spekulationen ein Ende zu bereiten, ließ Rogers im Oktober 1982 durch die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« mitteilen, daß es unrichtig sei, von einer *neuen* Strategie zu sprechen. »Der General«, so die FAZ, »sehe seine Vorschläge im größeren Zusammenhang und betrachte sie als eine 'Steigerung' der existierenden Strategie der *'abgestuften Antwort'*(flexible response).«

Mit seiner Andeutung eines »größeren Zusammenhangs« bezog sich Rogers offensichtlich auf einen Beitrag, mit dem eine Gruppe hoher US-Politiker im April 1982 'vorgefühlt' hatte. Die Gruppe bestand aus dem ehemaligen Sonderbotschafter des US-Präsidenten für Fragen der nationalen Sicherheit, McGeorge Bundy; dem ehemaligen Botschafter in der Sowjetunion und Jugoslawien, George F. Kennan; dem ehemaligen Verteidigungsminister und späteren Weltbank-Präsidenten, Robert S. McNamara sowie dem ehemaligen Leiter der Delegation bei den SALT-Verhandlungen, Gerard Smith. Ihr Gruppenbeitrag mit dem Titel »Kernwaffen und das Atlantische Bündnis« in »Foreign Policy« und »Europa Archiv« sollte den Anstoß zu einer Diskussion geben, von der man sich »großen Nutzen« versprach. Der Beitrag, der ihnen die Bezeichnung »Viererbande« eintrug, war ein Plädoyer für die Beschaffung moderner Flächenfeuerwaffen unter gleichzeitiger Beibehaltung der *klaren Trennung* zwischen *atomarem* und *konventionellem Krieg.*

Zur Begründung ihres für die bundesdeutsche Presse offenbar überraschenden Vorschlages führte sie folgende Vorteile an: »Die Entwicklung von Präzisionslenkwaffen auf der technologischen Seite und die sichtbare Schwächung der militärischen

Solidität des Warschauer Paktes auf der politischen Seite sind nur zwei Beispiele für Veränderungen, die zum Vorteil des westlichen Bündnisses wirken. Im übrigen besteht seit vielen Jahren eine Tendenz, die relative konventionelle Stärke der Sowjetunion zu überschätzen und die Tatsache zu unterschätzen, daß die Sowjets sich der enormen Kosten und Risiken jeder Art von Aggression gegen die NATO sehr wohl bewußt sind.«

Zur Bekräftigung dieser Vorteile wurden von den »privat« geförderten Ex-Staatsdienern der USA weitere »bedeutende private Stimmen« aufgeboten, die sich für eine Verstärkung der konventionellen Streitkräfte erhoben hatten. Unter diesen »privaten Stimmen« befand sich der Autor des bedeutenden Werkes »Kernwaffen und Auswärtige Politik«, Henry Kissinger, der sich nun für »Kernwaffen und das Atlantische Bündnis« stark machte, sowie sein damaliger Diskussionspartner General Maxwell D. Taylor. Der hatte bereits 1960 in seiner bis heute gültigen NATO-Strategie der »Flexible Response« den Standpunkt vertreten: »In der Zeit gegenseitiger Abschreckung wäre der Begriff des begrenzten Krieges neu zu definieren als bewaffneter Konflikt, in dem das Überleben der USA nicht unmittelbar in Gefahr ist. Diese neue Begriffsbestimmung würde die Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts auch im Gebiet der NATO anerkennen, was bei früheren Definitionen ausgeschlossen geblieben war.«

Da selbst der »Professor in Uniform«, so die FAZ über Rogers, den Warschauer Pakt nicht mit Begriffen und Definitionen in eine Lage bringen kann, aus der er sich nur durch den totalen Krieg herausziehen kann, wenn er gleichzeitig einer westlichen Überlegenheit gegenübersteht, so müssen entsprechende Druckmittel vorhanden sein. Über welche Mittel die NATO verfügt, hat der Libanon-Krieg gezeigt (KONKRET 8/82). Neu hinzukommen soll das Flugabwehr-Raketen-System »Patriot«, dessen taktische Möglichkeiten so »revolutionär« sind, daß selbst Flugabwehrexperten Schwierigkeiten haben, sich voll darauf einzustellen, schreibt das Fachblatt »Internationale Wehrrevue«. Das brauchen sie auch gar nicht, denn mit dem simplen Umlegen eines kleinen Kippschalters kann jeder Laie das System auf Automatik umschalten. Seine Zielkoordinaten erhält »Patriot« über die Frühwarnsysteme »AWACS«, »NADGE« und die seit dem 10. Februar 1983 auf dem britischen Luftwaffenstützpunkt Alconbury stationierten Nachfolger des US-Spionage-Flugzeuges »TR- l«. Zusammen sind die drei Frühwarnsysteme in der Lage, das Zwei- bis Dreifache der Luftmacht des Warschauer Pakts mit exakten Zielzuweisungen zu versorgen. Da das System »Patriot« über die sechzigfache Leistung bisheriger NATO-Flugabwehr-Raketen-Systeme verfügen soll, wird es die Fülle der ankommenden Zieldaten ohne Probleme verarbeiten können. Mit anderen Worten: die sowjetische Staatsführung kann es sich aussuchen, ob sie ihre gegen die NATO aufgestellten nuklearfähigen Luftstreitkräfte lieber verschrotten will, wie es ihr in Genf angeboten wird, oder ob sie der NATO-Flugabwehr die Möglichkeit zu einem patriotischen Tontaubenschießen bieten möchte.

Eine ähnliche Alternative erwartet die »Rote Armee«. Sollte sich die sowjetische Staatsführung angesichts der angestrebten »Lage« gezwungen sehen, ihre Panzerarmeen aufmarschieren zu lassen, so wird diese Drohgebärde dem NATO-Oberbefehlshaber wenig imponieren. Die Rogers-Pläne sehen für diesen Fall folgendes Szenario vor: Sobald die Truppen des Warschauer Pakts näher als 500 km an den »Eisernen Vorhang« herankommen, können sie aus der Luft exakt geortet werden, Ihre Positionen werden in »Echtzeit« (d. h. praktisch ohne Zeitverzögerung) über Feuerleit-Computer an US-Raketenwerfer-Batterien weitergeleitet. Die Werfer-Batterien sind mit einer Boden-Boden-Variante der »Patriot«Rakete bestückt, die den Namen »Assault Breaker« trägt. Eine 150 km weit von einer »Assault Breaker«-Batterie entfernte Truppenansammlung des Warschauer Pakts wird, je nachdem, ob sie noch in Marschoder schon in Gefechts-Ordnung vorrückt, mit der Aussicht konfrontiert werden, von einem bis zu 600 Meter langen Bombenteppich in Ellipsenform oder einem bis zu 600 Meter Durchmesser großen in Kreisform zersiebt zu werden.

Fünfundzwanzig Jahre hat es gebraucht, bis der ehemalige Kissinger-Stellvertreter Rogers in der für ihn vorgesehenen Rolle des NATO-Oberbefehlshabers erklären konnte: »Mit diesem konventionellen Potential könnten wir die andere Seite, falls sie konventionell angreift, zur Wahl zwischen zwei Möglichkeiten zwingen: Eskalation oder Rückzug. An einer Eskalation und am Überschreiten der nuklearen Schwelle ist ihr ebensowenig gelegen wie uns.« Bleibt also nur noch der *Rückzug.* Damit hätten die USA ihren Gegner bis auf eine kleine 'Abweichung' in der von Kissinger gewünschten »Lage«, Die kleine 'Abweichung' besteht darin, daß die Sowjetunion sich in dieser Zwangslage mit Verspätung für einen auf Europa begrenzten Atomkrieg á la Kissinger entscheiden könnte. Das zu verhindern, ist die Aufgabe der »Pershing II« und »Cruise Missile«. Für die US-Überlebens-Strategen wäre allerdings der Verlust ihres schärfsten Konkurrenten auf dem Weltmarkt in einer für überbevölkert erklärten Welt eine annehmbare Abweichung von der 'reinen Lehre'. Dem ehemaligen Chef der französischen Mittelmehrflotte, Admiral Antoine Sanguinetti, erklärten amerikanische NATO-Offiziere »in aller Offenheit«, daß die Amerikaner eines Tages über die Zerstörung Europas nachdenken müßten, denn Europa sei bei weitem ihr schärfster Konkurrent. »Der Trick, wenn wir Europa zerstören müssen«, so brachte es ein US-Offizier auf den Punkt, »wird sein, die andere Seite dazu zu bringen, den Krieg anzufangen. «

Ausführliche Berichte über die Tätigkeit von US-General Rogers im Vietnam-Krieg und die Strategie der USA, die Sowjetunion durch einen auf Europa begrenzten Krieg unter gleichzeitiger Ausschaltung Westeuropas als wirtschaftlicher Konkurrent den Vereinigten Staaten zu unterwerfen, finden Sie im KONKRET-Sonderheft »Atomkrieg", das am 11. August

an die Kioske kommt. In diesem Heft wird die KONKRET-Berichterstattung der letzten Jahre zum Thema Atomkrieg zusammengefaßt.

Konkret 08/83, S. 28

Otto Köhler

Der häßliche Deutsche: Ein ordentlicher Rechts-Professor

Innenminister ist er, den Bürgerkrieg betreibt er, und morgen sitzt er in Karlsruhe und rationiert das Grundgesetz

Herbst 1987. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe tritt erstmals unter seinem neuen Präsidenten zusammen und berät über die Verfassungsklage der Grünen gegen das neue Gesetz der Regierung Zimmermann/Kohl/Genscher. Dieses Gesetz zum Schutz des Lebens, wie es genannt wird, sieht in Abänderung des Artikels 102 Grundgesetz die Todesstrafe gegen die Rädelsführer bei der Blockade militärischer Einrichtungen vor, weil dadurch die Sicherung und damit das Leben j edes einzelnen Bundesbürgers in unverantwortlicher Weise gefährdet wird. Die Mehrheit der Richter in den roten Roben stellt nach kurzer Beratung schlüssig fest: »Ein Verbot, die Todesstrafe durch Verfassungsänderung wieder einzuführen, besteht nicht. Das Grundgesetz nennt zwar in Artikel 79 111 gewisse Grundsätze, die unter keinen Umständen geändert werden dürfen. Der Versuch, die Unantastbarkeit des Artikels 102 damit zu begründen, daß jede Todesstrafe notwendig ein Verstoß gegen die Menschenwürde sei, schlägt fehl.«

Dem Minderheitsvotum zweier Verfassungsrichter, die in emotionaler Aufgeregtheit von einem Rückfall in den NS-Vernichtungsstaat sprechen, hält die Mehrheit der Richter nüchtern entgegen: »Ob darüber hinaus ganz allgemein die planmäßige Tötung namentlich bestimmbarer Personen mit Artikel 102 unvereinbar ist..., ist bisher nicht geklärt.«

Doch diesmal wollen die Richter noch fünf gerade sein lassen, obwohl - genau genommen - das Grundgesetz alter Fassung nur die Todesstrafe als Strafe, nicht aber »die Tötung zum alleinigen Zweck der Sicherung der Gesellschaft vor dem Täter« verbiete.

Die Richtermehrheit konnte ihren Beschluß schnell fassen. Sie mußte ihn nur wörtlich von der Lehrauffassung abschreiben, die der neue Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Roman Herzog schon 1966 zum Stichwort »Todesstrafe« in dem von ihm und Militärbischof Hermann Kunst mitherausgegebenen »Evangelischen Staatslexikon« selbst niedergelegt hat.

Denn Baden-Württembergs gegenwärtiger Innenminister Roman Herzog droht nach einer Absprache zwischen Christenunion und Sozialdemokraten, demnächst Bundesverfassungsrichter zu werden, ab 1987 sogar Präsident dieses höchsten Gerichts in unserem Staat. Er ist nach dem sachverständigen Urteil der »Deutschen Nationalzeitung« ein »hoch-, ja höchstqualifizierter Verfassungsjurist«, und darum kann sich das Altundneonaziblatt »an der Spitze des höchsten deutschen Gerichts keinen geeigneteren Fachmann als Prof. Herzog« vorstellen.

Roman Herzog, der das Dritte Reich gerade noch bis zu seinem elften Lebensjahr miterleben durfte, konnte sich als Wissenschaftler seine Kindheit bewahren. Denn sein Doktor-Vater ist der heute 82jährige Theodor Maunz, der als SA-Professor dem »Judentum in der Rechtswissenschaft« den Kampf ansagte.

Bei diesem jung gebliebenen Alt-Faschisten diente Roman Herzog sieben lange Jahre als Assistent. Und er ist inzwischen auch selbst unermüdlicher Mitverfasser jenes berühmten Maunz'schen Grundgesetz-Kommentars, der in so hervorragender Weise Wechsel und Kontinuität des deutschen Rechts von Dr. Freisler bis Dr. Zimmermann verkörpert.

Seinen ersten Professorenposten bekam Roman Herzog an der Berliner Freien Universität, wo heute noch die vertrauliche Aktennotiz unvergessen ist, die er als Dekan der juristischen Fakultät hinterließ. Damals war ein RCDS-Vorsitzender namens Jürgen B. Runge als studentischer Revoluzzer aufgefallen. Herzog notierte: »Ich habe mich schweren Herzens dazu entschlossen, von meinem Recht, ein Disziplinarverfahren zu beantragen, keinen Gebrauch zu machen.« Runge werde jetzt aus einem solchen Verfahren »nur universitätspolitisches Kapital schlagen«. Später dagegen werde er »uns sehr viel schöner ins Messer laufen«. Gezeichnet: »Prof. Dr. Herzog«.

Doch den professoralen Messer-Helden hielt es keine vier Jahre an der Freien Universität. Auf der Flucht vor der Mitbestimmung zog er sich 1969 auf den Lehrstuhl für Staatslehre und Politik an der Hochschule für Verwaltungswissenschaft in Speyer zurück, wo er CDU-Mitglied und Rektor wurde. 1973 machte Freund Kohl ihn zum Bevollmächtigten von Rheinland-Pfalz beim Bund. 1978 ging er als Kultusminister nach Stuttgart, wo er sich als Schulbuch-Zensor hervortat.

Noch mehr bewährte sich unser kommender Verfassungsrichter seit 1980 als Innenminister. Er führte Gummigeschosse und CS-Kampf-Gas gegen Demonstranten ein. Ruth Leuze, der Stuttgarter Datenschutzbeauftragten, zeigte er, was er von Datenschutz hält: Er ließ die Telefonnummern aller ihrer Gesprächspartner per Computer aufzeichnen.

Dieser »Vordenker des Obrigkeitsstaats von morgen« (»Die Zeit«) ist freilich auch eine Nachgeburt des Führerstaats von gestern. Schwärmte Lehrer Maunz 1943 für die »Verklammerung der Polizei des Staates mit der Schutzstaffel (SS) der Partei«, beschwichtigt Schüler Herzog 1980: »Der permanente und massive Einsatz polizeilicher Mittel ist nicht schon Polizeistaatlichkeit.«

1978 stieg er zum Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU auf. Und weil er »mit Sorge« die Friedensbewegungsdiskussion in der Kirche betrachtet, hielt er 1981 auf dem CDU-Bundesausschuß in Berlin eine programmatische Rede. Uns beschäftigen, sagte er da, »nicht jene pazifistischen Gruppen, die von der DKP auf den Weg gebracht worden sind«. Denn - das hatte ihm wohl Vater Maunz gesteckt: »Mit dem Kommunismus ist das deutsche Volk immer noch fertig geworden«.

Nein, »entschieden gefährlicher« sei »die sogenannte Friedensbewegung«, zu der sich »Christen mit Kriegsdienstverweigerern« vereinigt haben. Das könne letztlich zur »kommunistischen Annexion« führen. Herzog voll Pathos: »Wenn wir selbst nicht mehr in der Freiheit weiterleben wollen, die uns unsere Väter erkämpft haben, brauchen wir uns mit der sogenannten Friedensbewegung nicht auseinanderzusetzen.«

Ach ja, damals als unsere Väter in aller Welt für Hitlers Freiheit kämpften, mochte Herzogs Doktor-Vater Maunz gern auf die eigene verzichten. Das (juristische) »Arbeiten mit der Vermutung für die Freiheit des einzelnen« mag - so Maunz - vor der Machtergreifung notwendig gewesen sein, doch seit der von Hitler geschaffenen »Einheit von Gesellschaft und Staat« sei so etwas überflüssig.

Mal sehen, wieviel Freiheit uns Schüler Herzog bei seiner Arbeit in Karlsruhe übrigläßt.

–

Konkret 08/83, S. 30

Wilhelm Schlosser

Äthiopien – Fortschritt trotz Hunger

Zehn Jahre nach der letzten Dürrekatastrophe leidet der Norden Äthiopiens erneut unter der ökologischen Fehlern der überwundenen Kaiser-Zeit: Überweidung und Kahlschlag der Wälder. Wieder herrscht Dürre, verhungern Menschen, braucht das Land fremde Hilfe.

Churchill Road, achtspurige Paradestraße, Hauptachse des Stadtzentrums von Addis Abeba: Zwei Meter neben dem Trottoir stampft eine Frau in einem großen Holzmörser ihr Getreide. Revolutionsplatz: Zwischen zwei Autokolonnen steht ein hoch mit Heu beladener Esel störrisch stocksteif - dörfliche Szenen in der Metropole Äthiopiens.

Wer zum erstenmal nach Addis kommt - und sich vielleicht auf »Dürre« eingestellt hat -, ist überrascht, so viele Bäume zu sehen: Eukalyptusbäume, die Kaiser Menelik II Anfang des Jahrhunderts aus Australien einführen ließ, um genügend Bau- und Brennholz für seine noch recht junge Hauptstadt zu haben. Heute ist Addis Abeba eine baumreiche, von Wäldern umgebene Stadt, die sich über rund 150 Quadratkilometer ausdehnt.

Eine Million Einwohner, vielleicht mehr, vielleicht weniger - niemand hat sie je wirklich zu zählen versucht -, bilden die Bevölkerung. Sie wohnt in Stein-, Holz- und Blechhäusern, manchmal auch nur in Hütten, in umzäunten, manchmal ummauerten »Quartieren«.

innerhalb dieser »Quartiere« leben die Menschen wie auf dem Dorf. Ziegen und Schafe weiden am Rand der sandigen oder felsigen Sträßchen. Kinder hacken Holz, das auf Eselsrücken oder auf den Köpfen alter Frauen herangeschleppt wird. In Wellen schwillt immer wieder das Gebell der zahllosen Wachhunde an. Und ganz selbstverständlich setzt mit jedem neuen Tag um drei Uhr früh das schrille Konzert der krähenden Hähne ein - mitten in der Millionenstadt.

Bis September 1974 war dies die Hauptstadt eines Kaiserreichs, dessen Dynastie genealogisch auf das Jahr 1268, nach der Legende freilich viel weiter zurückging: Kaiser Haile Selassie soll der 255. Nachfolger des vom weisen Salomo und der Königin von Saba gezeugten Menelik gewesen sein.

Erst seit März 1975 - wenige Monate vor dem Tode des inzwischen unter Hausarrest gestellten Haile Selassie - ist Äthiopien Republik. Seit 1980 fungiert als Regierungspartei die »Kommission zur Gründung einer Arbeiterpartei von Äthiopien - COPWE«, mit einem gewählten Exekutiv- und Zentralkomitee. Die Macht übt der »Provisorische Militärrat" (in der dominierenden Landessprache Amharisch. Derg) aus.

Wenn es überhaupt so etwas wie eine Skala der weltpolitischen Notwendigkeiten gibt, dann muß man sagen, daß die äthiopischen Militärs, die gegen das damals 82jährige Kaiser-Denkmal putschten, die notwendigste Reform unserer Zeit begonnen haben: gegen einen ebenso korrupten wie menschenverachtenden Monarchen, gegen eine verknöcherte koptische Kirche, die in enger Verbindung mit dem Thron das riesige Land kontrollierte, gegen 300 Adelsfamilien, die ein gnadenloses System der Leibeigenschaft praktizierten.

Dabei ist auch im heutigen Äthiopien unbestritten, daß Haile Selassie, der Negus, seine historischen Verdienste hat. Zu einer Zeit, als dies in Afrika höchst ungewöhnlich war (seit 1917 war er Regent, seit 1930 Kaiser), bahnte er so etwas wie eine moderne Entwicklung an, ließ asphaltierte Straßen zwischen den Provinzen seines dauernd vom Zerfall bedrohten Vielvölkerstaates bauen, errichtete ein Radio- und Fernmeldenetz und schuf eine von regionalen Fürsten nicht mehr abhängige nationale Armee. Unvergessen ist sein Kampf gegen das Invasionsheer der italienischen Faschisten und sein Anteil an der Gründung der OAU, der »Organisation der Afrikanischen Einheit«.

Gerade die von ihm geschaffene, modern strukturierte Armee brachte ihn zu Fall. Die Militärrevolte vom Februar 1974 erfolgte aus sehr unterschiedlichen, sicher auch egoistischen Motiven. Als wichtigstes Anliegen kristallisierte sich jedoch mehr und mehr der Wille zu einer grundlegenden Sozialreform heraus. Gerade die Hungerkatastrophe von 1973 mit vermutlich weit über 100.000 Toten hatte gezeigt, daß Haile Selassies Verwaltung unfähig geworden war und dem Massensterben völlig gleichgültig gegenüberstand.

Die Ausgangsposition der Militärs nach der Entmachtung des »Königs der Könige, des Auserwählten Gottes, des siegreichen Löwen von Juda und Kaisers von Äthiopien«: 95 Prozent der 32-Millionen-Bevölkerung Analphabeten. Das Pro-Kopf-Einkommen unter 200 Mark jährlich - eine Art Weltrekord. Zwei Drittel der Bevölkerung durch Geschlechtskrankheiten verseucht. 45 Prozent des Agrarlandes im Besitz der Kirche (die keine Steuern zahlte), 55 Prozent im Besitz des Adels. Die Bauern, die das Land beackern (85 Prozent der Bevölkerung), führten bis zu 75 Prozent der Ernte als Pachtzinsen an die Besitzer ab.

Sicher gab es kein Land auf der Erde, in dem die Bedingungen für eine Revolution typischer waren als in Äthiopien. Sicher gibt es aber auch kein Land auf der Erde, in dem die Bedingungen für die Revolutionäre, nachdem sie nun einmal das alte Regime hinweggefegt haben, schwieriger sind.

Die Umstrukturierung umfaßt alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens: eine Bodenreform, durch die Millionen äthiopischer Bauern erstmals eigenes Land erhielten; Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften; Ausbau des ländlichen Straßennetzes; Limitierung des Hausund Grundstückbesitzes; Nationalisierung der wichtigsten Industrien, der Banken und der Versicherungen; Dammbauten zur Urbarmachung neuer landwirtschaftlicher Flächen; Einführung eines obligatorischen Militärdienstes; Gründung eines »Nationalitäten-Instituts«, das die Möglichkeiten regionaler Selbstverwaltung der über 80 verschiedenen Volksgruppen Äthiopiens studieren soll; Alphabetisierungskampagne in fünf verschiedenen Sprachen.

Das Reformprogramm ist, wie man sieht, ehrgeizig genug. Schon zu »normalen Zeiten« wäre es eine Riesenaufgabe. Die Zeiten sind aber nicht normal, denn: Zehn Jahre nach der letzten großen Hungersnot steht Äthiopien wieder vor einer Dürrekatastrophe von ähnlichen, wenn nicht sogar größeren Ausmaßen. Nachdem es seit Jahren entweder zuwenig oder aber zum falschen Zeitpunkt geregnet hat, sind mehr und mehr Bauern ihrer Existenzgrundlage beraubt und zu Bettlern geworden. An die vier Millionen Menschen, so heißt es bei der »Hilfs- und Rehabilitierungs-Kommission« (RRC) in Addis Abeba, seien unmittelbar von der Dürre betroffen, die meisten davon in den nördlichen Provinzen Eritrea, Tigre, Wollo und Gondar.

Wie weit die neue Gefahr schon fortgeschritten ist, kann man bei einem Flug von Addis Abeba nach Norden sehen: eine zerklüftete, zernarbte Oberfläche, kahl, nackt, leblos. Kein beackertes Fleckchen, kein Mensch, kein Tier. Totes Land, so weit man sehen kann. Sogar ein paar stehengebliebene Bäume sind tot, eingeschlafen in der Trockenheit, verloren in der Weite. Bei geringer Flughöhe sieht man die Ufer ausgetrockneter Flußbetten und die Einschnitte braungrauer Täler auf sich zukommen wie die Wogen eines unübersehbaren Meeres. Der Wind wirbelt Staub auf, fegt ihn über die Hochfläche von Ibenat. In Rudeln drängen sich die Menschen zusammen, suchen in Zelten und provisorischen Hütten Schutz vor den Böen - und warten auf die nächste Lebensmittelausgabe. Denn Ibenat ist eines der Sammellager der RRC für die Dürreopfer in der Provinz Gondar, Versorgungsstation für Tausende von Menschen, die nichts mehr zu essen haben.

Adane Mamuye, der RRC-Verantwortliche für Gondar: »Am schlimmsten war es im Frühling. Da konnten wir gerade noch ein Massensterben verhindern. Unser Hauptproblem ist, daß wir die hungernden Menschen nicht erreichen können. Wir müssen die abgelegenen Dörfer mit Esel-Trecks oder mit Flugzeugen versorgen.«

Wenn eine Tonne Weizen in Äthiopien ihren Empfänger erreicht, hat sie im Schnitt 310 Dollar gekostet: 180 Dollar der Weizen, 130 Dollar der Transport. 200.000 bis 300.000 Tonnen Getreide, so rechnet man bei der RRC, werde das Land 1983 benötigen, um das Schlimmste zu verhüten. Daß trotzdem Tausende von Menschen, vor allem Kleinkinder, sterben würden, müsse man leider annehmen.

Eines ist klar: Äthiopien ist heute besser gerüstet als bei der Dürrekatastrophe vor zehn Jahren. Die RRC gilt als effektivste Hilfsorganisation in Schwarzafrika. Während der Staat 1973 nicht einen einzigen LKW für den Transport von Hilfsgütern bereitstellen konnte, gibt es jetzt eine Flotte von 120 Lastwagen, von denen jeder zehn Tonnen transportieren kann. Wagayehu Sahilu, Chef-Administrator und Krisenmanager in Gondar: »Wir haben die internationale Öffentlichkeit rechtzeitig informiert. Mit internationaler Hilfe müßten wir es schaffen, die Menschen bis zur nächsten Ernte durchzubringen.«

Diese Hilfe kommt zum großen Teil aus westlichen Ländern, bleibt aber, berechnet man die Größe des Landes, relativ bescheiden. Äthiopien beklagt sich zu Recht, daß es in der Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder die geringste Pro-Kopf-Hilfe erhält, nämlich etwa 8 Dollar statt 18 bis 22 Dollar wie andere Länder. Falls man die UNESCO-Schätzung von über 40 Millionen Einwohnern statt der offiziell genannten 32 Millionen zugrundelegt, würde die Pro-Kopf-Hilfe noch geringer ausfallen. Dieses Schattendasein ist darauf zurückzuführen, daß Mengistu Haile Mariam, der Vorsitzende des »Provisorischen Militärrates«, sein Programm offen als marxistisch-leninistisch bezeichnet. Es gibt kaum ein afrikanisches Land, daß eine schlechtere Presse im Westen hat.

Viele Berichte über Äthiopien, die von Exilpolitikern, Guerillabewegungen und kirchlichen Kreisen über Zwangsumsiedlungen, Arbeits- oder gar Todeslager verbreitet werden, sind schlicht falsch. Beispiel: die Umsiedlungen.

Nach Auskunft der RRC ist die Umsiedlung von drei Millionen Menschen vorgesehen, um Gegenden wie zum Beispiel der Hungerprovinz Wollo ökologische Entlastung zu bringen. Aus übervölkerten und ausgedörrten Regionen sind seit 1975 schon 46.000 Familien ausgesiedelt worden. Sie zogen nach dem Süden und Westen, wo noch Landreserven vorhanden sind.

Prompt wurde der Revolutionsregierung unterstellt, sie wolle auf diese Weise aufmüpfige Bevölkerungsteile aus Wollo und Tigre abschieben und disziplinieren - oder sie wolle die Siedler aus dein Hochland zur Stabilisierung sezessionsgefährdeter

Gebiete einsetzen.

Wie aber soll eine Regierung jemals den Teufelskreis von Übervölkerung und Unterernährung durchbrechen können, wenn es ihr nicht gestattet wird, auch einmal langfristig zu planen? Es ist nun einmal so, daß die »Witterungsschäden« in Äthiopien - wie in zahlreichen anderen afrikanischen Ländern - eine Folge menschlichen Handelns sind. Wo die Menschen Wälder abholzen, wo sie zu große Viehherden halten und dadurch die Grasnarbe zerstören, wo sie die Feldfrucht an völlig ungeeigneten Steilhängen anbauen, überall dort können Wind und Wasser jene zerstörerische Energie entwickeln, die man mit dem Schlagwort Erosion beschreibt.

In Äthiopien, das mit dem größten Viehbestand aller afrikanischen Staaten belastet ist, ergreift die Erosion von immer größeren Landstrichen Besitz. Die Entwaldung macht die Böden sowohl gegenüber starken Regenfällen als auch gegenüber Trockenheit schutzlos.

Haile Selassie ließ die Menschen verrecken - wogegen die westliche Presse protestierte. Mengistu Haile Mariam versucht, der Probleme Herr zu werden - was die westliche Presse wiederum nicht befriedigt, dieselbe Presse, die mit ihren Voraussagen stets danebenlag. Am 19. Dezember 1974 schrieb der »Stern« - nach einer übrigens sehr gutgemeinten Hilfsaktion - über die Provinz Wollo: »Hier wird kein Kind mehr verhungern müssen.« Über die verhungerten Kinder von 1983 berichtete der »Stern« nicht.

Man kann es verstehen, daß sich die Äthiopier auf längere Sicht von dieser Almosenpolitik, die immer mit gnädigen Ratschlägen verbunden ist, befreien wollen. Im Augenblick bleibt ihnen allerdings gar nichts anderes übrig, als in das allafrikanische Flehen nach Getreidelieferungen einzustimmen: Die aktuelle Not zwingt sie dazu.

Langfristig aber wollen sie mit ihrer Revolution auch ihre Landwirtschaft auf einen Entwicklungsstand bringen, der ausländische Hilfe überflüssig macht. Mengistu Haile Mariam auf dem Kongreß der Basisorganisationen des Bauernverbandes: »Angesichts der wiederholten Versuche des Imperialismus, Nahrungsgüter als politische Waffe zu mißbrauchen, ist der Kampf um die Versorgung mit Nahrungsgütern heute dringlicher denn je.«

Dazu muß man wissen, daß Afrika, weltweit gesehen, als Almosenempfänger an die Stelle Asiens getreten ist. Es erhält in diesem Jahr 4,3 Millionen Tonnen Getreide, das heißt etwa 50 Prozent der ganzen Nahrungsmittelhilfe des Welternährungsrats, gegenüber nur fünf bis sechs Prozent in den sechziger und siebziger Jahren. Der Weizen- und Weizenmehlumsatz steigt jährlich um zehn Prozent, obwohl die Region ökologisch kein Weizengebiet ist. Die Importabhängigkeit erhöht sich ständig weiter, und die Verbrauchsgewohnheiten ändern sich zum Nachteil der einheimischen Grundnahrungsmittel.

Die USA und die Europäische Gemeinschaft haben großes Interesse daran, ihre Getreideüberschüsse in der Dritten Welt loszuwerden. Im vorigen Jahr stellte die EG 1,7 Millionen Tonnen Getreide zur Verfügung. Die kostenlose Verteilung von importierten Nahrungsmitteln verschlimmert jedoch viele Probleme. Sie führt zu einem Verfall der Preise einheimischer Produkte. So werden noch mehr Bauern gezwungen, die Landwirtschaft, die ihre Familien nicht mehr ernähren kann, aufzugeben und in die überfüllten und verarmten Städte abzuwandern. Die mittellosen Millionen in den Städten müssen versorgt werden - mit neuen Importen.

Amerika und Europa liefern mehr und mehr, Afrika produziert weniger und weniger. So -sieht die Realität aus, und gegen diese Realität stemmt sich die äthiopische Revolutionsregierung. Noch einmal zur Klarstellung: Hier geht es nicht um die - von Fall zu Fall notwendige - Katastrophenhilfe, sondern um die Gewöhnung eines ganzen Kontinents an permanente Almosen und um die Erpreßbarkeit dieses Kontinents durch die Almosengeber.

Die äthiopische Regierung hat eine »grüne Kampagne« lanciert. Sie schickt junge Kader nach kurzer Ausbildung zu den Bauernvereinigungen und zu den städtischen Quartierräten (Kebele), um Entwicklungsarbeit auf den verschiedensten Gebieten zu leisten. In Wollo steht die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion im Vordergrund. Ein Tag »Zwangsarbeit« pro Woche wird der arbeitsfähigen Bevölkerung abverlangt.

Wenn man heute durch die von der Dürre nicht ganz so stark betroffenen Gebiete von Wollo fährt, kann man von Steinen gesäuberte Äcker, Bachregulierungen, kleine Staudämme, Terrassierungen und Aufforstungen sehen. Terrasse ist das Schlüsselwort: Nur so können rutschende Böschungen befestigt und neue Anbauflächen gewonnen werden.

Das Bauen von Dämmen und Terrassen ist eine mühsame Plackerei - allerdings mit einem gewissen Anreiz. Jeder der Bauern erhält für acht Stunden Terrassieren drei Kilogramm Weizen und 120 Gramm Pflanzenöl. »Food for work« heißt das Programm.

In diesem riesigen Land, das fünfmal so groß ist wie die Bundesrepublik, gibt es die verschiedensten Klima- und Vegetationszonen. Es kann vorkommen, daß ein Landesteil genug Regen abbekommt, der andere aber viel zu wenig. Bisher war es selten möglich, die Überschüsse aus den fruchtbaren Regionen in die Mangelgebiete zu transportieren: es

fehlte an Lagerraum und an Straßen. Seit dem vergangenen Jahr hat die Errichtung von Lagerhäusern und Silos im ganzen Land Vorrang vor allen anderen Projekten.

Äthiopien wird noch auf lange Zeit ein reines Agrarland bleiben. Die Industrien, die errichtet werden, sind fast ausschließlich auf die Landwirtschaft und damit verbundene Bereiche abgestellt. Die größten Projekte sind zwei Zementfabriken, die von der Sowjetunion und von der DDR gebaut werden.

Es gehört wohl zum Wesen der Revolution, daß wenig Zeit für Studien und Analysen bleibt und daß auch die eigenen Programme samt ihren Autoren oft kurzlebig sind. Längst wird in Addis Abeba die Zeit des Terrors und der Hinrichtungen in den ersten Revolutionsjahren als »Fehler« dargestellt. Viel eher als erwartet hat die dialektische Anpassung das Leben zu prägen begonnen.

Die Paradestraße der Stadt heißt immer noch Churchill Road. Am riesigen granitenen Löwen beim Nationaltheater, dem früheren Kaiser- und heutigen Revolutionssymbol, prangt immer noch die Bronzetafel zu Ehren Haile Selassies, des Königs der Könige. Über dem riesigen »Roten Platz« für die Aufmärsche der Armee und der Massenorganisationen leuchten die Bildnisse von Marx und Engels. Aasgeier hocken auf den Holzbänken der zum Platz gehörenden Tribüne. Aber das hat mit negativer Symbolik nichts zu tun: Die Aasgeier gehören seit hundert Jahren zum Bild der Stadt, und sicher wäre es ein schlechtes Zeichen, wenn sie eines Tages nicht mehr auf dem »Roten Platz« säßen.

Konkret 08/83, S. 38

Tom Schimmeck

Der »Dialog« ist tot

Wieder einmal konnten sich Industrie- und Entwicklungsländer nicht auf einen gemeinsamen Kurs zur Überwindung der weltweiten Wirtschaftskrise einigen. Die Belgrader UNCTAD-Konferenz war ein Fehlschlag

Das größte Problem sei das wechselhafte Wetter, meinte ein Mitglied der US-Delegation, als es auf der sechsten Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen UNCTAD VI nach Fortschritten im Nord-Süd-Dialog gefragt wurde. Die Konferenz, für die Industriestaaten eine diplomatische Pflichtübung, für die Länder der Dritten Welt eine schwache Hoffnung, endete mit einem Fehlschlag.

Vier Wochen lang hatten sich im Juni mehrere Tausend Delegierte aus fast allen Staaten der Welt in der jugoslawischen Hauptstadt Belgrad durch weitläufige Gänge des Konferenzpalastes an der Save geschlängelt, um sich auf gemeinsame Lösungen der Währungs-, Finanz-, Handels- und Rohstoffprobleme zu einigen. Zum ersten Mal in der fast zwanzigjährigen UNCTAD-Geschichte war die »Gruppe der 77«, in der 127 Entwicklungsländer zusammengeschlossen sind, mit einer Strategie aufgetreten, die nicht auf Konfrontation, sondern auf Kooperation mit den ehemaligen Kolonialherren ausgerichtet war. Im Frühjahr hatten sich die Staaten der Gruppe der 77 in Buenos Aires auf eine Plattform geeinigt, in der immer wieder der »Geist von Verständnis und Zusammenarbeit« hervorgehoben wurde.

Doch auf die fertig formulierten Resolutionsvorschläge, die die Entwicklungsländer ihrer Buenos-Aires-Plattform beigefügt hatten, kam drei Wochen lang keine Resonanz. Stattdessen wiederholten die westlichen Industriestaaten, deren Delegation fast ausschließlich mit niederrangigen und nicht entscheidungsbefugten Ministerialbeamten bestückt waren, die Formel, die die Chefs der mächtigsten Industrienationen auf ihrem Gipfeltreffen im US-amerikanischen Williamsburg Ende Mai geprägt hatten: Wenn es uns wieder gut geht, geht es auch allen anderen besser.

Diese simple Philosophie der weltweiten Problemlösung durch einen Aufschwung in den westlichen Industrienationen, in unzähligen Sitzungen von Komitees, Arbeitsgruppen und Plena in Belgrad immer wieder vorgetragen, machte schon die gemeinsame Analyse der Probleme nahezu unmöglich. Ging es um etwas konkretere Fragen wie beispielsweise den Handel, so wurde den Entwicklungsländern entgegengehalten, daß sie für ihre Wünsche auch Leistungen erbringen müßten. Die US-Delegation, aber auch die der Bundesrepublik, wiesen oft und gerne darauf hin, daß man sich auf den Märkten der Entwicklungsländer gern noch freier bewegen würde. Im übrigen, so verkündeten die Industrienationen mit großer Einmütigkeit, seien für die wirklichen Entscheidungen andere internationale Organisationen zuständig: die Weltbank, der Internationale Währungsfond und das allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT - alles Organisationen, in denen nicht wie bei den Vereinten Nationen nach dem Prinzip ein Land - eine Stimme, sondern nach der wirtschaftlichen Macht entschieden wird und wo infolgedessen die westlichen Industrienationen in der Mehrheit sind.

So zeigte sich schnell, daß den Entwicklungsländern auch die neu eingenommene kompromißbereite Haltung gegenüber dem Norden bei der Durchsetzung ihrer Interessen wenig nützt. Es fehlt an Druckmitteln', die, wie einst das Öl, die Industriestaaten zu Zugeständnissen zwingen könnten. Und auch der Hinweis, daß bei der immer weiter steigenden Schuldenlast und dem dramatischen Verfall der Rohstoffpreise die Entwicklungsländer nicht in der Lage sein werden, Waren und Dienstleistungen aus dem Norden weiter so fleißig zu importieren wie bisher, beeindruckt die Industrienationen offenbar wenig. Noch immer weigern sich die USA wie auch die in der Gruppe D zusammengeschlossenen sozialistischen Industriestaaten, den seit vielen Jahren verhandelten gemeinsamen Rohstoffond, der 1984 in Kraft treten soll, zu ratifizieren. Diesem Fond, der die Rohstoffpreise stabilisieren und so ein Mindestmaß an Einkünften der Entwicklungsländer sichern soll, fehlt ein Viertel der benötigten 75 Millionen Dollar.

Die alte Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, nach globalen Verhandlungen zur gerechten Verteilung der Weltreichtümer, ist in immer weitere Ferne gerückt. Vor allem die Bundesrepublik, Großbritannien und die USA, aber auch alle anderen Industrienationen, haben deutlich gemacht, daß sie bei der Wiederherstellung und dem Ausbau ihrer Macht auf nationale Interessenpolitik und nicht auf gemeinsame Lösungen setzen. Ihr Verhandlungsstil auf internationalen Konferenzen wie in Belgrad ist von vorneherein so angelegt, daß sich wenig bewegen kann. Die Beamten der EG-Länder beispielsweise verhandelten bei der UNCTAD unter Führung der Bundesrepublik, die im Juni noch EG-Präsidentin war, nach einer vorher genau abgesteckten Leitlinie, die in ihrem Sprachgebrauch kurz »die Bibel« hieß. US-Beamte mußten mangels kompetenter Delegationsmitglieder beim diplomatischen »wording«immer wieder in Washington anrufen, um sich das eine oder andere Wort eines Resolutionskompromisses genehmigen zu lassen. Jan Pronk, stellvertretender UNCTAD-Generalsekretär, beklagte sich denn auch im kleinen Kreis, daß die Abgesandten des Nordens im Kontrast zu ihren gutwilligen Reden jeden Kompromiß hinter verschlossenen Türen zu Tode administrieren würden.

Daß unter solchen Bedingungen der große Wurf im Nord-Süd-Dialog kaum gelingen dürfte, ist offensichtlich. Eine Analyse des Verhaltens der westlichen Industriestaaten, die unter den Delegierten der Entwicklungsländer in Belgrad

kursierte, kam denn auch zu dem Schluß, daß sich diese weigern werden, anderen als den von ihnen kontrollierten internationalen Organisationen irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Darüberhinaus zu beobachten war eine steigende Tendenz der westlichen Welt, Abmachungen nur noch innerhalb der OECD und nicht mehr mit der Dritten Welt zu treffen. Die Analyse folgert, daß es sich nicht mehr nur um bloße Verhandlungstaktik, sondern um den Versuch handelte, »ein größeres Maß von politischer und wirtschaftlicher Dominanz gegenüber der Dritten Welt zu etablieren«.

Doch weder das UNCTAD-Sekretariat noch die Entwicklungsländer haben die Kraft, das Abgleiten der UNCTAD und anderer UN-Organisationen in die völlige Bedeutungslosigkeit zu verhindern. Zwar startete der Sprecher der Gruppe der 77, der somalische Botschafter Osman, nach dreiwöchigem Konferenzstillstand eine öffentliche Attacke gegen das Verhalten des Nordens, zwar mahnte auch das Generalsekretariat immer wieder, doch Antworten auf die kompromißbereiten Vorschläge der Dritten Welt zu geben, aber alles dies fruchtete nichts. Denn tatsächlich kann es kaum eine Dritte-Welt-Elite wagen, aus dem internationalen System auszuscheren. Die Import- und Exportabhängigkeit, der Schuldendruck und das internationale Vertragswerk stehen dem entgegen. Vorschläge, beispielsweise Druck durch Androhung der Nicht-Rückzahlung von Schulden auszuüben, wurden, wie der Koordinator der hochverschuldeten lateinamerikanischen Länder Jaramillo berichtete, erst gar nicht diskutiert. Zu stark ist die Befürchtung, daß die Industrienationen mit Gegenmaßnahmen wie etwa mit der Senkung ihrer Importe aus bestimmten Entwicklungsländern reagieren könnten.

Doch nicht nur bei Rohstoffen und Finanzen ist die Abhängigkeit deutlich. Die Irin Erna Bennett, über eineinhalb Jahrzehnte Saatgutspezialistin der Welternährungsorganisation FAO, berichtete in Belgrad, wie selbst UN-Organisationen von kommerziellen Interessen unterlaufen und genutzt werden. Die Welternährungsorganisation, in der die Spezialistin vor zwei Jahren zum Rücktritt gezwungen wurde, beherbergt unter ihrem Dach eine Organisation, die ausschließlich den wirtschaftlichen Interessen westlicher Firmen und Institute dient und bei FAO-Dienstreisen sozusagen im Huckepack-Verfahren mitreist, um in der Dritten Welt gewinnbringend Saatgut und Knowhow für die Pflanzenzucht zu verkaufen. Das Genplasma zur Aufzucht ertragreicher Pflanzensorten, mit dem es vielen Staaten gelang, ihre Ernten zu vervielfachen, befindet sich weitgehend in Instituten des Nordens. Eine Konvention der FAO, die den freien Austausch dieses Materials regeln soll, wird seit vielen Jahren torpediert, um mit dem Material weiter Geschäfte machen zu können. »Hunger und Armut«, sagt die ehemalige FAO-Mitarbeiterin, »sind keine technischen Probleme, sondern wirtschaftliche und soziale.«

Besonders betroffen davon sind die am wenigsten entwickelten Länder der Erde, diejenigen, die keine kostbaren Rohstoffvorkommen, keine Exportindustrie und nur eine bescheidene Landwirtschaft haben. Die Gefahr, daß diese Länder im Zuge sich verschärfender weltwirtschaftlicher Probleme vom Tisch gewischt werden, ist in Belgrad deutlicher sichtbar geworden. Die mageren 0, 15 Prozent ihres Bruttosozialprodukts, die die Industrienationen diesen Ländern an Entwicklungshilfe versprochen haben, sollen nach der neuesten Formulierung aus Belgrad »1985 oder sobald wie möglich danach« fließen. Verschiedene Änderungen aus den Delegationen des Nordens weisen darauf hin, daß man der Zukunft dieser wirtschaftlich zumeist völlig unbedeutenden Länder immer gleichgültiger gegenübersteht. Einen ‚generellen Schuldenerlaß für die Ärmsten der Armen, von der Gruppe der 77 wie vom UNCTAD-Sekretariat gefordert, lehnen die Industrienationen strikt ab. Sie wollen von »Fall zu Fall« entscheiden, was zu geschehen hat.

Auch in der bundesdeutschen Entwicklungspolitik deutet sich eine Wende in diese Richtung an. Der CSU-Entwicklungsminister Warnke betont bei jeder Gelegenheit, daß dem »Gießkannenprinzip« der Entwicklungshilfe ein Ende gemacht und nur noch dort gezahlt werden solle, wo es sich lohnt. Gemeint sind damit neben Ländern, die nicht die Sympathie der Bundesregierung genießen, wie etwa der »kommunistische Flugzeugträger Nicaragua« (Warnke), vor allem die am wenigsten entwickelten Länder, die aufgrund ihrer miserablen Finanzlage keine Gewähr dafür bieten, jemals gute Kunden des Nordens zu werden. Bis vor kurzem widersetzte sich nicht nur die Bundesregierung der Absicht der EG, an drei dieser Länder jeweils eine Million Dollar zu zahlen, damit sie dem Gemeinsamen Rohstoffprogramm beitreten können. Erst als Norwegen anbot, dieses »Eintrittsgeld« für fünf Staaten zu übernehmen, lenkte die Bundesregierung ein. Minister Warnke erklärte - auf die Peinlichkeit angesprochen: »Norwegen ist ja auch ein Ölland.«

Ein Minister aus einem der ärmsten Länder Afrikas, der tansanische Minister Jamal, fand in Belgrad angesichts dieser Vorgänge eine philosophisch-einfache Erklärung dafür, was Unabhängigkeit für sein Land bedeutet: »Eine Flagge wurde heruntergelassen und eine andere hinaufgezogen.«

Konkret 08/83, S. 40

Uta Ranke-Heinemann

Das Märchen von den guten Hirten
Konkret-Essay

Im Kölner Verlag Kiepenheuer & Witsch erscheint Ende August ein Sammelband mit den Hirtenworten katholischer Bischöfe aus West und Ost zum Thema Krieg und Frieden. Für diesen Band sollte die Theologin Uta Ranke-Heinemann auf Wunsch des Verlegers ein Vorwort schreiben. Der Text fiel Reinhold Neven-Du Mont zu kritisch aus. Wie immer in solchen Fällen wurde am Schluß "Platzgründe" vorgeschoben. Konkret veröffentlicht den von Kiepenheuer & Witsch abgelehnten Text:

Es ist nicht mehr lange hin bis zum Ende der menschlichen Zeit. Wir haben, wie Kardinal Höffner sagt, nur noch eine »Galgenfrist«. Eine Galgenfrist hat einer, der hingerichtet werden wird. Diese Hinrichtung werden »Freund« und »Feind«, wenn sie aufstehen, um aneinander zum Henker zu werden, zuerst gemeinsam an uns besorgen. Sie hoffen zwar darauf, daß Henker selbst nicht gehenkt werden, aber der kommende Galgen ist so groß wie die Erde. Und alle, ob Mann, ob Frau, ob Kind, sie haben alle an ihm Platz.

Die kleine Zeit bis zum Galgen verbringen wir, statt den Scharfrichtern in den Arm zu fallen, damit, noch mehr Stricke zu knüpfen und einen noch effektiveren Galgen zu bauen. Im übrigen füllen wir die Zeit mit Wörtern, um das alles zu rechtfertigen oder um uns schwach zu wehren. Und wir wissen doch insgeheim, daß das letzte Wort uns nicht bleibt.

Nun wird die Zeit auch noch mit Hirtenwörternefüllt. Es brauchte eigentlich nicht vieler Wörter. Es hat einmal das Wort Jesu von Nazareth gegeben. Die Hirten wissen, daß es genügte, zu ihm zu gehen und bei ihm zu bleiben. Aber statt dessen reden sie oft mit ihren vielen Wörtern um das entscheidende Wort herum.

»Die Kirche hat ... aus Jesu Zeugnis der Gewaltlosigkeit nie eine unterschiedslos für alle verbindliche Regel gemacht« (S. 32), sagen die westdeutschen Bischöfe. Das ist wahr. Und das ist schade. Abgesehen davon, daß es nicht Aufgabe der Kirche sein kann, aus Jesu Zeugnis etwas zu »machen«, sondern sich daran zu halten, zeigt das, daß sie mit Jesu Gewaltlosigkeit nicht viel anzufangen wußte, daß sie gegenüber den Gewalttätern in Geschichte und Gegenwart diesen Jesus mit seinem Zeugnis verleugnet und die Opfer der Gewalt verraten hat: wer nämlich die Gewaltlosigkeit als Regel für alle ablehnt, macht die Gewalt zur Norm.

Die Herren in der Kirche sind ihrem Lehrer in der Forderung nach Gewaltlosigkeit niemals gefolgt. Und so haben sie aus sich Gewalt und Gewalttat gezeugt. Sie haben immer auf das Rezept »Gewalt gegen Gewalt« gesetzt, und jetzt, da es um die letzte und alles vernichtende Gewalt geht, setzen sie auf die mögliche umfassende Vernichtung aller. Wenn die Bischöfe dennoch behaupten, »deshalb hat die Kirche immer an der Notwendigkeit festgehalten, Unschuldige gegen Gewalt und Unterdrückung zu schützen, dem Unrecht zu wehren, Recht und Gerechtigkeit zu verteidigen« (S. 49), so kann eine so kühne Behauptung nur einer aufstellen, der nie eine Kirchengeschichte aus der Nähe gesehen hat. Die Bischöfe folgern aus solcher Geschichtsklitterung, daß es für den Staat, dessen Aufgabe es »zuvörderst« sei, das zu tun, was die Kirche immer getan haben will, nämlich Unschuldige zu schützen, »das Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung« geben muß (S. 50). Damit sind wir von dem menschenfreundlichen Verhalten der Kirche in der Vergangenheit flugs zu den Bomben und Raketen der Gegenwart gelangt, ungeachtet der Tatsache, daß heute in einem Nuklearkrieg eine »sittlich erlaubte Verteidigung« eine sittlich erlaubte Vernichtung aller bedeutet.

Um auf Jesus von Nazareth zurückzukommen: er scheint der Klügste nicht gewesen zu sein. »Vernunft und Klugheit, die vom Träger der politischen Verantwortung zu fordern sind, werden durch die Befolgung der Weisungen Jesu nicht ersetzt« (S. 20). Die unersetzliche Klugheit der Politiker verlangt unersetzliche Raketen. Ob man denn mit der Bergpredigt die sowjetischen SS 20 wegbringen könne, hatte schon der ehemalige Herr Schmidt gefragt. Wäre die Bergpredigt eine Rakete, würden viele an sie glauben. Wäre sie eine Waffe würde man sie hierzulande stationieren. Ließe sich die Bergpredigt zu einer NATOgipfeldoktrin erheben, würde man sie anbeten als das gepanzerte Kalb. Denn man hat immer Drohungen mit Drohungen zu beseitigen und Tod mit Tod zu überwinden gesucht und hat doch immer nur die Summe von Drohung und Tod gesteigert. Daß das Nichtdrohen und das Nichttöten die einzige Möglichkeit zum Leben ist, daß man also das Leben gegen den Tod setzen sollte, hat man immer geleugnet. Da' die Bergpredigt niemanden bedroht, ist sie unbrauchbar. Und da Christus niemanden abschreckt, fällt er für die »sittlich erlaubte Verteidigung« aus. Was unser politisches Gegeneinander betrifft, bringt er nichts, und dafür hätte er sich sein Leben und Sterben sparen können. Er ist nicht nur keine Hilfe, sondern eine militärische Gefahr, weil das, was er von uns will, das Gleichgewicht des Schreckens aufhebt. Wir erschrecken ja nicht mehr vor dein Schrecklichen, sondern vor dem Mangel an Schrecklichem. Darum predigen die Bischöfe das Schreckliche, sie predigen die Abschreckung. Und ihr Hirtenbrief mündet - auch wenn das Wort nicht fällt - ein in die Rechtfertigung der Raketenstationierung.

Das wurde ihm auch von Staatsminister Alois Mertes bescheinigt. Die Befürworter der NATO-Strategie, lobt Mertes, fänden im Hirtenbrief »viel Hilfe und Bestätigung«, die Gegner aber keinesfalls »Einverständnis«. Ein solches Urteil

qualifiziert die westdeutschen Bischöfe als NATO-Hilfsbischöfe. Und der Generalsekretär der CDU hat nicht weniger recht, wenn er erklärt, der Hirtenbrief sei eine »theologische und ethische Begründung« der CDU-Politik.

Die bischöfliche »Hilfe und Bestätigung« für die NATO-Strategie schmückt sich mit einem kostbaren Gewand. Bemüht wird in Zitaten die schöne christliche Sprache des evangelischen Anfangs. Manchmal meint man, in ihr die Flügelschläge des Geistes ihres Gründers zu spüren, bis man erkennt, daß die evangelische Sprache pseudostrategisch zu einer Propagierung der Raketen mißbraucht wird. »Gottes Hilfe ist kein Ersatz für eine notwendige sicherheitspolitische Vorsorge« (S. .12) Nicht so sehr Gott, sondern die Sicherheitspolitik ist »notwendig«. Sie wendet die Not von uns und erlöst uns von dem bösen Feind. Sogar der Tod Christi wird beschworen, wenn es um die Notwendigkeit der Raketen geht: »Er, der Gewaltlosigkeit lebte, wurde Opfer der Gewalt und offenbarte damit den Abgrund menschlicher Gewalttätigkeit« (S. 16). Das, was Jesus passiert ist, soll uns nicht passieren. Da sei, wenn nicht Gott, so doch die Bombe davor. Und für ihn selbst leider zu spät tragen wir Jesus in unserer Nachfolge die Raketen hinterher.

Alles ist, wie gesagt, eingerahmt in einen Rahmen von Worten, die das menschliche Herz bewegen, weil das menschliche Herz von Anfang an darauf angewiesen ist, Gott zu suchen. Aber aus dem Rahmen dieser sanften Worte springen dem Leser plötzlich Kröten ins Gesicht.

Es wird von Feindesliebe gesprochen, aber »das Gebot der Feindesliebe ist letztlich in Gottes gnädigem Handeln begründet, das auch die Bösen und Ungerechten nicht ausschließt« (S. 21). Der Feind ist hier also als Böser und Ungerechter definiert. Das ist wahrlich ein frohes Hirtenwort, daß wir demnach die Guten und Gerechten sind.

So nimmt es denn bei solcher Art Feindesliebe nicht Wunder, daß ein Blick auf unsere Geschichte und Schuld gerade auch der Sowjetunion gegenüber fehlt. Den deutschen Vernichtungskrieg gegen sie scheint es nie gegeben Zu haben. Dabei müßte, wenn nicht schon unsere Vernunft oder unser Glaube, so doch eine elementare menschliche Scham uns hindern, der Stationierung von Vernichtungswaffen gegen unsere Opfer von gestern heute in unserem Lande zuzustimmen.

Wer sich dem Kriegsdienst verweigert, wird als Gefahr diffamiert: »Wenn alle seinem Beispiel folgten, würde ein Machtvakuum entstehen« (S. 88). Die Gefahr, daß keine Kriege mehr geführt werden könnten, weil »alle« den Kriegsdienst verweigerten, hätten wir fast nicht erkannt. Uns die Augen vor solcher Katastrophe geöffnet zu haben, ist ein Verdienst der westdeutschen Bischöfe. Im 2. vatikanischen Konzil waren in einem Entwurf, der dann allerdings von den Bischöfen verworfen wurde, die Kriegsdienstverweigerer gelobt worden wegen ihrer »Ehrfurcht vor dem Leben«. Jetzt wird der Begriff »Ehrfurcht vor dem Leben« von den Bischöfen gewöhnlich gegen die Empfängnisverhütung gewendet, so als ob die eigentlichen Verbrechen der Menschheit sich in den ehelichen Schlafzimmern vollzögen und nicht im Krieg. Gegen die Verhütung der Empfängnis ist die Ehrfurcht vor dem Leben also gefordert. Daß aber diese Ehrfurcht so weit geht, daß es zur Verhütung der Kriege kommt, das verhüte Gott!

Der amerikanische Hirtenbrief hat eine wechselvolle Geschichte. In den verschiedenen Entwürfen sind seine Verfasser mal aufgestanden und mal umgefallen. Der Hirtenbrief selbst ist schließlich in einer Art Schräglage geschrieben. Zwischen der Skylla päpstlicher und westdeutscher Bischofsschelte und der Charybdis des Reaganschen Dankes und Lobes haben sie in einem wilden Wasser einen Zwitter aus Mannhaftigkeit und Gehirnwäsche geboren. Dieser Zwitter bedeutet aber immer noch eine »Herausforderung an unser christliches Gewissen«, wie die deutschen Spitzenkatholiken Mertes und Leber es formulieren, was bei ihnen als Tadel gemeint ist. Während bei uns die maßgebenden Katholiken die irre Vorstellung vom Ersteinsatz nuklearer Waffen zur Erhaltung des Friedens vertreten (man wundert sich manchmal, daß die Sprache nicht streikt, wenn jemand die Begriffe Friedenserhaltung und Nuklearwaffeneinsatz zusammenpfercht), lehnen die amerikanischen Bischöfe einen solchen Ersteinsatz ab: »Dennoch drängen wir die NATO im Licht der möglichen Wirkungen, die mit der Einleitung eines Atomkrieges zusammenhängen, rasch zur Anerkennung einer Politik des Erstschlagverzichts vorzustoßen« (S. 15). Damit verfallen die US-Bischöfe dem Bannstrahl der deutschen Erstschlagsapostel Mertes und Leber, die von sich mit dem Pathos der Erleuchteten erklären, sie schrieben »im Licht des christlichen Glaubens«. Sie fällen über die amerikanischen Bischöfe das vernichtende Urteil, sie machten sich mit ihrer Stellungnahme gegen den nuklearen Ersteinsatz »sowjetische Forderungen« zueigen. Daß die amerikanischen Bischöfe so sowjethörig sind, ist indes kein Wunder, denn sie schreiben im Gegensatz zu Mertes/Leber lediglich »im Licht der möglichen Wirkungen« des Mertes/Leberschen Atomschlags (in light of the probable effects). Auch sonst weichen die Amerikaner von den Westdeutschen militärischen Glaubenssätzen ab. Sie fordern den Abzug aller Kurzstreckenraketen sowie aller Kernwaffen aus grenznahen Gebieten und müssen sich von Mertes/Leber den Vorwurf anhören, daß »mit der Verwirklichung solcher Vorschläge... der Krieg wahrscheinlicher wird.«

In anderen Punkten sind die Amerikaner Fernsteuerungen erlegen. Zum Beispiel in der Frage der Raketenstationierung, die sie speziell für Europa als notwendig zur Abschreckung ansehen (especially in the European theater). Es liegt die Vermutung nahe, daß es sich bei diesem Punkt des amerikanischen Hirtenbriefs um ein westdeutsches Kuckucksei handelt, das die Amerikaner um des lieben innerkirchlichen Friedens willen schon deshalb mit einiger Gefaßtheit ertragen konnten,

weil sie es mit ihrer Forderung nach Verzicht auf Ersteinsatz - bei den Pershing 11 handelt es sich um lediglich zum Ersteinsatz geeignete Waffen - zugleich unterlaufen.

Auch in einem anderen Punkt waren sie folgsam. Nachdem Mertes/Leber ihnen vorgeworfen, der Entwurf zum Hirtenbrief enthalte »keinerlei angemessene Beurteilung und Einschätzung der politischen Ideologie der Sowjetunion«, und Vatikan und westdeutsche Bischöfe nachgeholfen hatten, haben sie gehorsam funktioniert: sie gehen mit schweren Attacken gegen die Sowjetunion vor und tun dabei des Guten so viel, daß man sich fragen muß, ob das noch eine spezifisch christliche Ausdruckweise ist. Wenn schon von Menschenrechten die Rede ist, dann gehört das Recht auf faire Sprache auch dazu. Man muß zwar nicht gleich, wie es die westdeutschen Bischöfe tun, allen Menschen eine »göttliche Würde« (S. 47) andichten, man braucht ihnen allen nur eine menschliche Würde zuzuerkennen, um eine Sprache zu finden, die sich nicht der Reagandoktrin von der Sowjetunion als dem Reich des Bösen anpaßt. In einer weniger selbstgerechten Sprache über die anderen hätten die amerikanischen Bischöfe der Sache des Friedens und der Sache der christlichen Verkündigung besser gedient.

Die Schweizer Bischöfe reden in ihrer hirtenwörtlichen Pflichtübung vornehmlich als Schweizer. Während die Verteidigung der Bundesrepublik, wie sie sagen, »gegen Angriffe aus dem Osten« gerichtet ist, heben sie hervor, daß die Verteidigung der Schweiz sich »gegen jede Macht« richtet. Während wir nämlich unser Bündnis, also unsere Nichtneutralität, verteidigen, verteidigen die Schweizer statt dessen ihre Neutralität. Auf diese Weise hat jeder etwas zu verteidigen. Manches verteidigt die Schweiz allerdings nicht, z.B. das Recht auf Kriegsdienstverweigerung, denn ein solches hat sie nicht. Und ein volles Frauenstimmrecht würde sie auch nicht verteidigen, denn das hat sie auch nicht. Aber die Menschen- gleich Männerrechte, die würde sie verteidigen.

Die Schweiz ist neutral. Und so reden die Schweizer Bischöfe ganz neutral davon, daß »die Bürger der Bundesrepublik... unmittelbar von den Fragen des Einsatzes nuklearer Waffen betroffen« sind. Denn es klingt weniger emotional und einfach besser, wenn jemand unmittelbar von Fragen betroffen, als wenn er unmittelbar von Nuklearwaffen getroffen wird. Weiter mischen sich die Schweizer Bischöfe in unsere Betroffenheit oder Getroffenheit, eben in die westdeutschen Verhältnisse, nicht ein.

Die österreichischen Bischöfe sind auch neutral, aber doch nicht ganz. Sie fühlen mit dem Westen, und darum stationieren sie - wenn auch indirekt - ein bißchen mit, denn sie tendieren, wie es scheint, zum NATO-Doppelbeschluß. Was sie allgemein gegen das Wettrüsten sagen, ist schön, aber es bleibt in einer verbindlichen Unverbindlichkeit. Konkret werden sie jedoch bei der Gefahr, die durch »einseitige Aktionen von Friedensbewegungen« entstehen könnten. Daß ein moralisches Handeln nicht einseitig sein darf, scheint sich allmählich als Maxime christlichen Verhaltens herauszubilden. Das bedeutet z.B., wenn die Welt voller Lügner ist, darf man nicht einseitig aufhören zu lügen. Wenn die Welt voller Totschläger ist, darf man nicht einseitig es ablehnen, ggf. auch ein solcher zu werden. Und wenn die Welt voller Raketen ist, darf man nicht einseitig abrüsten, wobei die NATO-Strategen in einem demagogischen Schluß dem gläubigen Publikum versichern, nicht stationieren sei einseitige Abrüstung. Da aller Anfang einseitig ist, ist für uns aller Anfang so schwer. Und statt anzufangen, sind wir zu moralischem Handeln nur unter Bedingungen bereit. So sitzen wir zwischen unseren wachsenden Raketenbergen und warten, daß uns, wie in einem Schlaraffenland, die erfüllten Bedingungen in den Mund fliegen.

Zu einem Rüstungsstopp rufen die ungarischen Bischöfe auf. Der Umstand, daß sie die amerikanischen Bischöfe als nachahmenswert bezeichnen, nicht aber die westdeutschen, ist beachtenswert. Während nämlich unsere Bischöfe die nukleare Rüstung (unter dem besser klingenden Etikett »Abschreckung« versteht sich) mit den schönen und unentwegt (S. 63-70) wiederholten Worten »Kriegsverhütung« und »Friedenssicherung« versehen, erkennen die ungarischen Bischöfe den Terror solcher Rüstung, alias Abschreckung, und bezeichnen sie als das, was sie ist: »eine wachsende Kriegsgefahr«. Dient bei uns die immer größere Rüstung angeblich der Sicherheit, so wächst dort das Gefühl der Bedrohtheit. Aber die Angst der Menschen in Osteuropa ist für NATO-Strategie und NATO-Moral kein Thema.

Von allen vorliegenden Hirtenbriefen verdient der der DDR-Bischöfe die größte Anerkennung. Er atmet etwas von dem Geist der christlichen Freiheit, die sich offenbar nicht nach der Ost-West-Elle messen läßt. Die DDR-Bischöfe kritisieren Mißstände in ihrem eigenen Land. Nun wird es hierzulande viele Leute geben, die meinen, daß in der DDR vieles, wenn nicht alles, im Argen liegt und daß es darum für Bischöfe dort auf der Hand liegt, an den Willen Gottes appellieren zu müssen, während bei uns alles - wenn man etwa von der Sexualmoral und vom Abtreibungsparagraphen absieht - so viel besser ist, daß unsere Bischöfe kaum noch die Möglichkeit haben, einen Willen Gottes in unserer Gesellschaft zu artikulieren, der sich wesentlich von dem unserer maßgebenden Politiker unterschiede. Aber es braucht wohl schon eine recht unkritische Angepaßtheit, um nicht die Nöte und Zwänge vieler in unserem Land zu sehen. Doch da bleiben die vielen Hirtenwörter stumm.

Während die westdeutschen Bischöfe einen ABC-Krieg unter Umständen tolerieren, lehnen die DDR-Bischöfe ihn bedingungslos ab. »Ein Krieg mit modernen Massenvernichtungsmitteln ist in jedem Fall in sich unmoralisch und daher auch zu verwerfen. In keinem Krieg, aus welchem Grund er auch geführt werden mag, ist der Einsatz von ABC-Waffen zu rechtfertigen.«

Und es steht ein Satz im DDR-Hirtenbrief, der es besonders verdient, aus der Verborgenheit hervorgeholt und in die Mitte aller Dinge gestellt zu werden: » Gewinnt hier nicht das häufig belächelte Ideal der Gewaltlosigkeit, wie es uns Jesus Christus in der Bergpredigt verkündigt, eine bisher ungeahnte rationale Aussagekraft?« Sollte das denn wahr sein? Sollten sich die Weisungen Jesu gegen die Klugheit unserer Politiker behaupten und deren Prioritätsanspruch erschüttern können? Könnte es denn sein, daß sein Wort nicht nur den Himmel, sondern auch die Erde erschließt? Dann wären seine Weisungen und sein Beispiel, was diese Welt und ihre Zeit betrifft, nicht eine bloße Träumerei und leere Utopie. Das würde bedeuten: die auf ihn hören, wären nicht Moskauhörige. Wir brauchten nicht mehr dem Siegwahn des Herrn Reagan verfallen und nicht mehr dem Angstwahn der Sowjets. Wir könnten aus dem Lärm der vielen Wörter heraustreten und, um Frieden zu schaffen, einer Verheißung folgen, die nicht die der Raketen ist.

Konkret 08/83, S. 44

Werner Heine

Strahlend in der Grube

Seit 15 Jahren wandert bundesdeutscher Atommüll in die Gruben des Salzbergwerks Asse II bei Wolfenbüttel. Obwohl des Salzstock juristisch nicht als Endlager gilt, ist ein Teil des radioaktiven Mülls heute nicht mehr rückholbar

Wer Müll produziert, der soll ihn wieder wegmachen. Der gute, alte Grundsatz, im neueren Sprachgebrauch »Verursacherprinzip« genannt, lebt - wie jedes Prinzip - von seinen Ausnahmen. Eine ist der Atommüll. Denn der Dreck, den die Atomindustrie produziert, sollte jedenfalls nicht von ihr beseitigt werden. Für diese Aufgabe hatte die Atom-Lobby die Behörden auserwählt: Der »Bund«, so steht es seit 1976 im Atomgesetz, übernimmt die »Anlagen zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle«.

Das schien nicht einmal unvernünftig, weil der strahlende Müll aus den Kernreaktoren zu große und dauerhafte Gefahren für die Menschheit birgt, als daß seine Beseitigung privaten Firmen überlassen werden könnte. So war die für die Atomindustrie billigste Lösung zugleich die anerkanntermaßen zweckmäßigste. Darüberhinaus begründete die staatliche Verpflichtung zur Müllabnahme eine dauerhafte Kumpanei der Verharmlosung. Die Stromindustrie erklärte den zwanzigjährigen Betrieb eines Reaktors für nahezu risikolos, der Staat mußte die Unbedenklichkeitsbescheinigung für die restlichen Millionen Jahre beisteuern, die es dauern wird, bis alle Spaltprodukte des wasserkochenden Brennmaterials Uran zu Blei zerfallen sind.

Der Begriff »Entsorgung« verniedlichte das Problem der Müllverwahrung, bevor seine Ausmaße auch nur annähernd erkannt wurden. Daß das Spaltprodukt Neptunium, daß in einer Million Jahren erst zur Hälfte zerfallen ist, zu den giftigsten Stoffen der Zerfallskette zählt, hatte die Wissenschaft bis vor drei Jahren übersehen. Als Anfang der 60er Jahre die ersten Atommeiler gebaut wurden, zerbrach sich niemand den Kopf über die Abfallbeseitigung. Ein technisches Konzept, jedenfalls einen Plan, der von der Bundesregierung so genannt wurde, gibt es erst seit 1974. Der Atommüll war »das hintere Ende der Kerntechnik«, wie Professor Levi von der »Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung mbH« (GSF) später schrieb. Dieses Ende wurde »konsequenterweise auch zuletzt in Angriff genommen«.

Konsequent war das allenfalls in den Augen der schnellen Gewinnmacher von der Atomindustrie, die, befreit von allen Vorleistungen und Folgekosten, seit 15 Jahren mit der »billigen« Kilowattstunde aus dem Reaktor prahlen. In Wahrheit wurde durch die nachlässige Behandlung des Müllproblems eine angemessene Lösung der Endlagerung bis heute verhindert.

Geht ein Reaktor in Betrieb, wird in jeder Sekunde der Kernspaltung radioaktiver Müll produziert. Die freigesetzten Neutronen bombardieren den Brennstoff Uran zu neuen strahlenden Atomen, von denen etwa 30 bekannt sind, darunter die besonders giftigen, »radiotoxischen« Stoffe Plutonium und Strontium-98 oder die Gase Krypton und Tritium. Aber nicht nur die Brennstäbe verstrahlen zu Müll, sondern das gesamte Innere des Reaktors, das Kühlwasser, die Rohrleitungen, der Druckkessel und die Maschinerie, die Werkzeuge und die Schutzanzüge für die Bedienungsmannschaften.

Die fortschreitende radioaktive Verseuchung der Bauteile begrenzt auch die Lebenszeit des Reaktors. Nach geplanten zwölf Jahren muß die Kernspaltung abgebrochen werden. Übrig bleibt der ausgebrannte, hochaktive Brennstoffmüll, HAW (high active wastes) genannt, und übrig bleibt die strahlende Ruine aus mittelaktivern (MAW) und schwachaktivem (LAW) Abfall - wie ein gigantisches, nicht abschaltbares Röntgengerät.

Die Aufgabe lautet, diesen Müll dauerhaft vom Lebensraum der Pflanzen, Tiere und Menschen zu trennen.

Die ursprüngliche Idee, den Müll ins Meer zu kippen, wurde zum Glück schnell wieder aufgegeben. Die zweite Idee, ihn unter Tage zu vergraben, einen Deckel drauf zu machen und ihn zu vergessen, blieb bis heute die Grundlage der Planung.

Auf der Suche nach einem geeigneten Lagerungsgrund verfielen die Techniker sehr bald auf Salz. Hochaktiver Müll ist unter anderem dadurch definiert, daß er sehr heiß ist. Salz aber hat die Eigenschaft, Wärme gut abzuleiten, es ist verhältnismäßig plastisch und schirmt auch gegen Strahlung ab. Mit der Entscheidung für Salz war die erste Grundsatzentscheidung gefällt, die damals wie heute international als Irrweg gilt. In England, Frankreich, Japan oder den USA wird seit langem die Lagerung in Tonschichten tief unter dem Meeresboden für optimal gehalten. Nur, das kostet Zeit: mit der Verwirklichung ist frühestens in 30 Jahren zu rechnen.

An der Erforschung dieses Projekts ist die Bundesrepublik nicht einmal beteiligt. Sie nahm stattdessen die Salz-Lösung in Angriff. Zu Beginn des Jahres 1965 kaufte der Bund für 750.000 Mark das kurz zuvor stillgelegte Salzbergwerk Asse 11 bei Wolfenbüttel - gegen den Protest des Kreistags und einiger aufgeschreckter Bürger, die in Leserbriefen an die Lokalzeitung auf den unsicheren Untergrund verwiesen: in der Nachbarschaft stürzte immer mal wieder ein Haus ein.

Dieser Besorgnis begegneten die Endlagerer mit der Ankündigung in der »Wolfenbütteler Zeitung«, die Grube würde zunächst sorgfältig auf ihre Eignung geprüft. Das dauere fünf Jahre. Und im übrigen: »Wir spielen mit restlos offenen

Karten.«

Das schrieb ein Dr. Wittenzellner von der GSF, einer Firma, die der Bund 1964 gegründet hatte und seither als einziger Gesellschafter betreibt. Das Unternehmen, dem die Asse anvertraut wurde, ist als eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung privatrechtlich organisiert, Vorstand und Aufsichtsrat führen - neben wenigen Vertretern des Bundes - die Männer der Atomwirtschaft.

Entsprechend offen geriet das Spiel. Statt fünf Jahre zu prüfen, lagerte die GSF ab April 1967 die ersten Fässer mit schwachaktivem Müll auf der 750-Meter-Sohle in der Asse ein. Zu diesem Zeitpunkt gab es kein hydrogeologisches Gutachten, die GSF wußte also nichts über die Grundwasserverhältnisse in der Grube und in der Nachbarschaft der Grube. Dafür veranstaltete die GSF ein Preisausschreiben mit der Frage nach dem schönsten Begriff für Atommüll. Den ersten Preis, eine Kiste Sekt, gewann eine Hausfrau für die Wortschöpfung «Kernabfall«.

Der wurde nun in Mengen herangekarrt. Zunächst erteilte das zuständige Bergamt die Einlagerungsgenehmigung für 1700 Fässer mit je 200 Liter schwachaktivem Müll. Ein Jahr später dürfen weitere 3000 Fässer eingelagert werden. Dann rollt der Müll lawinenartig an. Bis Ende 1978 sind in der Asse 125.000 Fässer mit schwachaktivem und 1300 Behälter mittelaktiver Atomabfall untergebracht.

Anfangs werden die Rollreifenfässer mit schwachaktivem Müll in den Kammern, die der Salzabbau hinterlassen hat, nebeneinander gestapelt. Später werden sie übereinander geschichtet, und ab 1974, als der Müllanfall in den Atomkraftwerken steigt, werden die Fässer in die Kammern gekippt, darüber wird Salz geschoben, darüber wieder Fässer, darüber wieder Salz.

»Einpökeln« nennt Egon Albrecht, bis Ende vergangenen Jahres technischer Leiter der Asse, dieses Verfahren und preist seine Vorzüge an: Die Lagerung wird schneller, die Bedienungsmannschaften werden weniger den Strahlen ausgesetzt, das Salz schirmt ab, die Grubenkammern werden - so gefüllt - standsicherer, die Raumausnutzung wird höher. Albrecht verdient sich mit seiner Pökel-Methode in der Fachwelt den Namen »Weltmeister der Einlagerung«.

Dieser Spitzname weist Ende der 70er Jahre auf den weltweit desolaten Zustand der Endlagerungstechnik hin. Die meisten Atomstaaten hantieren mit der Einlagerung in Granit, eine Möglichkeit, die in der Bundesrepublik wegen der geologischen Unsicherheit abgelehnt wird. Versuche mit der Salz-Einlagerung betreiben nur noch die USA im Tagebau in den dünn besiedelten Salzwüsten New Mexicos. Der atomare Müll stapelt sich vor den Säurebecken der wenigen Wiederaufbereitungsanlagen, von denen weltweit keine einzige die geplante Menge schafft, oder er lagert in den Betonhallen der Kernkraftwerke. Abgebrannte Brennstäbe blockieren überall die Wasserbecken der AKWs, in denen sie zum Abklingen der hochaktiven, heißen Strahlung eine Weile kühlen müssen.

Angesichts dieser Müllhalden wäre Albrechts Asse eine Spitzenleistung, wenn sie nicht einen ernsten Fehler hätte. Die 75 Jahre alte Grube diente bis zu ihrer Stillegung der Gewinnung von Kalisalz für die Düngemittelproduktion. Carnallit (nach Berghauptmann von Carnall) nennen die Schürfer dieses Salz, das die Tausende von Besuchern, die jährlich durch die Grube geschleust werden, an seiner rötlichen Färbung im sonst weißen Steinsalz erkennen können. Die Farbe kommt vom enthaltenen Eisen, ansonsten besteht Carnallit aus Kaliumchlorid, Magnesiumchlorid und Wasser. Wird der Carnallit erwärmt, löst sich das Wasser aus der chemischen Verbindung. Oder einfacher: Das Salz schmilzt, es verliert seine Standfestigkeit, die Grube stürzt ein. Ein ungeeigneterer Ort für die Aufbewahrung von heißem Atommüll wäre wohl nur noch der Marktplatz von Wolfenbüttel.

Die Emsigkeit, mit der die GSF dennoch die Müllcontainer mit dem vergleichsweise kalten (schwachaktiven) und lauwarmen (mittelaktiven) Abfall in die Grube schaffte, ist wohl nur mit der Verzweiflung der Atomindustrie über ihre wachsenden Halden zu erklären. Die »Entsorgung« war das hochwillkommene Nebenprodukt der »Versuchsdeponie« Asse, in der doch eigentlich nur die Technik der Einlagerung in Salz erforscht werden sollte. Das war jedenfalls die erklärte Absicht der GSF, bevor es losging. Kritikern des Projekts hielt die GSF regelmäßig entgegen, die Abfälle würden versuchsweise und deshalb rückholbar eingelagert. Ziel der Versuche sei die Gewinnung von Kenntnissen für den Bau des geplanten Endlagers in Gorleben.

Daß diese Behauptung falsch war, ging den Asse-Kritikern spätestens auf, als die LAW-Fässer nur noch in großen Mengen abgekippt und eingepökelt wurden. An eine technisch problemlose Rückholbarkeit war nicht mehr zu denken. Die Fässer würden beim Ausgraben beschädigt werden, Radioaktivität würde freigesetzt. Als niemand mehr zu täuschen war, gestand Egon Albrecht, an das Rückholen dieser Fässer sei »von Anfang an« nicht gedacht gewesen.

Damit war klar, daß die Asse ein Endlager ist, daß sie als Endlager geplant und ausgebaut wurde. So höhlte die GSF unter der Asse eine 10.000 Kubikmeter große Kaverne aus, in die der Müll ohne Abschirmung zusammen mit Bitumen oder flüssigem Zement gekippt werden soll, damit es zu einem festen Klumpen im Salz wird - nie wieder rückholbar. Aber was nicht sein darf, das kann nicht sein. Für ein Endlager des Bundes ist nach dem Atomgesetz seit 1976 zwingend ein Planfeststellungsverfahren vorgeschrieben. Die Bürger erhalten dabei Einsicht in die Bauunterlagen und Gutachten, und die

Genehmigungsbehörde muß sich mit ihren Einwendungen auseinandersetzen. Ein solches Feststellungsverfahren wurde für die Asse vorbereitet, nachdem die Genehmigungen für die Einlagerung zehn Jahre lang nur nach der Strahlenschutzverordnung und dem Bergrecht erteilt worden waren -ohne Bürgerbeteiligung. 1978 liefen diese Genehmigungen aus, weil das Land Niedersachsen auf der Planfeststellung bestand. Der Müllzufluß brach ab.

Damals war ein Projekt in Vorbereitung, das zum erstenmal auf größeren Widerstand bei der Bevölkerung stieß. Die abgebrannten Graphitkugeln aus dem Hochtemperaturreaktor (HTR) in Jülich - das Forschungsmodell für den immer noch im Bau befindlichen HTR in Hamm-Schmehausen - sollten in der Asse eingelagert werden, 100.000 Tennisball-große Kugeln in 100 Stahlkannen, die in Bohrlöcher abgesenkt und dann versiegelt werden sollten. An deren Rückholbarkeit glaubte niemand, sie war auch nicht beabsichtigt, wie die GSF später erklärte. Vier Bürger klagten vor dem Verwaltungsgericht.

Das Gericht beschloß, daß es nicht zuständig sei, denn das Einlagern durch die private GSF sei kein hoheitlicher Akt. Aber das Gericht wies den Klägern den juristisch korrekten Weg zum Widerspruch. Daraufhin verzichtete die GSF auf das Projekt, das seither ruht.

Dieser Prozeß offenbarte, daß die GSF ihren optimistischen Darstellungen der Grubensicherheit selber mißtraute. Vor Gericht wollte sie darüber jedenfalls nicht Beweis antreten. Kein Wunder, denn Salzbergwerke sind immer von Wassereinbrüchen gefährdet. Die Grube Asse 1, nur 500 Meter von Asse 11 entfernt, war schon 1906 abgesoffen. Weitere Gruben in der Nachbarschaft hatten dieses Schicksal geteilt. Aber für die Asse 11 wollte die GSF ein Absaufen nach dem derzeitigen Kenntnisstand ausschließen. Das hat sie auch nötig. Denn Wassereinbruch wäre der GAU, der größte anzunehmende Unfall.

Ein GAU, so die GSF, sei jedoch halb so schlimm. Höchstens 5.000 Kubikmeter pro Tag würden entströmen, drei Monate Zeit bliebe für das Bergen des Mülls, bis die 750-Meter-Sohle geflutet wäre. Dabei würde die schnell entstehende Salzlösung als schwere Flüssigkeit wie ein Strahlenschild um den nicht geborgenen Müll ruhen und die zu nur 15 Prozent gelösten Salzpfeiler stützen, so daß die Grube nicht einstürze.

Dann brach im Juni 1976 im Salzbergwerk Ronnenberg bei Hannover das Wasser mit 60.000 Kubikmetern pro Tag ein. Der Boden über der Grube senkte sich, Häuser stürzten ein. in einem internen Bericht ermahnte darauf die GSF ihre Techniker zu »größter Umsicht« in Asse. Bei »schnellem Vollaufen« würde aus dem Carnallit das Magnesiumchlorid gelöst »und der Rest als wenig tragfähiges Gerippe schwerer löslicher Salze zurückbleiben«.

Über denkbare Verbindungen des Grundwassers zum Asse-Salzstock ist nur wenig bekannt. Die Prüfung der Wasserverhältnisse soll noch Jahre dauern. Einen Zwischenbericht will die GSF nicht veröffentlichen. Sicher ist, daß im Salz Laugenblasen wandern, unbekannt bleibt, wieviele, mit welcher Geschwindigkeit und in welcher Richtung. Alle diese Risikofaktoren führten dazu, daß die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB), die das Einlagern von Kernbrennstoffen genehmigte, die Deckungssumme für Schadenersatz von ursprünglich 5 auf 100 Millionen Mark hochsetzte - ein Eingeständnis, daß sich das Risiko verzwanzigfachte.

Vor allem aber zog der Bund einen 1979 gestellten Antrag auf Planfeststellung Ende 1981 wieder zurück. Die GSF mochte die offenbaren Mängel der Grube wohl nicht der Öffentlichkeit vorstellen. Dieser Verzicht auf die juristische Anerkennung als Endlager änderte freilich nichts am Bestehen des Endlagers. Die GFS setzte das alte Spiel fort und sprach von der Asse weiter als »Versuchs-Endlager«, da es ja nicht als »Routine-Endlager« diene. Der Bund erwog sogar vorübergehend, den Begriff »Versuchs-Endlager« in das Atomgesetz aufzunehmen, um die GSF juristisch zu entlasten.

Als Endlager gilt die Asse nur, wenn die Atomindustrie neue AKWs baut und dazu die politisch geforderten Entsorgungsnachweise braucht, die mittlerweile »Nachweise der Entsorgungsvorsorge« heißen. In der dritten Teilerrichtungsgenehmigung für das AKW Brokdorf wie in der fünften für das AKW Grohnde wird die Asse als Entsorgungsnachweis angeführt.

Obwohl seit dem Auslaufen der bergrechtlichen Genehmigung Ende 1978 kein neuer Müll mehr in die Asse durfte, hat der Bund Interesse an der Fortdauer der »Versuchsdeponie«. Gegen Ende dieses Jahrzehnts ist ein starker Stau beim hochaktiven Müll zu erwarten. Eine nationale Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) wird bis dahin nicht fertig sein. Außerdem laufen um das Jahr 1990 mehrere Wiederaufarbeitungsverträge mit der WAA im französischen La Hague aus. Dort warten etwa 1.000 Tonnen abgebrannte Uranstäbe aus deutschen AKWs auf die Aufbereitung. Was dort nicht geschafft wird, muß zurückgenommen werden, ebenso wie der gesamte hochaktive Müll, der bei der Aufbereitung entsteht.

Deshalb ist die Erforschung der HAW-Lagerung vordringlich. Die Projekte sollen - ungehemmt von Bürger-Einsprüchen - in der Asse anlaufen. Zunächst will die GSF vier Kobalt-60-Quellen mit starker Strahlung de 9.000 Curie) in die Grube

bringen, um zu testen, wie das Salz darauf reagiert. Dann sollen heiße Glasblöcke mit hochaktivem Müll für fünf Jahre an Drahtseilen in Bohrlöchein abgesenkt werden.

Zumindest das Einbringen des HAW-Mülls scheint technisch möglich. Die Grube verfügt seit der Einlagerung des mittelaktiven Mülls über Strahlenschutzschieber und geeignete Transporteinrichtungen. Unklar ist aber, ob vor 1988 überhaupt einlagerungsfähiger heißer Müll hergestellt werden kann. Es gehört zwar seit langem zum Schulbuchwissen, daß es möglich ist, noch aktives Material in Glasblöcken zu verfestigen, aber keines der dazu entwickelten Verfahren ist bislang akzeptabel. Die Industrie sucht noch nach Keramik-Gläsern, deren Molekülstruktur die starke Strahlung dauerhaft aushält.

Die Tests mit hochradioaktivem Material in der Asse sollen wieder einmal das große Endlager in Gorleben planen helfen. Aber ob das je gebaut wird, wurde Ende Mai erneut zweifelhaft. Bei einem Hearing der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe erfuhr die Öffentlichkeit erstmals: Der Salzstock ist bedeutend kleiner als angenommen. Große Teile ragen, ungeschützt von Deckgebirge, in wasserführende Sandschichten. Das Salz enthält Wasser, jährlich werden noch bis zu 10.000 Kubikmeter Salz abgelaugt. Das Grundwasser über dem Salzstock steht nicht, sondern es fließt, ähnlich wie bei Asse 11. Damit nehmen die Risiken erheblich zu.

Da auch die Eisenerzgrube Konrad bei Salzgitter nur für die Endlagerung von schwachradioaktivem und mittelradioaktivem Abfall brauchbar ist - dort wurde ein Planfeststellungsverfahren beantragt -, bleibt zur Zeit nur die Asse. Die ist zwar auch nach dem Urteil von Egon Albrecht für hochaktiven Müll ungeeignet, aber vielleicht findet der Bund noch einen Dreh, dort zumindest einen Teil des heißen Materials unterzubringen.

Konkret 08/83, S. 50

Kurt Blauhorn

Konkret-Extra
Die miesen Methoden der Versicherungskonzerne

Die Versicherungsunternehmen der Bundesrepublik haben ein Vermögen von 275 Milliarden Mark angehäuft. Am meisten verdienen sie an den Kapital-Lebensversicherungen, weil sie die Beiträge ihrer Kunden nur lausig verzinsen und Versicherungsabbrecher ausplündern. Doch ein Heer von Vertretern ist dabei, den Bundesdeutschen zu ihren sechs Versicherungspolicen weitere aufzuschwatzen. KONKRET beleuchtet das Geschäft mit den Lebensversicherungen und sagt, welche Versicherungen wirklich wichtig sind

Die Richter der Zivilkammer 24 des Hamburger Landgerichts fällten kürzlich ein salomonisches Urteil. Sie wiesen die Klage des Verbandes der Lebensversicherungs-Unternehmen e.V. kostenpflichtig ab, dessen Bosse sich durch die harsche Kritik eines Fachmannes tief verletzt fühlten.

»Lebensversicherung zur Altersvorsorge ist ein legaler Betrug«, hatte der ehemalige Allianz-Generalvertreter Hans-Dieter Meyer in einer Broschüre behauptet, in der er in Übereinstimmung mit der Hamburger Verbraucherzentrale Grundinformationen über alle wichtigen Versicherungen vermittelte. Seine zeichnerisch begabte Frau Dalia hatte die provokante These mit Karikaturen deutlich ins Blickfeld der 2.300 Mitglieder des »Bundes der Versicherten« (BdV) gerückt, den Meyer im März mit anderen Assekuranz-Kritikern gründete, um gegen Mißstände im deutschen Versicherungsgewerbe anzukämpfen und auch dem Bundesaufsichtsamt in Berlin, das die Geschäfte der Branche überwachen soll, Dampf zu machen.

Selbst Jurist und als Sachverständiger bei Gericht zugelassen, hatte Opponent Meyer seine Betrugsschelte fachmännisch abgewogen und sachlich begründet: »Die Kapital-Lebens-Versicherung ist zu 90 Prozent überhaupt keine Versicherung, sondern ein langfristiger Sparvertrag mit einer Rendite, die oft unter der Inflationsrate liegt und dann gleich Null ist. Mit den Geldern, die die Lebensversicherten langfristig hingeben, verschaffen sich die Unternehmen aber inflationssichere Kapitalanlagen, an denen die Versicherten nur selten beteiligt werden.« Meyer rügte auch den Staat, »der sich hier billige langfristige Kredite verschafft, so daß man Beiträge für Kapital-Lebensversicherungen in vielen Fällen auch als eine 'Steuer für Dumme' bezeichnen kann, die man mit angeblichen Steuervorteilen (die kaum zum Tragen kommen) zur langfristigen Geldhingabe verführt«. Fazit»Millionen Bundesbürger haben durch den Abschluß falscher Kapital-Lebensversicherungen Zigmilliarden verloren - vor allem beim vorzeitigen Aussteigen aus diesen Verträgen und die dann meist sehr geringe Beitragsrückzahlung.«

Die Richter waren von Meyers Argumenten so beeindruckt, daß sie die Wortattacke »Legaler Betrug« als »sachliche Meinungsäußerung« durchgehen ließen. Die streitige Äußerung diene der Aufklärung der Verbraucher. Dem Beklagten liege offensichtlich daran, so schrieben die Richter in den Abweisungsbeschluß, »den Versicherungsmarkt für die Verbraucher transparenter zu machen und durch die Kritik eine Verbesserung der Bedingungen für Versicherungsnehmer zu erreichen«.

Tatsächlich leiden Millionen von Versicherungskunden unter einem Informationsdefizit, das sie teuer zu stehen kommt, wenn nach Fehlabschlüssen die Stunde der Wahrheit schlägt. Oft sind emotionale Einflüsse die Triebfeder, dem aufdringlichen Werbemanöver wortgewandter Vertreter nachzugeben und vorschnell kostspielige Verträge zu unterzeichnen. In ihrer Verunsicherung aus mannigfachen Gründen - sei es aus Furcht vor zunehmender Kriminalität, Arbeitslosigkeit, Krieg und Atomtod oder sei es nur aus Angst vor Geisterfahrern auf den Autobahnen - sind die Deutschen besonders versicherungsfreudig. Jeder Erwachsene hierzulande besitzt im Durchschnitt sechs Versicherungspolicen, und jede vierte Mark, die er oder sie auf die hohe Kante legt, wird einer Lebensversicherung anvertraut.

200.000 Versicherungsverkäufer sind täglich unterwegs, um neue Kunden zu werben und alten Klienten weitere Policen aufzureden. Die Bundesrepublik entpuppte sich als idealer Nährboden der Assekuranzgesellschaften, die sich in knapp drei Jahrzehnten zur größten Kapitalsammelstelle des Kontinents entwickelten. Von ihrem überquellenden Reichtum zeugen die vielen protzigen Verwaltungspaläste, in denen die Finanzmanager der Assekuranz täglich mehr als 100 Millionen Mark neuer Kapitalanlagen umschaufeln.

Nach eigenen Angaben verfügen die Lebensversicherer, die Hauptverdiener der Branche, über ein Gesamtvermögen von rund 275 Milliarden Mark. Damit übertreffen sie den Wert aller Aktien, die an den deutschen Wertpapierbörsen gehandelt werden, bei weitem. Branchenkenner schätzen sogar, daß der wahre Wert des Lebensversicherungsvermögens mindestens doppelt so hoch ist wie der mit 275 Milliarden Mark angegebene Buchwert.

Der gigantische Hort ist in tausenderlei Besitztümern untergebracht: in zahllosen Industrie- und Handelsunternehmen und Beteiligungen (siehe Seite 55: »Das Allianz-Imperium«), in gut verzinslichen Wertpapieren, Hypotheken und einer Fülle

von Immobilien - mit Ausnahme des Wohnungsbaues, aus dem sich die schnellen Profitmacher immer mehr zurückzogen, weil ihnen die Mieten zu mager erscheinen. Dagegen investierten sie viele Milliarden in gewerblichen Mammutbauten wie Einkaufszentren and Bürogiganten.

Zur Zeit läßt die Hamburg-Mannheimer im östlichen Hamburger Stadtteil Rahlstedt für 95 Millionen Mark ein großartiges neues Geschäftsviertel hochziehen.

Aber auch die staatlichen Schuldenmacher - Bund, Länder, Gemeinden und öffentliche Betriebe - saugen ständig an den Versicherungsmilliarden. Mindestens jede zweite Beitragsmark landet bei ihnen und trägt den Geldgiganten hohe Zinsen ein.

Von diesen fundamentalen finanzstrategischen Vorgängen, die der Versicherungswirtschaft zu einer mächtigen Schlüsselsituation verhalfen, haben die gewöhnlichen Versicherungskunden keine blasse Ahnung. Wenn sie abends auf den Bildschirm ihres Pantoffelkinos blicken, plärrt ihnen immer wieder der Schnickschnack in die Ohren, wie hilfreich in allen Lebenslagen, wie menschenfreundlich die lieben Versicherungskonzerne sind, die in ihrer einträglichsten Sparte *Leben so* phantastisch mit den Beiträgen wuchern.

Vielleicht begreifen sie gar nicht, wie ihre »Kapital-Lebensversicherung« funktioniert: Sie zahlen brav einer Versicherungsgesellschaft jeden Monat einen bestimmten Betrag und erhalten dafür nach Ablauf einer vereinbarten Frist - mindestens zwölf Jahre, in der Regel aber 20 bis 30 Jahre - die ausgemachte Versicherungssumme plus Verzinsung des Beitragsguthabens und eines mageren Anteils an den Überschüssen, den die Unternehmen mit dem Versichertengeld durch Kapitalanlagen erwirtschaften.

Die Beiträge, auch Prämien genannt, bemessen sich nach dem Eintrittsalter in Relation zu der vereinbarten Kapitalsumme. Es handelt sich also um einen Sparvorgang mit Absicherung des Todesfall-Risikos, denn wenn der Versicherungsnehmer vor Ablauf des Vertrages stirbt, muß die Gesellschaft die Versicherungssumme plus Zinsen zahlen.

Das System begünstigt allerdings die geldscheffelnden Gesellschaften: Sie dürfen sich von den Beitragen ihre Verwaltungskosten abziehen, dazu gehören auch die Provisionen ihrer Vertreter. Für diese Zwecke gehen den Versicherten durchschnittlich 27 Prozent der Beitragssumme verloren. Weitere 20 Prozent darf die Assekuranz als Risikoanteil für vorzeitige Sterbefälle vereinnahmen und als Deckungsrücklage buchen, obwohl die langjährige Praxis zeigt, daß dafür nur zehn Prozent benötigt werden. Der Überhang, die sogenannten Sterblichkeitsgewinne von etwa zehn Prozent der Prämie, verschafft den Gesellschaften durch Anlage als Festgelder oder Darlehen zusätzliche Erträge.

Übervorteilt werden die Versicherten aber vor allem durch eine lausige Verzinsung des Prämienrestes (60 Prozent der Beiträge), mit der sie während der Vertragslaufzeit exakt die abgeschlossene Versicherungssumme ansparen. Darauf gewähren ihnen die Versicherer seit 40 Jahren unverändert nur drei Prozent Zinsen, die sie sich praktisch selbst zahlen, denn diese Minimalverzinsung ist von vornherein in die Beitragshöhe einkalkuliert.

Was geschieht nun mit den klotzigen Gewinnen, die Deutschlands größte Kapitalsammler aus dem gigantischen Vermögen ziehen, das sie eigentlich nur treuhänderisch für die Versicherten verwalten, aber fleißig ausleihen oder gewinnbringend in Immobilien oder Wirtschaftsunternehmen investieren?

Auf Weisung des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen sollen die Lebensversicherer mindestens 90 Prozent der jährlichen Überschüsse zugunsten der Kunden für die spätere Kapitalauszahlung verbuchen. Bevor ihnen jedoch die ersten Überschußanteile gutgeschrieben werden, lassen . die meisten Gesellschaften drei Jahre verstreichen. (Rühmliche Ausnahmen werden später erwähnt). Diese Verzögerung wird mit dem umwerfenden Hinweis begründet, daß während dieser Zeit erst sämtliche Abschluß- und Verwaltungskosten, die die Kunden mit ihrem Eintritt in die Versicherung verursacht haben, ausgeglichen werden müssen. In dieser Rechnung ist auch die Vertreterprovision enthalten, die etwa einem Jahresbeitrag entspricht.

So steht dann das Kundenkonto drei Jahre lang auf Null. Haben die Versicherten endlich diese Durststrecke überwunden, dürfen sie an der Überschußverteilung partizipieren - allerdings nicht prompt, sondern wiederum mit Verzögerung von etwa zwei Jahren. Solange horten die meisten Unternehmen, vor allem die Großkonzerne, das den Kunden zustehende Geld auf einem besonderen Konto, der sogenannten Rückstellung für Beitragsrückerstattung. Erst nach dieser Lagerfrist erhält jeder Versicherte eine nach versicherungsmathematischen Berechnungen ausgeklügelte Überschußanteilsquote aus den »zurückliegenden Jahren«. Während die Finanzmanager der Assekuranz inzwischen mit den blockierten Geldern satte Renditen von 7,5 bis acht Prozent - in der Hochzinsära oft sogar zehn Prozent - »verdient« haben, können die Kunden froh sein, wenn ihnen zwei bis drei Prozent bewilligt werden.

Die unbedarften Beitragszahler lassen sich geduldig mit Andeutungen abspeisen, daß sich beispielsweise in 28 Jahren die Sparanteile der gezahlten Prämien mit den Überschußanteilen zu einer runden Summe addieren, die etwa doppelt so hoch wie die vereinbarte Versicherungssumme ist. Wenn die Laufzeit nur 15 Jahre beträgt, wird sie wahrscheinlich um 42

Prozent aufgestockt werden, vorausgesetzt, die Gesellschaft begeht mit dem anvertrauten Vermögen keinen Unfug und verplempert Millionen in schlechten Engagements, was auch schon vorgekommen ist.

Wer nachdenkt, wird erkennen, daß eine Kapitalverdoppelung in 28 Jahren unbefriedigend ist, weil sie nicht einmal den voraussehbaren Kaufkraftverlust durch permanente Inflation ausgleicht. Eine weit höhere Zuwachsquote ließe sich schon durch sukzessive Anlage des Geldes in achtprozentigen Bundesanleihen oder anderen sicheren, gut verzinslichen Rentenpapieren erzielen.

Die Bundesregierung begünstigte aber gerade diese ausbeuterische Lebensversicherung: Mit dem Dritten Vermögensbildungsgesetz öffnete sie den ständig auf Kundenfang bedachten Konzernen das große Schleusentor für Neuzugänge. Alle Arbeitnehmer mit Jahreseinkommen von 24.000 Mark (Ledige) bis 48.000 Mark (Verheiratete) profitieren von dem Gesetz. Sie erhalten 624 Mark Steuerfreiheit und außerdem staatliche Sparzulagen, wenn die Summe vermögensbildend angelegt wird.

Nachdem zunächst nur Prämien-, Wertpapier- und Bausparen als Vermögensbildungsvehikel anerkannt worden waren, sorgte der damalige Bundesfinanzminister Alex Möller, Ex-Generaldirektor der Karlsruher Lebensversicherung, dafür, daß seit 1970 auch Kapital-Lebensversicherungen denselben Effekt haben, wenn sie mindestens zwölf Jahre lang mit Beiträgen bedient werden. Um möglichst viele Arbeitnehmer als neue Kunden einzufangen, verstärkten die Firmen ihren Außendienst um ein Vielfaches. Ein Heer von gewandten Allesverkäufern jagte Millionen von Arbeitern und Angestellten in Wohnküchen, Werkskantinen und Gastarbeiterquartieren die Unterschrift unter »vermögenswirksame« Lebensversicherungsverträge ab. Sie korrumpierten sogar Betriebsräte in den Fabriken und steckten ihnen fünf Mark für jeden neu geworbenen Beitragszahler zu, angeblich für die Sozialkasse, und oft noch drei Mark für das private Portemonnaie. Die meisten dieser Kopfjäger hatten sich vorher für den Finanzscharlatan Bernie Cornfeld abgestrampelt und sich mit den wertlos gewordenen Papieren seines zusammengebrochenen Konzerns Investors Overseas Service (IOS) eine goldene Nase verdient. Jetzt fanden sie neue Pfründe im Versicherungsgewerbe.

Allein der Versicherungskonzern Deutscher Herold nahm 1.000 ehemalige IOS-Verkäufer auf, die ihm der FDP-Umfaller Erich Mende, damals noch CDU-Bundestagsabgeordneter, und sein Parteifreund Reinfried Pohl zugetrieben hatten. In opportunistischer Schläue hatte sich Mende schon vor dem IOS-Debakel einen Beiratsposten beim Deutschen Herold gesichert; er kassierte noch zwei Jahre lang hohe Tantiemen. Ein anderer Konzern engagierte den ehemaligen IOS-Generalmanager Dr. Werner Kunkler als Trainer der Vertreter-Stoßbrigade und zahlte ihm ein klotziges Honorar.

So gelang es der Branche mit vereinten Kräften, dem deutschen Bundesvolk bis Mitte dieses Jahres mehr als 66 Millionen Kapital-Lebensversicherungsverträge aufzudrücken. Durch die langfristige Bindung (meist 20 bis 30 Jahre) gerieten Hunderttausende, die inzwischen arbeitslos geworden sind oder aus anderen zwingenden Gründen die Beiträge nicht länger aufbringen können, in arge Bedrängnis.

Beitragsstundung wird nur ein Jahr lang gewährt, das Manko muß aber mit sechs Prozent verzinst werden, so verlangt es zum Beispiel der gewerkschaftseigene Konzern Volksfürsorge. Die Hamburg-Mannheimer nennt es »Überbrückungshilfe«, wenn sie über zwölf Monate von Arbeitslosen nur zehn Mark Beitrag verlangt. Wer danach noch zahlungsunfähig ist und den Vertrag kündigen muß, wird regelrecht ausgeplündert, wie es unter anderen einem arbeitslosen Kölner Architekten geschah. Sieben Jahre lang hatte er jeden Monat 300 Mark Prämie an die Allianz-Lebensversicherung überwiesen - insgesamt fast 26.000 Mark. Der großmächtige Konzern, Marktführer der deutschen Assekuranz, speiste ihn mit 8200 Mark ab und behielt nahezu 18.000 Mark für seine eigene Vermögensbildung ein.

Ein anderer typischer Fall: Nach seiner Heirat hatte der Hamburger Kaufmann Gerhard Graf eine Lebensversicherung bei der Hamburg-Mannheimer abgeschlossen, für die er monatlich 200 Mark Prämie zahlte. Die Ehe scheiterte jedoch nach drei Jahren, und damit entfiel nach Ansicht des kühl kalkulierenden Kaufmannes das Hauptmotiv der Vorsorge. Er stellte die Prämienzahlung ein und kündigte den Vertrag. Doch wenn er geglaubt hatte, daß ihm das drittgrößte - mit der Allianz verheiratete - deutsche Assekuranzunternehmen die bis dahin aufgebrachte Beitragssumme von 7.200 Mark größtenteils zurückzahlen werde, so befand er sich in einem fundamentalen Irrtum. Obwohl die Gesellschaft drei Jahre lang mit seinem Geld gewirtschaftet hatte, erstattete sie dem Aussteiger nicht einen Pfennig, mit der Begründung, die drei Jahresprämien seien voll und ganz »für die Kosten des Vertrages« draufgegangen. Was nutzte es, daß der sich geprellt fühlende Kaufmann schäumte: »Das ist legalisierter Volksbetrug.« Gerhard Graf mußte wie Hunderttausende von Versicherungskunden in ähnlicher Lage die Kröte schlucken.

Tausende bombardierten das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) in Berlin mit Beschwerdebriefen. Als die Zahl der Klagen im vergangenen Jahr auf 17.000 anschwoll, scheuchte der damalige Bundesfinanzminister Matthöfer (SPD) die Aufsichtsbeamten mit einem Regierungsgutachten auf, in dem es hieß: »Angesichts der über Jahre hinweg auch vom Aufsichtsamt selbst als unzureichend angesehenen Beitragsrückerstattung mancher Lebensversicherungsunternehmen ist es unverständlich und aus verbraucherpolitischer Sicht zu beanstanden, daß die dem Aufsichtsamt zur Verfügung stehenden Eingriffsmittel nicht dazu eingesetzt wurden, diese Mißstände zu beheben.«

Die Bürokraten rangen die Hände und fühlten sich bereits mit anderen skandalösen Konfrontationen überfordert. Mehrere große Konzerne hatten ihre Managementfehler und Verluste in spekulativen Geschäftsbereichen einfach mit einem massiven Griff in die üppig sprudelnden Kassen ihrer Lebensversicherungen ausgeglichen, obwohl solche Transaktionen gegen die einschlägigen Gesetze verstoßen.

Als die Manager des Hamburger Konzerns Deutscher Ring 1977/78 schwere Finanzsorgen hatten, verkauften sie aus dem Treuhandvermögen ihrer Lebensversicherten-Gemeinschaft Werte, deren Marktpreis um etwa 50 Millionen Mark höher war als der Ansatz in den Büchern. Diese stillen Reserven wurden geopfert, damit sich die Großaktionäre, der Bielefelder Multimillionär Rudolf August Oetker und die Vereins- und Westbank, unverändert 14-Prozent-Dividenden zahlen konnten.

Noch schnöder benutzte der zweitgrößte deutsche Assekuranzkonzern, das Gewerkschaftsunternehmen Volksfürsorge mit seinen Aktiengesellschaften für Lebensversicherung, Sachversicherung, Rechtsschutzversicherung und der Hamburger Internationalen Rückversicherungs-AG (HIR), das Vermögen der Lebensversicherten-Gemeinschaft als Selbstbedienungsladen. 1980 hatte Volksfürsorge-Chef Werner Schulz endlich erkannt, daß die HIR vor der Pleite stand. Gefährliche Engagements in der Luft- und Seetransport-Versicherung sowie Managementversagen hatten das Unternehmen ausgelaugt. Wie Schulz selbst zugeben mußte, war das Rechnungswesen der Pleitefirma so konfus, daß die Verluste erst entdeckt wurden, als es fast zu spät war. Um den Exitus in letzter Minute zu vermeiden, schloß der Konzernchef die bedrohliche Finanzlücke der HIR notdürftig mit 55 Millionen Mark aus den satten Kassen der Volksfürsorge Lebensversicherung, die dann 1982 weitere 20 Millionen Mark opfern sollte. Da schaltete sich das Bundesaufsichtsamt ein, denn die Versicherungsgesetze schreiben vor, daß kein Unternehmen Gewinne seiner guten Sparten in schwache Tochtergesellschaften verschieben darf, weil sonst zum Beispiel die Lebensversicherten eine Minderung ihrer Gewinnbeteiligung, auf die sie einen Rechtsanspruch haben, in Kauf nehmen müßten. Gerät eine Versicherungsgesellschaft in rote Zahlen, sollen die Aktionäre Kapital nachschießen.

Dazu waren die Gewerkschaften, die über zwischengeschalteten Beteiligungsgesellschaften die Konzerneigner sind, nicht bereit. Hatten sie doch erst für die horrenden Verluste ihres Skandal-Riesen Neue Heimat aufkommen müssen. Wütend kritisierte Aufsichtsamtspräsident Angerer den hemdsärmeligen Zugriff: »Ich finde es einfach ungeheuerlich, daß ein Unternehmen, das sich die Gemeinwirtschaft auf seine Fahne geschrieben hat, seine Versicherten so schlecht behandelt« und »kann es nicht hinnehmen, daß ein Lebensversicherter auf Konzerninteressen zu Lasten der Gewinnbeteiligung seiner Versicherten einer Tochtergesellschaft verlorene Zuschüsse in Millionenhöhe zur Verfügung stellt.«

Doch Gewerkschaftsmanager Schulz hatte vollendete Tatsachen geschaffen, die er auf Biegen und Brechen verteidigt. Seine Anwälte wehrten die Klage des Bundes der Versicherten mit Finessen ab, die deutlich die Diskrepanz zwischen Werbeparolen und rauher Praxis aufzeigen. Knallhart definierten Schulzens Rechtsberater, was ein Lebensversicherungsvertrag nach dem Verständnis der Volksfürsorge und anderer Versicherer bedeutet-. »Er begründet zwischen dem Versicherer und dem Versicherungsnehmer kein Treuhandverhältnis und kein pflichtenbegründendes Treueverhältnis... Der Versicherer ist nicht Treuhänder des Versicherungsnehmers. Die an den Versicherer

gezahlten Versicherungsprämien und die von ihm erwirtschafteten Überschüsse sind sein Eigentum.« Dieser Rückfall in die kapitalistische Eiszeit beweist einmal mehr, wie verlogen der von den Assekuranzbossen jeder Couleur vorgegaukelte »Dienst am Volk« und wie überfällig eine Reform der Versicherungsgesetze ist.

Bundesaufsichtsamtspräsident August Angerer hat sich in seinem Zorn über die Volksfürsorge-Affäre und die vielen offenkundigen Mißstände endlich dazu durchgerungen, wenigstens die Überschußgewinnverteilung schnellstens zu reformieren. Die Gesellschaften sollen ab 1. Januar 1984 den Versicherten vom erwirtschafteten Überschuß jedes Jahr sofort mindestens zwei Prozent gutschreiben und je nach Ertragslage noch einen Bonus dazu.

Die Kunden erhalten also zusammen mit der obligatorischen Grundverzinsung ihrer Beiträge von drei Prozent jedes Jahr eine Gutschrift von fünf Prozent. So muß das Gros der über hundert deutschen Lebensversicherungsunternehmen endlich nachvollziehen, was einige vorbildliche Firmen, deren Chefs keine hartgesottenen Profitmaximierer sind, schon lange praktizieren. Die *Hannoversche Lebensversicherung Verein auf Gegenseitigkeit* zum Beispiel zahlt jedem Kunden schon immer nach einem Jahr sofort Überschußanteile von rund 3,5 Prozent. Gleichfalls haben die Kunden bereits im ersten Jahr Anspruch auf angemessene Beitragsrückerstattung, wenn sie aus irgendeinem Grunde den Vertrag kündigen müssen.

Die *Hannoversche Leben* (5,885 Millionen Kunden) kann ihre Mitglieder so kulant behandeln, weil sie seit ihrem Bestehen (108 Jahre) äußerst sparsam wirtschaftete und keine Vertretergarde unterhält. Für Verwaltungs- und Vertriebskosten gehen nur 9,12 Prozent der Beitragseinahmen drauf, während große Versicherungskonzerne 30 und mehr Prozent dafür abzweigen. Auch die HUK-Coburg praktiziert bereits die sofortige Überschußbeteiligung.

Der Präsident des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft, Georg Büchner, gab zu, daß seine Goldfinger-Branche in »eine Phase des Umbruchs« geraten sei. Sie müsse sich endlich den »Herausforderungen des

Verbraucherschutzes« stellen und stehe vor »einer Fülle von Grundsatzproblemen, die man ohne Übertreibung als Jahrhundertproblem bezeichnen kann«.

Man darf nach dieser Eloge gespannt sein, ob die Assekuranz-Bosse in Zukunft tatsächlich dem versicherten Volk besser dienen werden. Solange schwebt über den Versicherern das böse Wort vom »legalen Betrug«.

Konkret 08/83, S. 53

Kurt Blauhorn

Konkret-Extra Abgesichert

Von der Kfz-Haftpflicht bis zur Feuerversicherung: KONKRET-Autor Kurt Blauhorn nennt die lebensnotwendigen Versicherungen und sagt ihnen, wo's am günstigsten ist

Die Kritik an Kapital-Lebensversicherungen bedeutet nicht, daß in allen anderen Sparten ebenfalls der Wurm steckt. Versicherungen müssen oft sein, denn die Risiken und Malaisen, denen wir in der industriellen Massengesellschaft ständig ausgesetzt sind, wiegen so schwer, daß der einzelne sie nicht allein bewältigen kann, wenn das Schicksal hart zuschlägt. In akuten Notfällen braucht man eine Solidargemeinschaft, nicht nur von staatswegen, sondern auch eine Solidargemeinschaft der Selbstvorsorge, die jedoch nicht zum kapitalistischen Selbstbedienungsladen großer Konzerne verkommen darf. Es empfiehlt sich deshalb, aus der breiten Palette der Angebote die wirklich zweckmäßigen, elementar notwendigen Absicherungen herauszupicken.

Versicherungsberater Hans-Dieter Meyer, der durch seine Attacken Bewegung in das konservative Gewerbe gebracht hat, empfiehlt zum Beispiel »besonders jungen Familien mit Kindern, die noch keine hohen Rentenansprüche haben und keine großen Vermögen besitzen, auf die man im Notfall zurückgreifen könnte«, eine sogenannte *Risiko-Lebensversicherung.* Diese beitragsbillige Versicherung zahlt einen vereinbarten Kapitalbetrag aus, falls der Familienvater stirbt. Zweckmäßig vor allem für Selbständige ohne hohe Renten- oder Versorgungsansprüche ist eine *Berufsunfähigkeits-Versicherung,* die eine vereinbarte Rente garantiert, falls der Versicherte wegen Krankheit oder Unfallfolgen seinen Beruf nicht mehr ausüben kann. Manche Gesellschaften kombinieren auch beide Versicherungen, zum Beispiel die Hannoversche Lebensversicherung, Postfach 2529, 3000 Hannover 1, die diese Doppelversicherung am preiswertesten anbietet: Wer beispielsweise im 35. Lebensjahr einen Vertrag auf 20 Jahre abschließt, erwirbt für 935 Mark Jahresbeitrag Anspruch auf 100.000 Mark Auszahlung an die Familie, wenn er oder sie stirbt. Falls ein Ernährer berufsunfähig wird, zahlt die Hannoversche bis zum Ablauf der Vertragszeit monatlich 2000 Mark Rente. Allerdings erhält man kein Geld zurück, wenn das Risiko ausbleibt. Da die Beiträge aber, verglichen mit den Kosten einer Kapital-Lebensversicherung, niedrig sind, verfügt man bei hohem Versicherungsschutz über mehr Spargeldreserven, deren Erträge man hundertprozentig kassiert und nicht mit Versicherungskonzernen teilen muß.

Oder man macht es wie die Versicherungen und legt sein Geld inflationssicher in Grundbesitz (Eigentumswohnung oder Haus) an. Mietfreies Wohnen ist für das Alter eine bessere Versorgung als eine durch Inflation entwertete Kapital-Lebensversicherung, die bei Auszahlung nach 20 oder 30 Jahren den inzwischen eingetretenen Kaufkraftverlust nicht annähernd ausgleicht.

80 Prozent aller bundesdeutschen Haushalte haben ihre gesamte Wohnungseinrichtung einschließlich Kleidung und Schmuck *hausratversichert.* Diese Spezies der Assekuranz kommt für Schäden im engsten Privatbereich auf, die durch Feuer, Einbruch, Leitungswasser und Sturm entstehen. Auch Glas ist mitversichert, doch kein doppelverglastes Fenster (dafür gibt es spezielle Verträge). Bargeld sowie Wertpapiere, Münzen und Briefmarkensammlungen werden bei Verlust höchstens bis zu einem Wert von 1000 Mark erstattet. Zwei Milliarden Mark Beiträge kassierten die Hausratsversicherer im vergangenen Jahr. Obwohl sie nur Schäden für 1,5 Milliarden Mark zu regulieren hatten, jammern sie, um die Prämien erhöhen zu können. Die Zahl der Einbrüche sei so enorm gestiegen, und wegen der »arbeitsintensiven Bearbeitung« hätten sie Geld zugesetzt. Branchenkenner lächeln über diese Tiefstapelei. Es stimme zwar, daß mehr Einbrüche (darunter 350.000 Fahrraddiebstähle im vergangenen Jahr) die Hausratversicherungskassen stärker schröpften. Gleichwohl hätten sich die Versicherer mit den Prämien für Sturm- und Glasschäden »dumm und dusselig« verdient. Den Kunden seien mit dem sogenannten Fünferpaket - Einbruch, Diebstahl, Feuer, Wasser, Sturm und Glas - zum Teil völlig überflüssige und zu teure Versicherungen verkauft worden.

Wie unterschiedlich die Hausratsschützer die Beitragssätze bemessen, zeigt folgende Gegenüberstellung: Konzerne wie die Allianz und ihre Tochter »Frankfurter Versicherungs AG« sowie die Bayerische Versicherungsbank verlangen für je 1.000 Mark Versicherungssumme 3,15 Mark Jahresbeitrag. Die HUK-Coburg Allgemeine, Postfach 402, 8630 Coburg, begnügt sich bei gleicher Leistung mit 2, 10 Mark. Wer seinen Hausrat, wie meist üblich, mit 100.000 Mark versichert, kann also bei dem kleineren Unternehmen jährlich 105 Mark an Beiträgen sparen, in 40 Jahren sogar 29.000 Mark (einschließlich Zinsen).

Außer der HUK Coburg Allgemeine bieten auch noch folgende Unternehmen Hausratversicherungen zu besonders günstigen Tarifen an: Vereinigte Haftpflicht, Postfach 267, 3000 Hannover 1; Haftpflichtverband HDI, Postfach 510 369, 3000 Hannover 51; Itzehoer Versicherungsverein, Hansestr. 10, 2210 Itzehoe; Universa, Sulzbacher-Str. 1-7, 8500 Nürnberg; DEVKA, Theodor-Heuß-Ring 19, 5000 Köln 1 *.

Richtig versichert in puncto Hausrat ist man jedoch nur, wenn man die Versicherungssumme, dem Inflationstrend entsprechend und auch nach Neuanschaffungen, periodisch erhöht, denn jede Assekuranzfirma ersetzt verlorenes oder vernichtetes Hab und Gut nur dann in vollem Umfang, wenn der gesamte Hausratswert mit der Versicherungssumme übereinstimmt. Nehmen wir an, Ihr Farbfernseher, Preis 2.600 Mark, implodiert während eines Gewitters. Ein Zimmerbrand ist gerade noch zu verhüten. Sie melden den Schadensfall ihrer Hausratversicherung, deren Beauftragter den Schaden in Ihrer Wohnung aufnimmt und dabei lapidar feststellt: »Sie sind zu 60 Prozent unterversichert. Der Wiederbeschaffungswert ihres Hausrats beträgt nicht 40.000 Mark (wie in der Police angegeben), sondern mindestens 100.000 Mark.« Daraufhin ersetzt die Versicherung auch nur 40 Prozent des Preises, den ein neuer Farbfernseher kostet.

Wer ein Auto oder Motorrad besitzt, muß schon von Gesetzes wegen eine *KFZ-Haftptlicht-Versicherung* abschließen. Sie hilft einem aus der Klemme, wenn man einen Schaden verschuldet hat und für die Reparatur oder Ersatzleistung aufkommen muß.

Die gesetzliche Haftpflicht schützt auch die Mitfahrer, einschließlich Familienangehörige und mitgenommene Anhalter, wenn sie zu Schaden kommen. Invalidität oder Tod werden mit der Versicherungssumme (meist zwei Millionen Mark) aufgewogen. Hat der Fahrer des verunglückten Autos den Unfall verschuldet, geht er jedoch leer aus.

Jeder zweite Autobesitzer hat deshalb eine *Insassen-Unfall-Versicherung* abgeschlossen, die ihm oder seiner Familie zugute kommt, wenn er durch eigenes schuldhaftes Verhalten selbst körperlichen Schaden oder gar den Tod erleidet. Alle anderen Insassen oder ihre Hinterbliebenen werden ebenfalls mit Auszahlungen, entsprechend der Versicherungssumme, bedacht, obwohl die Haftpflicht oder gar noch eine Unfallversicherung zur Zahlung verpflichtet sind. Bei schwerer Invalidität ist dieser doppelte oder dreifache Schutz eine große Lebenshilfe.

Zweidrittel aller Personenwagenhalter leisten sich außerdem noch eine *Teilkasko- Versicherung.* Sie übernimmt die Kosten für die Beseitigung von Schäden, die durch Diebstahl, Brand und Naturgewalten (Sturm, Hagel, Gewitter oder Überschwemmung) an ihrem Auto entstehen können und leistet Ersatz, wenn das ganze Auto gestohlen wird oder wenn Wagenteile geklaut werden. Wegen der Diebstahlshäufung haben fast alle Gesellschaften die Teilkasko-Prämie ab Januar um acht Prozent erhöht. Auch Glas ist dabei mitversichert. Wenn *zum* Beispiel ein hochgewirbelter Stein in die Windschutzscheibe fliegt, zahlt Teilkasko das Ersatzglas abzüglich einer Selbstbeteiligung von 20 Prozent, mindestens 50 Mark. Auch der oft folgenschwere Zusammenstoß mit Haarwild auf Autobahnen und Landstraßen kann bei 300 Mark Selbstbeteiligung über Teilkasko finanziell abgefedert werden.

Nicht nur Mercedes- oder Porschefahrer schwören auf *Vollkasko.* Heute hat schon jeder vierte Personenwagenbesitzer diese Police mit Maximalschutz. Sie bietet alle Teilkaskoleistungen und kommt außerdem für die Beseitigung von Schäden am eigenen Auto auf, die bei selbstverschuldeten Unfällen entstehen, außer bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. Vollkasko wird in mehreren Varianten mit und ohne Selbstbeteiligung angeboten. Die Beitragsstaffel sieht Selbstbeteiligung von 300, 650, 1.000 oder 2.000 Mark vor; je höher die Selbstbeteiligungsquote, desto niedriger die Prämie. Für Wagen der unteren Mittelklasse ist zum Beispiel die Basisprämie bei 1.000 Mark Selbstbeteiligung um rund 250 Mark billiger als bei nur 300 Mark Selbstbeteiligung.

Wenn das Fahrzeug älter als zwei Jahre geworden ist, steigen nüchterne Rechner von Vollkasko auf Teilkasko um, weil ihnen bei Totalschaden der Neuwert doch nicht mehr ersetzt wird. Sie sparen dadurch jährlich ein paar hundert Mark. Geld sparen kann man auf jeden Fall, wenn man sich aus den vielfältigen Angeboten der konkurrierenden Firmen das günstigste heraussucht. »Der Abstand von der billigsten zur teuersten Gesellschaft«, so hat der ADAC festgestellt, »macht in der Haftpflicht bei einem Wagen mit 75 PS je nach Regionalklasse 100 bis 200 Mark pro Jahr aus«, bei der Vollkasko-Versicherung, beispielsweise für den Ford Taunus oder Fiat 132, rund 250 Mark. Auch in der Teilkasko- und der Insassenversicherung gibt es bei gleicher Leistung ähnliche Beitragsdifferenzen.

Mit am verbraucherfreundlichsten benimmt sich laut ADAC-Test die Deutsche Allgemeine Versicherung AG, Frankfurt. Ihre Jahresbeiträge liegen bei gleicher Leistung fünf bis sechs Prozent unter dem Durchschnitt und unterlaufen das Beitragsniveau großer Versicherungen sogar um zehn Prozent. Auch bei Vollkasko spart man mindestens fünf Prozent gegenüber durchschnittlichen Konkurrenzangeboten. Der Unterschied vergrößert sich noch beträchtlich, wenn man die Beitragsrückerstattung hinzurechnet, die das Gros der Kraftfahrzeugversicherer ihren Mitgliedern gewährt. Die Unternehmen sind nämlich gesetzlich verpflichtet, bis zu einem gewissen Grade Beiträge, die sie nicht zum Schadensausgleich benötigen, an ihre Klientel zurückzuzahlen.

Davon profitieren besonders die längerfristig Versicherten, die keinen Unfall bauten und ohnehin schon den Schadenfreiheitsrabatt erhalten (bis zu 60 Prozent des regulären Beitrags werden erlassen). Ihnen zahlte beispielsweise die Deutsche Allgemeine 1982 bei drei- bis fünfjähriger Mitgliedschaft zehn Prozent des Beitrages zurück vom 16. Versicherungsjahr ~; sogar 20 Prozent. Die Provinzial Versicherung Kiel erstattete den Unfallfreien vom 13. Versicherungsjahr an 25 Prozent, die Hamburger Phönix ab zehntem Jahr 7,5 Prozent.

Die Quoten ändern sich von Jahr zu Jahr nach dem Schadensverlauf, doch nach den bisherigen Erfahrungen sind jene Gesellschaften die besten Rückerstatter, die auch die niedrigsten Beiträge verlangen. Als besonders kulant gelten außer der Deutschen Allgemeinen noch: Vereinigte Haftpflicht; HUK Coburg Allgemeine; HDI Haftpflichtverband; Patria, Postfach 140 166, 5000 Köln und DEVKA Allgemeine.

Am schlechtesten schneiden bei dem Preisvergleich des ADAC ausgerechnet die Marktführer der Branche ab: Die Allianz liegt mit ihren Kfz-Haftpflichttarifen leicht über dem Durchschnitt, die Hamburg-Mannheimer kassiert sogar beträchtlich mehr für ihre ganze Palette, Haftpflicht, Teilkasko, Vollkasko und Insassen-Unfallversicherung. Mit der Rückerstattung knausert sie. Die Iduna, viertgrößte unter den Spitzenreitern, kennt diesen Bonus überhaupt nicht. Der Gerling-Konzern und der Deutsche Ring des Pudding-Multimillionärs Oetker haben ebenfalls noch keine Beitragsmark zurückerstattet.

Es steht jedem Autofahrer frei, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Denn anders als bei Lebensversicherungen, die auf mindestens 12 Jahre abgeschlossen werden, ist das Umsteigen von einer teuren Kfz-Versicherung in eine preiswertere ein einfacher Vorgang, bei dem kein Geld verlorengeht und wohlerworbene Rechte, wie der Schadenfreiheitsrabatt, mitgenommen werden können. Kfz-Haftpflichtversicherungen dürfen nämlich nur eine Laufzeit von einem Jahr haben. Man kann sie also jederzeit kündigen, normalerweise spätestens drei Monate vor der Hauptbeitragsfälligkeit.

Führerschein-Neulinge müssen allerdings bei allen Haftpflichtversicherern einen Aufschlag von 75 bis 100 Prozent entrichten; sie zählen also 175 bis 200 Prozent des Grundbeitrages. Der Spitzenwert verringert sich auf 125 Prozent, wenn der Anfänger ein halbes Jahr lang schadenfrei gefahren ist und sinkt nach einem weiteren schadenfreien Jahr auf den normalen Basisbetrag, der sich dann in Kalenderjahr-Etappen auf 85, 70, 65, 60, 55, 50,45 und schließlich nach zehn Jahren auf 40 Prozent ermäßigt, wenn die Versicherung nicht wegen einer Schadensregulierung in Anspruch genommen wurde. Der Rabatt wird jeweils bei der ersten Beitragszahlung im Jahr angerechnet. Deshalb sollte man bei Vertragsabschluß den Zählungstermin möglichst auf den 1. Januar legen.

Zu den Versicherungen, die jedermann und jedefrau brauchen, zählt Systemkritiker Meyer die *Private Haftpflicht-Versicherung.* »Man braucht sie als Familienvorstand oder Privatperson, als Wohnungsinhaber, Mieter oder Bewohner eines Einfamilienhauses, als Fußgänger und Radfahrer im Verkehr, als Sportler und auf Reisen.« Meyers Warnungen sind keine Schleichwerbung: »Sie haften für Schäden, die Sie oder Familienangehörige angerichtet haben mit Ihrem Einkommen - ein Leben lang. So können Sie unter Umständen für einen Brand verantwortlich sein, als Fußgänger oder Radfahrer einen schweren Verkehrsunfall verursachen. Dann zahlt die private Haftpflichtversicherung den Schaden an den Geschädigten. Und wenn es darüber zu einem Prozeß kommt, übernimmt sie alle Prozesse und Anwaltskosten. Mitversichert sind der Ehegatte oder - wenn in der Police ausdrücklich vermerkt und meistens ohne Zuschlag - ein ständiger Lebensgefährte, mit dem man zusammenlebt.« Die Prämien für die private Haftpflichtversicherung können als Sonderausgaben vom steuerpflichtigen Einkommen abgesetzt werden.

Als neuesten Verkaufsschlager bietet die Oetker-Versicherung Deutscher Ring Ju*gendschutzbriefe* an, die eine Unfallversicherung mit einer langfristigen Kapital-Lebensversicherung kombinieren. Eine Unfall- und Invaliditätsvorsorge mag für Berufsanfänger durchaus sinnvoll sein, denn die obligate Rentenversicherung hat ihnen in den ersten fünf Berufsjahren nicht viel, zu bieten. Daß 16- bis 18jährigen aber auch eine hohe Lebensversicherung aufgeschwatzt wird - eine Berufsunfähigkeitsversicherung wäre allenfalls noch zweckmäßig -, macht allein die 800 Vertreter der Vermittlungsgesellschaft »Zeus« glücklich. Boss dieser Organisation ist der Sprecher der CDU-Fraktion im Gemeinderat von Wunstorf bei Hannover. Er beutet die Gutgläubigkeit dieses jüngsten »Kunden-Potentials« aus Schülern und Lehrlingen sehr profitabel aus und vermittelte mit seinen »Zeus«-Leuten für den Deutschen Ring fast eine halbe Million Policen an Jugendliche. Dafür kassierte er im vergangenen Jahr rund 70 Millionen Mark Provision.

Aggressiven Provisionsjägem sollte niemand mehr auf den Leim gehen, auch wenn sie zur Zeit wieder die *Private-Krankenversicherung* als Non plus ultra an Sicherheit anpreisen. Angesprochen werden vor allem Angestellte mit einem jährlichen Bruttoverdienst über der Versicherungspflichtgrenze (zur Zeit 45.000 Mark). Sie stehen vor der Wahl, sich freiwillig bei den gesetzlichen Kassen gegen Zahlung des Spitzensatzes weiterversichern zu lassen oder in eine Private Krankenversicherung einzutreten - wie alle Selbständigen und Freiberufler, wenn sie vor Jahren die nur einmal gebotene Chance versäumten, eine freiwillige Mitgliedschaft bei einer Ersatzkasse zu erwerben.

Früher war die Private Krankenversicherung eine Art Statussymbol. Es traf wohl auch zu, daß viele Ärzte die Privatpatienten besser behandelten als die AOK-Kranken, weil ihnen die Privatversicherungen höhere Vergütungen zahlen. Heute wagt es kaum noch ein Allgemeinmediziner oder Facharzt, Privatpatienten vorzuziehen und an der Masse der Wart enden vorbei ins Ordinationszimmer zu schmuggeln.

Von Ausnahmen abgesehen kostet die Privatversicherung erheblich mehr als die gesetzliche Krankenversicherung. Für wen sich allenfalls noch die Privatversicherung lohnt, zeigen folgende Preisvergleiche: Ein lediger Angestellter, der brutto 4.000 Mark monatlich verdient, zahlt in der gesetzlichen Krankenversicherung etwa 450 Mark Beitrag monatlich, in der privaten hingegen nur rund 225 Mark. Anders sieht die Rechnung für eine Familie mit zwei Kindern aus, deren Ernährer 4.500

Mark monatlich erhält. Er gibt für die gesetzliche Krankenversicherung pro Monat etwa 450 Mark aus, eine private Gesellschaft würde zwischen 600 und 800 Mark verlangen. Außerdem müßte er im Alter einen entscheidenden Nachteil hinnehmen: Wer eine Private Krankenversicherung abschließt, muß endgültig aus der gesetzlichen Krankenversicherung austreten. Hat er oder sie nicht mindestens 20 Jahre lang einer Orts-, Ersatz-, Innungs- oder Betriebskrankenkasse angehört, kann er auch als Rentner nicht wieder zurück und muß sein Leben lang hohe Beiträge zahlen.

Laut Paragraph 16 des Versicherungs - Vertrags - Gesetzes müssen vor Erteilung der Police alle bisherigen Leiden und Anfälligkeiten dem Unternehmen schriftlich angezeigt werden. Verschweigen berechtigt die private Versicherung, die Erstattung von Behandlungskosten und Heilmitteln zu verweigern, die in Zusammenhang mit einer nicht gemeldeten Vorerkrankung stehen. Sogar eine schon bestehende und nicht erkannte Schwangerschaft kann die Gesellschaft zum Anlaß nehmen, sich um die Entbindungskosten zu drücken. Die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche werden von privaten Krankenversicherungen überhaupt nicht bezahlt.

Zudem erfordert der Abschuß einer Privaten Krankenversicherung den ausdrücklichen Verzicht auf die ärztliche Schweigepflicht. Die Versicherung bekommt damit einen Freibrief für das Schnüffeln in der gesundheitlichen Vergangenheit. Als zum Beispiel der Hannoveranerin Gisela Alpers (Name geändert) eine Hirnarterie platzte und in der Folge schwere Bewegungsstörungen eintraten, versuchte die Versicherung, sich ihrer Leistungspflicht mit dem Argument einer verschwiegenen Vorerkrankung zu entziehen. Fahnder der Versicherung hatten nämlich festgestellt, daß die Angestellte sich schon einmal unklarer Kopfschmerzen wegen in ärztliche Behandlung begeben hatte. Findet der Schutzgeber eine schwache Stelle im medizinischen Vorleben, kann damit der komplette Versicherungsschutz in sich zusammenfallen.

Abschließend noch ein Rat, der für alle Versicherungssparten gilt: Viele Verträge werden langfristig auf zehn Jahre abgeschlossen. Dann verlängern sie sich automatisch von Jahr zu Jahr, wenn sie nicht gekündigt werden. Die Kündigung muß spätestens drei Monate vor dem Ablauftermin erfolgen. Um schon vorher Zehnjahresverträge zu lösen, wenn sich herausstellt, daß Konkurrenzfirmen dieselben Leistungen viel billiger anbieten, empfiehlt der Bund der Versicherten, dem Vertragspartner zu schreiben, man halte die zehnjährige Bindung an die oft zwei- bis dreimal teureren Prämien für sittenwidrig.

Einige Firmen haben darauf ihre Beiträge, so klagt ein Betroffener, »mit dem Revolver kassiert«, das heißt, mit Mahnverfahren, Zahlungsbefehl und Klage. Vielfach haben teure Gesellschaften im Prozeß aber auch nachgegeben, um die Öffentlichkeit nicht auf die Beitragsunterschiede aufmerksam zu machen. Der BdV führt um diese strittige Frage zur Zeit einen Musterprozeß wegen eines zehnjährigen Unfall-Versicherungsvertrages, der jährlich 850 Mark Prämie kostet. Konkurrenzfirmen leisten denselben Schutz für weniger als 400 Mark. BdV-Geschäftsführer Meyer in seiner Ratgeber-Broschüre: »Jeder verständige Bürger wird kaum einsehen, warum der Versicherte nun zehn Jahre lang Jahr für Jahr 500 Mark zum Fenster rauswerfen soll - mit Zinsen insgesamt 7.000 Mark in zehn Jahren.«

---

*Siehe »Ratgeber Versicherung - mehr Wissen spart Geld« von Hans-Dieter Meyer, Verlag für Versicherungsinformation GmbH, Hamburg

Kasten Seite 55

»Das Allianz-Imperium«

An dem Flaggschiff der ganzen deutschen Assekuranz, der 189- gegründeten Allianz-Versicherungs-AG (Sach- und Rückversicherung), besitzen die Deutsche und Dresdner Bank zusammen mit der Bayerischen Vereinsbank ein Drittel aller Aktien. Ihr Wert stieg in den vergangenen 25 Jahren um das Fünfzehnfache.

Noch üppiger schossen die 'Aktienkurse der Allianz Lebensversicherung AG, der größten ihres Zweiges auf dem Kontinent, in die Höhe. Die 50-Mark-Aktie stieg bis auf 2.30- Mark, nachdem sich vor allem ausländische Interessenten auf diesen Spitzenwert der deutschen Börse gestürzt hatten.

Aber auch Kleinaktionäre verdienten gut. Wer vor etwa 2- Jahren zehn Aktien der Allianz-Leben zum Preis von rund 12.60- Mark kaufte, nennt heute dank der inzwischen verteilten Gratisaktien und Bezugsrechte etwa 10- Anteilscheine sein eigen. Börsenwert: etwa 220.00- Mark. Die ‚Allianz-Versicherten hingegen mußten sich mit Magerzinsen für ihre Guthaben abfinden.

Zum Allianz-Imperium gehören unter anderem

- Allianz Versicherungs-AG, München u. Berlin, größte deutsche Sachversicherung

- - Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart, größte kontinentale Lebensversicherung
- Frankfurter Versicherungs AG, Sach- und Rückversicherung (Allianz-Anteil 49,5 %)
- Münchner Rückversicherungs-Gesellschaft (25%)
- Hamburg-Mannheimer, Vers.-Ges. (36,26%)
- Karlsruher Lebensvers. AG (45%)
- Wüstenrot Lebensversicherungs AG (40%)
- Europäische Reisevers. (100%)
- Berlinische Leben AG (47,14%)
- Münchner Lebensvers. AG (25%)
- Deutsche Krankenvers. AG (26,5%)
- Globus-Versicherung, Hamburg (98,8%)
- Hermes Kreditvers. (25,15 %)
- Thyssen Beteiligungsverwaltungs GmbH, Düsseldorf (19,33 %), der 25 % der Thyssen AG Duisburg gehören
- Veritas Vermögensgesellschaft, München (6%), die 25% der Hapag-Lloyd-Aktien besitzt
- Regina-Verwaltungsges. München (50%), die an dem Ruhrkonzern Gutehoffnungshütte AG, Oberhausen, beteiligt ist.
- Lahmeyer AG, Frankfurt (Energie, Elektro) (26,1 %)
- Elbschloß-Brauerei Hamburg (25,6%)
- Beiersdorf AG (29,2%)

Konkret 08/83, S. 57

Winfried Wolf

Konkret-Extra
Fettaugen in der Wirtschaftskrise

Ein Kommentar zur Lage der Versicherungswirtschaft

1942 verpflichteten sich die Versicherungen per Gesetz, drei Viertel ihrer Neuanlagen in Reichsanleihen anzulegen. Sie fuhren dabei nicht schlecht - der Zins war bis zum letzten Kriegstag staatlich garantiert.

Heute verdienen sie wieder an der Krise. Und erneut vor allem am Staat. Auch ohne gesetzliche Festlegung folgt das parasitäre Kapital mit sicherem Spürsinn in die Sektoren, die auch im Zeitalter des niedergehenden Kapitalismus noch profitversprechend sind.

Im vergangenen Jahrzehnt - immerhin geprägt von zwei weltweiten Rezessionen - stiegen die Vermögensbestände der Versicherungsgesellschaften der Bundesrepublik von 80 auf über 275 Milliarden Mark. Damit überstieg das gehortete Kapital der Versicherungsgesellschaften just zu Beginn der neuen Krise erstmals die Summe des Bundeshaushalts. Inzwischen läuft es diesem weit voraus. Gemessen am Bruttosozialprodukt macht es rund ein Fünftel aus. Gerade der Rückgang der industriellen Profite und die Krise sind untrügliche Zeichen für steigende Versicherungsgewinne. 1982 weist »Allianz« einen Jahresüberschuß von einer halben Milliarde Mark aus; im Zeitraum 1979 bis 1981 konnten die fünf größten Versicherungsgruppen (Allianz, Volksfürsorge, Colonia, Victoria und Gerling) ihre Kapitalanlagen um 25 Prozent erhöhen (von 57 auf 72 Milliarden Mark).

Georg Büchner mag als Verbandschef die »Ertragskrise im Breitengeschäft« im allgemeinen und den »Fahrraddiebstahlboom« im besonderen bejammern. Tatsache ist, daß eine 50-Mark-Aktie einer großen Versicherungsgruppe heute an der Börse mit dem zehn- bis dreißigfachen des Nennwerts dotiert ist. Jahr für Jahr werden Dividenden von zehn bis 18 Prozent ausgeschüttet.

Bei den Versicherungen handelt es sich um eine geballte und neben den Banken um die entscheidende Finanzmacht. Nur ein Teil dieser Macht ist sichtbar: So gibt es von keiner Versicherungsgruppe brauchbare Angaben zu dem im Ausland angelegten Kapital. In Umsatz-Hitlisten tauchen sie nicht auf - obwohl sie sich sehen lassen könnten. Die Allianz würde allein mit ihrem inländischen Beitragsaufkommen von 16 Milliarden Mark 1980 auf Platz zehn der hundert größten AGS landen. Dabei wäre alles leicht überschaubar: nur zehn Gruppen kontrollieren über die Hälfte des Geschäfts.

So wie das produktive Kapital im Zeitalter der Krise in das unproduktive Versicherungsgeschäft flüchtet, halten sich die Versicherungsgruppen zunehmend aus dem industriellen Anlagegeschäft heraus. Festverzinsliche Schuldscheinforderungen und Darlehen sind der Renner. Rund die Hälfte des Vermögensbestands der Versicherungsgesellschaften besteht aus solchen Papieren - 1970 war es nur ein Drittel gewesen. Der Anteil der Aktien am Gesamtvermögen halbierte sich dagegen im letzten Jahrzehnt. Selbst bei Darlehen prägt die Versicherung eine gesunde Skepsis gegenüber der Industrie - nur noch zehn bis 25 Prozent der Darlehen gehen an private Wirtschaftsunternehmen - gegenüber 33 Prozent 1970. Dagegen steigt der Staat bei den Schuldnern zur Nummer 1 auf.

»Diese companies erhalten Teil am Mehrwert in derselben Weise wie mereantile (Handelskapital) oder monied capitalists (Geldkapital , Banken), ohne an seiner direkten Produktion beteiligt zu sein. Es ist dies eine Frage der Verteilung der surplus value (des Mehrwerts) unter die verschiedenen Sorten Kapitalisten.« Als Karl Marx* auf diese Weise die Quelle des Profits von Versicherungen (und Banken) der Mehrarbeit der in Fabriken und Büros Beschäftigten zuwies, ging er davon aus, »daß die insurance nur die losses (Verluste) der capitalists gleichmäßig verteilt unter die ganze Klasse«. Heute ist das Versicherungskapital nicht mehr dem produktiven Kapital zugeordnet, es hat sich verselbständigt. Gerade dies unterstreicht die tiefe wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise des Kapitalismus und ihren wachsenden parasitären Charakter: Für bald drei Millionen Menschen findet sich keine Arbeit, die industrielle Produktion stagniert oder wird mit Robotern angekurbelt, das Versicherungskapital »arbeitet« mit Milliardengewinnen, verdient diese vor allem an der wachsenden Staatsschuld, die wiederum durch die Kosten von Massenarbeitslosigkeit und Aufrüstung zustande kommt.

Apropos »Versicherungen«: bei den Sozialversicherungen klafft derzeit ein Loch, das rund soviel ausmacht, wie die Allianz jährlich zusätzlich an Kapital anlegt. Ließe sich da nicht, unter Branchenbrüdern, das eine Loch mit dem Gewinn des anderen stopfen? Pardon! Hier liegt lediglich eine formelle Namensgleichheit von Allein »ihrer Konstruktion nach« weisen die Sozialversicherungen einen grundsätzlichen anderen Charakter auf (Deutsche Bundesbank). Soll heißen: deren Verluste zahlen nochmals diejenigen, die die Profite der privaten Versicherungen erwirtschaften.

* Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, Band III, S.349

Konkret 08/83, S. 58

Horst Tomayer

Deutsche Gespräche

Horst Tomayer telefonierte als Buchhändler Dr. Wurm mit dem Buchautor Franz Schönhuber.

Grüß Gott, Herr Schönhuber, Dr. Wurm mein Name, Buchhändler von Profession, hab mich vor paar Monaten in Murnau niedergelassen, meinen Laden mit ausdrücklicher Genehmigung, dürfte einmalig sein, nach dem Doyen der deutschen Schriftsteller, nach Ernst Jünger, benennen dürfen, hab auch promoviert über ihn, »Jünger zwischen Stilist und Soldat«, kommt bei Seewald raus im Herbst. Herr Schönhuber, »Freunde in der Not« ist bei uns schon knapp dreißigmal übern Tisch gegangen.

Mhhmm.

Und es kommen auch regelmäßig Anfragen nach »Ich war dabei«. Meine Buchhandlung will im Herbst dieses Jahres beginnen mit dem Leseprogramm, kombiniert mit Diskussion, mit Schriftstellern der Mitte. Waren Sie bereit, zu lesen und zu diskutieren?

Bin ich. Bin ich.

Wären Sie im Herbst da?

Moment, meine Frau weiß alles. Wann bin ich von Namibia zurück? - - Vom 15. August bis 5. September bin ich in Deutsch-Südwest, also in Namibia, ich stünde danach zur Verfügung.

Über das Publikum brauch ich Ihnen ja als Bayern nichts weiter zu sagen, das ist die Honoratiorenetage Murnaus, aber wir denken auch ans Offizierskorps der Werdenfelser Kaserne, die, wie Sie wissen, vor den Toren der Stadt ist.

Natürlich, natürlich. Wissen Sie, ich hab ja heute grad wieder eine große Diskussion gehabt vor einigen Bundeswehroffizieren und Bundeswehrgenerälen, in München, in dem Künstlerhaus-Kreis, im Prälaten draußen, auch mit dem General Wagenknecht, unserm letzten Kommandeur hier, und ein paar anderen. Aber was natürlich wichtig wäre, wenn wir das machen, daß man es auch verstünde, junge Leute zu einer solchen Diskussion und Lesung zu bekommen.

Da würde man natürlich bei der Jungen Union nachfragen, aber ich möchte das auch nicht zu eingleisig...

... um Gottes Willen, nicht von der Partei ...

... sondern auch versuchen, ein Minimum an Kontroverse da reinzubringen.

So soll es sein, da bin ich einverstanden, und grade in Murnau würde ich das besonders gern machen, weil ich Murnau gern mag aus Gründen, die ich nicht am Telefon unbedingt sagen muß, hahahahha.

Haben Sie auch grad reingeschaut, ins Bayern-Fernsehen, da war ja heut das »Bürgerforum«, Ihr Nachfolger (von »Jetzt red I)" war in Neu-Ulm, und Thema war Friedensbewegung, anwesend war der Herr Spranger, die Grünen...

Und wie ist es verlaufen?

Ich hatte den Eindruck, daß der Herr Moderator sich etwas leicht linkslastig durch die Räumlichkeiten bewegte.

Das war der Herr Stiegler, glaub ich, wissen Sie, das ist so das Anpaßlerische, daß sie meinen, wenn sie sich dann so ein bissl friedensbewegt oder halbgrün geben, daß es sie dann weiterbringt, aber das ist falsch, und nachdem Sie ja grad »Jünger-Buchhandlung« heißen, und ich find das enorm wichtig, wissen Sie, ich bin sehr befreundet mit Armin Mohler.

Mohler wäre auch Autor für uns.

Ja, Mohler spricht nur sehr ungern, ist für Diskussionen immer schwer zu haben, weil er mh, wie soll ich sagen, der zieht da nicht so sehr, aber probiern Sie's trotzdem und sagens, ich würde lesen bei Ihnen.

Wie ist denn der Stand der Dinge Schönhuber contra Bayerischer Rundfunk?

Sie meinen jetzt Ihren Landsmann Vöth.

Ich habe Ihr Buch mit äußerstem Vergnügen gelesen, und man sieht ebenso vergnügt die Dokumente aus vergangener Zeit, wo Sie Herr Vöth auf dem Nockherberg umarmt, um Sie dann wenig später wie die heiße Kartoffelfallen zu lassen.

Aber Verehrtester, Sie wissen, daß das Fallenlassen eine Spezialität von bestimmten Menschen ist, das soll mich nicht stören, aber unabhängig davon, der Prozeß geht im Juli weiter, meine Frau ist, wie Sie wissen, Juristin, das wird also sicher sich noch hinziehn.

Zwölftausend Briefe auf das erste Buch, ist das übertrieben?

Nein.

Das war doch eine zeitgeschichtlich äußerst interessante Dokumentation, die überall die Demoskopiererei überginge.

Wissen Sie, das mach ich für Weihnachten, ob ichs schaffe, weiß ich nicht, für die Sudetendeutschen, für die Sudetendeutsche Zeitung, wo ich eine Kolumne schreibe alle vierzehn Tage, da sich ja, wie Sie wissen, die Sudetendeutschen als meine zuverlässigsten Freunde erwiesen haben.

Darf ich kurz einschieben, daß ich selbst Sudetendeutscher bin.

Na, um so besser.

Mein Vater hat in Eger - kennen Sie Eger? - ...

... Eger kenn ich vom besten Cafe und Kuchen ...

... eine Buchhandlung gehabt und hat sich in der Zeit bis zur Entsetzung durch Reichsdeutschland sehr bemüht um einen Ausgleich zwischen Tschechen und Deutschen.

Das ist sehr verdienstvoll, das will ich ja auch. Wissen Sie, daß der Herr Fleissner (Schönhubers Verleger, d. Red.) auch aus Eger kommt?

Ja, sicher.

Also passens auf, ich wollt Ihnen dazu nur sagen, das wird also das nächste Programm sein, und das werde ich dann vielleicht auch bei Ihnen schon ankündigen. Ablieferungstermin wird wahrscheinlich Mitte Mai, Juni sein, wird das dritte Buch herauskommen, bei Langen-Müller/Herbig. Ich möchte die Dinge, die ich da angeführt, angezeigt habe, weiterführen, eine Bestandsaufnahme der Bundesrepublik und zwar diesmal -ein bißchen eher humoristisch, denn manchmal kann man nur lachen, weil sonst müßte man weinen, und das wäre schlimm.

Seit Jahren verfolge ich als Amateurhistoriker, was Wehrmacht war bis '45 und wie, was von der Wehrmacht blieb nach '45, sich durch das Leben dieser Republik quält. Man braucht nur herauszugreifen: Weißenburg vor zwei Jahren, damals die HIAG, jetzt Pfingsten Leibstandarte, Bad Hersfeld - ist das ein Possenspiel, was da die verordnete Meinung macht mit der Waffen-SS?

Ich habe dafür einen, wie ich hoffe, bald gesetzlich geschützten Ausdruck gefunden, nämlich »Absurdistan«.

Glückwunsch.

Danke. Ich habe das heute vor den Bundeswehrgenerälen gesagt, die mich da vollinhaltlich bejaht haben. Wenn man sich vorstellt, da sitzen ältere Herren, Gott seis geklagt, ich sage das im Beisein meiner jungen und sehr schönen Frau, weil ich also auch schon sechzig bin, da haben die also sich an einem Kleinkaliberschießen mit der Bundeswehr beteiligt, die ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS, nun hab ich gemeint, wir haben eine Wende. Und was ist passiert? Dieser Herr Wörner und diese ganzen Kasperln da oben haben nichts Besseres zu tun als zu sagen, pater peccavi, um Gottes willen, das wird uns nie wieder passieren, das war eine Panne, die dürfen nicht wieder mitschießen bei uns. Man stelle sich das einmal vor, dieses Absurdistan, das sind die gleichen alten Herren, die vor vierzig Jahren die andern einmal rausgeschmissen haben, wie sie, ums mit Verlaub zu sagen, in der Scheiße waren.

Absurdistan wär ein hübscher Buchtitel.

Das ist sozusagen von Murnau zu München ein Fairneß-Angebot, das dürfens nicht sagen, aber weil ich spüre, daß hier die gleiche Welle ist, ich werde die sogenannte Wende mal unter die Lupe nehmen.

Wie sehen Sie, was da dem Herrn Loch beim WDR widerfahren ist, einem, von der Charge her, gleichrangigen Kollegen wie Sie?

Ich war der Meinung, und das haben mir ja heute die Herren auch bestätigt, einer von den Herren Generälen heute, der Herr General Thilo (Lautschrift, d. Red.), der war in der gleichen Baracke wie der Loch im Kriegsgefangenenlager und hat also keine sehr gute Meinung, muß ich hinzufügen. Das sagt er auch ganz offen. Beim Loch ist für mich nur eines sehr schlimm, seine weinerliche Art, daß er jetzt erklärt, er war dreißig Jahre nachm Krieg a anständiger Mensch. Das kann doch wohl nicht beinhalten, daß er fünfundzwanzig Jahre vorher a unanständiger Mensch gewesen ist. Und dieses ewige pater peccavi - jetzt stellt sich heraus, daß dieser Girgensohn auch dabei war, der Bursche, der heute im Fernsehen noch groß tönt und sich für die Afghanen einsetzt, a äußerster linker Sozialdemokrat, der hat ja einen sehr honorigen Vater, notabene, der war Generalarbeitsführer und sitzt heute in Südafrika, hahaha und verzehrt dort eine gute Pension, und der Sohn war bei der (WSS-Division) Wiking - Absurdistan.

Wo hab ich gelesen, da soll ja sogar ein Parlamentarischer Staatssekretär in Bonn es zum SS-Obersturmbannführer gebracht haben, Geschwätz? Gerücht?

Neinnein, kann ich Ihnen sagen, das war der Staatssekretär Dorn von der FDP, der mit Willy Brandt dann in Erfurt war, um die deutsch-deutschen Interessen zu vertreten, aber wir hatten auch in München hier, im Parlament, zwei, die auch bei der Waffen-SS waren, der eine war der Wachter von der FDP, der war Hauptsturmführer, und der andere war von der CSU, ein

Herr Messner. Wissen Sie, die Tatsache, daß die dabei waren, ist ja absolut honorig, ich wäre ja der letzte, der dagegen was sagen könnte, nur, daß sie ihre ehemaligen Kameraden so untergehen ließen, das ist der eigentliche Skandal.

Was ist denn Auflage von »Freunde in der Not« zur Zeit?

Läuft sehr schön, wir sind bei 30.000 nach zwei Monaten, beim ersten Buch haben wir jetzt 110.000.

Waren Sie mit dem ersten Buch mal in der »Spiegel«-~Bestsellerliste ?

Ja, ich war drin, obwohl sicher alles versucht wurde, das zu verhindern. Ich war auch bei meinem zweiten Buch nahe dran, ich war auf Platz vierzehn. Also zum Termin der Lesung, ich komme zurück aus Namibia am 4. September.

Lesen Sie da unten?

Ja, ja, dann bin ich am 10. September in Regenstauf, dann bin ich am 18. September in Prien, da weih ich ein Rübezahl-Denkmal ein, ich würde Freitag, 23. September vorschlagen, abends, wann schließen Sie?

Um 18 Uhr 30.

Daß man sagt, von 18 bis 20 Uhr.

Herr Schönhuber, an welches Honorar haben Sie gedacht?

Machens mir einen konkreten Vorschlag,' dann tun wir uns leichter, also lesen plus signieren.

Fünfhundert?

Machen wir das, weil Sie a faires Angebot machen, aber sagen Sie das niemand anders, sonst verderben Sie mir die. Preise, fünfhundert und die Spesen.

Wir sollten dann aber schon versuchen, möglichst nichts unter den Teppich der Ausgewogenheit zu kehren, sondern auch Ihren Strauß mit dem Hause Strauß diskutieren.

Sie können davon ausgehen, es gibt keine Tabuzone. Bei den vielen Lesungen, die ich hinter mir habe, was da am meisten ankam bisher, war immer die Geschichte mit dem Franzens-Cub.

Sie wissen, der Wahlkreis dieses Herrn ist ganz in der Nähe von Murnau.

Ich weiß, aber wenn Sie's nicht stört, mich störts nicht.

Schön, Herr Schönhuber, wenn Sie auch ein paar Takte berichten würden, was Sie da in Namibia erlebt haben, Sie werden ja dort unten sicher vor Deutschstämmigen lesen?

Ja, sicher, das tu ich auch, das kann ich mit einführen.

Eine Schlußfrage, Herr Schönhuber, als Amateurhistoriker, der ich mich, glaube ich, schon nennen darf.- In Ihren beiden Büchern lassen Sie mehrfach anklingen, daß die Waffen-SS, jedenfalls in der Auffassung von einigen Teilen der Truppe, doch verstanden worden ist als eine europäische...

Jaja...

... nicht rassistische aber eindeutig antikommunistische Armee.

Jawohl.

Glauben Sie, daß diese Sinngebung mit dem 8. Mai '45 erloschen ist, oder könnten Sie sich Reste dieses Gedankenguts vorstellen in den Nachfolgearmeen namens NA TO, die ja auch eine europäische antikommunistische Truppe ist?

Das ist wahnsinnig schwierig, da müßte ich mich mit Ihnen wirklich nicht nur kurz auseinandersetzen, im Denkansatz haben sich diese Leute so verstanden, im Denkansatz. Aber die Programmatik der Waffen-SS war halt eine verhängnisvolle, weil sie nicht allein europäisch ist, sondern weil sie auch rassistisch war, und das ist ja die Streitfrage, über die wir...

Aber da können wir uns ja am 23. September länger unterhalten; Sie sind so nett und bestätigen mir den Termin.

Mach ich, und gute Reise, Herr Schönhuber, aufwiederhören.

Aufwiederhören.

Dieses Gespräch ist authentisch. Horst Tomayer stenographierte die Antworten mit

---

Franz Schönhuber, 60, war Freiwilliger der Waffen-SS und nach dem Zweiten Weltkrieg sechs Jahre Vorsitzender des Bayerischen Journalistenverbandes. Beim Bayerischen Rundfunk brachte er es bis zum Stellvertretenden Chefredakteur. Nebenbei schrieb er sein erstes Buch »Ich war dabei «. Diese Selbstdarstellung über seine braunen Geschichten im Dritten

Reich führte im April 1982 zur fristlosen Entlassung aus dem Bayerischen Rundfunk und an die Spitze der Bestsellerliste der faschistischen »Deutschen Nationalzeitung«. Heute verdient er sein Geld als Autor beim Verlag LangenMüller/Herbig.

Konkret 08/83, S. 60

Das ist ja zum peepen!

Peepshow einmal andersrum: In einem New Yorker Sex-Center hat die deutsche Peeperin Elisabeth B. ihre Kundschaft heimlich fotografiert

Neugierig sind wir alle. Sexualität ist nun mal das Interessanteste im Leben, und das Verborgenste. Der Blick durchs Schlüsselloch reizt noch immer, nur ist aus »was machen die Erwachsenen da eigentlich?« inzwischen »wie machen das die anderen eigentlich?« geworden. Dabei ist paradoxerweise das Grenzgebiet zur gewerblichen Unzucht, die für unsereinen ohnehin nicht in Frage kommt, von besonderem Interesse. Also: Ich gehe davon aus, daß die meisten erwachsenen Menschen aus purer Neugier wissen wollen, wie es im Puff zugeht bzw. in der zeitgemäßen, zweckmäßigen Variante für den kleinen Mann, der Peep-Show.

Darum habe ich Aas mal schriftlich festgehalten: Mein Erleben als »Girl« in einer Peep-Show im Zentrum von New York, zwei Monate lang, wie es mir dabei geht, wie ich die Männer sehe. Es ist keine Reportage über die Frauen dort geworden, sondern ich habe das Geschäft von der Seite beschrieben, die sich mir am eindrucksvollsten dargeboten hat: der Vorderseite der Männer...

Wie benimmt sich ein Mann in der Wichskabine, wenn er so ganz er selber sein kann und - da nur ein »Girl« ihm zuschaut - er sich von keinem Menschen beobachtet fühlt? Und weil das so unbeschreiblich ist, habe ich es heimlich fotografiert. Der Eingang zur Peep-Show geht durch den Sex-Shop, neben den Plastik-Genitalien läuft groß und deutlich ein Porno-Video.

Ab 11 Uhr läuft der Laden: Musik wird angeschmissen, alle Mädchen in ihre Kabinen. Und jetzt kommt also das »Eigentliche« - Männer anmachen und beim Masturbieren beobachten. Ich habe mir für vier Dollar ein Baby-doll gekauft, mir viel Schwarz um die Augen gemalt und finde mich verkleidet, ein bißchen absurd mit dem kindlichen Schlafanzug und dem Vamp-Gesicht, mir macht das Verkleiden Spaß, und die Situation hat was Prickelndes, wie ich mich so in mein Schaufenster setze. Ich will reizen, und als die ersten Männer zu mir kommen, fühle ich mich geschmeichelt, ein kleiner Sieg über die Frauen neben mir.

Die ersten Kunden wissen zum Glück, wo es langgeht, gehen seitlich an meiner Kabine vorbei in ihren Wichsteil, ich ziehe meinen Vorhang zu und warte, höre die Münze klappern, und ganz langsam geht das Rollo hoch, der Mann hinter Glas hat den Schwanz meist schon raushängen - effektiv, zeitsparend -, erst drei Sekunden später wird das Gesicht sichtbar, ich lächle freundlich, ziehe mich aus (alles im Sitzen) und versuche, sexy auszusehen, er fummelt mechanisch unten an sich rum, das Rollo geht nach einer knappen Minute runter - erscheint mir sehr lange -, ich höre am Türklappen, daß er rausgeht. War wohl nicht so toll. Das geht so einige Male. Dann auch noch das Telefon! Ich habe keine Ahnung, was ich sagen soll.

Er: How are you? - Ich: Fine - Schweigen... Bestenfalls noch: Er: What's your name? - Ich: Lisa. - Das war's dann.

Irgendwas läuft falsch. Ich fühle mich ungeschickt. Was machen die anderen Frauen anders, daß bei ihnen die Männer fünf Dollar lang bleiben und bei mir nur einen? Ich bin eifersüchtig. Da hilft kein vernünftiges Zureden, etwa: Sei doch froh, wenn du diesen Typen nicht gefällst... Die Situation hat ihre Eigendynamik: Wenn ich mich hier schon am Rennen beteilige, dann will ich auch gut sein, es kränkt mich, wenn andere Frauen bevorzugt werden, egal von welchen Idioten.

Aber gleich eine Kabine neben mir: Candy. Es wurmt mich, wie ich rumsitze und versuche, mich auf die »Gebrüder Karamasow« zu konzentrieren, wenn ich höre, daß pausenlos in ihrer Kabine das Rollo hochgeht, so ein charakteristischer Elektromotor-Summton (dies Geräusch werde ich nie vergessen!).

Ihr Erfolg: Perücke, Netzstrümpfe, Korsett; und vor allem: ein schwarzer Vibrator mit goldener Spitze. Einfach zu imitieren! Am nächsten Tag komme ich auch mit blonder Langhaarperücke, Korsett, Netzstrümpfen, alles in Schwarz, und dem Vibrator (»Dildo") in Silber, oben im Sex-Shop zum Vorzugspreis für Angestellte erworben. Ab da mache auch ich guten Umsatz.

Und: Ich habe einen Vorwand, in dieser ganz besondern Art von Wäsche zu schwelgen, sozusagen geschäftlich: Pailettenbesetztes, Pfauenfederslips, schwarzglänzende Strumpfgürtel... gebe fast meinen halben ersten Wochenlohn für derlei aus. Endlich mal eine passende Gelegenheit, so was zu tragen.

Und so nach einem halben Tag krieg ich endlich mit, wie ich die Männer in der Kabine halten kann: Sie sind überhaupt nicht scharf auf kunstvollen Striptease und Playboy-Posen, sondern: Die wollen ganz unprätentiös und solide die weibliche Anatomie im Detail studieren: eine Möse von innen, die Klitoris, das Arschloch, alles möglichst nahe, manche bücken sich beim Wichsen, um alles ganz genau zu sehen.

Also sitze ich meist einfach auf dem Stuhl wie beim Gynäkologen, die Füße oben an die Scheibe gelehnt, klappe meine Vagina auf und wundere mich, daß ich das nicht als erniedrigend empfinde, wie es sich gehört. Ich kann mein Spiegelbild in der Scheibe sehen, ich gefalle mir, und es gefällt mir zu gefallen, *gerade* wenn ich meine Möse von innen zeige.

Es hat sogar was für sich, zur Abwechslung mal ausschließlich sexuell aufreizend zu sein. Daß ich als Person liebenswert bin, weiß ich, aber reinweg zu erregen als Frau, als Möse, als Busen, als Beine, ohne was zu leisten, das hat etwas Versicherndes.

Ich genoß bei meiner Arbeit die Widersprüchlichkeiten, das Rissige, diese Mischung von Obszönem und Profanem, diese Handhabung von Sex, die allem ins Gesicht schlägt, woran ich glaube. So eine Art inneres höhnisches Grinsen, wie hier die Männer gelackmeiert werden und das mit sich geschehen lassen.

Nach der dritten Woche Peep-Show ist es dann soweit: Es ist nicht mehr zum Aushalten. Nichts ist mehr neu, keine Konfrontation, keine Lern-Erfahrung, entnervende Langeweile, die immergleichen dümmlichen Gesichter, die immergleichen Schwänze, das gleiche Gerede am Telefon, diese unerträglich laute Musik, ich immer mit Ohropax, diese Plastik-Umgebung, den ganzen Tag kein wahres Wort, nicht meine Welt! Ich hätte das nicht noch weitere fünf Wochen gemacht, wenn nicht... wenn nicht meine Freundin Fotografin und sehr einfallsreich wäre. Als ich ihr alles gestehe - »... und wie sie dastehen, ich würde es nicht glauben, wenn ich es nicht gesehen hätte ... « -, da fällt mir wieder ein, was ich beim allerersten Kunden gedacht habe »... wenn ich das fotografieren könnte, nur ein einziges Mal ... « Und sie: »Tu's doch.« Ich weiß kaum, wo bei einer Kamera vorne und hinten ist, sie geht mit mir einkaufen, eine vollautomatische, dazu hochempfindliche Filme. »Es ist für eine ganz spezielle experimentelle Forschung«, erklärt sie dem Verkäufer.

Leider ist die Kamera normal groß, nicht auf die Art von Spionen im Knopfloch zu verstecken. Zwei Probleme müssen gelöst werden: Wie verstecke ich die Kamera? Die Linse, Durchmesser Daumenlänge, und zwei Fenster zum Fokussieren müssen rausgucken, unsichtbar, und das auf 1 1/2 Meter Abstand.

Und: das gelblich-rötliche Halbdunkel im Vorraum. Und erst in der Wichskabine: Sobald das Rollo hochgeht, geht auf der Seite des Mannes das Licht aus, so daß er mich gut sieht, aber selber im Halbdunkel steht.

Aber das wird sich schon finden. Ich denke buchstäblich Tag und Nacht nichts anderes, diese Idee der verbotenen Fotos läuft mit, was immer ich tue, und so allmählich nimmt sie Formen an. Der Job ist wieder brennend interessant, diese Doppelbödigkeit, die stille Freude, einen dreisten Streich auszuhecken.

Fotografieren in der Peep-Show ist strengstens verboten, zum Schutz der Kunden wie der Frauen. Ich will dennoch meine Umgebung daran gewöhnen, daß ich eine Kamera dabei habe, also komme ich ganz harmlos, nette Erinnerungsfotos im Umkleideraum, auch mal während der Arbeit, als gerade wenig Kunden da sind, Gruppenbilder, ein unschuldiger Spaß. Aber: Wie komme ich zur Sache? Wie kriege ich die Männer drauf?

Der erste Versuch: die Kamera in die Tasche einnähen, dekoriert mit so vielen Aufklebern, Spiegelchen, Glitter, daß die Linse und die Fokusfenster dazwischen nicht auffallen. Das klappte zwei Tage lang. Ich stelle das extravagante Köfferchen auf die kleine Ablage in Kopfhöhe (in meiner Kabine), räkel mich lässig in meinem Stuhl, eine Hand auf jenes Köfferchen gelegt, ertaste den Auslöser, während ich die andere Hand mit dem Dildo spielen lasse und so die Kunden ablenke. So entstehen die Bilder der Männer im Vorraum, aus meiner Kabine heraus, immer linkes Bein mit drauf. Was nicht gelingt: Die Männer in meiner Kabine, wie sie wichsen, einfach zu dunkel.

Dann beschränke ich mich eben auf wartende Kunden und Frauen beim Anreizen. Am dritten Tag fühle ich mich mit meinem Köfferchen auch schon ganz sicher, wage mich näher ans Motiv, als eine der Frauen was merkt: reißt meine Tür auf, greift sich die Tasche: »Die hat ihre Kamera dabei!«

Aufruhr. Der Manager wird gerufen, ich muß den Film rausnehmen, die Kamera verschwindet bis zum Feierabend in seinem Safe, ich behaupte, ich hätte die aus Angst vor Diebstahl mit in die Kabine genommen, selbstverständlich mach ich keine Fotos, das ist doch verboten, abgesehen von neulich diesen netten Erinnerungsbildchen, und das war ja alles mit Blitz, ansonsten wäre es zum Fotografieren hier sowieso zu dunkel, wie jeder weiß...

Nochmal darf das nicht passieren. Einen Tag lang will ich das Projekt aufgeben. Alteingesessene New Yorker warnen: Das ist lebensgefährlich, wenn ich noch mal erwischt werde, gar beim Fotografieren der Kunden: Diese Clubs gehören der Mafia, und die holt nicht erst die Polizei, die machen das selber; der sogenannte »Mantel aus Zement«, und dann ab auf den Grund des Hudson.

Ich kann's aber nicht lassen. Die erste Verkleidung war eben zu auffällig. Nochmal zwei Nächte basteln, kleben, nähen.

Ich bin nicht genügend bei der Sache. Und noch immer keinen Wichser geschossen. Ich mache mir Gedanken, wie ich mehr Licht in die Hälfte für den Mann bringen kann. Eines der Probleme hier: Ich bin nie unbeobachtet. Wenn ich den schwarzen Vorhang zum Vorraum vor meine Tür ziehe, ohne daß die rote Lampe über meiner Kabine aufleuchtet, weiß jeder draußen, daß ich mogele: Ich habe gar keinen Kunden und mache mich trotzdem unsichtbar, die pure Faulheit.

Es kommt vor, daß die Managerin dann einfach meine Tür aufreißt. Einmal ist mir das passiert, als ich gerade einen neuen Film einlegte, ich konnte mich gerade noch mit meinem ganzen Oberkörper über den Stuhl mit der offenen Kamera fallen lassen und Übelkeit vortäuschen.

Und dann unter diesen Umständen an der Beleuchtung manipulieren! Wo ich von außen zu sehen bin, wenn ich an der Deckenlampe rumfummel! Ich mache es trotzdem, immer ab und zu für ein paar Sekunden lang, finde endlich heraus, wie man die Lampe auseinandernimmt. Die Überlegung: Wenn es in meiner Kabinenhälfte heller ist, müßte auch der Mann hinter meiner Glasscheibe genügend ausgeleuchtet sein. So nehmen ich die 40-Watt-Birne raus, keinem fällt auf, daß es bei mir einen Moment lang dunkel ist, aber als ich dann einen 150-Watt-Birne einschraube, ist mit einem Schlag die halbe Peep-Show taghell.

Frauen, Cashiers, Managerin, alle sammeln sich vor meiner Kabine: Was ist denn hier passiert? Was machst du denn da? Ich behaupte, die schummrige Beleuchtung hätte mir Kopfschmerzen gemacht, sie lassen mich kopfschüttelnd gewähren, ich habe wenige Kunden an diesem Tag. Erbarmungslos angestrahlt, meine Perücke, mein Make-up. Aber immerhin, die ersten Filme, noch in derselben Nacht entwickelt, auf denen die Männer in Aktion sichtbar sind. Ein Triumph. Weitermachen ...

Es ist eine intensive Zeit. Ich gehe zur Arbeit übernächtigt, aber voller Enthusiasmus. Dort läuft nach ein paar Tagen alles reibungslos, jeder Handgriff sitzt: Sobald ich einen Kunden angelockt habe: Vorhang zuziehen, Kamera auf die Glasscheibe richten, sobald das Rollo sich in Bewegung setzt: Den Selbstauslöser drücken und abwarten, welch ein Bild sich mir - und der Nachwelt - bietet, wenn das Rollo ganz oben ist. Hoffentlich macht er gerade etwas Interessantes, wenn die Kamera losknipst!

Nur zwei Kunden von Hunderten haben die Kamera bemerkt - und mich zum Zittern gebracht. Einer bückte sich plötzlich - ich hatte sie auf dem Stuhl aufgebaut - und starrte in die Linse, gerade als die sich sichtbar bewegte, er ging wortlos. Der andere zeigte böse gestikulierend auf die Kamera, ich stellte mich dumm, um Zeit zu gewinnen, endlich benutzte er das Telefon: »Was soll der Apparat da? Video?? Kabel-TV?« (... gute Idee). Ich setzte ihm auseinander, daß einer meiner Kunden in Strapsen nur kann, wenn ich die Kamera auf ihn richte, natürlich ohne Film drin, das ist ja verboten... Beide Male: Angstschweiß, weiche Knie, ich versteckte alle Fotoutensilien im Gerümpel hinterm Klo, für den Fall einer Razzia... aber offenbar hat sich keiner beim Management beschwert, nochmal davongekommen.

Wochenlang hilft mir das Fotografieren über die Peep-Show-Öde hinweg. Diese klammheimliche Freude!

Nach zwei Monaten nützt auch das nichts mehr, es ist nur noch deprimierend, an der Zeit, auszusteigen. 700 . Fotos sind auch genug.

Elisabeth B. hat auch nach Dienstschluß Interviews mit ihrer Kundschaft geführt. Ende August erscheinen sie, zusammen mit ihrem vollständigen Bericht und vielen Fotos im Eichborn-Verlag: »Das ist ja zum PEEPen«, 144 Seiten, 18 Mark

Konkret 08/83, S. 64

Ralf-Thomas Hillebrand

Lecker Früchtchen

Was in europäischen Nachbarländern und in Übersee schon zugelassen ist, steht nun auch uns ins Haus: Lebensmittel sollen zur Konservierung mit Atom bestrahlt werden dürfen, obwohl Wirkung und Folgeschäden umstritten sind

Wir haben uns daran gewöhnt: Obst und Gemüse, Salate und Früchte sind stets makellos frisch und zu jeder Jahreszeit auf dem Markt. Wer will, kann zu Weihnachten Erdbeeren als Nachtisch verspeisen. Tomaten gleichen sich wie ein Ei dem anderen. Und Kartoffeln kommen glatt und rein, ohne jede Erdkrume in unsere Supermärkte und keimen auch nach wochenlanger Lagerung in warmen Wohnungen nur selten.

Angeblich wollen es die Käufer so. Jedenfalls honorieren sie die optischen Vorzüge der Ware mit hohem Absatz und stören sich auch nicht an den Preisen. Was sie nicht wissen: die appetitlichen Früchte sind oftmals mit radioaktiven Strahlen behandelt, damit ihnen der weite Weg vom Produzenten bis ins Verkaufsregal nicht anzusehen ist.

Das ist keine Fiktion vom »totalen Atomstaat«, sondern, nach Ansicht von Experten, schon Realität. Professor Konrad Pfeilsticker, Ernährungswissenschaftler an der Bonner Universität, spricht von bestrahltem Obst aus Südafrika. Renommierte Umweltschützer, wie die Kölner »Katalyse-Gruppe« (»Chemie in Lebensmitteln«), vermuten radioaktiv behandelte Gewürze in Konserven aus Holland. Und das »Europäische Verbraucher-Büro« zieht den Schluß, »daß es wahrscheinlich ist, daß einige innerhalb der EG verarbeiteten oder aus dritten Ländern eingeführte Lebensmittel bestrahlt sind«.

Beweise sind in dieser Sache noch Mangelware. Denn die radioaktive Bestrahlung, die die Lebensmittel haltbar machen sowie das Auskeimen (zum Beispiel bei Kartoffeln) verhindern soll und die Mikroben und Insekten abtötet, läßt sich mit Stichproben kaum nachweisen. So tappen die für die Lebensmittelüberwachung zuständigen Länderbehörden auf der Suche nach Verstößen gegen den § 13 des Lebensmittelgesetzes im Dunkeln, der "das Bestrahlen oder Inverkehrbringen von Bestrahltem« unter Strafe stellt. Das Verbot des wissenschaftlich umstrittenen Verfahrens läßt sich also ohne große Schwierigkeiten unterlaufen.

Das mußte 1981 selbst die Bundesregierung zugeben. Der damalige parlamentarische Staatssekretär im Gesundheitsministerium Fred Zander erklärte: »In den Ländern, die die Bestrahlung zulassen, ist die Kenntlichmachung der Bestrahlung vorgeschrieben' Nur insoweit läßt sich die Einhaltung der Verbote überwachen.«

Aber wer überwacht die Kennzeichnungspflicht für bestrahlte Produkte in Südafrika oder Thailand? Selbst im EG-Staat Holland, der die> Atombestrahlung unter anderem für Kartoffeln, Gewürze, Zwiebeln und Hähnchen zugelassen hat, ist die Kontrolle lückenhaft. Die Kennzeichnung beim Hersteller wird überwacht, bei der industriellen Weiterverarbeitung wird das Endprodukt geprüft, die Herstellung jedoch nicht. So können bestrahlte Kartoffeln oder Gewürze leicht zur Zutat für Fertiggerichte werden, deren Export dann nichts mehr im Wege steht.

Obst aus Südafrika könnte bestrahlt zu uns gelangen, denn dort ist eine Anlage ausschließlich für die Bestrahlung von Früchten in Betrieb. Der Nachweis, daß diese Früchte nach Deutschland kommen, fehlt. Die Bestrahlung ist aber nur für den Export rentabel: die südafrikanischen Verbraucher sind kaum weiter vom Agrarbetrieb entfernt als die Anlage selbst. Transport- und Kostenaufwand lohnen aber erst, wenn der Weg zum Konsumenten so weit ist, daß die Verluste durch den Verderb mit einer Bestrahlung erheblich vermindert werden.

Die Liste der Staaten, die die Bestrahlung bestimmter Nahrungsmittel zugelassen haben, liest sich dann auch wie die Herkunftsbezeichnungen in einem westdeutschen Gemüseladen: Neben den genannten Ländern Südafrika und Niederlande stehen Spanien, Frankreich, Belgien, Dänemark, Italien, Bulgarien, Chile, Israel und Uruguay. Insgesamt ist das Verfahren in rund zwanzig Ländern für eine Reihe von Produkten freigegeben, insbesondere für Kartoffeln, Zwiebeln, Getreide, Erdbeeren und Trockenfrüchte.

Das alles geschieht mit dem Segen der Weltgesundheits- (WHO) und der Welternährungsorganisation (FAO), die vor Jahren ein gemeinsames Expertenkomitee eingerichtet haben. Mit der Bezeichnung »Joint Exper't Committee on Food Irradiation« versehen, hat diese Institution seither die F - gabe der Bestrahlung propagiert. Das Komitee hält die Unbedenklichkeit für eindeutig bewiesen und weitere Untersuchungen für nicht mehr erforderlich.

Gert Billen, im Vorstand des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), spricht aus, was die Mehrheit der Bestrahlungsgegner vermutet: "Unseres Erachtens ist die Unbedenklichkeitserklärung der Expertenkommission von der Atomlobby durchgesetzt worden.« Auch die Europa-Abgeordnete Lilo Seibel-Emmerling (SPD) hat sich auf einem Verbraucherforum in Berlin ähnlich geäußert.

Ganz neu ist das Bestrahlungsverfahren nicht. Schon seit geraumer Zeit werden medizinische Materialien auf diese Weise sterilisiert. Strahlungsquellen, bestehend aus radioaktivem Kobalt oder Cäsium, senden Gammastrahlen aus, denen die zu

sterilisierenden Gegenstände, je nach erwünschter Dosis, eine bestimmte Zeit ausgesetzt werden. Neben Versuchs- und Forschungsanlagen sind weltweit allein 90 kommerzielle Bestrahlungswerke (davon vier in der Bundesrepublik) in Betrieb. Nicht ohne Risiko, wie ein Todesfall in Norwegen jüngst zeigte. Ein Techniker war »versehentlich« von einer Kobaltquelle für 30 Sekunden angestrahlt worden. Nach zwei Wochen grausamen Kampfes gegen die Strahlenkrankheit starb er.

Seit den fünfziger Jahren wird mit der Strahlenkonservierung von Lebensmitteln experimentiert. Allen voran die US-Army, die sich davon eine preisgünstigere Kriegsführung, besonders in den Tropenländern, erhoffte; denn die Haltbarkeit der Truppenverpflegung ist ein wichtig - - Faktor in der Organisation des Nachschubs. Eine Studie des amerikanischen Wirtschaftsministeriums kommt zu dem Ergebnis, daß die Bestrahlung, wäre sie im Vietnam-Krieg voll zum Einsatz gekommen, 18 Millionen Dollar allein im Jahr 1968 eingespart hätte.

Doch die Hoffnungen auf eiweißreiche Fleischkonserven, die - bestrahlt so gut wie unverderblich - die ökonomischste Art der Soldatennahrung wären, wurden enttäuscht. Ein umfangreiches Forschungsprojekt zur Fleischkonservierung wurde eingestellt. Der Grund dafür, so vermutet Konrad Pfeilsticker, ist eine zu hohe notwendige Dosis Gammastrahlung. Bis der gewünschte Grad an Keimfreiheit erreicht sei, hätten sich die geschmacklichen und toxikologischen Eigenschaften, aber auch Aussehen und Geruch derart drastisch verändert, daß der Verzehr unzumutbar wäre.

Dagegen wird die Möglichkeit der Aktivierung der Lebensmittel, also die Auslösung einer eigenen Strahlung, von allen Fachleuten als sehr gering angesehen. Im Regelfall, der »radurization«, so der englische Fachterminus für die Behandlung mit mittlerer Dosis, besteht diese Gefahr nur bei »unsauberen« Strahlenquellen, also bei Verunreinigungen des Kobalts oder Cäsiums mit Alpha- oder Beta-Strahlern wie dem Plutonium. Eine so entstandene Eigenstrahlung des Produkts ließe sich jedoch vor dem Weg zum Verbraucher leicht nachweisen.

Auch wenn die atombestrahlten Lebensmittel nicht selbst strahlen, ungefährlich sind sie deshalb noch lange nicht. Versuche an Ratten und Mausen

sten bei den Versuchstieren Chromosomenschäden (Polyploidie) aus. nachdem sie mit bestrahltem Weizen gefüttert worden waren. Unklar blieb dabei, wie diese krankhaften Zellmutationen zustande kamen, und so machen die Protagonisten dieser Technik die hohen angewendeten Strahlendosen für die Ergebnisse verantwortlich und nennen an Gegenzug zahlreiche Experimente, die ohne Schädigungen verlaufen seien.

Aber natürlich haben sich die Forscher nicht nur auf »harmlose Tierversuche« beschränkt. Ein Experiment, das in Fachkreisen viel Aufsehen erregte, wurde 1975 im indischen Haiderabad mit unterernährten Kindern im »National Institute of Nutrition« (Nationales Ernährungsinstitut) unternommen. Drei Gruppen zu je fünf Kindern, zwischen zwei und fünf Jahren alt, wurden mit Weizen ernährt, der für eine Gruppe frisch bestrahlt, für die zweite nach der Bestrahlung zwölf Wochen gelagert worden war und für die dritte unbestrahlt blieb. Nach sechswöchiger Versuchsdauer litten alle Kinder der ersten Gruppe an Polyploidie, einer Krankheit, deren Entstehung, Bedeutung und Folgen wissenschaftlich bisher weitgehend ungeklärt sind. Der japanische Experte Dr. Takahashi von der Universität Osaka, Autor eines Aufsatzes über die Lebensmittelbestrahlung, der auch dem Bundestag vorliegt, spricht jedoch von »der Verbindung mit einer möglichen Malignität«, das heißt vom Zusammenhang mit der Entstehung von Krebs.

Eine wissenschaftliche Regierungskommission der Atommacht Indien hat dem Kinderversuch eilig schlechten wissenschaftlichen Standard bescheinigt. Das Bundesgesundheitsamt stimmt dieser Abfuhr zu. Der zuständige Wissenschaftler Dr. Bögl: »Das Kollektiv (ge*meint ist die Versuchsgruppe)* war zu klein. Daß diese Arbeiten widerlegt worden sind, scheint mir klar zu sein.« Kommen nun breiter angelegte Experimente mit »Versuchsmenschen«?'

Unumstritten ist aber, daß die »radurization« den Nährwert der Lebensmittel senkt. Für die, je nach Dosis, unterschiedlich stark auftretenden Geschmacksveränderungen hat sich schon ein Begriff etabliert: »wet dog flavour«. Der Geschmack nach nassem Hund ist aber nicht die einzige Zumutung für die Verbraucher. Bestimmte Vitamine werden zum Teil zerstört. Besonders hohe Verluste treten bei den Vitaminen E und B, auf, die im menschlichen Stoffwechsel für die Fruchtbarkeit und das zentrale Nervensystem benötigt werden. Fette werden durch Gammastrahlung teilweise zu Kohlenwasserstoffen und Aldehyden aufgespalten. Diese Stoffe sind giftig. Ein Aldehyd, das Formaldehyd, hat in Tierversuchen Krebs ausgelöst, als Konservierungsstoff in Lebensmitteln ist es seit 1950 verboten.

Die Reihe der, in der Sprache der Naturwissenschaftler schlicht »Radiolyte« genannten, Folgeprodukte der Gammabestrahlung ist noch länger, die Ungefährlichkeit in vielen Fällen nicht bewiesen. Unklar ist auch, wie weit die Bestrahlung überhaupt ihren Zweck erfüllt. Professor Pfeilsticker warnt vor Strahlenresistenz von Sporen schädlicher Mikroorganismen. Die mögliche Folge: Verderb durch gefährliche Keime wäre nicht mehr zu -erkennen, weil durch eine »atypische Mikroflora« dessen Merkmale, etwa Fäulnis oder Schimmel, fehlen.

Ungeachtet all dieser möglichen Risiken hat sich nun die deutsche Gewürzindustrie als Bestrahlungs-Vorreiter in der Bundesrepublik stark gemacht. Einige der importierten Gewürze, zum Beispiel Pfeffer und Ingwer, sind durch Mikroorganismen belastet, so daß eine Reinigung notwendig ist. Bisher ist das durch eine Begasung mit Äthylenoxid geschehen. Dieses Gas wird aber neuerdings als krebserregend angesehen. Und da baldiges Verbot erwartet wird, müssen

sich die Gewürzmühlen nach einer Ersatzlösung umsehen. Einige Firmen haben deshalb, zusammen mit der in Europa führenden niederländischen Bestrahlungsfirma »Gammaster«, Anträge auf Zulassung der Gewürzbestrahlung beim Bundesgesundheitsministerium gestellt. Die dafür vorgesehene Anlage ist bereits vor kurzem fertiggestellt worden. Sie wurde in Allershausen bei München errichtet, um im Falle der Genehmigung auch Lebensmittel zu bestrahlen. Zwei dieser gigantischen Werke, computergesteuert und menschenleer, strahlen schon im niederländischen Ede auf Kartoffeln, Zwiebeln, Pilze und Hähnchen. Dafür werden die zu konservierenden Produkte, die auf Paletten lagern, in Körbe verladen, die, an einem Förderband hängend, in der Strahlenkammer so um die Kobaltquelle geführt werden, daß eine vierseitige Bestrahlung stattfindet. Mit der Durchlaufgeschwindigkeit wird die Dosis geregelt. In jeden Korb passen zwei Paletten mit einem Gewicht von maximal je 1,6 Tonnen. Die Ausmaße stellen ein Problem dar: 100 x 120 x 180 Zentimeter mißt ein Korb, und damit ist eine gleichmäßige Bestrahlung schwierig, denn nur ein Teil der Strahlung dringt bis in die Mitte vor. Um aber auch dort die gewünschte Konservierung zu erreichen, muß man für die äußeren Bereiche eine höhere als die eigentlich erforderliche Strahlendosis hinnehmen. Aus diesem Grund, so warnt Konrad Pfeilsticker von der Uni Bonn, seien die im industriellen Verfahren bestrahlten Lebensmittel noch gefährlicher als die in bisherigen Laborexperimenten verwendeten.

Monatlich verlassen zwanzig bis dreißig Tonnen Gewürze atombestrahlt die Anlagen von Ede. Sie werden überwiegend an Großabnehmer geliefert. Beim Endverbraucher haben sich die Produkte nicht durchsetzen können, obwohl das Zeichen, das die Strahlenkonservierung ausweist, eher wie ein Gütesiegel aussieht. Dazu meint Dr. Reijnders, Vorstandsmitglied des holländischen Umweltschutzverbandes »stichting natuur en milieu«: »Lebensmittelhersteller und -händler haben das Interesse an der kommerziellen Bestrahlung von Lebensmitteln für den Endverbrauch verloren. In den Niederlanden sind beispielsweise bestrahlte Pilze auf den Markt gekommen, ihr Absatz blieb jedoch im Vergleich zu nicht bestrahlten Pilzen weit zurück.«

Das Verbraucherverhalten auf dem deutschen Markt wird mit Sicherheit ähnlich sein, denn schon regt sich Widerspruch aus der Bevölkerung. Der »Deutsche Verbraucher-Schutzverband« (DVS) ruft in einer Broschüre (»Die Schallgrenze - radioaktive Bestrahlung von Lebensmitteln«) auf: »Wehrt Euch gegen radioaktiv bestrahlte Lebensmittel. Der Mensch soll nicht zur Endlagerstätte der Atomindustrie werden.« In der Tat sind die benutzten Strahlenquellen Abfallprodukte aus der Wiederaufarbeitung der Brennstäbe kanadischer Reaktoren. Deutscher Atommüll wird zur Zeit noch nicht verwendet.

Der BBU befürchtet, das bestehende Verbot solle trotz der Proteste aufgeweicht werden. Gert Billen: »Im Gesundheitsministerium wird schon eine Verordnung vorbereitet, um die radioaktive Bestrahlung von Gewürzen zuzulassen.«

Dieter Schütz, Pressesprecher des Gesundheitsministeriums, wiegelt ab: »Wir dementieren, daß wir die Bestrahlung generell einführen wollen, unabhängig davon muß man die Ausnahmegenehmigungen sehen. Bisher haben wir in diesem Fall noch keine Meinung.« Um diese zu finden, wird Minister Geißler seine Berater hinzuziehen. Und die - da gibt es bisher kaum Zweifel - werden zur Genehmigung der Gewürzbestrahlung raten.

Prof. Diehl, in der Bundesforschungsanstalt für Ernährung seit Jahren mit der Erforschung der Strahlenkonservierung befaßt, hält für bewiesen, »daß das Verfahren wirtschaftlich ist, daß die Anlagen sicher und problemlos funktionieren, und daß die Qualität der bestrahlten Lebensmittel gut ist«. Und »last, not least«, so bekundet er öffentlich, ernähre er sich seit Jahren auch mit bestrahlten Lebensmitteln. Im übrigen sei die Kritik an der Bestrahlung nicht mehr rational.

Das Bundesgesundheitsamt wird dem Minister nach umfangreichen Literaturauswertungen die Freigabe für Gewürze empfehlen; denn, so Dr. Bögl, »jedes Verfahren führt zu Veränderungen, zum Beispiel die Hitzekonservierung.« Daher könne ein gewisser Qualitätsverlust nicht allein als Kriterium ge gen die Atom-Konservierung gelten.

Die Entscheidung wird in der nächsten Zeit fallen müssen. Nicht nur die Anträge der Gewürzunternehmen drängen den Minister, sondern auch unsere EG-Nachbarn, die, sicherlich aus gutem Grund, eine einheitliche Gesetzeslage in dieser Frage fordern.

Guten Appetit!

Konkret 08/83, S. 69

Öko-Tips

Seller

Natürlich leben hat Konjunktur. Tips und Kniffe, wie man den Alltag ohne Chemie bewältigt und gesund leben kann, sind gefragt. In den vergangenen drei Jahren verkauften die Verbraucherzentralen der einzelnen Bundesländer 100.000mal die Broschüre □ Umweltfreundliche Produkte□ (Vier Mark) und 83.000mal das Heft □ Schadstoffe in unserer Nahrung□ (Zwe Mark). Aber auch andere Verlage sind mit ihren Öko-Bücher-Auflagen zufrieden. 40.000 Mal verkaufte der Rowohlt-Verlag im letzten halben Jahr das Taschenbuch □ Zuviel Chemie im Kochtopf□ der Autorinnen Ute Hippeit und Silke Schwartau. Vom □ Öko-Almanach□ in der Reihe Fischer alternativ gehen jährlich 45.000 Stück weg, und von dem wissenschaftlich aufgemachten Buch □ Chemie in Lebensmitteln□ verkaufte der 2001 -Verlag in nur zwölf Monaten 240.000 Stück.

In Hol□ schut□ mitteln ist der Wurm

□ Ein Vater berichtete, daß seine Tochter in einem mit Holzschutzmitteln (Xyladekor)behandelten Raum Aplastische Anämie (Knochenmarkschwund) bekam und starb. Ein anderer Vater, der 50 Liter des PCP-haltigen 'Sadolins PX 65' in seinem Haus verstrichen hatte, fand sein 13 Monate altes Töchterchen schweißnaß und verkrampft im Bett. Das Kind war tot. Das Zimmer war in Unkenntnis der Gefahren aus Holzschutzmitteln 24 Stunden nicht gelüftet worden.□ So steht es im jetzt veröffentlichten Protokoll der ersten Zusammenkunft der Holzschutzmittelgeschädigten, zu dem der Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) in Bonn eingeladen hat.

Es □ darf nicht in die Hände von Kindern gelangen! Von Nahrungsmitteln, Getränken und Futtermitteln fernhalten. Nur nach Gebrauchsanweisung! Mißbrauch verursacht Gesundheitsschäden!□ Dies steht auf der Dose von □ Xylamon-Braun□ , einem vorbeugenden Holzschutzmittel eines der größten Hersteller, der □ DESOWAG BAYER Holzschutz GmbH□ in Düsseldorf.

Jedes chemische Holzschutzmittel enthält Gift, sonst wäre es wirkungslos. Die Mittel sollen vor Insektenbefall und Pilzbildung schützen. Viele Mittel enthielten bis vor kurzem ohne Kennzeichnung den Wirkstoff PCP (Pentachlorphenol). Auch heute ist er in Holzschutzmitteln enthalten, muß jedoch angegeben werden. In den meisten Holzschutzmitteln ist das Insektizid □ Lindan□ , ein Zell-, Blut- und Nervengift, das sich im Fettgewebe ablagert und anreichert, enthalten.

Die großflächige Anwendung von PCP-haltigen Mitteln ist für Innenräume im □ bauaufsichtlichen Bereich□ untersagt. Der Stoff steht im Verdacht □ Gesundheitsschäden von Kopfschmerzen und Mattigkeit bis hin zu Blutbildveränderungen auszulösen□ , schreibt □ test□ , die Zeitschrift der Stiftung Warentest, in ihrer Maiausgabe. Über die endgültige Bewertung dieses Stoffes, der noch Jahre nach dem Verstreichen ausdünstet, sind sich die Wissenschaftler nicht einig. Dr. Werner Butte, Chemiker an der Universität Oldenburg und PCP-Fachmann: □ Die Bewertung der Giftigkeit des technischen PCP, wie es in Holzschutzmitteln vorkommt, wird vor allem dadurch erschwert, daß dieses PCP ein 'wildes Gemisch' aus vielen hochgiftigen Substanzen ist.□

Doch Heimwerker und Hobbybastler haben es schwer, Angaben über die giftigen Inhaltsstoffe auf den Dosen der Holzschutzmittel zu finden.

a ei läßt sich Holz auch schützen, ohne die - im übrigen sehr teuren - chemischen Mittel zu benützen. Für Holz in trockenen Innenräumen ist Holzschutz überflüssig, weil sich an trockenem Holz keine Pilze bilden. Einfärben läßt sich das Holz auch mit den ungiftigen Öllasuren, die zum Beispiel die Firma □ LIVOS□ vertreibt.

Mit Bienenwachsprodukten kann das Holz ebenfalls gut geschützt werden.

Aber auch im Freien läßt sich ohne die chemischen Gifte leben. Der Tisch auf der Terrasse oder der Gartenzaun lassen sich mit den altbewährten Leinölprodukten streichen. Selbst Pfähle, die ins Erdreich gegraben werden, können mit einer biologisch abbaubaren Pechimprägnierung auf Jahre geschützt werden. Länger halten auch die chemischen Mittel nicht.

Bleibt die Bekämpfung von Schädlingen, die das Holz bereits befallen haben. Kleine Holzteile können in den Backofen geschoben werden. Bei 60 Grad Hitze werden die Schädlinge abgetötet. Schädlinge in größeren Möbelstücken kann man in einer privaten Sauna ebenfalls durch Hitze abtöten. Auch für befallene, tragende Holzkonstruktionen in Häusern gibt es jetzt eine neue ungiftige Methode: Die Heißluftbehandlung des Dachgestühls. Anschließend können die Balken mit einer □ Borax□ -Lösung mit natürlichen Bindemitteln gestrichen werden. Dies verhindert weiteren Schädlingsbefall, Fäulnis und Pilze.

Kuhhandel

In den Lagerhäusern der Europäischen Gemeinschaft stapelt sich Butter wie nie zuvor. Fachleute befürchten, daß es bis Ende des Jahres 600.000 Tonnen werden könnten. Denn die Milchproduktion steigt weiter. Die Bauern haben keinen Grund, ihre Kühe abzuschlachten, da nach der EG-Agrarmarktordnung der Staat den Milch-Überschuß zu Mindestpreisen ankaufen muß. 60 Pfennige bekommen sie für einen Liter. Die Bauern dürfen nicht direkt verkaufen, sondern müssen an die Molkereien abliefern. Dabei könnten sie im Direktverkauf an die Verbraucher das Doppelte erzielen.

Der Allgäuer Landwirt Michael Schmidt-Ackermann hat das jetzt vorgemacht. Nach einer Meldung der neuesten Ausgabe es Branchendienstes □ Die Geschäftsidee□ entdeckte der schlaue Landwirt eine Lücke im Gesetz. Nach dem Lebensmittelgesetz darf jeder soviel kuhwarme Milch trinken wie er will, vorausgesetzt, die Kuh gehört ihm. Der Landmann beteiligte nun seine Milchkunden mit einem Anteilschein an seinen Kühen. Als Mitbesitzer zahlen sie für den Liter Milch dem Bauern 1,20 Mark. Das System mit den kuh-Aktien sprach sich schnell herum. inzwischen sind alle Kühe des Landwirts □ ausgebucht□ .

Konkret 08/83, S. 70

Susanne Mersmann

Häuser dürfen grün wählen

Begrünte Fassaden und Dächer sind eine ideale Wärmedämmung. Sie bieten Nistplätze für Vögel und schützen Putz und Mauerwerk vor ultravioletter Strahlung und Schlagregen. Und vor allem: Sie sorgen für bessere Luft in unseren Städten.

Nun mähen sie wieder. Woche um Woche ziehen sie mit knatternden Geräten ihre Bahnen über den zentimeterkurzen Rasen. Elektrische Heckenscheren sirren, um ordentliches Grün in exakter Form zu halten. Disteln und Klee, Löwenzahn, Brennesseln und Spitzwegerich werden bestenfalls gejätet, meistens jedoch mit hochgiftigen Unkrautvertilgern weggespritzt.

Auch andere schaffen fleißig. Sie bauen isoverglaste Fenster ein und nageln dicke Dämmplatten an die Innenwände der Häuser. Sie bringen Mineralwolle auf Dachböden und stecken Styropor-Dreiecke zwischen die Sparren. Sie spritzen Ritzen und Fugen mit chemischer Schaummasse aus und liefern so Portion um Portion krebserregenden Formaldehyds in die Haushalte. Sie dämmen und dichten, was das Zeug hält.

An Geißblatt und Efeu, Clematis und Wilden Wein, Prunkwinde und Knöterich, Glyzinien und Feuerbohnen denken sie nicht. Oder nicht mehr. Dabei schlagen die Pflanzen, die am Haus hinaufranken und dort einen dicken Pelz bilden, gleich zwei Fliegen mit einer Klappe: sie verbessern das Klima im Haus und in der Stadt.

Bei Häusern mit ungenügend isolierten Wänden kann eine nachträgliche Fassadenbegrünung helfen, Heizkosten zu sparen. Ist das Pflanzenpolster besonders dick, können es bis zu 32 Prozent sein, der Durchschnitt liegt - so der Kasseler Architekt Gernot Minke - bei elf Prozent. Erreicht wird dieses Ergebnis, weil die Pflanzen ein Luftpolster einschließen und dadurch eine Wärmedämmschicht entsteht. Die Blätter reflektieren und absorbieren nicht nur einen Teil der vom Gebäude abgestrahlten Wärme, die dichtgewachsenen Pflanzen halten auch fast alle Luftbewegungen von der Gebäudeoberfläche fern. Minke, der Leiter des »Forschungslabors für Experimentelles Bauen« an der Gesamthochschule Kassel ist: »Da bei freistehenden Gebäuden in unserer Klimazone der Energieverlust durch Wind 50 Prozent eines Gebäudes ausmachen kann, ist der Windschutzeffekt einer dichten Begrünung in der Regel der wichtigste.«

Die Angst vor Ungeziefer durch Fassadengrün ist dabei ebenso unbegründet wie die Befürchtung, daß Putz oder Mauerwerk von »Selbstklimmern« wie Wildem Wein oder Efeu (sie brauchen keinerlei Drähte oder Spaliere als Kletterhilfe) zerstört werden könnten. Im Gegenteil: Eine dichte Fassadenbegrünung verlängert die Lebensdauer von Anstrich, Putz und Mauerwerk, weil ultraviolette Strahlung und Schlagregen abgehalten und die Temperaturschwankungen drastisch reduziert werden. Ungeschützte Fassaden können sich bis zu 60 Grad Celsius aufheizen und bis auf minus zehn Grad abkühlen, bei bewachsenen treten Schwankungen von höchstens plus 30 Grad bis minus fünf Grad auf. Und die vermehrt auftretenden Insekten stellen keinerlei Gefahr für die Menschen dar, sie dienen den Vögeln, die oft sogar in den begrünten Fassaden nisten und brüten, als willkommene Nahrung. In Berlin sind sogar mehrere Krankenhäuser und Kindergärten dicht mit Wildem Wein bewachsen, sicher ein Beweis für die hygienische Unschädlichkeit bepflanzter Fassaden.

Und was für Haus und Inenraum gut ist, bekommt vor allem der verpesteten Stadtluft. Denn Pflanzen filtern Staub und Schmutzpartikel aus der Luft. Messungen in Frankfurt haben ergeben, daß Straßen ohne Bäume eine Luftverschmutzung von 10.000 bis 12.000 Schmutzpartikel je Liter Luft aufwiesen, Straßen mit Baumbestand im selben Viertel dagegen nur 3.000 Partikel je Liter Luft beinhalteten. Pflanzen reduzieren Feuchtigkeitsschwankungen. Bei trockener Luft verdunsten sie erheblich mehr Wasser und erhöhen so die Luftfeuchtigkeit, bei Nebel verringern sie die Luftfeuchtigkeit durch Tauwasserbildung. Pflanzen regulieren die Temperaturen. Während sie an Sommertagen Wärme verbrauchen, also kühlen, erzeugen sie nachts und im Winter Wärme.

Als wichtigstes entziehen Pflanzen der Luft Kohlendioxyd (CO) und reichern sie mit Sauerstoff an. Bei einer begrünten Fassade ist die Sauerstoffproduktion nicht übermäßig groß. Denn ein zehn bis fünfzehn Zentimeter dickes Pflanzenpolster aus Wildem Wein weist nur drei bis fünf Quadratmeter Blattoberfläche pro Quadratmeter Hauswand auf. Eine achtzig bis hundert Jahre alte Buche mit einem Kronendurchmesser von rund 15 Metern kommt dagegen auf eine Gesamtblattoberfläche von 1.600 Quadratmetern. Eine Blattoberfläche von 25 Quadratmetern erzeugt tagsüber 27 Gramm Sauerstoff in der Stunde - etwa soviel, wie ein Mensch in derselben Zeit verbraucht. Nacht- und Winterperioden eingerechnet, werden 150 Quadratmeter Blattoberfläche benötigt, um den Sauerstoffbedarf eines Menschen zu decken. Die Buche würde also ausreichen, zehn Menschen mit Sauerstoff zu versorgen, ebenso eine grüne Fassade von rund 30 Quadratmetern. Wenn wir vergleichen, daß ein frisch gemähter Rasen von drei bis fünf Zentimetern Höhe höchstens zehn Quadratmeter Blattoberfläche pro Quadratmeter Boden hat, eine ungemähte Wiese dagegen aber 225 Quadratmeter, so ist der Ärger über den rasenmähenden Nachbarn doppelt berechtigt.

Weil Wiesen ideale Sauerstoffspender sind (1,5 Quadratmeter reichen für den Sauerstoffbedarf eines Menschen im Jahr aus), plädiert Gernot Minke vor allem dafür, Dächer zu begrünen. Seine Rechnung ist einfach: Ein normales, wärmeisoliertes, bekiestes Flachdach heizt bei uns an einem Sommertag mit 25 Grad Lufttemperatur auf rund 60 Grad auf, im Extremfall sogar auf 80 Grad. Dadurch entsteht über den Dächern eine »vertikale Luftbewegung«, die bewirkt, daß die auf den Straßen, Plätzen und Höfen abgelagerten Schmutzpartikel aufgewirbelt und hochgeblasen werden, so daß sich über den Wohngebieten Schmutz- und Dunstglocken bilden. Bewachsene Dächer vermindern das Aufheizen erheblich, sie spenden also zugleich Sauerstoff, filtern Schmutz und Staub aus der Luft, verhindern, daß vorhandener Staub erneut aufgewirbelt wird, regulieren die Temperatur im Haus und in der Umgebung, sorgen für vernünftige Luftfeuchtigkeit und erhöhen obendrein noch den Schallschutz im Haus. Muß noch erwähnt werden, daß sie auch viel schöner aussehen als ein normales Flachdach?

Aber Minkes Appell zur Begrünung der Dächer und Fassaden geht nicht nur an die betroffene Stadtbevölkerung, die natürlich viele Initiativen über das Pflanzen von Geranien in den Balkonkasten hinaus ergreifen kann (und sollte). Planer und Politiker werden von ihm ebenso herausgefordert: mehrgeschossige Wohnbauten, Verwaltungsgebäude, Schulen, Krankenhäuser und Industriebauten könnten ohne großen Kostenaufwand und zu unser aller Nutzen begrünt werden. Sein Buch »Häuser mit grünem Pelz« und zwei Fernsehfilme darüber hat dem Kasseler Hochschulprofessor viele Anfragen gebracht. Minke: »Einige Gemeinden fangen jetzt an, Dach- und Fassadenbegrünung mit in ihre Bebauungspläne aufzunehmen.«

Auch andere Architekten denken über die Sünden der Vergangenheit nach. im Hamburger Wohnsilo-Neubauviertel Osdorfer Born gibt es einen Versuch, mit Rankgewächsen die eintönigen Fassaden aufzupolieren. In das Begrünungsprojekt mit einbezogen wird hier auch das »Abstandsgrün« - so schrecklich wie das Wort ist meist auch die Realität: triste Rasenflächen in den gesetzlich vorgeschriebenen Maßen (doppelte Gebäudehöhe) zwischen den Häusern, betreten und Ballspielen verboten, neben den Hauseingängen ein paar Sträucher, in denen immer mal wieder Eispapier hängt, weil sich niemand zuständig fühlt.

Für dieses ökologisch selten sinnvoll genutzte »Abstandsgrün« müssen die Wohnungsbaugesellschaften hohe Summen an Unterhaltungskosten aufwenden. Die Bewohner haben aber keinerlei Gestaltungsmöglichkeiten, sie können sich mit Haus und Grün nicht identifizieren. Ullrich Schwarz von der Hamburger Architektenkammer, Herausgeber des Buches »Grünes Bauen«, entwickelt jetzt mit Bewohnern und Kollegen ein Konzept zur Begrünung der Betonburg. Ein Anfang wird mit einer Graszone am Rande der Siedlung gemacht: sie wird parzelliert und interessierten Mietern zum Beackern überlassen. Das Hamburger Alternativblatt »Szene« über Knöterich und Kommunikation am Gartenzaun im Osdorfer Born: »Utopie ist machbar, Familie Nachbar«.

Korrekt ist, daß die Hamburger Behörde für Bezirksangelegenheiten, Naturschutz und Umweltgestaltung (BBNU), die im Winter die zu mehr als ein Drittel kaputten Hamburger Stadtbäume weitgehend von Streusalz verschont und die die Wildkräuter in den städtischen Parkanlagen nicht mehr mit der Giftspritze behandelt, die Hanseaten schon vor rund drei Jahren zu mehr Mut beim Grün auf dem Balkon und an der Hauswand aufforderte. Aber so leicht machen es die Behördenleute den fröhlichen Fassadenbegrünern nun doch nicht. Die Broschüre »Grün am Bau« weist den pflanzen- und begrünungswilligen Mietern den rechten Behörden-Weg: »Sie sollten sich an Ihr zuständiges Bezirksamt wenden. Dort bekommen Sie eine Aufgraberlaubnis nach Paragraph 22 und eine 'Genehmigung zur Sondernutzung öffentlichen Grundes' nach Paragraph 19 des Hamburger Wegegesetzes.« Ob's der Knöterich wohl zu schätzen weiß?

Gernot Minke/Gottfried Witter: »Häuser mit grünem Pelz« - Ein Handbuch zur Häuserbegrünung, Fricke-Verlag, 29,80 Mark

Ulrich Schwarz (Hrg.): »Grünes Bauen« - Ansätze einer Öko-Architektur, RoRoRo-Reihe Technologie und Politik 18, 10,80 Mark

Rudolf Doernach/Gerhard Heid: »Das Naturhaus«, Wolfgang Krüger Verlag, 22 Mark

Konkret 08/83, S. 76

Kulturnotizen

Reklame 1

Ronald Reagan hat sich wieder seinen ursprünglichen Aufgaben zugewandt: den Reklameauftritten. Anfang Juli trat er in einer Werbesendung der Filmgesellschaft MGM/United Artists im US-Fernsehen auf und tingelte für den neuen 007-Film: »James Bond«, so der Präsident der Vereinigten Staaten, »ist ein Symbol der wahren Werte der freien Welt«.

Ausfallbürgschaft für den Frieden

Zum ersten Mal unterstützt eine Landesbehörde die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone: Die Hamburger Kultursenatorin Helga Schuchardt hat die Schirmherrschaft Ober ein Festival der »Künstler für den Frieden« übernommen das am 3./4. September unter dem Motto »Hamburg atomwaffenfrei! « im St. Pauli-Stadion stattfinden wird. Sollten trotz der auftretenden Prominenz (von Harry Belafonte bis Hanna Schwarz) die Kosten von 750.000 Mark nicht gedeckt werden können, hat die Kulturbehörde der Hansestadt eine Ausfallbürgschaft übernommen.

Reklame II

Die Deutschen, wenn sie zu den Kunden der dritten Fernsehkanäle gehören, kennen den Österreicher Günther Nenning bestenfalls als Talkmaster, und zwar als einen, der sich selbst meist wichtiger nimmt als seine Gesprächspartner. Seine Heimat beliefert der Sozialdemokrat darüber hinaus noch regelmäßig mit der Zeitschrift »Forum« und ab und zu mit Büchern und Broschüren. Zuletzt: »Vorwärts zum Menschen zurück«. Auch wenn das kaum eine Folge der harschen Kritik in KONKRET (»Wie vorne ist hinten?«, Heft 5/83) sein dürfte: Nennings neues Buch scheint Verkaufshilfe dringend nötig zu haben. Drunt in der Lobau gab der Autor kürzlich sein letztes (Kleidungsstück), um für sein Traktat zu werben.

Die endgültige Satire

In ihrem Juli-Heft ernannte die »Titanic«-Redaktion den Hannoveraner Kabarettisten Dietrich Kittner zu einer der sieben »peinlichsten Persönlichkeiten«. Der nämlich sei »verlogen«, weil er sich dagegen wehrte, daß die niedersächsische Landesregierung trotz zweifacher gerichtlicher Aufforderung Zuschüsse für sein »Theater an der Bult« verweigerte. Bernt Eilert in »Titanic«: »Unseretwegen kann er 'kittners kritisches kabarett' ruhig dichtmachen. Ernstzunehmen ist ein staatlich geförderter Staatskritiker ohnehin nicht.«

Daraufhin hat Kittner ein paar Telefongespräche geführt, mit Verlag und Redaktion des Satire-Blatts, und er macht kein Hehl daraus, daß es ihm dabei auch um eine persönliche Revanche ging, als er die »Titanic«Leute an ihrem eigenen Anspruch vorführte.

Kittner meldete sich als CDU-Landtagsabgeordneter Wedelink aus Hannover, am »Titanic«-Apparat war Verlagschef Gerhard Sondermann: »Ich muß Ihnen herzlich zu ihrem Artikel über den unsäglichen Herrn Kittner gratulieren ... « , sagte "Wedelink« und bat dann uni die Nachdruck-Erlaubnis für die Kittner-Passage. In der RCDS-Zeitung der Hannoverschen Uni sollte sie faksimiliert werden. Auszug aus dem Telefongespräch:

Sondermann: »Ja, das ist natürlich eine Sache, die müßte im Prinzip die Redaktion entscheiden.«

Kittner: »Ja, das soll natürlich bezahlt werden (...) Denkbar wären auch Inserate. Ein Inserat von der CDU wäre wohl nicht so gut, aber wir haben ja auch Firmen, die der CDU nahestehen. Also ich selbst habe einigen Einfluß bei Bahlsen. Wäre das nicht ein Weg?«

Sondermann: »Meinen Sie wirklich? Meist ist bei diesen Firmen doch immer der Eindruck, daß die Leser von satirischen Blättern konsumfeindlich sind, und da wollen die nicht so gern.«

Kittner: »Nein, sehen Sie, das ist ja so: die meisten dieser Blätter sind linkslastig und einseitig. Aber bei Ihnen ist das anders. Sie sind ausgewogen. Na schön, da kriegen wir von der CDU auch unser Fett ab, aber das muß man halt in Kauf nehmen, ha, ha, das muß ja sein, ha, ha. Hauptsache, daß es ausgewogen ist.«

Sondermann: »Ja, das sehe ich auch. Also ich will dann mal der Redaktion gegenüber dafür plädieren, daß Sie den Abdruck kostenlos... Ich werde mit denen sprechen, dann klappt das . «

Verlagsleiter Sondermann sprach mit seiner Redaktion, und dann klappte das tatsächlich. Auch Kittner rief noch einmal als CDU-Scharfmacher bei der »Titanic«-Redaktion an (»Wir haben uns ja so gefreut, daß Sie es diesem linken Heiligen mal eingetränkt haben«) und vergewisserte sich der Abdruckrechte. Und noch einmal ein Gespräch mit Verleger Sondermann:

Kittner: »Sie können sich auf mich verlassen. Allerdings, vielleicht wäre es besser, wenn wir die Sache vertraulich behandeln würden, diesen Zusammenhang zwischen Abdruckrechten und Inserat.«

Sondermann: »Ja, natürlich.«

Kittner: »Nicht, daß die Linken was ausgraben und machen da in der Zeitung ... «

Sondermann: »Um Gotteswillen, nein! «

Doch.

Kulturelle Schätze

Eine sozialdemokratische Forderung zur sozialpolitischen Wende: Wenn schon beim Brot gekürzt werden muß, bitte nicht bei den Spielen. Oder, mit den Worten des Frankfurter Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann, SPD-Politiker in einem CDU-Magistrat: »Kulturausgaben schaffen in den Köpfen und Herzen unserer Mitbürger Schätze, die keine Krise, kein Bankrott mehr zerstören kann.« So begründet Hoffmann

neues Amt in einem neuen Verein. Seit kurzem ist er nämlich »Koordinator des Kuratoriums des Kulturforums der Sozialdemokratie«. Unter anderem soll dieses Genitiv-Gremium Vorarbeiten für ein kulturpolitisches Programm der SPD (nein, die hat bisher keins) leisten. Zu seinen Mitgliedern gehört auch Dr. Diether Dehm, Musikverleger, Produzent und Tournee-Veranstalter. Unter Vertrag hat er zum Beispiel die bots, BAP und Wolf Biermann.

Zitat

»Nicht einmal Herbert von Karajan hat Kanonen. Nur ein Heeresmusikkorps hat sie. Und deshalb meine ich, ist es angemessen, sie zu nutzen.«

Tagesschau-Statement von General U. Wettler von der 5. Bundeswehrpanzerdivision anläßlich der Aufführung von Tschaikowskys »Solenne 1812« in Dies an der Lahn, bei der echte Kanonen eingesetzt wurden.

Drei neue deutsche Gedichte

Nacht in Myos

Im Hafen knurpselte ein Motor
Er knurpselte so vor sich hin
Ich fragte nach dem Wohin
Das Dunkel gab keine Antwort
Da merkt ich
wie einsam ich bin

Frieden jetzt

(für Anita und Boris Spanplatte)

Gestern
Klopfte der
Friede an meine Tür.
Im Spion
ließ ich ihn nicht
aus den Augen.
Eine Weile lang stand er
unschlüssig herum
Ich hatte ihn mir

größer vorgestellt. Dann
aß er langsam eine Tomate.

An einen Kuschelbär

Meine Feuchte
glibbert nach Dir
im Neongleißen –
Mach keine Flecken,
Lieber,
Du.
Und klage
nicht.

Diese drei Gedichte des Hamburger Schriftstellers Hermann Peter Piwitt erschienen zuerst in der neuesten Ausgabe der Literaturzeitschrift »Boa Vista«. KONKRET druckt sie nach, weil die Redaktion von einem wachsenden Interesse an neuer Lyrik ausgeht, das sich nicht zuletzt auch in den sechsstelligen Verkaufsauflagen der Gedichtbände von Christine Allert-Wybranietz ausdrückt. KONKRET bittet seine Leser mitzuteilen, ob auch künftig solche Texte veröffentlicht werden sollen.

Konkret 08/83, S. 77

Sabine Bredy

Plattentips

Irdischer und greifbarer, aber auch einförmiger als je zuvor präsentiert sich die amerikanische Kult-Funkgruppe »Talking Heads«. Das Album **»Speaking in Tongues«** ist durchweg hör-und tanzbar, doch wartet man vergeblich auf die genialischen Klang- und Arrangementideen, die den mal fragilen, mal neurotisch-nervösen Funksound früher unvergleichbar machten. Da nützt weder die immer noch so wunderbar mansche Stimme von Sänger David Byrne, noch das eigens von einem New-Yorker Hip-Künstler gestylte Cover der limitierten Erstauflage: das Album bleibt guter Durchschnitt, vom Olymp sind die »Sprechenden Köpfe« einstweilen runter. (WEA).

Eine Perle für bequeme Soul-Fons beschert der legendäre Detroiter Soul-Labelriese »Motown« zum fünfundzwanzigsten Firmenjubiläum: **»23 Number One Hits from 25 Years«.** Vier LP-Seiten dokumentieren die Entwicklung mehrerer Generationen schwarzer Musiker und lassen kein Auge trocken, Die Kinderstimme des kleinen Michael Jackson, die Supremes, Stevie Wonder, die Temptations und noch mehr Koryphäen und deren Single-Hits entführen dich mal süßlich, mal rebellisch-aggressiv zurück ins Jugend- oder Kindesalter. Die Auswahl stimmt. Das Doppelalbum ist eine gute Service-Leistung für Hordcore-Soulfans und Dauertänzer. (Motown/Bellophon).

Italien galt bis dato nicht gerade als Mutterland eigenständiger, innovativer Popmusik. Die langmähnig-schwitzenden Italo-Rock»ladies«, die in letzter Zeit inflationär über uns hereingebrochen sind, beließen ihr Schaffen hauptsächlich beim Kopieren amerikanischer Rockvorbilder, den Rest besorgten leicht schmalzige Schlager-Rauhbeine oder betuliche Folklore-Interpreten. All das ist nicht Sache der fünf Genuesen von »Matia Bazar«. Augenfällig Ist zunächst ihre Vorliebe für Valentino-Klamotten. Zum Glück ist das noch nicht alles: Sich ihrer Tradition wohl bewußt, bedient die Gruppe sich verschiedenster musikalischer Stile mit Gewandtheit und sehr eigenen Soundideen. Zusammengehalten werden diese futuristischen Pop-Balladen von der eisklaren, sehr flexiblen Sopran-Stimme der schönen Sängerin Antonella Ruggiero. Rein äußerlich gefällt sich das Album **»Tango«** als Mixtur aus Bauhaus- und Computerasthetik. (WEA).

Nach Wien verschlagen hat es heuer die Ex-Ideal-Musikerin Annette Humpe. Noch Auflösung des erfolgreichen Neue-Deutsche-Welle-Quartetts ist sie ins Produzentenlager übergewechselt. In Zusammenarbeit mit den Wienern M. Tauchen und J. Prokupetz erschien jetzt eine LP mit dem Titel **»Deutsch-Österreichisches Feingefühl«,** kurz »**DÖF**«. Was da so feinfühlig wird, bleibt für Nichtwiener möglicherweise auf ewig unerfindlich. Da wechseln sich Hans Mosersche Humoreinlagen in Dialogform ab mit Musikfetzen, Mutationen französischer Altschlager und neumodisch-skurrilem Liedgut á la: »Denn keiner - nur einer hat/so sinnliche Lippen wie der Yassir Arafat ... « Irgendwie" scheint alles irgendwie Persiflage, sein zu sollen, es geht über Haschhunde, Arbeitslose und Killertauben, und niemand weiß, warum. Kleinkunst oder Großmist? Das Trio schreckt vor nichts zurück, befindet sich jenseits von Gut und Böse. Gefühl noch dem Hören der LP, entsprechend einer Textzeile: Na, Hansi, net, Burli, sag i, Burli, Burli, i sag nur Burli.« Das Sommer-Loch bleibt gnadenlos. (WEA)

Konkret 08/83, S. 78

Mit Ölfarbe gegen die Bombe

"Künstler für den Frieden« haben mehr zu zeigen als Picassos Taube und Ihre mehr oder weniger dilettantischen Variationen. Fünfzehn International bekannte Maler aus acht westlichen Ländern liefern Arbeiten für eine Mappe mit neuen Friedensplakaten, die im September erscheint

Sich für den Frieden zu erklären«, schreibt AntoniTápies zu seinem Bild, »schien mir immer untrennbar mit dem, was ein Arbeiter der Kultur will. In einer Ästhetik, die nicht auf Erkenntnis aus ist und nicht die Beziehungen zwischen den Menschen untereinander und zwischen den Menschen und ihrer materiellen Umwelt verbessert, sehe ich keinen Sinn.«

So unterschiedlich wie die Arbeiten selbst sind die Texte, die die Künstler für ihre Friedensplakate liefern. Renato Guttuso zum Beispiel, der italienische Kommunist, schreibt einen ganzen Mini-Leitartikel gegen die Stationierung neuer US-Raketen auf Sizilien, während der Brite Kitaj Selbstzweifel formuliert: »Ich nehme an, daß wahrer Friede wahrer Kunst ähnlich ist: er wird mit Sorgfalt, Imagination und Glück hergestellt. Anders als das Verhängnis ist er ein Stück Freiheit. Stimmt's? Ich weiß nicht so recht.« Ganz entschieden ist Antonio Saura. Er variiert Goyas Gemälde von einem Hund und stellt ein Zitat des spanischen Dichters Quevedo dazu: »Trotz aller Ehrung bist du, Herrscher über uns, für den, der dich zu prüfen weiß, die höchste Niedertracht, der Ekel, der Kot.«

Hans Platschek schreibt zu seinem Gemälde, das ein Detail aus Picassos »Guernica«-Bild aufgreift, den abgerissenen Pferdekopf: »No pasaran«, der republikanische Kampfruf aus dem Spanischen Bürgerkrieg, »Sie werden nicht durchkommen«. Und weil sie eben doch durchgekommen sind, die Faschisten, fügt Platschek heute hinzu: »Esta vez no« - »Diesmal nicht«. Hans Platschek ist auch der Initiator dieser Edition, und der Hamburger Maler und Publizist ist erstaunt, wie schnell so viele seiner Kollegen ihre Arbeiten für Plakate der Aktion »Künstler für den Frieden« bereitgestellt haben. Außer den genannten gibt es Bilder und Texte von den Amerikanern Larry Rivers und Robert Motherwell, von Maria Lassnig (Österreich), GillesAillaud (Frankreich), Roberto Matta (Chile), Eduardo Arroyo (Spanien), K. R. H. Sonderborg, (Bundesrepublik) und Constant (Niederlande). Auch das Plakat, das Friedensreich Hundertwasser für das Bochumer Friedensfest im letzten Jahr hergestellt hat, wurde noch einmal in die Mappe aufgenommen.

Zunächst hatten sich die Initiatoren überlegt, sämtliche Blätter von den Künstlern signieren zu lassen. Die Mappe hätte damit für den Kunsthandel einen außerordentlichen Wert bekommen. Aber eben nur für den. Und Organisations- und Transportkosten hätten den Preis der Edition vervielfacht. Jetzt liegt er bei nur 100 Mark. Die fünfzehn Plakate (DIN A 1) sind über die Firma Wippermann + Kaufmann in Hamburg zu beziehen. Zum ersten Mal ausgestellt wird die Mappe im Rahmen des Festivals »Künstler für den Frieden", das am 3. und 4. September stattfindet.

Konkret 08/83, S. 82

Hartmut Schulze

Noch ein Hirnriss

Ende Juni fand zum siebten Mal im österreichischen Klagenfurt der jährliche Vorlesewettbewerb des deutschsprachigen Literaturbetriebs statt. Kaum jemand hat diesen Literaturbetrieb in letzter Zeit so genau beschrieben wie der Münchner Autor Rainald Goetz (Jahrgang 1954), zum Beispiel in seinem »Trans-Atlantik«-Aufsatz »Reise durch das deutsche Feuilleton«, einer Vivisektion der literarischen Großkritik. Aus der Beobachtung ist schnell eine teilnehmende Beobachtung geworden; denn spätestens wenn einer Buchkritiken für den »Spiegel« schreibt, gehört er selbst zum Kulturbetrieb, und wer bei Suhrkamp veröffentlicht, wird auch bald nach Klagenfurt eingeladen. Goetz ist mit dem Vorsatz nach Kärnten gefahren, das wohlfeile Gesülze dieser Veranstaltung zu stören. Und weil er deren Mechanismen besser begriffen hat als seine Kollegen vorher, von denen viele sehr ernsthaft ähnliches versucht hatten, ist ihm das gründlich gelungen. So gründlich, daß ihm in Klagenfurt niemand mehr zuhörte, alle über ihn redeten, aber keiner wußte, wovon er selbst denn redete. Er hat sich, der Wirkung wohl bewußt, eine Wunde verpaßt, und damit war sein Text mit dem Titel »Subito« der weiteren Auseinandersetzung nicht mehr würdig. Fragt die »FAZ«: »Wie glaubwürdig ist ein medienkritischer Autor, der dieses Wissen schamlos nutzt?« Fragt KONKRET: Wie glaubwürdig ist einer, der dieses Wissen nicht nutzt?

Wenn sich ein junger Autor bei einer Dichterlesung die Stirn aufschlitzt, läßt die deutsche Öffentlichkeit zwei Deutungen zu. Das gesunde Volksempfinden sagt: Der ist verrückt. Und die aufgeklärte Intelligentsia sagt: Der will sich interessant machen, seinen Marktwert im Literaturbetrieb heben.

Mit beiden Urteilen waren beide Lager nach dem Klagenfurter Auftritt von Rainald Goetz schnell zur Stelle. Und beide Urteile sind plausibel. Der Autor selbst wird wohl am wenigsten bestreiten, verrückt zu sein, wobei er weiß, wovon er redet, er hat eine psychiatrische Vorbildung. Normal sein, der Norm entsprechen, jedenfalls will er sicher nicht. Er hat ein Buch darüber geschrieben, sein erstes, es erscheint in diesen Wochen bei Suhrkamp und heißt - »Irre«. Dieser Umstand wiederum spricht für die Annahme, daß Goetz mit seinem »Blutopfer« (»Süddeutsche Zeitung«) seine Startchancen auf dem Buchmarkt verbessern wollte. Bei 60.000 Neuerscheinungen jährlich muß man schließlich irgendwie auffallen.

Nur: Wer das bejammert, der ist der besonderen Ideologie dieses Marktes schon verfallen; denn er geht davon aus, daß in diesem Kulturbetrieb künstlerische Qualität entscheidet. So wie die entsetzte Rosemarie Altendorfer, die in ihrem Klagenfurter Hofbericht für die »Süddeutsche Zeitung« schrieb: »Sie (die Literaturkritiker, die man nicht vom Podest stürzen müsse) bestimmen ihren Stellenwert selbst durch ihre Äußerungen.« Ihren *Stellenwert* vielleicht, den *vor* und hinter dem Komma. Nicht aber ihren Wert.

Seit es dieses Wett-Lesen gibt (mehr als zwei Dutzend Autoren lassen sich nacheinander von einem knappen Dutzend Kritikern öffentlich richten), seit der ersten Auslobung dieses nach Ingeborg Bachmann, die sich nicht wehren kann, benannten Preises, verweigern sich jedes Jahr etliche der eingeladenen Schriftsteller trotz der hohen Prämien (zur Zeit 17:000 Mark als Hauptpreis), verweigern sie »die scheußliche Ehre, vor einer Jury ausgewählter Zombies zu Schaukämpfen in die Medienarena zu steigen« - so Hermann Peter Piwitt schon 1977 in KONKRET.

Nun hat aber eine geschickte Regie dieses Kärntner Provinzspektakel in die Sommerferien gelegt und außerdem dafür gesorgt, daß allein schon durch die Berufung von Kritikern der »FAZ«, des »Spiegel« und der »Zeit« in die Jury eine freundliche Presse gesichert war. Da es um diese Zeit in der Regel nichts zu melden gibt und schon gar nichts Kulturelles, sind die Feuilleton-Spalten Ende Juni/ Anfang Juli stets voll von Klagenfurt, nun schon im siebten Jahr. Auch jede Absage wurde gemeldet und vor allem, wenn ein Autor in Klagenfurt nicht artig war. So wie 1980 H.C. Buch, der zwar gelesen hatte, sich dann aber nicht mehr kritisieren lassen wollte. Scharf hat Buch den »kritischen Apparat« gegeißelt, »welcher, aufgrund seiner Struktur, immer nur sich selbst reproduziert«. Und alle haben darüber berichtet, und im Jahr drauf sind alle wieder neu erstaunt, wenn jemand absagt. In diesem Jahr hat F. C. Delius auf drei Spalten der »Frankfurter Rundschau« erklärt, warum er nicht nach Klagenfurt fährt. Weil nämlich: »Die Veranstaltung ist ein zeitgemäßer Reflex des Literaturbetriebs auf den kapitalisierten Buchmarkt.« Ach was.

Aber auch die wunderbaren Gedichte von F.C. Delius werden auf Papier gedruckt und gegen Deutschmark verkauft, und vielleicht werden ja nach diesem kritischen Wort in der »FR« ein paar mehr verkauft. Reflex des Literaturbetriebs.

Was haben denn alle nur (angeblich) gegen diesen Literaturbetrieb? Sollen die Dichter denn mit der Glocke durch die Fußgängerzonen rezitieren? Oder ihre Texte wie die verschrobene Hamburger Lyrik-Dilettantin Friderike Frei per »Literatur-Post« vertreiben? Nein, nein, das Fachmagazin »Buchreport« stellt da aus Anlaß der Schlitz-Aktion von Rainald Goetz schon die richtigeren Fragen. Unter dem schönen Titel »Wofür das 'Subito'-Blut geflossen ist« heißt es da in einem Kommentar: »Das Buch als sinntragendes Objekt verträgt nur insoweit ein Marketing, als die Aktionen, die zum Zwecke seiner Popularisierung veranstaltet werden, kein Eigenleben entfalten dürfen, sondern rückverweisenden Charakter haben müssen.« Also, Herr Goetz: Ein bißchen »irre« hätten Sie sich schon aufführen können, um auf Ihr neues Buch rückzuverweisen. Aber doch nicht gleich mit Blut rumspritzen. Und schaun Sie: Auch der Ruprecht Skasa-Weiß fand in der »Stuttgarter Zeitung«: »Langweilig war das nicht.« Aber schon im nächsten Satz: »Und den Text hätte es gar nicht gebraucht.« Ihre Aktion hat eben ein zu starkes Eigenleben entfaltet. Niemand hat mehr auf das geachtet, was Sie eigentlich

zu sagen hatten - oder gar darauf, was das mit Ihrer Aktion zu tun haben könnte. Darum war das dann »faschistoid« (»Stuttgarter Zeitung«), eine Provokation »um jeden Preis« (»FAZ«) - wo doch jeder weiß, daß es Klagenfurter Provokationen um einiges preiswerter gibt (siehe H.C. Buch).

Aber warum sollte ausgerechnet der »FAZ«-Feuilletonist Uwe Wittstock etwas verstehen, was keiner seiner Kollegen begreifen kann. Weil sein Chef Marcel Reich-Ranicki auch in Klagenfurt den Chef macht? Vielleicht ermahnt der seinen Wittstock wenigstens, das nächste Mal doch zuzuhören. Denn was der Goetz da vorgelesen hat, ist keine »geifernde Haßtirade gegen alles und jeden«, sondern eine gegen Reich-Ranicki und seinesgleichen (zugegeben, das sind ganz schön viele). Und er sucht auch nicht »vergeblich nach einem 'BIG SINN' im Leben«, sondern das Gegenteil ist der Fall, wovon man sich durch ganz simples Nachlesen überzeugen kann.

Also »Subito«. Die Kulturschreiber haben sich alle daran erinnert, daß der Kellner bei ihrem Stamm-Italiener auch immer »Subito« sagt, wenn sie ihren Espresso bestellen, und übersetzen für den dummen Leser: das heißt sofort. Keiner dagegen erinnert sich daran, daß »Subito« ein Schlüsselwort der Zürcher Jugendrevolte war, und schon gar keiner weiß, daß das »Subito« eine Hamburger Kneipe ist, in der sich weit nach Mitternacht junge Leute treffen, die Nach-Punk-Szene. (Wer zugehört hätte, hätte das allerdings dem Text entnehmen können.)

Natürlich ist dieses Stück Prosa ein Skandal (und nicht etwa die Stirnwunde - mit sowas weiß der ausgebildete Arzt Dr. Rainald Goetz umzugehen, und was den Medienrummel angeht: der ist ausschließlich eine Angelegenheit des Medienrummels). Dieser Text ist ein Skandal, weil er besoffen ist - der junge Rainald Goetz trinkt gerne Bier -, und weil er besoffen ist, stehen in diesem Text Dinge, die mancher schon gedacht, sich aber wieder wegzensiert hat. Über einen nett und blöde sabbelnden Taxifahrer: »Das dumme Gerede des dummen Menschen, das ist die Umweltverschmutzung, die Weltbedrohung, da ist jede Pörsching ein stählerner geistreicher Witz dagegen... Wenn der dumme Mensch vernichtet ist, dann ist wenigstens endlich eine gescheite Ruhe, wenn die Bombe fällt und alles weggeglüht ist, dann ist endlich die viel zu viele Dummheit weg. Das wird schön.«

Nein, dieser Goetz ist kein Künstler für den Frieden. Die deutsche Friedensbewegung, jedenfalls, wie sie sich öffentlich darstellt, reicht von André Heller bis Peter Maffay. Ist es da verwunderlich, wenn einer mal gegen die »einfältigen Hausfrauenweisheiten zwischen Raketenangst und Beziehungsverzweiflung« hetzt, »die ein Matthias Wissmann längst ebenso vertritt wie der nächste Freak um die Ecke oder irgendeine xbeliebige Null«? Dieses Zitat stammt aus einem anderen Goetz-Manuskript, aus einer Rezension des rororo-Buches »Der große Hirnriß« von Peter Glaser und Niklas Stiller.

Hier wird am ehesten deutlich, worum es auch in Klagenfurth ging (wobei sich die Sache mit dem Hirnriß im nachhinein als unfreiwilliger doofer Kalauer herausstellt): um die Unfähigkeit, sich mit Phänomenen auseinanderzusetzen, die quer liegen zu den »Weltverantwortungsplattheiten« (Goetz), den »beobachtungsgenauen, einfühlsamen, kritischen und sensiblen«. Der eine Autor, Glaser, ist. Mitte zwanzig, der andere, Stiller, ist Mitte dreißig. Und ihr gemeinsames, total auseinanderfallendes Buch ist, so Goetz, »der beste Beleg dafür, daß derzeit schier eine ganze Generation liegt zwischen Mittzwanzigern und Mittdreißigern«. Wobei es auch Mittdreißiger gibt, die noch keine zwanzig sind. Ihnen ist alles Modische suspekt, Popkultur ist verwerflich, es sei denn, sie heißt Santana, Dylan oder Rolling Stones. Und ihre »Literatur weiß nichts von dem Lebensgefühl, das eine zum Aufbruch entschlossene Post-Punk-Intelligenz nachts durch die Großstädte treibt« (Goetz).

Andererseits weiß diese Post-Punk-Intelligenz auch nicht, *wohin* sie aufbricht - außer in die nächste Kneipe. Vielleicht könnte man sich da ja mal zusammensetzen, auf ein Bier. Vielleicht kämen wir dabei zu der Einsicht, daß nicht nur schwarze Hosen, spitze Schuhe und blondgefärbte Haare eine Mode sind, sondern auch weiße Taube auf blauem Grund, Regenbogen und Roots-Schuhe. Die einen sind zynisch und sagen Ja zur modernen Weit, Die anderen finden jede Art von Zynismus ganz schlimm und suchen sich einen Philosophen, der tausend Seiten darüber vollschreibt, wie schlimm dieser Zynismus ist, und haben damit soeben eine neue Mode kreiert. Den Zombies ist beides recht.

Aber woher dann diese Unduldsamkeit, die bis zum Haß geht. Der Klagenfurter Juror Walter Jens zum Beispiel muß - so hört man - in einer Tonart gegen Rainald Goetz gewütet haben, in die ein Lessing-Fan nur durch große Mißverständnisse fallen dürfte. Diese Tonart ist sehr deutsch. Das Mißverständnis des Aufklärers Walter Jens und das vieler wackerer Achtundsechziger, Jutetaschenträger und Friedensfreunde meint, daß jemand, der »Heil Hitler« sagt, ein Faschist ist. Faschisten sagen heute eher nicht »Heil Hitler«.

Das ist ein formales Problem, kein inhaltliches - wenngleich es in diesem und in anderen Fällen eine Widerlichkeit ist. Aber über Widerlichkeit sollte man streiten, nicht pöbeln. Seltsam auch, daß es immer wieder die Haare sind, die solche (Generations-)Konflikte illustrieren. In dem gerade erschienenen rororo-Bändchen »Schocker - Stile und Moden der Subkultur« schüttelt sich zum Beispiel Olaph Dante-Marx (der übrigens auch in Goetzens »Subito«-Text kurz auftaucht

und wirklich Marx, nicht aber Dante heißt), schüttelt sich also dieser sechsundzwanzigjährige Abendschüler vor der Erinnerung an Gewerkschaftsjugendvertreter, die »zu Jethro Tull mit den langhaarigen fettigen Köpfen wackeln« (eine Erinnerungen auch an die eigene, gerade vergangene Vergangenheit). Und der Feuilletonist der »Stuttgarter Zeitung« hält sich bei den »blondierten Punk-Strubbeln« von Rainald Goetz auf. Nun, ja Punk ist anders - aber egal, da hat sich jedenfalls schon wieder einer den seit zehn Jahren geltenden Haarvorschriften widersetzt.

Gerade darum geht es in diesem Streit, der überall schwelt und nirgends offen ausgetragen wird: um Formales. »Sie alle beschimpfen und bespucken das, was sie die 'Oberfläche', die 'Form' nennen, da sie all ihre Legitimation dem 'Dahinter', dem 'Darunter', dem 'Inhalt', den sie als verborgenen, als nicht sichtbaren Teil einer zweiten Welt ausgeben, verdanken. Und auf diese erdabgewandte Seite des Mondes wollen sie die Jugend jagen, während diese es nun aber vorzieht, sich auf dem Olymp des Scheins zu tummeln« (Diedrich Diedrichsen in dem »Schocker«-Band).

Als die Gruppe DAF den Adolf Hitler tanzte und ein besinnungsloses Konzertpublikum dazu die Arme hochriß, hat solch rigide Apo-Moral nicht etwa danach gefragt, ob in ihren antiautoritären Kindergärten vielleicht irgendwas falsch gelaufen sein könnte, sondern erstmal alles als kryptofaschistisch verteufelt, was als neue deutsche Popmusik auftrat - solange die Unterschrift zum Krefelder Appell fehlte. (Als ob Robert Görl und Gabi Delgado-Lopez, dieses exzentrische, dekadente Schwulenpärchen, nicht genau gewußt hätten, daß sie mit als erste auf die Rampe geschickt worden wären.) Da hat sogar schon jemand Zyklon B gerochen, als Markus sein »Ich geb Gas, ich will Spaß« trällerte, diese kleine, subversive Regelverletzungs-Propaganda, die so gar nicht ins Energiesparkonzept der Bundesregierung und der Grünen paßte.

Was Spaß macht, ist suspekt; wer sich auf die nächste »Dallas«-Folge freut, meint das entweder ironisch oder ist ein schlechter Mensch - die guten sehen »Direkt«.

Noch kann es sich die Friedensbewegung, kann es sich die linke Opposition in diesem Land leisten, das Stammpublikum des »Subito« auszugrenzen, die Leserschaft der Musikzeitschrift »Sounds«, die ja schließlich eingegangen ist (siehste!). Wir haben ja die Deutsche Sportjugend, die auch für den Frieden ist und gegen den Krieg. Die künstlerische Avantgarde bilden Klaus Lage und Druck oder Hans Hartz (»Die weißen Tauben sind müde«), für die Massen versuchen wir noch, Howard Carpendale oder Udo Jürgens zu gewinnen (Wie war das doch gleich mit dem Problem von Form und Inhalt? Antiemanzipatorische Form kann keine fortschrittlichen Inhalte transportieren?). Und wenn dann Günter Noris auch noch unterschreiben könnte, das wär toll.

Wenn aus der politischen Opposition in der Bundesrepublik nicht ein permanenter Kirchentag werden soll, könnte sie diesem Rainald Goetz und seinen modernen Freunden ruhig mal zuhören. »Subitos« gibts mittlerweile in jeder Stadt, es werden auch mehr. Wenn ihr nämlich niemand mehr sagt, wie platt ihre Plattform ist, dann könnte sie vor lauter Händchenhalten vergessen, wie man eine Faust macht.

Konkret 08/83, S. 87

Rainald Goetz

KONKRET dokumentiert die Schluß-Passage aus dem "Subito"-Text von Rainald Goetz

Das beste an Klagenfurt, außer der Scheiße, ist der Unterschied zwischen Null und Titan. Denn es geht dort ja nicht um die fade Literatur, sondern um die lustige HüftenschußKritik. Vier Tage lang geht das, vier Tage lang kannst du es dir anschauen, vier Tage lang sabbeln die Nullenkritiker ihr gut abgewogenes gut abgehangenes Nullengesabbele daher, und der Titan wischt es gelangweilt oder angeätzt oder empathisch, in jedem Fall mit grandios apodiktischer Gebärde, einfach und sauber, wie sich das gehört, vom Tisch. Das taugt mir. Das ist das beste an Klagenfurt, noch viel besser als die ganze Klagenfurter Branchen-Scheiße ist der viertagelange unübersehbare und von jeder zweiten Null immer wieder dumpf attackierte Triumph des Titans. Vier Tage lang ist sichtbar: Die Null hat kein Recht zu reden, auch wenn sie dauernd nullenmäßig daherredet. Noch viel weniger hat die Null ein Recht zu schreiben, auch wenn die Papiere von NullenGeschreibe überquellen. So zeigt sich in Klagenfurt die Wahrheit. Die Null kennt keine Kühnheit, kein Vollgas, keinen Fehler, keinen Wagemut kennt die Null, die Null kennt nur das NummerSicherDenken, das meist auch noch mit drögem Wortwitz nullenmäßig aufgefischte NieNixFalschDenken, das nie einen Fehler macht und nie die Wahrheit weiß, ein Denken, das gar kein Denken ist, sondern logisch und ewig bloß die dümmste Dummheit. Weg damit, hinfort, mir aus dem Blick.

Da sah ich schon wieder ein volles Glas in meiner Hand, voll mit dem Gelben und mit einem Schaum, und neben meiner Hand lag am Boden ein ausgetretenes zerquetschtes Zigarettenkippenstück als Weißes auf dem Schwarzen, Schuhe bewegten sich daneben, und von irgendwoher glänzte irgendetwas Glänzendes in eines meiner Augen hinein, vielleicht ein Staniolpapier oder der Wasserhahn. Gab es einen Wasserhahn? Oder ist da ein nervöses Pferd mit seinem Huf vorbeigegangen?

Mann, nichts wie hin nach Klagenfurt, sagte Neger Negersen, zum NullenAnschauen und -Verhöhnen, auf nach Klagenfurt, vielleicht kann man auch beiläufig irgendeine Minderheit verunglimpfen oder ein paar Deppen sauber quälen. Genau, sagte ich, das macht mir einen Spaß. Er sagte: Einen gescheiten Spaß muß es schon machen. Und vielleicht ist ja auch Klagenfurt bedroht. Die Zukunft soll doch so bedroht sein, habe ich gelesen, ich glaube, das ist in einer Zeitung gestanden, daß alles so bedroht ist, sogar das Hörspiel, die ganze Kultur, alles muß verteidigt werden, alles ist bedroht, vor allem von der Zukunft glaube ich, oder von einer Rakete, oder von was ist jetzt gleich die Zukunft wieder so bedroht, fragte er. Ich glaube am meisten von der Zukunft, sagte ich, oder vielleicht vom Fernsehen. Darauf er: Genau!, vielleicht gibt es das gar nicht in Wirklichkeit, das Klagenfurt, das gibt es doch bloß im Fernsehen, oder ist das Fernsehen schon wirklicher als wie die Wirklichkeit, oder ist die Wirklichkeit wirklicher als wie das Fernsehen? Jaja, sagte ich, muß alles verteidigt werden, ist voll wichtig, muß gegen die Literatur verteidigt werden, oder für oder von oder wie oder was, für Literatur heißt es doch jawoll Heil Hitler da reihen wir uns ein, Kulturverteidigung voll geil voll wichtig. Da brennen doch praktisch brennende Fragen, sagte er, die brennen bloß so bei diesem Thema: Gibt es eine literarische Literatur? Brauchen wir die Literatur? Hat es eine Zukunft, das Literarische? Alles voll wichtig, ist der Fußball rund? Hat jedes Spiel 90 Minuten? Ist das nächste Spiel wirklich immer das schwerste? Und ist das Atom beklagenswert? Das sind doch alles Fragen, die endlich einmal gefragt werden müssen. Genau, sagte ich, ich muß mich auch dauernd Fragen fragen: Wie geht es weiter? Wie muß es weitergehen, gerade jetzt, nach dem ersten Roman, was muß ich tun, daß ich nicht auch sonein blöder LiteratenBlödel werde, der locker und dumpf Kunst um Kunst hinschreibt. NeinNeinNein, immer alles zerschlagen, sagte ich, das Erreichte immer wieder sofort in Klump und kaputt und mausetot schlagen, sonst hast du die Scheiße. Ja, sagte Neger Negersen, dann hast du die Identität, die Stabilität, und am Ende sogar noch einen Sinn. Da rief ich aus: Gehe weg, du blöder SauSinn, ich will von dir Dummen Langweiligen nie nichts wissen. Den sollen die professionellen PolitFlaschen, die StaatsIdioten, diese ganzen fetten dummdreisten Kohls vertreten; den sollen die PeinsackSchriftsteller vertreten, die in der PeinsackParade, angeführt von den präsenilen Chef-Peinsäcken Böll und Grass, von Friedenskongreß zu Friedenskongreß, durch die Zeitungsfeuilletons und über unsere Bildschirme in der unaufhörlichen PeinsackPolonaise ziehen, und dabei den geistigen Schlamm und Schleim absondern, den das WeltverantwortungsDenken, das Wackertum, unaufhörlich produziert, dieses ganze Geschwerl, dieses Nullenpack soll ruhig noch jahrelang den BIG SINN vertreten. Wir müssen etwas Wichtigeres tun. Wir müssen ihn kurz und klein zusammenschlagen, den SauSinn, damit wir die notwendige Arbeit tun können. Die ist was viel was Schwereres, die notwendige Arbeit ist: die Wahrheit schreiben von allem, die keinen Big Sinn nicht hat, aber notwendig ist, notwendig ist das einfache wahre Abschreiben der Welt.

Da hat es mich umgeschmissen, weil ich so Maßloses von den Göttern gefordert habe, muß ich zur Strafe als TodLahmer im Bett liegen, und die Angst geht nicht weg, und ich kenne mich selbst nicht mehr. In meinem Kopf tobt ein wildes Tier.

Wer bin ich? Wozu gibt es das Denken in mir, wenn es nur ein DenkenToben ist gegen mich? Ich liege ruhig. Ich muß schlafen. Kein Schlaf kommt. Das Bett schwitzt, aber meine Füße sind an eisige Eisbrocken angeklebt. Ich werde Buße tun. Meine Augen sind ausgestochene rote blutige Löcher. Ich kann nichts sehen. Ich kann nicht denken. Die Welt ist tot. Keiner hilft. Meine Verzweiflung schreit. Sie schreit: Dich gibt es gar nicht. Du kannst das schwere Deutsch nicht. Da erbrennt mein Kopf vor Schmerz. Ich muß ihn aufschlagen an der Tischkante. Da fällt das Hirn heraus. Ihr könnts mein Hirn haben. Ich schneide ein Loch in meinen Kopf, in die Stirne schneide ich das Loch. Mit meinem Blut soll mir mein Hirn auslaufen. Ich brauche kein Hirn nicht mehr, weil es eine solche Folter ist in meinem Kopf. Ihr folterts mich, ihr Schweine, derweil ich doch bloß eines wissen möchte, wo oben, wo unten ist und wie das ScheißLeben geht. Wie ist das ScheißLeben? Wenn es mir keiner sagt, dann muß ich es eben tun, das Schreien, laut werde ich schreien, bis mir die Angst vergeht. Und ich schreie nichts Künstliches daher, sondern echte Schreie, die mir blutig bluten. Aber noch in meiner schwächsten Schwäche bin ich soo stark. Denn ein letztes Gehirnzellenlein in meinem Kopf weiß: Ich werde die Augen wieder öffnen. Ich werde die Welt wieder sehen. Ein Gieriger wird wieder schauen. Durch die weit offenen EinfallsLöcher wird das Draußen wieder in mich stürzen, ja!, der Sog wird der alte sein, und dankbar, vieles viel Dankeschön, werde ich mich wieder verneigen dürfen vor der so sichtbaren Welt.

Da haute ich auf den Tisch, weil es so wahr war. Oder war das die Theke, wo ich draufgehaut habe? Wir waren ja noch in dem Nachtcafe. Wann fahren wir endlich in das Subito? Sofort, sagte ich, ich muß bloß noch eines hier ausnützen, wo ich schon die prächtige Gelegenheit habe. Denn das ist ja das dritte Herrliche an Klagenfurt, neben der stinkenden Anwesenheit der vielen Scheiße und dem unübersehbar lehrreichen Triumph des Titans, daß man das eigene ausgedachte Denken selber öffentlich herzeigen darf und es nicht nur auf dem Papierhin gedruckt wird. Herrlich UItrawichtig wichtiger Moment. Und diesen Moment, sagte ich zu Neger Nergersen, darf ich nicht vorbeigehen lassen, ohne zum Schluß wenigstens ein paar Sätze in der Sprache des Manifests gesagt zu haben.

Wir brauchen keine Kulturverteidigung. Lieber geil angreifen, kühn totalitär roh kämpferisch und lustig, so muß geschrieben werden, so wie der heftig denkende Mensch lebt. Ich brauche keinen Frieden, weil ich habe den Krieg in mir. Am wenigsten brauche ich die Natur. Ich wohne doch in der Stadt, die wo eh viel schöner ist. Schaut euch lieber das Fernsehen an. Wir brauchen noch mehr Reize, noch viel mehr Werbung Tempo Autos Modehedonismen Pop und nochmal Pop. Mehr vom Blauen Bock, mehr vom HardcoreSchwachsinn der TitelThesenTemperamenteUndAkzenteSendungen. Das bringt uns allabendlich in beste Trinkerlaune. Nichts ist schlimm, nur die Dummheit und die Langeweiler müssen noch vernichtet werden. So übernehmen wir die Weltherrschaft. AllesAllesAlles geht uns an.

Und jetzt, los ihr Ärsche, ab ins Subito.

Konkret 08/83, S. 90

Diedrich Diederichsen

Botschafter des guten Geschmacks

Die neue Kulturpolitik des Innenministers Zimmermann: Was eigentlich ist daran so verwunderlich? Die Aufgabe des Reaktionärs ist es, reaktionäre Politik zu machen. Fragwürdiger dagegen ist die Art und weise, wie die Betroffenen, die Filmemacher und das liberale Feuilleton, auf Zimmermanns Rundschlag reagieren

Harsch ausgesprochene, apodiktische Sätze dienen meistens dazu, überflüssige Diskussionen zu beenden. ich sage zum Beispiel gerne: »Ich habe immer recht«, um mir überflüssige Debatten darüber zu ersparen, wer 1971 deutscher Fußballmeister wurde. Ludwig XIV. pflegte zu behaupten, der Staat sei er selber, womit er sich auch das eine oder andere Gedibber vom Hals geschafft haben mag. Als aber Wim Wenders im Namen der westdeutschen Filmemacher verkündete, mit Achternbusch seien sie alle gemeint, wurde nichts beendet, sondern das Geseire ging erst richtig los.

Altfeind Zimmermann hatte mit seiner derb-katholischen Kunstsinnigkeit den Achternbusch-Film »Das Gespenst« ganz richtig als gotteslästerlich erkannt und dem Regisseur die vierte Rate einer Prämie von dreihunderttausend Mark gestrichen. Dem ganzen Filmemacher-Deutschland und dem drumrum sumpfenden Kulturbetrieb wurde also plötzlich wieder eines dieser schönen warmen »Wir«-Gefühle zuteil. Und wenn der Klerikalkonservatismus in Form von Minister Zimmermann sein häßliches Haupt erhebt, brodeln in ihnen alte Revoluzzer-, Bohemia- und Solidarrnosch-Gefühle, auf daß sie sich auf einmal alle selber vorkommen wie anarchische, aggressive Bayern, wo sie doch in der Mehrheit friedlichste, ältlichste Kunstfilmer darstellen, die einen Zimmermann nie zu erschrecken vermocht hätten. Ja, sogar ehemals regierende Sozialdemokraten und liberale Amtsvorgänger sind zur Stelle, nicht, um zu verkünden, mit Zimmermann seien sie alle gemeint, wie es die Logik der sich mit Achternbusch identifizierenden Filmemacher verlangt hätte, natürlich nicht, nein auch diese Leute verbünden sich mit den vermeintlich Betroffenen unter dem schwafeligen Banner »Freiheit der Kunst« in Blasphemie und Anarchismus, wohl im Geiste mordend und brandschatzend, und erschleichen sich auf billigste Weise den Märtyrerstatus des Ausgestoßenen, um sich selbst als Oppositionelle zu profilieren.

Die »breiten Bevölkerungskreise«, die Zimmermann vor Achternbusch schützen wollte, stehen plötzlich auf der anderen Seite; breite Filmemacher- und Kulturbetriebsnudelkreise nämlich, vom frisch erworbenen Kulturkampfglorienschein geschmückt, protestieren und unterschreiben, was der Kuli hergibt, und siehe, es sind keine anderen als die Machthaber vom letzten Jahr, die sich nun rückblickend damit brüsten, nicht in die Freiheit der Kunst eingegriffen zu haben.

Und da haben sie zweifelsohne recht. In die Freiheit der nebligen, schwammigen Kulturscheiße, hierhin und dorthin zu stinken, haben sie wirklich nicht eingegriffen. Frei ging es zu und geht es weiter zu. Frei darf die Floskelindustrie in Funk, Fernsehen und Presse den deutschen Kunstfilm preisen, frei durfte sich ein Establishment von verklüngelten Literatur-, Problem- und Zweierkistenverfilmern die ausgeschüttete Pfründe gegenseitig zuschanzen. So frei, daß ein Horizont, eine Grenze ihrer großzügig ausgestatteten Dauerproduktion von gepflegter Langeweile nicht abzusehen war. Es wurde ihnen direkt selber mulmig. Wozu waren sie eigentlich noch da? Manche wurden wunderlich und reflektierten in langen Selbstzweifelstreifen den jeweiligen Stand der jeweiligen Dinge, was dann hieß: wo bleibt das Geld, wo Preis und Förderung? Aber nie mußten sie allzu lange warten. Und wo das Geld so schön floß und keine Widerstände mehr zu entdecken waren, an denen sich das Künstlerherz hätte brechen und scheuern können, manövrierten sich manche absichtlich, zusehends atemlos geworden auf der Suche nach Legitimation, in Situationen, wo es noch Probleme gab, ihre Phantasien schlugen so bizarre Blasen, wie die, man müsse einen Dampfer über einen Berg in Südamerika ziehen, um dem deutschen Film die so sehnlich erstrebte Weltgeltung zu verschaffen.

In einer solchen Situation war nichts schöner als das Erscheinen eines aggressiven Deppen, eines polternden, ungeschlachten, als Feindbild von einem bekannten Tischler zurechtgeschnitzten CSU-Ministers, der in jenes alte, rostige argumentative Messer der Liberalen lief, das da heißt »Freiheit der Kunst«. Der wenig pfiffige Zimmermann konnte natürlich nicht ahnen, was da auf ihn zukommen würde, aber er handelte zumindest instinktiv nicht ganz unsinnig. Er griff sich einen, der ihn wirklich beleidigte und somit auch das einzige tat, was man mit einem wie Zimmermann tun muß. Er griff sich seinen natürlichen Feind und handelte wie Mächtige handeln, irgendwo in seinem Dickschädel ahnend, daß die Schlöndorffs dieser Welt irgendwo irgendwie auch seine Verbündeten sein könnten. Mit ihnen muß er sich nur darum streiten, wo die Freiheit der Kunst beginnt und wo sie endet. So what? Das kennt der. Das gab's schon bei anderen Gelegenheiten , das stellt auch für weniger helle Politik-Profis keine Schwierigkeit dar. Einer, der ihn richtig beschimpft, ist ihm da schon ein größeres Problem.

Doch auch dieses wird dem Zimmermann schon von seinen sozialliberalen Politikerkollegen abgenommen. Die eröffnen die Diskussion, indem sie (fragwürdige Ehre) Achternbusch erst einmal flugs zu einem der ihren ernennen, um dann die wohlbekannte Zensur – Fluch- oder -Segen?-Debatte zu singen. Die Liberalen sagen: alles. Die Rechten sagen: fast alles. Und beide kriegen sie Kunst oder Kino und alles andere schon auf ihre Art kaputt. Die Frage »Pasolini - Kunst oder

Pornographie?« soll nur davon ablenken, daß überall sonst gesagt wird, die Kunst ist die Kunst ist die Kunst ist sensibel, Phantasie und Wirklichkeit, ernst ist das Leben, schöne Bilder, »ein poetischer Thesenfilm über Geist und Materie, Tag und Nacht, Mann und Frau« (das habe ich mit eigenen Ohren im TV gehört), Probleme von Minderheiten, einfühlsam, Thomas-Mann-Verfilmung, bestechende Bilder, oscarverdächtig, humtata.

In ihrer Protesterklärung sagen die Filmemacher: »Politische Bewertung von Kunst und Tradition in unserem Land, sie berührt die dunkelsten Kapitel unserer Geschichte.« Hat sie das? Tut sie das? Ist es nicht viel mehr so: Politische Bewertung von Kunst hat keine Tradition in unserem Lande, von ein bißchen heruntergewirtschafteter, ästhetisch ahnungsloser Ideologiekritik-Konfektion einmal abgesehen. Nichtpolitische Bewertung von Kunst hat dagegen eine große Tradition in unserem Land und berührt die im allgemeinen durchweg dunklen Kapitel unserer Geschichte.

Weiter: »Man täuscht sich allerdings, wenn man glaubt, uns auseinanderdividieren zu können, wir haben ein gemeinsames Selbstbewußtsein, 20 Jahre neuer deutscher Film.« Und ich dividiere euch dennoch auseinander. (Wie dividiert man eigentlich auseinander? Wie dividiert man zusammen? Wie schreibt man Drehbücher? Deutsch?): Nur weil ihr alle gleich alt und gleich deutsch seid, seid ihr nicht gleich gut oder gleich doof, und eure Filme stehen auf verschiedenen Seiten.

Einige von euch machen, politisch bewertet, regelmäßig gute Filme: Kluge, Achternbusch, Schröter, Straub/Huillet, die wohl kaum unterschrieben haben dürften, und Fassbinder hätte wohl auch unterschrieben, hat aber nicht; andere haben einmal vor langer Zeit gute Filme gemacht: Wenders, Herzog, von Praunheim; der Rest ist ein Haufen Langweiler, der unentwegt dafür sorgt, daß die guten, radikalen Filme nicht gemacht werden können, weil sie mit ihrer schnarchigen Kulturkultur das ganze Geld aufbrauchen. Ein potentiell radikaler junger Filmer wie Wolfang Büld, den das liberale Feuilleton wegen seiner Brachialkomik verdächtig findet, könnte aufgrund des bloßen Unterhaltungswertes, den seine Filme auch haben, von der Politik eines Zimmermann, der mangels besserer Ideen Massenerfolg und Unterhaltungswert zur Maxime jedweder Kunst erklärt, am Ende gar profitieren.

Überhaupt: Vielleicht könnte so ein CSU-Dumpfmeister-Gremium neuartige, ideenreiche Sachen aus lauter Ahnungslosigkeit passieren lassen, die die gewieften SPD-Juroren mit vollständig verinnerlichtem »Aspekte«-Kunstcode durchfallen ließen. Denn was der neue deutsche Film seinem Wesen und seiner Funktion nach wirklich war, verrät uns einer seiner Apologeten in einem »Zeit«-Kommentar:

»Nun können 'größte Teile' der Bevölkerung 'Das Gespenst', von der gewiß gottloser Umtriebe unverdächtigten Jury der evangelischen Kirche als 'Film des Monats' ausgezeichnet, überhaupt nicht sehen, weil es nur in wenigen Programmkinos läuft. Der Verdacht drängt sich auf, daß Zimmermann den Achternbusch haut, weil ihm die ganze Richtung nicht paßt. Was schert ihn der Ruhm, den Regisseure wie Fassbinder, Herzog, Wenders und Schlöndorff während der sozial-liberalen Ära für den deutschen Film und damit für das kulturelle Ansehen der Bundesrepublik errangen?«

Was fällt uns auf?

Erstens: Der Kommentator läßt sich auf den von Zimmermann erhobenen Vorwurf der Blasphemie ein und bemüht eine Jury der anderen großen Konfession, um, sozusagen via Bibelauslegungsdifferenzen, den Vorwurf des Ministers zu entkräften. Nur wenn beide Konfessionen und die mohammedanische Minderheit sich einig sind, darf man Prämiengelder streichen. Im ZDF ging einer soweit zu meinen, er müsse Achternbusch hinterrücks entschuldigen, indem er dessen Film als »tief religiös« empfand. Der wird sich bedanken, der gute Achternbusch.

Zweitens: Der arme Achternbusch wird, weil sich dem Mann von der »Zeit« »ein Verdacht aufdrängt«, schon wieder auf das Brutalste zusammendividiert. Zusammen mit Schlöndorff, Wenders, Herzog und Fassbinder soll er eine Richtung bilden. Welche? Na, die Richtung der gleichaltrigen Deutschen, die sich nicht auseinanderdividieren lassen und nebenher als Filmschaffende tätig sind.

Drittens und schlimmstens: Was hat diese Filmbewegung außerdem noch gemeinsam? Sie hat das kulturelle Ansehen der Bundesrepublik gehoben. Botschafter des guten Geschmacks waren sie.

Ich sitze also in einem meiner deutschen Lieblingsfilme, sagen wir »Satansbraten« von Fassbinder, und lache und leide, daß es eine Freunde ist, und die Stühle wackeln, und dann wird dieses Erlebnis dem Herrn Minister gegenüber untertänigst mit Gründen der Staatsräson gerechtfertigt, mit Gründen der Außenpolitik gar, denen dieser eher auf das Innere spezialisierte Minister sich dann freilich wenig zugänglich zeigte.

Das Ansehen dieses blöden Staates im Ausland. Darum ist es also die ganze Zeit gegangen, und ich habe es nicht geahnt. Aber wenn das wirklich so sein sollte, und es ist zweifelsohne so, dann verstehe ich naiver Mensch endlich, warum das alles möglich war. Warum der Weltenlenker den brutalen Einfall haben konnte, Volker Schlöndorff sich berufen fühlen zu lassen, ein Stück von Prousts »Recherche« zu verfilmen.

Doch, doch, das macht der wirklich. Der ist gerade dabei.

Aber, da es um das meterhohe Ansehen dieser volkreichen Doofrepublik im Ausland geht, kann ich es verstehen, fällt es mir nachgerade wie Schuppen von den Augen. Da braucht's halt ein, zwei, drei, viele Schlöndorffs (dieser Beirut-Film ging ja), um weltweit zu demonstrieren, wie wir Deutsche es mit unserer Prima-Filmförderung geschafft haben, noch jede großartige und gefährliche Kunst von unseren staatlich bezahlten Nivellierungsarbeitern auslöschen zu lassen, wie wir weltweit zu einer Atmosphäre von gediegen-spannungslosem Wohlbefinden beigetragen haben und weiter beitragen werden, nur notdürftig unser tiefes deutsches Wesen kaschierend.

Und wenn die CDU noch die CDU ist, wird sie haargenau den Film fördern, der aus Proust Schlöndorff macht, obwohl eben da wirklich die Freiheit der Kunst aufhört, wenn es so etwas gibt, da, wo sich einer ans Versauen macht, auch wenn er dabei nur die religiösen Gefühle einer verschwindend geringen Minderheit verletzt.

Wenn aber bereits Filmemacher-Freunde die Logik der Filmförderung so klar explizieren, dürfte es für Minister Zimmermann nicht weiter schwer sein, die für ihn ungewohnten Aufgaben der Kulturpolitik im Interesse der Seinigen zu meistern. Es gilt, daß Filme die Republik repräsentieren, und es gilt die Republik zu verändern, häßlicher zu machen. Da braucht's halt ein paar noch häßlichere Filme, die man fördern muß, und schon wird im Ausland das Bild der Bundesrepublik den veränderten Verhältnissen im Inneren entsprechen.

Kann man denn noch häßlichere Filme machen? Keine Sorge, das geht. Da braucht gar nicht erst eine Generation von neuen rechten Filmemachern nachzuwachsen, da müssen auch keine alten Männer aus Altenheimen hervorgezerrt werden. Das läßt sich mit dem vorhandenen Material hervorragend bewerkstelligen. Zimmermann hat nämlich gar nichts gegen die. Seine Rede bei der Filmpreis-Verleihung, in der er sich gegen »intellektualisierende Spielereien, mit dem man auch der unmoralischsten Tat seine positive Wirkung bescheinigen kann« (die Probleme mit Singular und Plural hatte Z.), verwahrte, zeigt, wovor er wirklich Angst hat: Er scheut die Intelligenz und das kluge Wort, deren bloße Existenz auf diesem Planeten eine Bedrohung für ihn und seinesgleichen darstellt. Und er ist seinen Kritikern superdankbar, wenn sie ihm den Gefallen tun, sich scharenweise auf sein Niveau herabzulassen und Fragen der Kunst zu administrativen Problemen degradieren.

Achternbusch, dem das Gerede seiner Kollegen offensichtlich peinlich ist, sagte ganz präzise, was wirklich passiert ist; das Ganze sei ein Betrug, nichts weiter als ein Betrug, und er werde vor Gericht gehen.

Genau: ein Betrug, ein Bruch von Vereinbarungen, ein Vergehen, das mit Zuchthaus nicht unter und soweiter bestraft wird. Denn so sieht es doch aus: Man macht einen Film und ist nun mal gezwungen, sich zwecks Finanzierung desselben mit irgendeinem Schweinekopf einzulassen, entweder einem privatwirtschaftlichen Schweinekopf, der Geld verdienen will. Oder mit einem staatlichen Schweinekopf, der einen Film finanziert, um seinem Staat die gewünschte Ansehenshebung im Ausland zu verschaffen, sei es einer von denen, die für Machtausübung auf die nette Tour stehen wie der liebenswerte Baum, oder einer, der für die besagte dunklen Stellen in besagter Geschichte berührende Art steht wie Zimmermann.

Wenn man sich als Filmemacher auf so einen Vertrag einläßt, muß man davon ausgehen, daß man mit DEM STAAT Verträge macht und kann keine Rücksichten nehmen auf dessen Regierungswechsel-Farcen.

Achternbusch macht es noch auf eine zweite Art richtig. Er weint keine Krokodilstränen, er beweist sein cooles Verhältnis zum Staat, indem er einfach einen neuen Film dreht: »Der Wanderkrebs« macht seinen Kontrahenten mit dem Singular/Plural-Problem gezielt lächerlich.

Natürlich fördert Zimmermann diesen Film nicht.

Konkret 08/83, S. 95

James Krüss

Bücher: Zwei neunzehnjährige

Der erfolgreich Kinder- und Jugendbuchautor James Krüss ("Timm Thaler") vergleicht sein eigenes Erstlingsbuch von 1945 mit einem Erstlingswerk von heute

Vor achtunddreißig Jahren, im Jahre 1945, war ich neunzehn Jahre alt und schrieb mein erstes Buch, das ein Jahr später auch erschien. Es hieß »Der goldene Faden«, enthielt vier angebliche Legenden, und obwohl am Ende jeder Geschichte jemand starb, gings darin menschenfreundlich-optimistisch zu. Der Stil leitete sich fern von Gottfried Keller, näher von Hermann Hesse und Rudolf G. Binding her. Er war ein wenig kunstgewerblich.

Jetzt, 1983, achtunddreißig Jahre später, erscheint das Buch des heute neunzehnjährigen Ulrich Kaiser. Es heißt »Theo's Reisen« (mit englischem Apostroph für den Genetiv), enthält 27 »Ganz-Kurz-Geschichten und anderen Kram«, und obwohl nur in einer Geschichte wirklich gestorben wird (Karl Heinz, vom »Wie-Gewöhnlich« angeekelt, wirft sich vor einen Zug), gehts darin eher menschenunfreundlich-pessimistisch zu. Der Stil leitet sich fern von Heinrich Mann, näher von Tolkien und von Peter Handke her. Er ist ein bißchen flapsig.

Vor achtunddreißig Jahren notierte ich (was ich aber nicht in mein Buch aufnahm): »Vergangenheit ist eine Rumpelkammer abgelebter Gegenwärtigkeiten, die Zukunft eine Schatzkammer an unverbrauchter Gegenwart.«

Heute schreibt Ulrich Kaiser (und es steht in seinem Buch): »Schade, daß man in der Schule neben dem Fach Geschichte nicht auch das Fach Zukunft lernt. Ich krieg nämlich immer eine Heidenangst, wenn ich an sie denke.« Das ist Koketterie mit dem No-future-Kick. Kaiser ängstigt sich, ganz anders als ich im Jahre 1945, wirklich. Alle die 27 kleinen Texte machens glaubhaft. Wie sollte denn ein mitdenkender Zeitgenosse heute auch keine Bange vor der Zukunft haben? Es sieht ja alles soviel schlimmer als im Jahre '45 aus.

Damals, in Trümmer-Wüsteneien, war für die Deutschen zwar ein Krieg verloren, aber wenigstens zuende, und für die Zukunft vorgesehen war Demokratie statt Diktatur.

Heute, in der von Plastikfolie umhüllten schönen neuen Welt, sind Kriege möglich (und vielleicht auch schon geplant), bei denen alle Teilnehmer verlieren werden, selbst der Planet, auf dem wirs bis zu diesem Punkt gebracht haben. Und für die Demokratie siehts nicht gerade rosig aus.

Damals gab es zwar schon Atombomben, aber die Frage einer illustrierten Zeitung, ob, wohl der Erdball explodiere, wenn eine atomare Bombe in den Ätna-Krater falle, war doch mehr müßige Gedankenspielerei.

Heute wissen wir, daß das Potential aller Atomwaffen, die auf der Erde lagern (nicht wenige davon in beiden Deutschlands), ebendiese Erde so viele Male zerstören kann, wie unser Jahr an Tagen hat.

Damals trieb ich, als Frömmelei wie eine Grippe sich verbreitete, mit volkstümlichen Vorstellungen vom lieben Gott und seinem Himmel meinen Scherz, was mir zwar das Verbot eintrug, Religion zu unterrichten, aber im Ganzen doch das Christentum nicht kratzte.

Heute, bei Ulrich Kaiser, gilt ein Vater, der seinen Sohn glauben machen will, er glaube, für diesen Sohn ganz einfach als »naiv«. Und dem Christentum wird gleich der Boden entzogen: »Es ist albern, wenn man sich von einem gewöhnlichen Jesus Christus gerettet glaubt.«

Damals gab es bei wenig feuchtem Brot aus Mais einen erstaunlichen Gedankenreichtum.

Heute gibt es bei leckersten Konditorwaren viel Gedankenlosigkeit. Ulrich Kaisers Krazy Krätz: »Ein Haus, zwei Autos, eine Frau, zwei Kinder, ein Garten, kein Hirn.«

Damals träumten wir über amerikanischen Warenhauskatalogen und fanden, daß diese schöne reiche Welt einmal für alle da sein müsse. In meinem kleinen Buch erzählte ich von einem Schustersohn, der reich wurde, den Tod (bei Ulrich Kaiser so gefürchtet) überlistete, so in den Himmel kam und so zugleich Hoflieferant von seiner himmlichen Majestät geworden ist.

Heute erzählt Ulrich Kaiser von einem nicht benannten (weil nicht nennenswerten) Mann - das beste Stück neben der Titelgeschichte - der vorn Erwachen an (Knopfdruck auf seinen Wecker) bis zum Einschlafen (Knopfdruck auf seiner Nachttischlampe) ein scheußlich glattlaufendes Leben lebt, in dem er immerzu auf Knöpfe drückt.

Damals waren wir sicher, das Schlimmste hinter uns und das Beste vor uns zu haben.

Heute fürchtet die Jugend, das Beste hinter sich und das Schlimmste vor sich zu haben. Und daran ist das Allerschlimmste, daß es Gründe dafür gibt.

Ulrich Kaiser: »Theo's Reisen«, 120 Seiten, Tick-Tack-Verlag (8080 Fürstenfeldbruck, Ulmenstr. 26 a), 8 Mark plus Porto

Konkret 08/83, S. 95

Otto K□hler

B□cher: Ein Krüppel rechnet ab

Nicht gerade eine Werbeschrift für die »Aktion Sorgenkind« wurde das Buch von Franz Christoph, dem Wortführer einer neuen Behinderten-Militanz

Am 18. Juni 1981 kam es zu einem Dialog zwischen Karl Carstens und Franz Christoph. Unser Bundespräsident sagte: □ Sie haben mich zweimal geschlagen.□ Der Krüppel antwortete: □ Das ist auch richtig so. Ich halte für die Prügelstrafe für Gönner.□

Zwei Jahre später wünschte ich mir eine Fortsetzung des Dialogs mit anderen Mitteln. Ich wollte, daß unser Bundespräsident Christophs □ Krüppelschläge□ - diesmal in schriftlicher Form - kennenlernt. Der Sprecher des Bundespräsidialamtes Detlef Diehl versprach mir zu prüfen, ob er Karl Carstens das Buch seines Angreifers vorlegen könne. Als ich zum vereinbarten Termin wieder anrief, versicherte mir der Carstens-Sprecher: □ Ich glaube nicht, daß der Herr Bundespräsident Anlaß sehen wird, sich dazu zu äußern, ich sehe auch nicht, warum er das tun sollte.□ Denn über □ Probleme der Behinderten□ sei der Präsident □ bestens informiert durch viele Gespräche, die er sowohl mit den Betroffenen geführt hat als auch mit den entsprechenden Verbänden.□

Ober derartige Probleme ist unser Präsident tatsächlich bestens informiert durch öffentliche Reden bei der alljährlichen Verleihung der Silbermedaille für den Behindertensport. Mit dem Wohlwollen des Gönners versicherte er den Krüppeln 1980: □ Ich möchte Ihnen versichern, daß ich den behinderten Sportlern, die hier auftreten, die gleiche Aufmerksamkeit schenken werde, wie unseren andern Sportlern.□ Und 1981 machte er darauf aufmerksam, daß die Stiftung der Silbermedaille □ Beitrag zur weiteren Integration der Behinderten□ sei. Wie groß die Bereitschaft zum Verständnis und zur □ zuverlässigen Zuwendung□ zu den Behinderten sei, beweist die Tatsache, daß □ bei dieser Sicherung die Behinderten nicht unter sich□ sind. Karl Carstens hatte □ als sichtbares Zeichen für die Verantwortung□ auch noch Sportbund-Präsident Weyer mitgebracht .

Solches Geschwätz müssen die Krüppel in unserem Land tagtäglich erdulden - ernst genommen werden sie nur von Bundesfinanzminister Stoltenberg, der ihnen die Mittel kürzt.

Franz Christoph, der am Krückstock die politische Szene von der CDU-frommen Jungen Union bis zur maoistischen KPD durchwanderte, rechnet mit uns allen ab. Von Karl Carstens, der ihm die Anerkennung durch die Strafanzeige verweigerte - Christoph: □ Wir müssen uns das Recht auf Polit-Kriminalität erst erkämpfen. Nur so ist das Sozialeuthanasiedenken: 'armer wertloser Krüppel, der für nichts verantwortlich ist', zu durchbrechen.□ Bis zu KONKRET, das ihm sein Interview kürzte. Den □ jahrhundertealten Krüppelhaß□ entdeckte er noch in der □ taz□ , die in einer Karikatur des Weltbildes, den Kapitalteufel mit der Blindenbinde an der Dollar-Krücke hinken läßt.

Mit uns allen rechnet er ab, die blind sind für die Probleme der Behinderten. Blind? Solcher Sprachgebrauch ist es, der Christoph in Wut zu versetzen vermag. Zu Recht. Wie kommen wir dazu, aus der Bezeichnung eines körperlichen Mangels eine Metapher für intellektuelles und moralisches Versagen zu machen?

Franz Christoph, Krüppelschläge, 142 Seiten, rororo-aktuell, 7,50 Mark

Konkret 08/83, S. 96

Erich Kuby

Bücher: Henri und Leni

Unter den unabhängigen deutschen Journalisten gibt es nur wenige, die die Geschichte des "Stern" so gut kennen wie Erich Kuby , und er hat ein Buch darüber geschrieben. KONKRET veröffentlicht daraus vorab einen Passage über Leni Riefenstahl, die nur scheinbar nebensächlich ist

Geht man die Jahrgänge des »Stern« durch, aufgeschreckt durch den »Tagebücher«Skandal, dann erkennt man, daß die Verantwortlichen immer dann moralisch und politisch zusammengebrochen sind, wenn es sich um die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit hätte handeln sollen. Der »Stern« war diesbezüglich von genau der gleichen Impotenz wie die Bundesrepublik im ganzen, und schließlich umarmte er Hitler.

Die Redaktion verhinderte auch nicht, daß eine gewisse Leni Riefenstahl weitgeöffnete Türen im »Stern« fand, in den sie mit zwei großen farbigen Fotoreportagen einziehen durfte. Die erste stellte einen Negerstamm vor, von dem nichts gezeigt wurde als die ausnehmend schönen Leiber der Männer, die zweite reihte ganzseitig Unterwasseraufnahmen von prächtiger Meeresfauna und -flora aneinander.

Nun spielte diese einst zur obersten Prominenz des Dritten Reiches gehörende Frau - deren filmische Begabung, erwiesen mit ihrem Reichsparteitagsfilm und jenem über die Olympischen Spiele, nicht in Abrede gestellt werden soll - in der Biographie Henri Nannens insofern eine kleine, von ihm offenbar unvergessene Rolle, als sie ihn ob seines so ungemein arischen und überhaupt pompösen Äußeren in einer Szene des Films über die Olympischen Spiele in Berlin 1936 mitwirken ließ.

Der Fall »Leni Riefenstahl« ist bis 1983 das krasseste Beispiel dafür, daß in der Redaktion kein rotes Warnlicht aufleuchtete, wenn sich das Blatt auf Hitlers Regime einließ. Lag allein in der Tatsache, daß Nannen dieser Person erlaubte, im »Stern« aufzutreten, die mit ihren filmischen Lobhudeleien die Wahrheit Ober das Verbrecherregime so erfolgreich kaschiert hat, wie kaum sonst jemand, Goebbels eingeschlossen, schon ein Verstoß gegen die Fairneß, zu der er gegenüber seiner engagierten Redaktion verpflichtet gewesen wäre, so überschritt der Text, der die Bilder begleitete, die Grenzen journalistischer Vernunft, von seiner Gesinnungslosigkeit ganz zu schweigen - es sei denn, es habe sich um die Bekundung von NS-Gesinnung gehandelt. Jedenfalls stellte dieser Text, der dem Leser nicht vorenthalten bleiben soll, eine politische Schweinerei dar... - ihn heute wieder zu lesen weckt dieselben Ekelgefühle wie die Lektüre der Kochschen Auslassungen zu Hitlers »Tagebüchern«. Der »Stern« (35/1977) präsentiert eine Obernazisse einerseits mit Bewunderung, andererseits mit dein über Seiten sich hinziehenden Ausdruck tiefster Anteilnahme an ihrem herben Nachkriegsschicksal.

Wiederholt wird der Name Leni Riefenstahl im »Stern«Text mit LR abgekürzt, eine Methode der Wichtigtuerei, die von den Anbetern Franz Josef Strauß' auch angewendet wird, wenn sie FJS schreiben. Sie habe einen »Traum von Schönheit und Harmonie« geträumt, und es wird ihr erlaubt, zur Entschuldigung ihrer NS-Filme vorzubringen, sie habe nie etwas anderes als die Fassade gesehen und diese abgefilmt. Da sie im engsten Kreis um den Führer sich in Schönheit und Harmonie jahrelang herumgetrieben hat, muß sie mehr als die Fassade, mehr als Staatsfeiern mitbekommen haben, aber selbst wenn nicht, warum hat der »Stern« eine Frau hochgejubelt, die nur mit Augen, aber ohne Gehirn geboren ist?

Das Massenblatt ist mit dem Artikel zu ihren Bildern bestrebt, LR in den Schoß des deutschen Volkes zurückzuführen, wo sie vordem einen Ehrenplatz eingenommen hatte, indes die heutigen Generationen diese Frau eigentlich gar nicht so sehr vermissen. Dennoch verwendet der »Stern« für diese selbstgestellte Aufgabe einen Stil und ein Vokabular, das sich in all seinen Heften in diesem Überschwang erst wieder findet, wenn er seinen lackierten Hitler der Öffentlichkeit anpreist.

Der Autor des Begleittextes »schämt sich«, wenn er jenen Teil des deutschen Volkes ins Auge faßt, der noch darauf besteht, daß die Wirklichkeit des Dritten Reiches nicht vergessen werden darf. Denn damals »jauchzten« die Kritiker über die Filme von LR, die gelegentlich schlicht »die Leni« wird. Der Schreiber formuliert: »Der Ruhm hat keine weißen Flügel«, spricht von »stupiden Umdeutungen ihrer Filme«, was ihm durchaus unerlaubt scheint, denn Leni »lügt nicht, sie gehorcht ihm«. Wem - Hitler? Leni, original im »Stern«: »Ich habe damals nur Dokumentationen geschaffen.« Widerspricht ihr der Autor? Keine Spur, er korrigiert sie nur: Dokumentationen »oder ein Märchen«? Ja, die Märchenerzählungen vom Nürnberger Parteitag, am >>Stern(<-Kamin den lieben Kinderchen erzählt, wie Onkel Adolf auf dem »Führerweg« zwischen 200.000 zu Popanzen degradierten Männern mit Wackelarsch und Mörderrücken dem Rednerpult entgegenschreitet.

»Auch in Deutschland hat man stets ehrfürchtig Kunst von Politik geschieden« - bei Gott, so steht's im »Stern«, um LR abzuschirmen, und hier wird keine Parodie geschrieben, hier wird der »Stern« zitiert. LR war eine Heldin, sie stellte Hitler »Bedingungen«. Sie forderte, »später nie wieder einen Film. für die Partei machen zu müssen. Das war ihr Preis. Hitler schlug ein«. Ja, Leni, nie wieder mußt du für mich einen Film machen, sei nur jetzt noch ein bißchen heb und mache diesen einen von unserem herrlichen Parteitag.

Dieses »Geschäft« zwischen LR und AH, das nie stattgefunden hat, ist in der Sicht des »Stern«-Autors ein »Triumph des Willens« - von ihr über ihn. Donnerwetter, wir haben es mit der einzigen Zeitgenossin Hitlers zu tun, deren Willen über den Willen des Führers den Sieg davontrug! Dennoch wurde dieser großartigen Frau nach 1945 zugemutet, »mit ihrer Mutter Bertha in winzigen Kammern« zu wohnen. Was mich angeht, und ein paar hunderttausend andere gefangene deutsche Soldaten, so wurde uns zugemutet, in einem Sumpfgelände auf dem Boden zu nächtigen; meine Mutter wohnte in einer Ruine ohne Dach, und so das halbe Volk. Aber das Schicksal ist eben so unerbittlich wie blind, es schlug zu und traf sogar Leni - weint »Stern«-Leser, weint über s~ viel Ungemach!

Aber mit Udet habe LR niemals geschlafen, erfährt der »Stern«-Leser. Wer war Udet? Warum war es verdienstvoll, nicht mit ihm zu schlafen? Hinsichtlich der Beischläferei von LR ergreift jenen Autor Entsetzen bei der Vorstellung, sie hätte sexuelles Gefallen an AH finden können.

Nach dem Krieg begann »ihre dritte Karriere, ihr Schmerzen zu bereiten«. Hat sie den Arzt geholt? Nein, »da rhapsodierte das Unbewußte in LR«, und »mit unbesiegbarer Energie hämmerte sie sich die Wirklichkeit zurecht, ganz Bergkristall ist sie da, lawinenimprägniert.« Als die Lawinenimprägnierung nicht mehr wirkt, »erkrankt sie entsetzlich«. Das war die erste entsetzliche Erkrankung im »Stern« seit 1948.

Lenis wunderbarer Film »Tiefland«, eines der kitschigsten Produkte deutscher Filmkunst, kam »erst 1954 endlich ins Kino«. Dabei hatte LR hart daran gearbeitet, der Film war »jahre- und kräftezehrend«. Hier entwickelt der Beitrag sprachschöpferische Genialität, »jahrezehrend« ist eine wahrhaft glückliche Wortbildung in einem seitenzehrenden Beitrag.

Man hätte Heidemann auf LR loslassen sollen, er hätte sicher ihre geheimen Tagebücher entdeckt: 1. April 1943, bei Adolf zum Tee auf dem Obersalzberg, der Arme leidet entsetzlich unter der Vorstellung, daß der ekelhafte Himmler die Juden umbringt. Ich möchte ihn trösten, aber er will nicht. Warum?

Es mag Leser geben, denen der Fall »Leni Riefenstahl" im »Stern« hier zu viel Gewicht beigemessen wird, denen die Ausführlichkeit dieser Argumentation sechs Jahre danach übertrieben erscheint. Meine Vermutung geht dahin, daß jene, die so urteilen, die Veröffentlichung von Tagebüchern Hitlers im »Stern« ganz in Ordnung gefunden hätten, gesetzt den Fall, sie wären echt gewesen.

Erich Kuby: »Der Fall `Stern' und seine Folgen«, 208 Seiten 16,80 Mark. Das Buch erscheint im August in der Reihe »Bücher zur Sache« im Verlag Hoffmann und Campe

Konkret 08/83, S. 96

Michael Müller

Bücher: Die Grinser

Seit Mai findet sich auf der "Spiegel"-Bestsellerliste Paul Watzlawiks □ Anleitung zum Unglücklichsein". Warum?

Schon beim Betreten einer beliebigen Buchhandlung sieht man sich mit einem jener Bücherhaufen konfrontiert, die wohl suggerieren sollen, daß etwas, was so häufig verkauft wird, schon gut sein muß. Man tritt näher. Der Umschlag ist in zartem Beige - Freude einer neuen Ikea-Bücherwand - gehalten und überdies noch mit einer Lithographie von Daumier verziert, die von Anspruch und Intellekt kündet. Ähnlich attraktiv der Titel: Anleitung zum Unglücklichsein - ganz was Neues. Da ausnahmslos jedes Buch auf diesem Haufen vom Verlag wohlweislich in Klarsichtfolie eingeschweißt wurde und nur zu Postzwecken geöffnet werden darf, ist man auf den Text auf der Umschlagrückseite angewiesen. Da findet sich zunächst die Paraphrase eines reichlich vermoderten Witzes (ich meine, ihn schon bei Salcia Landmann gelesen zu haben) und eine wohl verkaufsfördernde Mitteilung des Verlages: »Man kann Paul Watzlawiks neues Buch mit einem lachenden und einem weinenden Auge lesen ... «

Hat man zu Hause endlich die Klarsichtfolie runtergefriemelt und damit sein Recht auf problemlosen Umtausch verwirkt, erfährt man aus dem Klappentext vollkommen Neues: »Man kann Paul Watzlawiks neues Buch... mit einem lachenden und einem weinenden Auge lesen ... « Naja, man blättert. Bis Seite 7. Da findet sich nämlich die Vorbemerkung des Verlages: »Man kann Paul Watzlawiks neues Buch mit einem lachenden und einem weinenden Auge lesen ... « Wohl dem, der nicht spätestens hier zu schielen beginnt!

Aber wir wollen dieses Buch ja unvoreingenommen betrachten und blättern daher weiter. Dabei fällt uns auf, daß die Seiten sich merkwürdig dick und steif anfühlen. Kontrolle der Seitenzahl: knapp 130 Seiten Text mit hinreichend Freiräumen (zwischen Kapiteln etc.) und viel Platz zwischen den Zeilen. Glückliche Menschen, die zwischen den Zeilen lesen können, hier können sie sich endlich mal so richtig austoben.

Mittlerweile verstehen wir auch, wie diese Anleitung zum Unglücklichsein funktioniert: Man erwerbe dieses Buch für 16,80 Mark, dann wird es schon klappen. Womit wir endlich beim Inhalt angelangt wären und bei der Frage, wie Watzlawik denn den Titel gemeint hat. Das leider Selbstverständliche sei gleich gesagt: Er meint den Titel nicht ernst, sondern wohl ironisch. Nicht unglücklich sollen seine Leser werden, sondern glücklich - glücklich bis zur totalen Verblödung.

Dabei bedient er sich eines einfachen Rezeptes. Er zeigt auf, wie Menschen sich unglücklich machen. (Wer unglücklich ist, hat sich das ausschließlich selber zuzuschreiben.) Gleichzeitig entfaltet er etwa die Tiefe psychologischer Einsicht vor unseren lachenden und weinenden Augen, mit der Lucy (von den Peanuts) ihren therapeutischen Straßenstand betreibt. Gerechterweise muß ich allerdings zugeben, daß die Penetranz von Watzlawik die von Lucy bei weitem übersteigt.

Er entlarvt die Strategien, die arme kranke Menschen anwenden, um sich selber unglücklich zu machen. Das geht natürlich im locker-entspannten Plauderton vonstatten und - der besseren Verständlichkeit wegen - in Gestalt von Übungen.

Zum Beispiel Übung Nr. 3 - Man setze sich in. einen Sessel und starre in den Himmel. Nach einiger Zeit wird man feststellen, daß man kleine Kreise oder Bläschen sieht, die, so man die Augen stillhält, langsam nach unten sinken. Man rede sich nun munter ein, es handle sich dabei um das Symptom einer unheilbaren Augenkrankheit und - schwupps! - schon ist man todunglücklich. Diese Übung gibt es natürlich auch für den fortgeschrittenen Neurotiker. Der bilde sich beispielsweise ein, von bösen oder (je nach Belieben) dunklen Mächten verfolgt zu werden, die dafür verantwortlich zeichnen, daß Ampeln, denen er sich nähert, unweigerlich auf Rot schalten, daß ihn immer alle anstarren und daß ihm auch sonst Unbill angetan wird *

Versuche ich nun, diesen Gedankengang logisch fortzusetzen, muß ich bedauernd feststellen, daß ich mich geirrt habe: In Wahrheit ist Paul Watzlawiks Buch ein gutes Werk moderner Psychologie und ich bilde mir nur ein, von dummen Menschen und schlechten Büchern verfolgt zu werden.

Ebenso bilde ich mir ein, saurer Regen und Luftverschmutzung könnten mir schaden; genauso wie ich mir einbilde, die Herren Reagan und Weinberger, nebst ihren westlichen Schergen, trachteten mir oder sonstwem nach dem Leben, und genauso wie sich die armen Irren in Argentinien doch ernsthaft einbilden, sie seien verschwunden.

Bleibt die Frage, weshalb ich mich überhaupt so sehr über dieses Buch aufrege. Schlechte Bücher gibt es j a schließlich in jeder beliebigen Anzahl.

Vielleicht, weil mir die Leute, die Poesiealben mit dem Spruch »Lebe glücklich, lebe froh, wie der Mops im Paletot!« verzieren, schon immer auf die Nerven gegangen sind. Vielmehr aber, weil Watzlawik hier einem Menschtypus, der seit der Geistigmoralischenwende immer häufiger -anzutreffen ist, die »wissenschaftliche« Grundlage zur Rechtfertigung (und zu weit mehr) bietet: dem Grinser.

Bislang waren Grinser hauptsächlich im Gruselkabinett deutschen Werbefernsehens zu bewundern. Seit November vergangenen Jahres erstürmen ihre Horden - die Kanzlerfamilie an der Spitze - das deutsche Gemüt. Stets fest in der Überzeugung, es sei ja alles gar nicht so schlimm, führen sie die abartigsten Verrenkungen - selbstverständlich grinsend - vor: Aerobic, Zauberformel für Kraft und Schönheit. Unbeugsam in der Ansicht, es sei ja alles gar nicht so schlimm gewesen, beweisen sie, wie nett Herr Hitler war: »Ich muß mich mehr um Eva kümmern.« Glücklich, den 85 Prozent der Nicht-Arbeitslosen anzugehören, reagieren sie verständnislos, wenn mal jemand nicht grinst: »Wieso, uns gehts doch gut ... «.

Jetzt hat sie endlich ein Wissenschaftler geadelt (und was für einer: »studierte Philosophie, Philologie und Psychologie. Promotion 1949. Professor für Psychotherapie in EI Salvador ... «). Watzlawik gibt es jedem Grinser schriftlich: Wer nicht grinst wie er, wer unglücklich oder unzufrieden ist, der ist nicht normal, der bildet sich nur ein, unglücklich zu sein. Kurz: Unglückliche Menschen leiden unter Zwangsvorstellungen. Aber mehr noch: sie haben die erklärte Absicht, auch andere in die Sümpfe des Unglücks und der Unzufriedenheit zu hetzen. Außerdem fallen sie der Allgemeinheit zur Last und werden Wohlfahrtsempfänger. Wenn das mal keine Wendesabotage ist!

Also, auf ihr Grinser - auf zum fröhlichen Jagen! Mich macht das ziemlich unglücklich.

Paul Watzlawik: »Anleitung zum Unglücklichsein«, 130 Seiten, Piper, 16,80 Mark

Konkret 08/83, S. 99

Jürgen Holtkamp

Bücher: Für das Leben danach

In Frankreich sind zur Zeit drei Bücher auf dem Markt, die das Überleben nach der Bombe verschönern wollen

»Selbst in einer Entfernung von 25 bis 30 Kilometern kann die Hitzewelle Ihnen immer noch bei lebendigem Leib die Haut abziehen. Wenn Sie aber die Detonation zunächst einmal überleben, dann denken Sie als erstes an den Strahlenschutz, denn ohne Vorkehrungen gegen die Gammastrahlen können Sie sich die weitere Lektüre dieses Buches sparen. Wenn Sie sich in sicherer Entfernung auf dem Land befinden, dann haben Sie noch fünf Minuten, um eine Höhle oder eine Schlucht zu finden oder einen Unterstand zu improvisieren. Dies sind die Mindest-Deckenstärken, je nach dem Material, das Ihnen zur Verfügung steht: Stahl - 15 cm, Gestein oder Beton - 60 cm, Erde - 90 cm, Eis 1112 Meter, Schnee - 6 Meter. «

So beginnt das Sachbuch zur Nachrüstung, das jetzt, die Absatzchancen sind ja günstig, zusammen mit den Pershings zu uns über den Atlantik kommt: das »Überlebenshandbuch der amerikanischen Armee« -; wenn die Martin Mariett Corporation mit dem Atomtod in Raketen das Europa-Geschäft ihres Lebens macht, dann läßt sich »Times Books« die Gelegenheit nicht entgehen und macht das Geschäft mit der Angst davor, nämlich mit dem Buch zum Film, der ja demnächst bei uns gegeben wird. Und es ist ja auch ganz nützlich, jetzt schon im voraus zu wissen, wie das weitergeht, danach, nachdem man sich, je nach der Jahreszeit, unter 90 Zentimeter Erdreich oder 6 Meter Schnee in fünf Minuten eingebuddelt hat. Man keine Angst, das Leben geht lustig weiter, entnehmen wir dem Handbuch der US-Armee, wenn auch etwas anders, als es ursprünglich vorgesehen war; und das richtige Überleben ist vor allen Dingen eine Frage der richtigen Philosophie: »Niemals aufgeben«, lautet der Kernsatz, nach John Wayne, den der Überlebenskandidat als erstes auswendigzulernen hat. Dann setzt er nach Gebrauchsanweisung das einfache Überleben mit der schon etwas anspruchsvolleren Phase »Schöner Wohnen« fort.

» Wenn Sie Ihre Unterkunft strahlensicher ausgerüstet haben, dann gehen Sie als nächstes daran, die Lebensbedingungen so komfortabel wie nur möglich zu gestalten, damit Sie wieder neue Kräfte sammeln können. Achten Sie darauf, daß Ihre neue Wohnung so warm und trocken wie nur möglich ist... Verlassen Sie sie nicht, bevor 200 Stunden nach der letzten Explosion verstrichen sind; danach können Sie Wasser suchen gehen oder auf die Jagd. Alles Wild, das Sie frisch erlegen, ist eßbar, bis auf das Herz, die Leber, die Nieren und die Haut. Vorsicht vor den Knochen, hier speichert sich die höchste Radioaktivität. «

200 Stunden danach, wenn die Menschheit wieder aus den Löchern kriecht, kann also ein -freies, aktives, überaus gesundes Trimm-Dich-Leben beginnen, . mit viel Sport und viel Bewegung an der frischen Luft: da wird das Feuer wieder nostalgisch aus Feuerstein geschlagen, da werden Pfeil und Bogen wie beim Indianerspielen wieder handgeschnitzt, da werden Fallen gestellt und Fische mit der Hand gefangen, alles nach genauester Gebrauchsanleitung. Und für die Imbißstände in dieser fröhlichen Steinzeit, die jetzt nächstens kommen wird, werden die passenden Rezepte auch gleich mitgeliefert. Hier ein kleiner Auszug aus der Speisekarte.

»Geflügel. Geier und andere Aasvögel mindestens 20 Minuten kochen, um die Parasiten abzutöten.

Katzen und Hunde. Katzen und Hunde sorgfältig häuten und ausnehmen. Eignen sich vor allem als Ragout. Geschmacksverbessernde Kräuter und Blätter hinzufügen.

Schlangen und Eidechsen. Schlangen und Eidechsen sind entgegen allen Vorurteilen eßbar. Haut und Kopf entfernen, grillen.

Nagetiere. Ratten und Mäuse haben ein herzhaftes und besonders delikates Fleisch, wenn man daraus ein Ragout anrichtet. Mindestens zehn Minuten kochen, abschmecken mit frischem Löwenzahn.

Insekten. Heuschrecken, Termiten und Ameisen haben den doppelten Vorzug, daß sie nicht nur leicht zu fangen, sondern auch leicht verdaulich sind. Gegrillt oder gebraten sind sie am schmackhaftesten.«

Soweit die frohe Kunde, in culinariis, die uns mitsamt den Pershings über den Atlantik kommt; in Frankreich, wo die erste diesufrige Übersetzung vorliegt, ist sie der große Hit. Aber wir Europäer wären ja die letzten, die die Hunde beißen, anstatt daß wir sie mit Löwenzahn verbessert selber essen, wenn wir nicht unseren eigenen Überlebensführer für den Tag danach entwickelt hätten. »Das Leben danach« ist jetzt in Paris erschienen, und dieser Baedecker durch die schöne neue Welt nach der Bombe unterscheidet sich von der transatlantischen Überlebenspublizistik zumindest kulinarisch wie ein Chateaubriand von einem Steakburger. Da, wo die amerikanische Überlebenskochkunst aufhört, da fangen die Gourmets, aus Frankreich, mit der Nouvelle Cuisine danach erst richtig an.

»Igel. Der Igel versteckt sich gerne unter dichten Büschen. Man taucht ihn zuerst in siedendes Wasser, dann zieht man die Haut mit den Stacheln ab und läßt ihn vordem Kochen noch 24 Stunden in Rotwein marinieren.

Frösche. Einen Frosch fängt man am bequemsten mit einem roten Wattebausch oder einem Stück Tuch, das an einem Faden hängt. Der Frosch beißt sich an dem Köderfest, und man hat genügend Zeit, die Beute in einen Sack zu tun. Zubereitung: der Frosch wird geschlachtet, indem man ihm den Schädel einschlägt. Dann zieht man ihm, vom Rücken her, die Haut ab. Kopf und Füße abschneiden, ausnehmen, abwaschen und einige Stunden in Essig legen. Backen oder Grillen.

Schnecken. Schnecken sammelt man bei Regenwetter des Nachts mit der Laterne. Zwei Wochen lang in Thymian entseuchen, dann 3 Stunden in Salzwasser einlegen. Kurz kochen.

Fledermäuse. Fledermäuse fängt man am Tage in den zahlreich vorkommenden Ruinen. Man tötet sie durch einen Schlag auf den Kopf, schneidet die Flügel ab, flämmt das Fell und nimmt sie aus. Am köstlichsten im Grill. «

Beruhigend zu wissen, daß Igel, Frosch und Thymian weitgehend resistent gegen die Gammastrahlen sind, daß eine atomare Explosion ja gerade die idealen Lebensbedingungen für eine solche Köstlichkeit wie die gegrillten Fledermäuse schafft, und auch den sauren Rotwein, EG-Qualität III, kann der Fallout nicht noch mehr verderben. So daß der Sachbuchbenutzer sich, nachdem die Grundfragen seiner Existenz danach geklärt sind, erst kommt das Fressen und dann kommt die Moral, nunmehr den höheren Dingen zuwenden kann, zum Beispiel dem psychischen Wohlbefinden in der Zweitwohnung unter 60 Zentimeter Beton oder 1 1/2 Meter Packeis. Zu beachten ist da nämlich die farbliche Komposition der Wohnräume danach:

»Als Grundfarbe in allen Räumen sollte ein heller Ton vorherrschen: ein klares Gelb (was die Illusion von Wärme schafft), ein helles Grün (was physische Entspannung macht), oder hellblau, was intellektuell besänftigt, die Farbe Rot, die sehr irritierend wirken kann, sollte ebenfalls als Dekoration Verwendung finden... Und was die Poster angeht, die Sie an Ihre Wände heften: bloß nichts Politisches oder etwas, das Sie sonstwie deprimiert - Schönheit und Heiterkeit sind das Gebot der Stunde.«

Und in Schönheit und in Heiterkeit nähert sich der Überlebensfan, voll von Frosch und Fledermaus, dann dem roten Strich auf seinem Überlebensbleistift an, der seinem verstrahlten Besitzer anzeigt, wieviel Zeit ihm noch bleibt - sei es, um Scrabble zu spielen, oder um Nietzsche zu lesen, schließlich sind wir auch im Bunker, so insistiert das Überlebenssachbuch, immer noch im Abendland. Oder wir lesen, andere Empfehlung, zum Zeichen der Bündnistreue, ein englisches Wörterbuch.

Aber da bietet das dritte Überlebensbuch, das in Frankreich auf dem Markt ist, noch ganz andere Alternativen für die letzten Augenblicke an: »Alle in die Bunker« heißt das Unterhaltungswerk, das sich zum Ziel gesetzt hat, die letzten Tage der Menschheit noch etwas aufzuheitern: mit dem Ratespiel »Welche Bombe ist schädlich und welche nicht?« oder mit dem Labyrinth-Geduldsspiel für alle, die jetzt gleich versaftet werden: Wie jedes Labyrinth hat auch dieses Irrgarten-Spiel einen Eingang und einen Ausgang. Weiter jedoch nichts - denn zum Rätseln kann nicht mehr so viel Zeit einkalkuliert werden.

Pierre François Derems: »Tous aux abris« (Alle in die Bunker), 285 Seiten, Verlag Le dernier terrain vague, 75 Francs

»Le guide de survie de l'armées americaine«, (Der Überlebensführer der amerikanischen Armee), Verlag Les éditions de l'homme, 416 Seiten, 89 Francs

Jaque Largeaud: »Le guide pour vivre aprés« (Der Führer für das Leben danach), 174 Seiten, Bréa Editions, 76 Francs

Konkret 08/83, S. 102

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Vom Idiotischen zum Bescheuerten ist nur ein Schritt, aber Heiner Geißler, der Historiker des Massenselbstmords von Auschwitz und Generalsekretin der CDU, muß sich nun mal die Füße vertreten:

In Wahrheit rüstet die Sowjetunion nicht gegen unsere Waffen, sondern gegen unser freies Denken.

Ja ist denn die SS 20 eine Gasmaske?

Der »Stern« kommt und kommt von seinen Tagebüchern nicht los. Kaum hat der Führer sein Copyright zurückgezogen, da meldet sich der neue Chefredakteur Scholl-Latour mit persönlichen Eintragungen:

Dieses ist eine »Stern«-Stunde für politische Beobachtung und Analyse. Im Bereich unserer gespaltenen Nation kündigen sich große Bewegungen an. Deshalb kehre ich mit Neugier und wacher Anteilnahme nach langen Auslandsjahren nach Deutschland zurück. Wie einst bei Valmy wird es sich lohnen, dabei zu sein.

Anteilnahme und Lohn sollen nicht bestritten werden. Für den Chefredakteur addieren sie sich zu einer satten Million Mark pro Jahr. Deshalb die Kanonade. Hinterm Qualmy von Valmy kündigen sich große Kontobewegungen an.

Die Wahrheit, die reine Wahrheit und nichts als die Prawda auf Seite 1 der »Frankfurter Allgemeinen« vom 6. Juli 1983:

So viele Differenzen sind es daß die »Prawda«, die aus Tradition auch auf sowjetischem Boden gehaltene Reden ausländischer Staatsmänner zensiert, offensichtlich die Mühe hatte, aus der Tisch-Ansprache Kohls wenigstens einige Passagen richtig wiederzugeben.

Das hätte zwar daran liegen können, daß dieser Kanzler Mühe hat , wenigstens einige Passagen aus seiner Tisch-Ansprache richtig wiederzugeben, aber der Fall ist komplizierter, denn auf Seite 2 der »Frankfurter Allgemeinen« vom 6. Juli 1983 schreibt der Moskauer Korrespondent des Blattes:

Die sowjetische Parteizeitung »Prawda« hat die Rede von Bundeskanzler Kohl beim Bankett im Moskauer Kreml fast komplett veröffentlicht.

Wenn es Wahrheit (russisch: Prawda) ist, daß Lügen kurze Beine haben, sollte der Herausgeber Johann Georg Reißmüller Wege mit Rollsplitt meiden. Er könnte sich den Sack aufscheuern.

Ich brauche keine tiefenpsychologische Couch, um die unbewußten Triebe meiner Kunden zu erforschen. Auf meinem Schreibtisch geben sie jedes Geheimnis preis, und die Redakteure des Springer-Verlages liegen nackter da als Gott sie schuf:

Da bei uns jeder über jedes schreiben kann, ist das soweit völlig in Ordnung. Die Autoren aber...

Während sich Cay Graf Brockdorff wieder anziehen darf, legt dreißig Druckzeilen tiefer der Günther Bading ab:

Jeder hat das Recht, seine Meinung frei zu äußern. Auch Hans Jochen Vogel... Wie jede lapidare Feststellung zieht auch diese natürlich ein ABER nach sich...

Die Kollegen von der Seelenforschung würden »thalassale Regression« diagnostizieren, eine versuchte Rückkehr zur Mutter, ins Fruchtwasser. Ich aber sage euch: Sie wollen bloß heim ins Reich.

Die schönen Tage in Tschenstochau sind nun zu Ende, und so begibt sich der »Welt«-Redakteur Joachim Neander auf Wallfahrten nach Altötting, Kevelaer und Walldürn:

In Altötting (12. 000 Einwohner) riskiert der Geschäftsführer Jehle sogar den Satz: »So richtige Kriminalität, wie sie anderswo beklagt wird, kennen wir eigentlich garnicht.« Natürlich leben auch in Wallfahrtsorten ganz normale Leute mit ganz normalen Schwächen und Fehlern. Aber das unablässige Erinnertwerden ans Jenseits, an Gott und den Glauben an etwas Höheres scheint hier eine Art zusätzlicher sozialer Selbstkontrolle auszuüben.

Wer führt den Neander aus dem

Tal der Theologie auf die Höhen der Kriminologie? Die braven Dörfler leben vom Geld, das arme Irre für den faulen Zauber ausgeben. Und jeder Trimmel-Leser weiß: Mörder parken nicht falsch, und Betrüger klauen nicht im Warenhaus.

Theo gibt auf. (Er würde sagen, er habe das Handtuch geworfen, nicht bedenkend, daß nicht der Boxer selbst, sondern dessen Betreuer mit dieser Geste das vorzeitige Ende des Kampfs herbeiführt, und also er aufgibt, weil ich so viele Handtücher geworfen habe.) Wie dem auch sei:

Journalismus ist in jedem Fall ein schwieriges Gewerbe. Die Reize extravaganter Formulierungen sind oft verführerischer als die kargen Pointen, die sich der Wahrheit abringen lassen; der Redaktionsschluß zwingt stets dazu, Unvollendetes, manchmal Halbgares in Satz zu geben. Im übrigen müssen Verlage leben: Es reicht nicht, eingängige Artikel zu schreiben, sie müssen sich auch verkaufen. Im Spannungsfeld zwischen Handwerk, Kunst und Kommerz führt der Journalismus ein prekäres Dasein.

Sollen nie wieder Phlox und Forsythien die Parks am Potomac sprenkeln, kein Kernkraftwerk mehr die Assoziation von Feuer und Schwert heraufbeschwören und keine Krisenlunte beim afrikanischen Roulette im Kongo glimmen? Gut, manches war unvollendet, manches halbgar - aber war nicht alles recht eingängig, hat es sich nicht verkauft? Doch er will nicht mehr. Seit drei Wochen keine Zeile Kunsthandwerk und Kommerz. Theo hat sich entschlossen, Dekorateur zu werden. Ich hab es nicht gewollt.

Ausse »TAZ«:

Eine Floskel wäre es, wenn wir sagen würden: in der Kritik von Eike Geisel haben wir uns nicht wiedererkennen können. Denn die Floskel hinkt. Nicht nur wegen des aufgebauschten ideologischen Rasters, mit dem uns der Autor festnageln will.

Kann du deutsch? Muttu lernen.

Ronald Reagan hat aber auch ein Pech! Jetzt schweinigeln schon seine Raketen., Der Test einer Pershing II ist

nach Angaben eines Militärsprechers »nicht normal" verlaufen. Der Flug sei zunächst problemlos verlaufen, dann sei jedoch plötzlich »eine Anomalie« aufgetreten.

Näheres wollte der Sprecher nicht sagen, denn es sei militärisches Geheimnis, aber als Kenner Reagans und seiner Lehre von Sitte und Ordnung brauchen die Russen nicht herumzuraten: Die Rakete ist nach hinten losgegangen.

Es war einmal eine kleine süße Dirn, die hatte jedermann lieb, der sie nur ansah. Eines Tages aber mußte sie ins Land des großen Bären reisen:

Es geschah am ersten Abend: Großes Gala-Essen im Kreml für den Kanzler und seine Begleitung. Die Tischreden waren gesprochen, die Weingläser nachgefüllt. Da erhob sich plötzlich Frau Gromyko und brachte einen Trinkspruch auf Hannelore Kohl aus.

In ihrem schwarzen, kurzen Abendkleid mit Spitzeneinsatz sah die Frau des Bundeskanzlers einfach beeindruckend schön aus. Aber auch ihre natürliche Art auf Menschen zuzugehen, beeindruckte die Russen.

Am zweiten Tag trug sie ein dunkelblaues, abgestepptes Kostüm mit einem Muster aus vielen weißen und lila Herzen, dazu dunkelblaue Pumps. Eines von vier Kostümen, das sie mitgenommen hatte.

Außerdem in den Koffern: Vier Abendkleider (»Aber kurze, das ist schicker«), mehrere Blusen und Röcke, immer war sie hübsch angezogen - auch ein Grund, warum die Frau des Kanzlers bei den Gastgebern so gut ankam.

Das Märchen ging bei den Untermenschen, auf die sie so beeindruckend natürlich zugegangen war, von Mund zu Mund, bis es Mainhardt Graf Nayhauß für die »Bild«-Zeitung aufschrieb und ihm den Titel gab:

Wie Hannelore Kohl die Russen bezauberte

Und waren sie also für ihre Bosheit mit Blindheit auf ihr Lebtag gestraft.